

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Freitag, 4. April 2025 · Nr. 79 · 246. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50



BEIM CHEF

Ich liess auf dem Chefsessel ein Häufchen Schwarzpulver explodieren.
Man sieht mich mit dem rechten Fuss auf den Druckschalter treten.

St. Gallen, 2010, Foto: Florian Bachmann

«Käse mit Biss» (2025)



Weitere Werkansichten unter:
art.nzz.ch
art@nzz.ch
+41 44 258 19 80

«Käse mit Biss» (2025)
Messingguss, Edition von 15 Exemplaren + 5 AP.
Mit Schlagzahlen nummeriert und mit RS signiert,
inkl. Zertifikat und Verpackung, Dimensionen:
12,1 x 8 x 4,6 cm, Gewicht: 1,9 kg,
Preis: CHF 10 000.–

Bestellungen finden in der Reihenfolge ihres Eingangs Berücksichtigung. Das Werk muss vor Ort abgeholt werden. Ein Versand findet nur mit Kunstspedition statt, wofür zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten anfallen. Bei Bestellungen aus dem Ausland fallen zusätzlich die jeweilige Mehrwertsteuer des Lieferlandes sowie individuelle Versandkosten an. Voraussichtlicher Liefertermin: Mitte Mai 2025

Kunsthhaus Zürich X NZZ Art Sonderedition von Roman Signer

Begleitend zu seiner Ausstellung und in Kooperation mit dem Kunsthhaus Zürich sowie der NZZ hat Roman Signer eine limitierte Sonderedition geschaffen. Zum Werk sagt der Künstler: «Ich hatte Lust, in ein Stück Käse zu beissen. Wir sind nach Appenzell gefahren und haben in einer Käserei drei Stück Appenzeller gekauft. Dann habe ich hineingebissen, und es entstand ein schöner Abdruck. Daraus ergab sich die Idee, von diesem Stück einen Messingabguss zu machen. Die Ausführung habe ich der Kunstgiesserei St. Gallen überlassen. Wenn ich den Abguss sehe, bekomme ich Lust, in ein neues Stück Käse zu beissen, diesmal vielleicht in einen Emmentaler. Der Abguss wird dann auf einem Bürotisch als Briefbeschwerer landen.»

Roman Signer (*1938 in Appenzell) lebt und arbeitet in St. Gallen. Nach einer Lehre als Hochbauzeichner studierte er an den Kunstgewerbeschulen in Zürich und Luzern. Während eines Aufenthalts an der Kunstakademie in Warschau lernte er seine spätere Frau Aleksandra Rogowiec kennen. Als Bildhauer, Aktions- und Konzeptkünstler, Zeichner und Videokünstler spielt er mit dem Einsatz von Zeit, Bewegung und Elementen der Natur. Dabei bringt er Alltagsgegenstände in unerwartete und humorvolle Situationen und hinterfragt so die Ordnung der Welt. Mit seiner Teilnahme an der Documenta 8 1987 oder als Schweizer Vertreter an der 48. Biennale von Venedig 1999 zählt er zu den renommiertesten europäischen Gegenwartskünstlern. Seine Werke werden international in zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen gezeigt.



Roman Signer, «Käse mit Biss» (2025)
Foto: © Franca Candrian, Kunsthhaus Zürich

Neue Zürcher Zeitung

KMU TODAY
VERLAGSBEILAGE

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Freitag, 4. April 2025 · Nr. 79 · 246. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50

Aktionskünstler Roman Signer in der NZZ

Der Appenzeller schafft seit mehr als 50 Jahren explosive Sinnbilder

phi. · Er jagt gerne Dinge in die Luft und nennt es Kunst. Roman Signer hat wie kein anderer die räumlichen und zeitlichen Dimensionen der Skulptur gesprengt. Seit den siebziger Jahren schafft er mit seinen Aktionen das, was man als Zeitskulpturen bezeichnen könnte. Er lässt Holzhäuser durch die Luft fliegen, mit Farbe gefüllte Kugeln am Boden zerschellen oder Tische, deren Beine in Eimern stehen, auf Flüssen durch die Landschaft gleiten. Einmal geht er brachial vor, ein andermal gibt er sich auch sehr poetisch mit seinen Einfällen. Immer aber erzeugt Roman Signer mit seinen Aktionen einen Schock über das kreative Potenzial, das im Vergnügen an der Zerstörung steckt.

Der Appenzeller Aktionskünstler versteht sich selber als Bildhauer. Sein Erweckungserlebnis hatte er 1969 in Harald Szeemanns legendärer Ausstellung «When Attitudes Become Form» in der Kunsthalle Bern, wie er im Interview mit der NZZ erzählt. Damals wurden banale Objekte in einer anarchischen Materialschlacht als Kunstwerke ausgestellt. Das gab Signer den Impuls, den Kunstbegriff vollends zu entgrenzen.

Einem breiteren Publikum in der Schweiz war er 1989 aufgefallen, als er seine «Aktion mit einer Zündschnur» durchführte. Damals legte er von seinem Geburtsort Appenzell bis an seinen Wohnort in St. Gallen eine Zündschnur und folgte ihr während 35 Tagen. Signer verwendet für seine Aktionen Dynamit und Feuerwerkskörper. Und er arbeitet immer wieder mit den Elementen Sand, Wasser, Wind und Feuer. Überdies verwendet er mit Vorliebe banale Gegenstände wie Stühle, Eimer oder Stiefel.

In der grossen Retrospektive, die ab diesem Freitag bis Mitte August im Kunsthaus Zürich zu sehen ist, hat er jetzt eine ganze Landschaft mit seinen Skulpturen eingerichtet. Roman Signer gestaltet die heutige Kunstaussage der NZZ mit Fotografien und Texten zu zahlreichen Aktionen aus seiner nunmehr seit über 50 Jahren andauernden Karriere.

Feuilleton, Seite 46–48

ANZEIGE

KOLLER



www.kollerauktionen.ch



Die Tessinerin Christa Rigozzi ist auch fast 20 Jahre nach ihrer Wahl zur schönsten Schweizerin eine prominente Person.

MAURICE HAAS FÜR NZZ

Influencerin der ersten Stunde

Christa Rigozzi profitiert noch immer vom Miss-Schweiz-Titel

atz. · Die Miss-Schweiz-Wahlen waren jahrzehntelang ein Fixpunkt im Schweizer Showbusiness. An die meisten Gewinnerinnen erinnert sich aber kaum mehr jemand. Christa Rigozzi ist eine Ausnahme. Die Tessinerin hat sich nach ihrem Sieg im Jahr 2006 zu einer der erfolgreichsten Businessfrauen der Schweiz entwickelt.

Die Tessinerin wirbt für Banken, Autos, Schuhe. Für alles Mögliche. Sie sass in der Jury bei «Die grössten Schweizer Talente» und führte viele Jahre durch den «Swiss Award». Pro Monat moderiert sie zehn Events, und pro Moderation verdient sie bis zu 8000 Franken. Rigozzi kann Werbeträgerin, Model und Moderatorin sein. Denn sie macht seit bald zwanzig Jahren das, wovon heute viele träumen: Influencerin sein.

Dabei hatte Rigozzi lange Zeit andere Pläne. Als Kind träumte sie davon, Detektivin zu werden. Als sie Kommunikationswissenschaften und Kriminologie studierte, lautete ihr Berufswunsch Polizeisprecherin. Erst mit 23 Jahren, im letztmöglichen Alter, meldete sie sich für die Miss-Schweiz-Wahl an und gewann prompt. In ihrem Missen-Jahr reiste Rigozzi dann wie alle anderen

Missen durch das Land, um Interviews zu geben, Fotoshootings zu machen oder bei Sponsoren aufzutreten. Nur hörte Rigozzi bis heute nie damit auf.

In den vergangenen Wochen drehte sie unter anderem in Winterthur die dritte Staffel von «Fashion Taxi», moderierte für den italienischen Luxusgüterhersteller Bulgari in Zürich und liess sich für die Tourismusregion Ascona - Locarno fotografieren.

Rigozzi verbindet die Landesteile. In der kompromissverliebten Schweiz ist sie zur Figur geworden, auf die sich alle einigen können: Sie spricht drei Landessprachen fließend, ist stets schweizerisch-verlässlich vorbereitet, betont aber gleichzeitig die südländische Lockerheit. In Rigozzi kann sich jede und jeder ein bisschen erkennen.

Daraus schlägt sie Profit, das ist Teil ihres Businessmodells, das sie als eine Art One-Woman-Unternehmen betreibt. Sie handelt Verträge aus, bespricht sich mit Sponsoren, schreibt Moderationskärtchen, beantwortet Anfragen oder bewirtschaftet den Social-Media-Kanal. Das ist profitabel – und macht sie zur Miss Millionärin.

Wirtschaft, Seite 33

Trumps Zölle ärgern den Bundesrat

Bern ergreift vorerst keine Gegenmassnahmen

Für die Schweizer Regierung sind die Zollankündigungen der USA «nicht nachvollziehbar». Sie hofft aber noch, dass Washington zur Einsicht kommt. Auf Gegenzölle will der Bundesrat verzichten.

HANSUELI SCHÖCHLI, BERN

Der Schweizer Refrain zu den Zollandrohungen der USA klang lange hoffnungsvoll: Im Visier der Regierung Trump seien vor allem die EU und China, die Schweiz habe ein gutes Image, sie habe 2024 alle Industriezölle abgeschafft, und helvetische Exponenten seien in Washington auf Verständnis gestossen. Dann kam am Mittwoch die kalte Dusche: Die USA wollen für viele Güterimporte aus der Schweiz mit 31 Prozent noch höhere Zusatzzölle verlangen als für Importe aus der EU (20 Prozent).

Die verkündeten Zollsätze haben trotz der Trump-Rhetorik über «Reziprozität» nichts mit den Zöllen der Partnerländer zu tun. Der diese Woche publizierte Bericht des amerikanischen Handelsbeauftragten über Handelsbarrieren im Ausland liess nicht vermuten, dass die Schweiz deutlich stärker getroffen würde als die EU und viele andere Länder.

Gemäss Daten der Welthandelsorganisation lag 2023 der handelsgewichtete Durchschnitt der Schweizer Importzölle bei nur 1,7 Prozent – was unter dem Mittel der amerikanischen Importzölle lag. Und dies war noch vor der Abschaffung der Schweizer Industriezölle. Aber die amerikanische Regierung ignorierte am Ende bei ihren Zollberechnungen ausländische Handelsbarrieren und unterstellte schlicht, dass ein hoher Importüberschuss im Warenhandel mit einem Partnerstaat hohe Importhürden im anderen Land spiegle – und dies durch eigene Importzölle zu «korrigieren» sei. Das ist zwar ökonomischer Unsinn, aber politische Realität. Zumindest vorerst.

Hoher Exportüberschuss

Die Schweiz hatte 2024 gemessen am gesamten Güterhandel mit den USA einen relativ hohen Exportüberschuss von rund 39 Milliarden Franken – deshalb will sie die amerikanische Regierung mit relativ hohen Importzöllen bestrafen. Hohe Exportüberschüsse der USA im Dienstleistungshandel mit der Schweiz (wie auch mit der EU) blieben derweil in Washington unberücksichtigt. Sonst hätte die amerikanische Regierung in ihrer eigenen Logik den Schluss ziehen müssen, dass die USA Dienstleistungsimporte aus der Schweiz und der EU massiv behindern.

Wie soll die Schweiz angesichts des offensichtlichen Scheiterns wiederholter Erklärungsversuche reagieren? Der Bundesrat hat am Donnerstag an einer ausserordentlichen Sitzung darüber diskutiert. Er bezeichnete danach die Berechnungen der USA als «nicht nachvollziehbar». Er werde versuchen, allfällige Missverständnisse auszuräumen und sich für eine Lösung einzusetzen.

Das Wirtschaftsdepartement soll derweil die Auswirkungen der angekündigten Zölle vertieft analysieren und je nach Betroffenheit der Schweiz geeignete Massnahmen vorschlagen.

Die bisherigen Erklärungsversuche von Schweizer Chefbeamten betrafen die technische Ebene in den amerikanischen Ministerien. Trump habe seinen Zollentscheid dem Vernehmen nach im engsten Zirkel seiner Berater und ohne Einbezug der Fachministerien getroffen, sagte Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter vor den Medien. Sie hofft auf Gespräche mit amerikanischen Vertretern auf Ministerienebene im Verlauf dieses Monats. Bis nächste Woche soll es erneut Fachgespräche in Washington geben. Eine Schweizer Theorie geht etwa wie folgt: Die Regierung Trump wolle mit den wilden Zoll-

US-Zollpolitik

Reaktionen: Die Strafzölle lösen weltweit Konsternation aus.	Seite 7
Leitartikel: An den Märkten gilt ab jetzt das Gesetz des Dschungels.	Seite 25
Kommentar: Trump behandelt die Schweiz wie Lesotho.	Seite 31
Börsen: Die Aktienkurse fallen auf breiter Front.	Seite 35

ankündigungen die betroffenen Länder unter Druck setzen, um dann von diesen in Verhandlungen Konzessionen für Zollsenkungen zu bekommen.

Die Zeit drängt allerdings, und viele Länder wollen nun möglichst rasch in Washington anknöpfen. Denn die angekündigten Zölle sollen schon ab 5. April (10 Prozent) beziehungsweise 9. April (der Rest) gelten. Treten sie in Kraft, wäre indes über deren Dauer noch nichts gesagt. Was könnte die Schweiz den Amerikanern angesichts der bereits abgeschafften Industriezölle anbieten? Die Rede war zum Beispiel von Zollsenkungen bei gewissen Landwirtschaftsprodukten sowie von Investitionsgarantien nach dem Muster des mit Indien abgeschlossenen Abkommens.

Absage an Eskalation

Schweizer Gegenzölle sieht der Bundesrat derzeit nicht vor. Die Schweiz würde sich ins eigene Fleisch schneiden und in Washington damit kaum Eindruck schinden. «Eine Zunahme der handelspolitischen Spannungen ist nicht im Interesse der Schweiz», erklärte der Bundesrat. Gegenmassnahmen brächten Kosten, namentlich die «Verteuerung von Importen aus den USA».

In der EU kann die Kalkulation anders aussehen: Auch die EU würde sich mit Gegenzöllen zunächst selber schaden, doch angesichts ihrer Marktgrösse könnte sie die USA eher beeinflussen. Bei allfälligen EU-Gegenmassnahmen gebe es keine Anzeichen für negative Rückwirkungen auf die Schweiz. Laut Karin Keller-Sutter hat dies die EU-Kommissions-Chefin Ursula von der Leyen am Donnerstag erklärt.

Die Schweizer Wirtschaft ist enttäuscht

Am Tag nach Trumps Zoll-Ankündigung richten Wirtschaftsvertreter konkrete Forderungen an die Politik. Besonders gross ist die Unsicherheit in der Pharmabranche

JANNIK BELSER, ANDREA MARTEL

Switzerland: 31! Das ist nicht die Punktzahl der Schweiz beim Eurovision Song Contest. Sondern der Prozentsatz auf der Tabelle der «reziproken» Zölle, die der US-Präsident Donald Trump gestern im Rosengarten des Weissen Hauses stolz präsentierte. Ab dem 9. April soll auf Exporte aus der Schweiz in die USA ein Zoll von 31 Prozent erhoben werden. Das sorgt bei Schweizer Wirtschaftsvertretern für Aufregung.

Economiesuisse bezeichnet die amerikanischen Zölle als «schädlich und unbegründet». Für die Schweizer Exportwirtschaft bedeute die handelspolitische Eskalation eine ernsthafte Belastung, schreibt der Dachverband – und das in einer Phase, in der sich die Exportaussichten in anderen Absatzmärkten bereits eingetrübt hätten. Jan Atteslander, Leiter für den Bereich Aussenwirtschaft, sagt: «Eine weitere Eskalation des Handelskonflikts muss verhindert werden. Der Bundesrat und die Schweizer Wirtschaftsdiplomatie sind gefordert, am Verhandlungstisch mit der US-Regierung rasch Lösungen zu finden.»

Kurzarbeit bei Handelskrieg

Swissmem, der Verband der Schweizer Tech- und Maschinenindustrie, schreibt, man sei schwer enttäuscht vom Vorgehen des US-Präsidenten. Der hohe Zoll sei willkürlich, habe doch gerade die Schweiz ihre Industriezölle aufgehoben. Die Massnahme sei ein herber Schlag für die Schweizer Tech-Industrie. Sie komme ausgerechnet von den USA, einem der wenigen Länder, in denen die Exporte der Schweizer Industrie im vergangenen Jahr gewachsen sind.

Die Unternehmen könnten solch hohe Zölle unmöglich mit der eigenen Marge auffangen, sagt Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor bei Swissmem: «Das ist nicht graduell. Das ist substanziell, und es wird grosse Auswirkungen haben.» Erschwerend komme hinzu, dass Trump gegen die EU einen geringeren Zoll von 20 Prozent angekündigt habe. Laut Swissmem verliert die Schweizer Tech-Industrie gegenüber der europäischen Konkurrenz damit an Wettbewerbsfähigkeit. Der Bundesrat müsse nun «persönlich und mit höchster Dringlichkeit» das Gespräch mit der US-Regierung suchen, sagt Swissmem. Zur Abfederung der wirtschaftlichen Konsequenzen will der Verband, dass der Handelskrieg als Begründung für Kurzarbeit anerkannt und die Höchstbezugsdauer auf 24 Monate ausgedehnt wird. Zurzeit steht diese bei 18 Monaten.

Den USA entgekommen

Swiss Medtech, der Verband der Schweizer Medizintechnik, hat bereits eine konkrete Forderung an den Bundesrat: Er soll sämtliche Produkte, die die amerikanische Food & Drug Administration (FDA) zugelassen hat, auch in der Schweiz per Verordnung freigeben.

«Das wäre ein klares Signal an die US-Regierung für Dialog statt Zollpolitik», sagt der Verbandspräsident und FDP-Ständerat Damian Müller.

Rahul Sahgal, der Chef der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, schreibt, er sei verblüfft von der Höhe des Zolls. In den vergangenen Wochen tourte Sahgal mit einigen Schweizer Wirtschaftsvertretern durch Washington und setzte sich dafür ein, dass der US-Präsident die Schweiz verschone. Nun müsse die Schweiz herausfinden, nach welchen Kriterien die Trump-Administration die Zölle wieder aufheben würde. Bis zum Stichtag am 9. April bleibe noch Zeit.

Was gilt für Pharmazeutika?

Ungewiss ist, wie stark die Schweizer Pharmaindustrie von Trumps Zöllen betroffen sein wird. Laut einem Faktenblatt der amerikanischen Regierung sind pharmazeutische Produkte von den «reziproken» Zöllen ausgenommen. Ob sie aber unter den Basiszoll von 10 Prozent fallen, den die USA gegenüber allen Ländern anwenden wollen, wird aus dem Dokument nicht klar. Möglich ist, dass die Trump-Administration Pharmaprodukte zu einem späteren Zeitpunkt gesondert behandeln wird. Würde heissen: Pharmazölle sind nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Rund 60 Prozent aller Schweizer Exporte in die USA sind Pharmaprodukte, womit die Branche auch aus volkswirtschaftlicher Sicht wichtig ist.

Scienceindustries, der Verband für Chemie- und Pharmaunternehmen, geht nach derzeitigem Kenntnisstand davon

«Eine weitere Eskalation des Handelskonflikts muss verhindert werden.»

Jan Atteslander
Economiesuisse

aus, dass pharmazeutische Produkte von dem Basiszoll von 10 Prozent ausgenommen sind. Andere Produktklassen, etwa Chemieprodukte und Diagnostika, würden hingegen mit dem «reziproken» Zoll in der Höhe von 31 Prozent belastet. Wie ein Gut im Handel kategorisiert wird, dürfte in absehbarer Zukunft also eine grosse Rolle spielen. «Die Massnahmen sorgen insgesamt für erhebliche Unsicherheit», sagt Stephan Mumenthaler, Direktor von Scienceindustries.

Interpharma, der Verband der forschenden Pharmaindustrie in der Schweiz, schreibt, Zölle seien hinderlich für Handel und Innovation. «Wir werden jedoch weiterhin darauf hinarbeiten, unsere langjährigen und starken Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten.»



Zölle sollen Amerika wieder gross machen: Donald Trump versucht am Donnerstag im Rosengarten vor dem Weissen Haus, einen Maga-Hut

Wie einst Moses offenbart Trump dem Volk die heiligen Gesetzestafeln

Enorme Fallhöhe zwischen grandioser Zoll-Verkündigung und wirtschaftlicher Realität

DAVID SIGNER, CHICAGO

Amerika mag es bekanntlich gross, und Trump ganz besonders. Das zeigte sich auch am Mittwoch wieder bei der Verkündigung seiner neuen Zölle im Rosengarten vor dem Weissen Haus. Pompös wurde der «Liberation Day» ausgerufen, der für immer in Erinnerung bleibe als der Tag, an dem die amerikanische Industrie wiedergeboren worden sei. Pompös war auch die Tafel mit der Länderliste, die Trump in die Höhe hielt. Man fühlte sich an Moses erinnert, der mit den zehn Geboten, die er von Gott erhalten hatte, vom Berg Sinai herunterstieg und die Steintafeln seinem Volk präsentierte. Bloss waren diese etwas leichter zu verstehen.

Das Beispiel Lesotho

Die Zölle wurden mit einer ominösen Formel berechnet, die zwar sehr seriös und kompliziert erscheint, aber bloss Trumps seltsame und eher banale Sicht auf den Aussenhandel spiegelt: Wer mehr in die USA exportiert als importiert, muss bestraft werden, weil er Amerika ausnimmt. Trump führte seine Rechenkünste vor versammeltem Publikum auch gleich vor und erklärte anhand seiner Riesentabelle, wie China, die EU oder Japan die USA über den Tisch ziehen. Die «reziproken» Zölle seien immer noch moderat und freund-

lich im Vergleich zur ausländischen Abzocke. «Wir werden Amerika wieder reich machen», versprach er triumphal in seiner fast einstündigen Rede.

Besonders deutlich wird die Fallhöhe zwischen der grandiosen Inszenierung und den abstrusen Fakten, wenn man sich einzelne Beispiele aus der kompletten Liste herauspicks, die 173 Länder aufgeführt. Die härtesten Zölle – 50 Prozent – treffen den Kleinstaat Lesotho im südlichen Afrika. Der Grund ist absurd: Lesotho exportiert vor allem Diamanten in die USA, ganz einfach, weil es sie in Lesotho gibt und in den USA kaum. Umgekehrt importiert Lesotho fast nichts aus den USA, weil es schlichtweg zu arm ist. Aber für dieses Ungleichgewicht wird es nun bestraft.

Noch unsinniger ist der Fall der Heard- und McDonald-Inseln. Ihnen werden Zölle von 10 Prozent aufgebürdet, weil sie angeblich ebenso hohe Zölle auf Importe anwenden. Der Witz ist, dass die abgelegenen Antarktisinseln unbewohnt sind. Lediglich Pinguine und Robben leben dort. Aber wer weiss? Man kann nicht vorsichtig genug sein.

Ein anderes schwachsinniges Beispiel ist Indonesien. Neu verhängt Trump Zölle von 32 Prozent über Importe aus dem asiatischen Land. In der Tat erhebt Indonesien selbst hohe Steuern auf Kaffeeimporte. Dies ganz einfach, weil Indonesien einer der grössten Kaffeeproduzenten der Welt ist. Amerika kann

das jedoch egal sein, weil es sowieso keinen Kaffee nach Indonesien ausführt. Einziger Effekt der Zollerhöhung: Der importierte Kaffee aus Indonesien, der nicht einfach durch heimische Produktion ersetzt werden kann, wird für die amerikanischen Konsumenten teurer.

Es stellen sich noch viele weitere Fragen, wie zum Beispiel: Warum ist Gibraltar auf der Liste, das kein eigener Staat ist, sondern zu Grossbritannien gehört?

Russland wird nicht erwähnt

Interessanter ist aber, was auf Trumps langer Liste fehlt: Russland. Es stimmt, dass der Handel wegen der Sanktionen geschrumpft ist. Aber er ist immer noch grösser als jener mit den McDonalds-Inseln oder der Ukraine, die mit Zöllen von 10 Prozent belegt wird. 2024 importierten die USA immerhin Waren im Wert von 3 Milliarden Dollar aus Russland; exportiert wurde nur wenig. Mit der Ukraine hingegen erzielten die USA einen Handelsüberschuss. Laut Trumps Logik müsste Russland bestraft werden und nicht die Ukraine. Möglicherweise spielen hier doch andere Faktoren eine Rolle als die vorgeschobene strenge Mathematik. Aber eben: Die imposanten Berechnungen, die Trump so publikumswirksam präsentierte, haben mehr mit Numerologie, Kabbala und sonstiger Zahlenmystik zu tun als mit Ökonomie.

Europafreunde sehen sich im Aufwind

Politiker wollen auf Gegenmassnahmen verzichten und mit den USA über die Zölle sprechen

TOBIAS GAFAFER, DAVID VONPILON

Bis zuletzt hatte die Schweiz gehofft, dass Trump sie von den angedrohten Zöllen verschont. In einem Brief an den amerikanischen Handelsbeauftragten zählte das Staatssekretariat für Wirtschaft Gemeinsamkeiten wie die zurückhaltende Regulierung auf und verwies auf die hohen Schweizer Investitionen in den USA. Doch die Argumente haben bei der Administration Trump nicht verfangen. Die Schweiz trifft es härter als die EU: Ihre Exporte in die USA sollen mit Zöllen von 31 Prozent belegt werden. Arzneimittel, das wichtigste Schweizer Exportgut, sind davon zumindest vorderhand ausgenommen.

Politiker reagieren auf Anfrage mit Unverständnis, zumal die Schweiz die Zölle auf Industriegüter abgeschafft hat. Der Mitte-Präsident Gerhard Pfister spricht von willkürlichen Zöllen und einer «knallharten Grossmachtpolitik». «Wer gemeint hat, die Schweiz werde von der Trump-Regierung anders behandelt als die Europäer und der Rest, sieht sich getäuscht.» Die Schweiz müsse nun schauen, ob mit der Administration Trump ein vernünftiges Gespräch möglich sei. «Das wird anspruchsvoll.»

Die Hausaufgaben machen

Auch der FDP-Präsident Thierry Burkart sagt, die Schweiz müsse versuchen, Einfluss zu nehmen. Auf keinen Fall solle sie Gegenmassnahmen ergreifen. Das würde die für Exportwirtschaft nötigen Zwischenprodukte verteuern und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportindustrie schwächen. «Wir sind für die USA kein riesiger Markt, aber sie sind für uns sehr wichtig.»

Die Schweiz müsse im Inland ihre Hausaufgaben machen. «Wenn unsere Exporte teurer werden, müssen wir die Kosten bei uns reduzieren.» Burkart fordert ein Revitalisierungsprogramm für die Wirtschaft und will die Regulierungs- und Bürokratiekosten abbauen sowie die Abgaben senken. Die Lohnnebenkosten dürften auf keinen Fall erhöht werden. Der Bund müsse gutgemeinte, aber kostentreibende Subventionen überprüfen. Burkart wünscht sich auch, dass die Nationalbank mit Abwer-

tungen des Schweizerfrankens zurückhaltend ist.

Eine scharfe Reaktion auf Trumps Zollpolitik fordert der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth. «Die Schweiz muss jetzt Rückgrat zeigen», sagt er. Trump und seine Entourage würden ausschliesslich finanzielle Eigeninteressen verfolgen. Daher sollte die Antwort der Schweiz gezielt die Profiteure des US-Regimes treffen, insbesondere die Tech-Oligarchen rund um Elon Musk. Auch von Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter brauche es eine klare Haltung. «Sie muss die aggressiven Einschüchterungsversuche Trumps verurteilen. Es ist falsch, weiterhin auf Anbiederung, Wegducken und Beschwichtigen zu setzen.»

Der GLP-Präsident Jürg Grossen sagt, die Schweiz habe richtigerweise alle Industriezölle abgeschafft. «Nun muss sie auf Gegenseitigkeit bestehen.» Es

«Wenn unsere Exporte teurer werden, müssen wir die Kosten bei uns reduzieren.»

Thierry Burkart
FDP-Präsident

stehe ausser Frage, dass Zölle schädlich seien und die Menschen ärmer machten.

Deutlich weniger Handlungsbedarf sieht der Zürcher SVP-Nationalrat Thomas Matter. Er vermutet, dass die US-Administration von falschen Daten ausgegangen sei, als sie den Zoll für die Schweiz erhob. Es sei nun Aufgabe des Bundesrats, den USA die Fakten zu vermitteln. Der Banker zeigt sich optimistisch, dass die USA einlenken werden. «Ich kann mir vorstellen, dass mit diplomatischen Gesprächen Anpassungen erreicht werden können.» Nun gehe es darum, möglichst rasch einen Termin bei den entscheidenden Personen der Trump-Administration zu bekommen. Auf keinen Fall dürfe die Schweiz mit Zöllen gegen die USA reagieren.

Wichtigste Handelspartnerin der Schweiz ist die EU, noch vor den USA.

Befürworter der neuen und angepassten Verträge mit Brüssel sehen sich durch Trumps Handelskrieg bestärkt. «Die Schweiz hat 31 neue Gründe, um die Beziehungen mit der EU zu festigen. Die Bilateralen III sind der Schlüssel dazu», sagt Grossen. Der Bundesrat müsse diese nun rasch ins Parlament bringen. Das sieht auch die SP so: Die jüngsten Entwicklungen würden verdeutlichen, dass die Beziehungen zur EU im Rahmen der Bilateralen III stabilisiert werden müssten.

Den Freihandel stärken

Zurückhaltender äussern sich Pfister und Burkart. Sie verweisen darauf, dass die Details der neuen und angepassten Verträge mit der EU noch nicht vorliegen. Vorher wollen sich die FDP und die Mitte nicht festlegen. Pfister gibt sich aber vorsichtig optimistisch. «Ich kann mir vorstellen, dass die allgemeine Zustimmung für eine gute Kooperation mit der EU zunimmt», sagt er. Je besonnener die Europäische Union reagiere, desto attraktiver werde sie auch in Schweizer Augen.

Burkart sagt, prioritär sei nun, die «Kündigungsinitiative der SVP» abzulehnen. Das handelspolitische Umfeld dürfte den Gegnern den Abstimmungskampf erleichtern. «Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will das stabile Verhältnis mit der EU nicht abreißen.» Die Initiative gegen die 10-Millionen-Schweiz der SVP zielt auf die Bilateralen mit der EU, da sie wohl zur Kündigung der Personenfreizügigkeit führen würde.

Der SVP-Politiker Matter hält von Forderungen nichts, wonach nun die Beziehungen zu den anderen Handelspartnern – namentlich der EU – gestärkt werden müssen. In der Aussenwirtschaftspolitik brauche es keine Korrekturen. Das Verhältnis der Schweiz zu der EU sei bereits stabil und müsse nicht intensiviert werden. In der Vergangenheit habe sich gezeigt, dass die EU als Handelspartnerin keineswegs zuverlässiger sei als die USA.

Einigkeit herrscht bei vielen bürgerlichen Politikern darin, dass der Freihandel gestärkt werden soll. Grossen will Abkommen mit Staaten abschliessen, die die freie Marktwirtschaft hochhielten. Burkart dagegen möchte den Freihandel mit allen wichtigen Partnern ausbauen – also auch mit den USA und China.

Abenteuerliche Berechnungen

Der 31-Prozent-Strafzoll für die Schweiz beruht auf einer simplen, aber fragwürdigen Formel

MATTHIAS BENZ, THOMAS FUSTER

Donald Trump nahm sich viel Zeit. Nicht weniger als 53 Minuten plauderte der Präsident im Rosengarten des Weissen Hauses über die neue Zollpolitik der USA und liess sich zu allerlei Abschweflungen hinreissen. Auf die Frage, wie sich die Höhe der neuen Zölle errechnen, ging Trump allerdings nur sehr knapp ein. Er sagte: «Für Länder, die uns schlecht behandeln, werden wir den kombinierten Satz all ihrer Zölle, nicht-monetären Barrieren und anderen Formen des Betrugs berechnen.»

Klarheit schaffte die Aussage nicht. Und als Trump eine Schautafel mit den künftig geltenden Zollsätzen präsentierte, rätselte man rund um den Globus, welche ökonomische Methodik hinter dem Zahlenwerk stehen könnte. Gross war die Verwirrung auch in der Schweiz. Denn mit sogenannten reziproken Zöllen von 31 Prozent ist das Land unerwartet heftig – und gar noch stärker als die Europäische Union (20 Prozent) – von Amerikas protektionistischer Aussenwirtschaftspolitik betroffen. In einem späteren Dekret des US-Präsidenten war dann sogar von 32 Prozent für die Schweiz die Rede.

Wie wird die Zollhöhe berechnet?

Faktisch hat die Trump-Administration eine simple Formel angewendet. Sie betrachtet zunächst das Defizit, das die USA gegenüber einem Land im Güterhandel haben. Im Fall der Schweiz betrug dieses Defizit im Jahr

2024 rund 38,5 Milliarden Dollar. Das heisst, dass die Schweiz in diesem Umfang mehr Güter in die USA lieferte, als die Amerikaner umgekehrt in die Schweiz verkauften. Solche Defizite stören Trump seit langem. In einem zweiten Schritt teilt die Trump-Administration das Defizit durch die Gesamtsumme der Schweizer Güterexporte in die USA. Diese betrugen 2024 rund 63,4 Milliarden Dollar. Aus dieser Division (38,5/63,4) ergibt sich ein Wert von 61 Prozent. Aber weil man «nett» sei, sagte Trump, halbiere man die Zahl. Daraus resultiert der von ihm präsentierte Ausgleichszoll von 31 Prozent, der ab 9. April für die Schweiz gelten soll.

Was ist die Begründung dahinter?

Trumps Handelsbeauftragter lieferte eine Begründung für diese Berechnungsmethode nach. Man wolle die Zollhöhe so festlegen, dass das Handelsbilanzdefizit gegenüber einem Land verschwinde. Im Fall der Schweiz hiesse das: Der hohe Zoll soll die helvetischen Exporte in die USA so stark bremsen, dass sie nicht mehr grösser sind als die Warenausfuhren der Amerikaner in die Schweiz. Bei jedem einzelnen Land wurden entsprechend unterschiedlich hohe Zölle festgelegt. Der Handelsbeauftragte lieferte eine Formel für die Berechnungen mit. Dabei verwies er auf wissenschaftliche Literatur, beispielsweise zur Frage, wie stark Zölle die Nachfrage der amerikanischen Konsumenten nach Gütern vermindern.

Warum taugt der Ansatz nicht?

Die Berechnungsmethoden der Trump-Administration zogen umgehend Kritik auf sich. Drei Probleme stehen im Zentrum. Erstens wird nur der Güterhandel betrachtet. Aber der internationale Austausch umfasst auch Dienstleistungen. Beispielsweise verkauft Microsoft viele Softwarelizenzen in der Schweiz, Netflix zählt zahlreiche Streaming-Kunden. Im Handel mit Dienstleistungen erwirtschaften die USA einen Überschuss gegenüber der Eidgenossenschaft. Im Jahr 2024 betrug das Plus 21,3 Milliarden Dollar. Wenn man Güter und Dienstleistungen zusammennimmt, ist der bilaterale Handel deutlich ausgeglichener. Das gesamte Handelsbilanzdefizit betrug im Jahr 2024 nur 16,8 Milliarden Dollar.

Zweitens sind die Zölle – entgegen Trumps Behauptung – nicht «reziprok». Sie zielen nicht direkt auf tatsächliche oder vermutete Handelshemmnisse ab. Vielmehr liegt den Gegenzöllen die Annahme zugrunde, dass jedes Defizit auf unfaire Praktiken zurückzuführen ist. Das ist ökonomisch haltlos, zumal beispielsweise auch Unterschiede der Wirtschaftsstruktur oder des Sparverhaltens eine Rolle spielen. Die auferlegten Zölle entsprechen nicht den Zöllen, die die Gegenseite bei amerikanischen Waren verlangt. So wird Argentinien nur mit dem «Normalsatz» von 10 Prozent belegt, obwohl das Land gegenüber den USA höhere Zölle verlangt. Grund ist, dass die USA gegenüber Argentinien einen Handelsbilanz-

überschuss haben. In der Schweiz ist es umgekehrt: Auf Anfang 2024 wurden alle Industriezölle abgeschafft, und die Importzölle liegen weit unter jenen der USA. Doch die Schweiz verkauft mehr Waren in die USA als umgekehrt.

Drittens beruhen die Berechnungen der Trump-Administration auf einer pseudowissenschaftlichen Formel. Diese trifft unrealistische Annahmen – zum Beispiel, dass sich die Zölle nicht auf den Dollar-Wechselkurs auswirken werden. Zudem setzt der Handelsbeauftragte ziemlich freihändig Werte in die Formel ein, so dass am Ende eine leicht nachvollziehbare Division resultiert. Dass die Übung mehr mit Willkür als mit wissenschaftlicher Präzision zu tun hat, illustrierte Trump, indem er die Höhe der Zölle kurzerhand nochmals halbierte. Amerikanische Ökonomen können dem Ansatz der Regierung keinerlei Logik abgewinnen. Der Handelsexperte und Nobelpreisträger Paul Krugman spekuliert sogar, dass die Trump-Regierung auf der Suche nach einer Zollformel einfach ChatGPT und andere KI-Modelle zu Rate gezogen hat.

Welche Produkte aus der Schweiz sind betroffen?

Das wichtigste Schweizer Exportprodukt sind Medikamente. Mit 31 Milliarden Franken machten Pharmaprodukte im Jahr 2024 rund die Hälfte der Gesamtexporte in die USA (inklusive Edelmetallen) aus. Medikamente sind aber vorerst vom Ausgleichszoll ausge-

nommen. Doch das könnte nur ein Aufschub sein: Trump hat bei früheren Gelegenheiten angekündigt, einen separaten Zoll von 25 Prozent auf Pharmazeutika zu erheben.

Das zweitwichtigste Schweizer Exportprodukt sind Gold, Edelsteine und Schmuck (14 Milliarden Franken). Doch diese Waren werden vor allem über die Schweiz gehandelt; es sind hierzulande nur wenig Wertschöpfung und wenige Arbeitsplätze gefährdet. Zudem sind Goldbarren vom Ausgleichszoll ausgenommen. Anders ist dies bei Uhren und Präzisionsinstrumenten (8,2 Milliarden Franken). Betroffen wäre etwa auch Kaffee (1 Milliarde Franken): Nestlé stellt alle Nespresso-Kapseln für den weltweiten Markt in der Westschweiz her.

Die Schweizer Firmen werden wohl versuchen, die Zölle den amerikanischen Konsumenten aufzubürden. Die Aktienanalytiker der ZKB schätzen, dass Schweizer Nahrungsmittelfirmen ihre Produkte in den USA um 11 bis 13 Prozent verteuern müssten und die Uhrenhersteller ihre um 18 bis 20 Prozent, um den Effekt der Zölle zu neutralisieren. Dennoch sind Schäden für die Gesamtwirtschaft zu befürchten. Denn Trumps Zölle werden den internationalen Warenhandel bremsen und die Weltwirtschaft belasten. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH schätzt, dass die Zölle die Schweizer Wirtschaftsleistung je nach Umsetzung, Reaktionen und Zeithorizont um 0,2 bis 0,6 Prozent pro Jahr verringern könnten.



zu fangen.

CARLOS BARRIA / REUTERS

RICHARD MILLE



RM 74-02
In-house skeletonised automatic winding tourbillon calibre
50-hour power reserve (±10%)
Baseplate and bridges in 18K 3N and 5N red gold
Variable-geometry rotor
Fast-rotating barrel
Case in Gold Quartz TPT® and 5N red gold

A Racing Machine
On The Wrist

«Ein beispielloser Angriff»

Mit der Einführung neuer Strafzölle löst der US-Präsident weltweit Konsternation aus – China und die EU kündigen Gegenzölle an

Es gab sie, die Optimisten. Stimmen, die gehofft hatten, dass die USA an Donald Trumps «Tag der Befreiung» gegenüber den Handelspartnern und Verbündeten weniger drastische Strafzölle erlassen würden als befürchtet. Aber am Mittwochnachmittag hat der US-Präsident Zölle in einer Höhe bekanntgegeben, wie sie die Welt seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gesehen hat. Die NZZ-Auslandkorrespondenten berichten aus ihren Regionen über die Reaktionen.

Peking: Xi bereitet Gegenschlag vor

mka. · Die Regierung von Xi Jinping reagiert scharf auf die Ankündigung aus Washington. «China wendet sich aufs Schärfste gegen diesen Schritt und wird entschlossene Gegenmassnahmen ergreifen, um seine Rechte und Interessen zu schützen», teilte das Handelsministerium am Donnerstag mit. China dränge die USA, die Zölle umgehend zurückzunehmen und Handelskonflikte durch Dialoge zu lösen.

Am Mittwoch hatte der US-Präsident zusätzliche Zölle in Höhe von 34 Prozent auf praktisch alle Waren aus China angekündigt. Bereits im Februar hatte Trump die Zölle auf chinesische Importe in zwei Schritten um 20 Prozent angehoben.

Wie aus dem Staatsrat, der chinesischen Regierung, zu hören ist, bereitet Peking als Antwort ein Paket aus Gegenzöllen und Exportkontrollen vor. Auf die ersten beiden Zollrunden der USA hatte Chinas Regierung mit Zöllen, unter anderem auf amerikanische Agrarprodukte und Untersuchungen gegen sogenannte «unzuverlässige» Unternehmen reagiert.

Für die ohnehin angeschlagene chinesische Wirtschaft sind die neuen Zölle Gift. Zhang Ning, China-Analyst der UBS in Hongkong, geht davon aus, dass die Zölle Chinas Wirtschaftswachstum um 150 Basispunkte vermindern werden.

Brüssel: EU will Gegenzölle einführen

imr. · EU-Kommissions-Mitarbeitern hat man die Anspannung in diesen Tagen angemerkt. Sichtlich genervt waren sie, weil sich Regierungschefs und Minister von Mitgliedsländern mit Kommentaren zum Handelskonflikt nicht zurückhielten. Handelspolitik ist Sache der Kommission; seit Wochen versucht sie, gegenüber den USA eine Strategie zu entwickeln, mit der die Mitgliedsländer leben können. Die Länder sind sich zwar mehr oder weniger einig, dass die EU auf die Zölle mit Gegenaktionen reagieren muss. Die Einheit ist aber in Gefahr, sobald amerikanische Massnahmen die eigene Wirtschaft stark treffen.

Laut Bernd Lange, dem Vorsitzenden des Handelsausschusses des EU-Parlaments, plant die EU, am 14. April mit Gegenzöllen auf ein Warenvolumen von 26 Milliarden Euro zu reagieren. Man sei jedoch weiterhin bereit, mit den USA zu sprechen, sagte er. «Aber wir lassen uns nicht erpressen.» Laut Mitarbeitern der Kommission ist die EU auch bereit, mit den USA über allgemeine Zollsenkungen zu verhandeln.

Jerusalem: Zoll-Appeasement scheitert

rev. · Als hätte sie geahnt, was auf sie zukommt, veröffentlichte Israels Regierung am Dienstag eine ausführliche Mitteilung. Von jetzt an gälten keinerlei Zölle mehr auf Importe aus den USA, hiess es darin.

Der Schritt war vor allem symbolisch: Auf rund 99 Prozent aller amerikanischen Güter erhebt Israel ohnehin keine Zölle – jährlich kassiert Jerusalem nur knapp 10 Millionen Franken durch Abgaben auf amerikanische Lebensmittel und Agrarprodukte. Geholfen hat der Schritt denn auch nur wenig. Auf israelische Güter erheben die USA ab sofort einen Einfuhrzoll in Höhe von 17 Prozent. Das dürfte Israels Wirtschaft

Gegen diese Länder verhängt die Trump-Regierung Extrazölle			
«Reziproke» Zölle der US-Regierung sowie die Handelsbilanz aus Sicht der USA (in Milliarden Dollar)			
Land	Neue US-Zölle	Angebliche Zölle gegen die USA*	Handelsbilanz
China	34%	67%	–295
EU	20%	39%	–236
Vietnam	46%	90%	–123
Taiwan	32%	64%	–74
Japan	24%	46%	–68
Südkorea	25%	50%	–66
Indien	26%	52%	–46
Thailand	36%	72%	–46
Schweiz	31%	61%	–38
Malaysia	24%	47%	–25
Indonesien	32%	64%	–18
Kambodscha	49%	97%	–12
Südafrika	30%	60%	–9
Israel	17%	33%	–7
Bangladesh	37%	74%	–6
Philippinen	17%	34%	–5
Pakistan	29%	58%	–3
Sri Lanka	44%	88%	–3
Norwegen	18%	30%	–2
Costa Rica	15%	17%	–2

Zusätzliche 30-Zeilen werden nicht angezeigt.

* Laut der amerikanischen Regierung wurden andere Handelsschranken und Währungsmanipulationen mit eingerechnet. Handelsbilanz gleich US-Exporte minus US-Importe (Daten von 2024).

QUELLE: WEISSES HAUS, US CENSUS

NZZ / jum., fsl.

empfindlich treffen. Die USA sind der grösste Handelspartner, über ein Viertel der Exporte gehen nach Amerika.

Berlin: Hoffen auf Verhandlungen

Ht. · Für das exportorientierte und zugleich wirtschaftlich geschwächte Deutschland ist die Einführung der US-Zölle auf fast alle Einfuhren aus der EU ein weiterer herber Schlag. Der geschäftsführende Wirtschaftsminister Robert Habeck verglich die drohenden ökonomischen Auswirkungen am Donnerstag mit jenen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Unter Verweis auf die bereits vorbereiteten Gegenzölle der EU sagte er, es blieben noch knapp 14 Tage Zeit für Verhandlungen. Aber wenn die USA keine Verhandlungslösung wollten, werde die EU eine «ausgewogene, klare und entschlossene Antwort» geben.

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie unterstützte die Strategie der EU-Kommission. Die US-Zölle seien «ein beispielloser Angriff» auf das internationale Welthandelssystem, freien Handel und globale Lieferketten.

Mit einem letztjährigen Anteil von 10 Prozent sind die USA das wichtigste Zielland für deutsche Güterausfuhren. Die wichtigsten Exportprodukte sind Autos und Autoteile, auf die bereits ein US-Zoll von sogar 25 Prozent in Kraft getreten ist, Maschinen und Pharmazeutika. Letztgenannte scheinen die USA

vorerst auszunehmen. Laut einer Simulation des Instituts der deutschen Wirtschaft könnte der kumulierte Schaden der neuen Zölle für die Bundesrepublik über die vierjährige Amtszeit Trumps rund 200 Milliarden Euro betragen. Das deutsche Bruttoinlandprodukt wäre 2028 etwa 1,5 Prozent niedriger als ohne Zölle.

London: Handelsabkommen als Ziel

nn. · Auf britische Exporte in die USA fällt ein Zoll von 10 Prozent an. Das ist deutlich weniger als für Güter aus der EU – und weniger, als die Labour-Regierung von Keir Starmer befürchtet hatte. Was der konservative «Daily Telegraph» als «Brexit-Dividende» feierte und Labour-Kreise auf Starmers diplomatisches Geschick zurückführten, scheint aber vor allem eine Folge des ausgeglichenen Güterhandels zwischen den USA und Grossbritannien zu sein.

Starmer erklärte am Donnerstag bei einem Treffen mit Unternehmern, die Zölle würden die britische Wirtschaft belasten. Die Regierung hält sich alle Optionen offen, will aber auf Gegenzölle verzichten. Vielmehr setzt Starmer nach wie vor auf den Abschluss eines Handelsabkommens mit Washington.

London ist offenbar bereit dazu, die Regulierung und die Steuerbelastung für amerikanische Tech-Firmen sowie die Zölle für amerikanische Fleisch- und Fischimporte zu verringern. Die Labour-Regierung hofft, dass man sich mit Washington handelseinig wird – und dass Trump seine Zölle gegen Grossbritannien dann wieder zurücknimmt.

Nairobi: Ende der Zollprivilegien

smi. · In Afrika sind China und die EU für fast alle Länder die wichtigeren Handelspartner als die USA. Entsprechend sah man der Eskalation im Handelskrieg gelassen entgegen. Wenn, hat man Angst vor indirekten Effekten: dass etwa Chinas Wirtschaft durch Trumps Handelskrieg geschwächt werden könnte und dadurch die Nachfrage nach Kupfer oder Kobalt aus Afrika sinkt.

Eine Ausnahme zur afrikanischen Gelassenheit gibt es. Trumps Handelspolitik dürfte der African Growth and Opportunity Act (Agoa) den Todesstoss versetzen. Das 2000 unter Präsident Clinton gestartete Programm gewährt mehr als 30 afrikanischen Staaten zollfreien Zugang bei fast 2000 Produkten zum amerikanischen Markt. Gerade für Südafrika, dem Trump am Mittwoch auch noch Importzölle von 30 Prozent auferlegt hat, war Agoa wichtig.

Auch republikanische Abgeordnete hatten die Weiterführung des Programms befürwortet. Sie hofften, Agoa könnte ein Gegengewicht zur chinesischen Dominanz in Afrika schaffen. Stattdessen eröffnet der amerikanische Rückzug neue Chancen für Länder wie die Türkei, Indien, Russland oder die Vereinigten Arabischen Emirate, die in Afrika stärker Fuss gefasst haben in den vergangenen Jahren.

Paris: Schlag für die Weinindustrie

DSt. · «Handelskrieg – Die Welt unter Schock», titelte der konservative «Figaro» am Donnerstag. Auch die französische Regierungssprecherin Sophie Primas zeigte sich von der «imperialistischen Haltung» des Verbündeten schockiert. Alle Charmeooffensiven Emmanuel Macrons, so konstatiert man in Paris, prallten offensichtlich an Donald Trump ab. Frankreich werde sich bei Gegenmassnahmen jetzt eng mit der EU abstimmen, kündigte Primas an, aber die Nervosität ist gross. Besonders für zwei Säulen der französischen Exportwirtschaft, Wein und Milchprodukte, sind die Strafzölle ein schwerer Schlag.

Zwar bleiben die Winzer und Brenner vorerst von den 200 Prozent verschont, die Trump im März als Vergeltung für die geplanten EU-Zölle auf amerikanischen

Whiskey angedroht hatte. Doch schon jetzt rechnen Branchenvertreter mit mindestens einer Milliarde Euro Verlust, nachdem zahlreiche Weinausfuhren im Rhonetal und in anderen Weinregionen gestoppt worden sind.

Die USA machen rund 20 Prozent der französischen Exporte für Alkoholika aus und sind für die Produzenten als Absatzmarkt unersetzlich (3,8 Milliarden Euro Umsatz 2024). Parallel schlug am Donnerstag auch die Milchwirtschaft des Landes Alarm. Ihre Exporte in die USA hatten sich zuletzt verdoppelt und lagen bei 350 Millionen Euro im Jahr.

Delhi: Verpuffte Charmeooffensive

uvs. · Indiens Premierminister Narendra Modi hatte frühzeitig auf eine Charmeooffensive gesetzt, um Trump milde zu stimmen. Nur Wochen nach dessen Amtseinführung reiste Modi ins Weisse Haus und signalisierte Indiens Bereitschaft, den USA in Streitfragen entgegenzukommen. Er ging sogar so weit, als einer der wenigen Staatsführer der Welt Trumps Netzwerk Truth Social beizutreten. Jüngst setzte er sich mit Nachdruck dafür ein, die Verhandlungen über ein bilaterales Handelsabkommen voranzubringen.

Indien sei ein sehr, sehr harter Handelspartner, sagte Trump bei seinem Auftritt im Rosengarten. Er habe Modi gesagt: «Du bist ein Freund von mir, doch du handelst uns nicht gut.»

Am Tag danach tröstete man sich in Indien damit, dass es andere asiatische Länder noch viel härter getroffen hat. Kommentatoren zeigten sich überzeugt, dass dies einen relativen Wettbewerbsvorteil für Indien bieten könnte. Manche Ökonomen sehen auch eine Chance, Indiens hohe Handelsbarrieren zu senken und die lähmende Bürokratie abzubauen.

Ottawa: Eingeschränkte Erleichterung

amü. · Kanada erhält wie Mexiko keine «reziproken» Zölle auferlegt. Die Freude darüber hält sich in Ottawa jedoch in Grenzen, weil das Land unter den bereits eingeführten Importzöllen auf Autos, Aluminium und Stahl besonders leidet – ebenso wie auf den Zöllen, die Trump verhängt hat, weil Kanada an der Grenze angeblich zu wenig gegen den Drogenschmuggel tut. «Wir werden diese Zölle mit Gegenmassnahmen bekämpfen», sagte Mark Carney, der neue Premierminister. Trumps Massnahmen würden «das Welthandelssystem fundamental verändern», was Millionen von Kanadiern direkt betreffen werde.

Carneys Liberale Partei hat vom Handelsstreit mit den USA profitiert, weil die Wähler im früheren Notenbanker Carney offenbar einen glaubwürdigen Gegenpol zu Trumps Kraftmeierei sehen.

Mexiko-Stadt: Verzicht auf Kritik

mit. · In Mexiko herrscht Erleichterung darüber, dass Trump sowohl auf harsche öffentliche Kritik an Mexiko als auch auf neue Zölle gegen den grössten Handelspartner der USA verzichtet hat. So bleiben Güter, die unter dem Abkommen USMCA in die USA exportiert werden, weiterhin von Zöllen befreit.

Güter, die nicht unter das von Trump in seiner ersten Amtszeit ausgehandelte Freihandelsabkommen fallen, werden aber wie bereits angekündigt mit zusätzlich 25 Prozent belegt. Diese Zölle waren im März mit der Begründung eingeführt worden, dass Mexiko nicht genug gegen den Zustrom von illegal einreisenden Migranten und Drogen über die amerikanische Grenze unternehme.

Sollte Washington hier in Zukunft zu einer positiven Einschätzung kommen, werde man diese Zölle auf 12 Prozent senken, erklärte Trump. Es wird erwartet, dass Mexikos Präsident Claudia Sheinbaum ihre Linie beibehält, auf öffentliche Kritik an Trump und auf Gegenzölle zu verzichten. Bis anhin ist Mexiko damit gut gefahren.



SANDSÄULE

Mehrere Eimer sind zu einer Säule aufeinandergestellt.
Die Eimer haben aber keinen Boden, und der Sand kann hindurchfliessen.
Wenn ich den obersten Eimer weghebe, ergiesst sich der Sand über die andern Eimer.
Ich habe dann einen Eimer nach dem andern gehoben.

Aufnahmeort: Atelier St. Gallen, 1979, Foto: Emil Grubenmann

Trump's Powerplay gegen die Gerichte

Der amerikanische Präsident dehnt seine Macht rücksichtslos aus, nur der Supreme Court scheint ihn derzeit noch stoppen zu können

CHRISTIAN WEISFLOG, WASHINGTON

Massenentlassungen, Behördenschliessungen, unzimperliche Ausschaffungen und massive Zollerhöhungen: Donald Trump lässt in Washington keinen Stein auf dem anderen. Gesetze und geltende Normen interessieren den amerikanischen Präsidenten dabei wenig. Der Rechtsprofessor Matthew Diller meint: «Donald Trump dehnt die Grenzen seiner Macht so aggressiv aus wie kein anderer Präsident, seit ich lebe.» Von einer Verfassungskrise will der ehemalige Dekan seiner Rechtsfakultät an der New Yorker Fordham University noch nicht sprechen. Aber er sagt: «Ich bin so besorgt wie noch nie.»

Noch etwas drastischer formuliert es der Rechtsprofessor Samuel Bagenstos von der Universität Michigan: «Wir erleben die grösste Missachtung der verfassungsmässigen Rechte des Kongresses, die wir vielleicht jemals gesehen haben – sicherlich aber in unserer modernen Geschichte.» Die amerikanische Regierung hat in den vergangenen Wochen die Behörde für Entwicklungszusammenarbeit USAID aufgelöst, deren Hilfsgelder von rund 40 Milliarden Dollar eingefroren, Tausende Mitarbeiter der Behörde entlassen und die grosse Mehrheit ihrer Programme gestrichen. Neu soll das Ausussenministerium einen Bruchteil der ursprünglichen Aufgaben mit momentan noch 900 Angestellten weiterführen.

Verfassungsgrundstein wackelt

Die «Macht der Brieftasche» liege beim Kongress, erklärt Bagenstos. Das sei den amerikanischen Gründervätern unglaublich wichtig gewesen. Sie hätten diese in der Glorreichen Revolution von 1688 erkämpfte Regelung von Grossbritannien übernommen. «Es ist ein Grundstein in unserer Verfassung.» Nun aber ignoriere Trump dieses Vorrecht des Parlaments schamlos. «Er gibt das vom Kongress bestimmte Geld nicht aus, er entlässt die Beamten, die das Geld verwenden sollten, und er löst die Behörde auf, die das Geld ausgeben würde.»

Ähnlich wie Trump hatte bereits Präsident Richard Nixon versucht, vom Kongress beschlossene Programme, die ihm nicht passten, zu blockieren. Danach verabschiedete das Parlament 1974 die Impoundment Control Act. Darin ist geregelt, dass der Präsident die Verwendung von bewilligten Haushaltsgeldern nur in Absprache mit dem Kongress verändern kann.

Bagenstos wirft Trump noch weitere Rechtsverletzungen vor. Der Präsident hat 17 Generalinspektoren und viele leitende Beamte in unabhängigen Behörden grundlos entlassen. «Es geht aus Gesetzen des Kongresses klar hervor, dass der Präsident diese Personen nicht ohne Grund entlassen darf», meint Bagenstos. Auf umstrittene Weise hat die Regierung auch Zehntausende von gewöhnlichen Beamten entlassen – ohne Rücksicht auf ihren Arbeitsschutz. Trump ging allerdings noch einen Schritt weiter. Er unterzeichnete eine Verordnung, die dem Präsidenten eine stärkere Kontrolle über alle unabhängigen Behörden geben würde: darunter etwa die Börsenaufsichtsbehörde oder auch die Kommission für Kommunikation, die den Rundfunk regelt.

Es gibt in den USA indes auch Rechtsprofessoren, die Trumps Vorgehen unterstützen. Einer von ihnen ist John Yoo von der University of California in Berkeley. Mit der Schaffung von unabhängigen Behörden habe der Kongress die «alleinige Exekutivmacht» des Präsidenten auf verfassungswidrige Weise aufgebrochen, schrieb Yoo kürzlich in einem Kommentar für den Fernsehsender Fox News. Er stützt sich dabei auf Artikel II der Verfassung. Darin heisst es: «Die vollziehende Gewalt liegt beim Präsidenten.»

Unabhängige Behörden beschnitten die Macht des Präsidenten und legten sie in die Hände von nicht gewähl-



Im Januar verkündete der New Yorker Richter Juan Merchan das Urteil im Schweigegeldprozess gegen Donald Trump. Nun geht der Präsident gegen die Justiz vor, die ihn verfolgte.

JANE ROSENBERG / REUTERS



«Ich bin so besorgt wie noch nie.»

Matthew Diller
Rechtsprofessor



«Wir erleben die grösste Missachtung der Rechte des Kongresses.»

Samuel Bagenstos
Rechtsprofessor



«Die vollziehende Gewalt liegt beim Präsidenten.»

John Yoo
Rechtsprofessor

Im vergangenen Sommer gewährte das Oberste Gericht den amerikanischen Präsidenten eine weitgehende Immunität für im Amt begangene Verbrechen.

ten Funktionären, meint Yoo. Der Präsident stelle die vom Kongress erlassenen Gesetze deshalb zu Recht infrage und habe eine gute Chance, dass der Supreme Court in seinem Sinn entscheiden könnte. «Trump will kein König werden, er will die Macht wieder herstellen, mit der die Verfassung alle Präsidenten ausstattet.»

Vom höchsten Gericht ermutigt

Diller räumt ein, dass Trump in einzelnen Fällen vor dem Obersten Gericht gewinnen könnte. Die konservativen Richter verfügen derzeit mit 6 zu 3 Stimmen über eine klare Mehrheit am Supreme Court. «In einer Reihe von Urteilen haben sie sich für eine starke Präsidialmacht ausgesprochen», erklärt der Jurist. Und dies habe die gegenwärtige Regierung nun ermutigt, forsch zu handeln: «Wenn Trump die Leiter von unabhängigen Behörden entlässt, folgt er einer Einladung des Gerichts.»

Im vergangenen Sommer gewährte das Oberste Gericht den amerikanischen Präsidenten eine weitgehende Immunität für im Amt begangene Verbrechen. Die Gründerväter hätten sich «einen forschen und energischen Präsidenten» gewünscht, der seine Pflichten «mutig und furchtlos» ausüben solle, so begründete der Vorsitzende Richter John Roberts damals das Urteil.

Diller ist sich aber nicht sicher, ob sich Trump auch jetzt noch auf den Supreme Court verlassen kann. Da die konservativen Richter nun sähen, was sie in Bewegung gesetzt hätten, könnten sich einzelne von ihnen jetzt fragen: «Wollen sie dem Präsidenten alle diese Macht geben? Oder setzen sie ihm Grenzen?»

Wie kompromisslos Trump derzeit vorgeht, zeigt sich auch in anderen Bereichen. Kürzlich aktivierte er die Alien Enemies Act aus dem Jahr 1798, um damit angebliche Gangmitglieder aus Venezuela ohne richterliche Prüfung ausschaffen zu können. Trump hebelte damit das verfassungsmässige Recht auf einen fairen Prozess aus. Sein Ausussenministerium wendet derzeit eine vage gesetzliche Bestimmung an, um ausländische Studenten mit pro palästinensischer Gesinnung zu verhaften und auszuschaffen. Am Dienstag annullierte die Regierung das Einreisevisum des Friedensnobelpreisträgers Óscar Arias Sánchez. Er hatte Trump kürzlich kritisiert und als «römischen Imperator» bezeichnet.

In den vergangenen Tagen lancierte der Präsident zudem einen Feldzug

gegen grosse Anwaltskanzleien. Es handelt sich um Firmen, die demokratische Anliegen oder Personen vertraten oder immer noch vertreten, die Trump nicht genehm sind. Deshalb drohte er den Kanzleien damit, ihren Anwälten die Sicherheitszulassungen und den Zugang zu Regierungsgebäuden zu entziehen. Ausserdem ordnete er an, den Klienten der Firmen keine Staatsaufträge mehr zu erteilen.

Vier Kanzleien sind bisher eingeknickt und haben sich mit dem Präsidenten auf eine Vereinbarung geeinigt. Unter anderem leisten sie nun kostenlose Rechtsdienste in Millionenhöhe für Initiativen der Regierung. Drei Firmen klagten derweil gegen Trumps Verordnungen. Doch dies wird ihnen womöglich kaum helfen: «Es ist ziemlich klar, dass diese Erlasse illegal sind», erklärt Diller. Zwar könnten die Anwaltskanzleien vor Gericht gewinnen, aber ihre Einkünfte könnten immer noch Schaden nehmen. Klienten würden sich fragen: «Warum sollte ich die Firma engagieren, welche die Regierung hasst?»

Trump wolle mit der Strategie den juristischen Widerstand gegen seine Machtpolitik brechen, meint Diller. Und es wirkt: Erste Anwaltsfirmen weigerten sich, die Gegner des Präsidenten zu vertreten, schreibt die «Washington Post». In der gegenwärtigen Situation könnte dies verstärkt ins Gewicht fallen. Aufgrund der amerikanischen Verfassung müsste eigentlich der Kongress als primäres Gegengewicht zur Regierung funktionieren, erklärt Diller. Aber weil Trump die Republikanische Partei komplett beherrsche und die Konservativen beide Parlamentskammern kontrollierten, spiele der Kongress momentan die ihm zugedachte Rolle nicht. Deshalb sei es nun hauptsächlich die Aufgabe der Gerichte, dem Präsidenten zu widerstehen.

Hetze gegen «radikale Richter»

Neben den Anwaltskanzleien versucht Trump derzeit auch die Richter einzuschüchtern. Der Präsident hat in seiner kurzen Amtszeit bereits über 100 Verordnungen unterzeichnet und damit mehr als 100 Klagen provoziert. In vielen Fällen erliessen die Richter eine einstweilige Verfügung gegen die Regierungserlasse. Viele der Verordnungen seien schlampig und ohne grosse Rücksicht auf die geltenden Gesetze formuliert, meint Diller. «Es scheint mir, Trump will einfach schauen, was hängenbleibt.»

Der Präsident und seine Berater machen derweil die Richter für ihre Rückschläge verantwortlich. Ein Beispiel ist der von Barack Obama ernannte Bundesbezirksrichter James Boasberg. Er blockierte die Ausschaffungen unter der Alien Enemies Act. Trump schimpfte ihn danach einen «radikalen linken Wahnsinnigen, Unruhestifter und Agitator». Der Richter müsse seines Amtes enthoben werden. Trumps stellvertretender Stabschef Stephen Miller bezeichnete die zahlreichen Urteile gegen die Regierung auf X als «richterliche Tyrannei».

Mit den Tiraden gegen «radikale Richter» hat Trump seine Anhänger zu einer Hetzkampagne angestiftet. Wobei diese nun gar eine Richterin am Supreme Court trifft, die Trump selbst 2020 nominiert hatte: Amy Coney Barrett. Das Oberste Gericht entschied kürzlich, dass die Regierung eingefrorene USAID-Gelder für bereits geleistete Arbeit auszahlen muss. Dies war nur möglich, weil der Vorsitzende Richter Roberts und Barrett mit den drei progressiven Richtern stimmten. Dadurch ist Barrett bei rechten Meinungsmachern in Ungnade gefallen. «Sie ist böse», schrieb etwa der konservative Aktivist Mike Cernovich auf X. Er teilte dazu ein Video, in dem Barrett dem Präsidenten bei seiner grossen Rede vor dem Kongress kürzlich einen kühlen Blick zuwarf.

Der ehemalige Trump-Berater Steve Bannon spielte dasselbe Video in seinem Podcast ab und meinte dazu: «Das ist kein Blick der Bewunderung.» Barretts Schwester erhielt etwa zur selben Zeit eine anonyme Bombendrohung. Diese bewahrheitete sich nicht, aber hinterliess in der Familie wohl dennoch ein ungutes Gefühl.

Die verbalen Attacken und die Rufe nach Amtsenthebungsverfahren zwangen den Obersten Richter der USA zu einer ungewöhnlichen Stellungnahme. Der vom republikanischen Präsidenten George W. Bush ernannte Roberts schrieb darin: «Seit über zweihundert Jahren gilt, dass ein Amtsenthebungsverfahren keine angemessene Antwort auf ein umstrittenes Gerichtsurteil ist.» Zu diesem Zweck diene das normale Berufungsverfahren.

Die öffentliche Meinung zählt

Wie das höchste Gericht am Ende dieser Berufungsverfahren entscheiden wird, weiss auch Diller nicht. Aber sollten die Gerichte dem Präsidenten keine Grenzen setzen, würde dies sein Land «in eine Situation bringen, in der wir noch nie waren», ist er überzeugt. Bagenstos vermutet derweil, dass der Supreme Court allein nicht stark genug sein könnte: «Die Geschichte lehrt uns, dass Richter eher bereit sind, den Kongress zu verteidigen, wenn der Kongress erste Schritte unternimmt, um sich selbst zu verteidigen.» Die öffentliche Meinung sei dafür entscheidend, meint Diller. «Verliert Trump an Zustimmung, erwachen die republikanischen Abgeordneten aus den umkämpften Swing States zu neuem Leben.»

Auch wenn er möchte, wird der Supreme Court aber etwas kaum wieder herstellen können: die Unabhängigkeit des Justizministeriums. Sie ist nicht in der Verfassung verankert, sondern beruhte seit dem Watergate-Skandal in den siebziger Jahren auf einer von beiden Parteien respektierten Praxis. Trump hat die Spitze des Justizministeriums nun mit seinen früheren Anwälten besetzt, die ihm gegenüber absolut loyal sind.

Die Folgen sind bereits spürbar: Ein Korruptionsverfahren gegen den New Yorker Bürgermeister Eric Adams wurde eingestellt, nachdem der Demokrat sich bereit erklärt hatte, in der Migrationspolitik mit Trump zusammenzuarbeiten. In den vergangenen Tagen entliess das Weisse Haus zwei Staatsanwälte ohne die Angabe von Gründen. «Die nach Watergate eingeführten Normen sind tot», meint Bagenstos. Dies werde zu ähnlich grossem Missbrauch wie vor Watergate führen.

«Unsere Leute treffen Minister unter Bäumen»

In welchem Zustand befindet sich Myanmar Tage nach dem Beben? Der IKRK-Verantwortliche vor Ort erzählt

Herr de Baecque, Sie leiten die Mission des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Myanmar. Wie ist die Lage?

Wir haben die erste intensive Phase von Suchen und Retten hinter uns. Es gibt nur noch wenig Hoffnung, Überlebende in den Trümmern zu finden. Es gibt viel Zerstörung. Die Bevölkerung in Mandalay und grossen Gebieten von Sagaing schläft im Freien. Am Mittwoch war der erste Tag ohne Nachbeben, das war eine Erleichterung. Die Temperaturen hier sind sehr hoch, um die 40 Grad. Die Telekommunikation ist zusammengebrochen. Es gibt kaum Elektrizität. Das hat Auswirkungen auf die Wasserversorgung, weil die Aufbereitungsanlagen nicht mehr funktionieren.

Waren Sie bereits vor dem Beben vor Ort?

Ja, das IKRK war bereits wegen des bewaffneten Konflikts im Land. Die Be-



Arnaud de Baecque
Leiter
der IKRK-Mission
in Myanmar

völkerung litt schon unter diesem Konflikt und all der Gewalt – das Erdbeben kommt jetzt dazu.

Was sind derzeit die akutesten Herausforderungen?

Spitäler wurden erschüttert und sind nicht mehr sicher. Sie sind mit der Versorgung überfordert. Tausenden Verwundeten muss geholfen werden. Wir sammeln auch Informationen über Vermisste und geben sie weiter, so dass jeder weiss, wo seine Liebsten sind. Sei es, dass die Familien gute Nachrichten hören oder wir mitteilen müssen, dass jemand verwundet oder tot ist.

Die kritischen 72 Stunden sind um, in denen Menschen lebend geborgen werden können. Was kommt als Nächstes?

Weiterhin die Versorgung der Verwundeten. Wir müssen den Zugang zu sauberem Wasser sicherstellen, damit sich keine Krankheiten über verschmutztes Wasser verbreiten – das sehen wir oft in diesem tropischen Klima. Das würde die Situation weiter verkomplizieren. Ein nächstes Ziel ist, die Lebensgrundlage der Betroffenen zu verbessern: Sei es, zu helfen, dass Menschen zurück in ihre Häuser können. Oder Zeltstädte aufzubauen für die, die das Dach über dem Kopf verloren haben. Wir müssen sicherstellen, dass Nahrungsmittel ver-



In der Stadt Mandalay geht ein Mönch an einer zerstörten Pagode vorbei.

AP

teilt werden. Und wir denken bereits an die dritte Phase: Diese beinhaltet, temporäre Unterkünfte für die nächsten Monate aufzubauen.

Wenn Sie zurückschauen auf die letzten Tage – gab es genug schwere Maschinen und Rettungskräfte im Land?

Das ist schwer zu sagen. Die Hilfe und die Zeit, um sie bereitzustellen – das ist alles nie in dem Ausmass vorhanden, wie sie benötigt werden. Das IKRK und viele Freiwillige waren aktiv und haben in den Trümmern versucht zu retten, was zu retten war.

Wer leistet derzeit Hilfe?

Die erste Hilfe wurde von der Regierung geleistet. Feuerwehrleute und das Ministerium für Katastrophenschutz waren im Einsatz – sie waren allerdings ebenfalls geschwächt. Innerhalb der Rotkreuzbewegung war es das Rote Kreuz Myanmar mit Unterstützung des IKRK. Und es gab Hilfe von Singapur, China, Russland und Indien. Diese Länder sendeten Hilfsgüter und auch Rettungsteams. Innerhalb des Roten Kreuzes bringen wir Teams aus anderen Ländern nach Myanmar. Angekommen sind Teams aus Finnland, Dänemark, Deutschland und Norwegen. Auch China hat Teams geschickt, eines wurde durch einen Zwischenfall aufgehalten.

Sie sprechen von einem Konvoi des chinesischen Roten Kreuzes, der offenbar von Myanmar Armee beschossen wurde.

Das chinesische Rote Kreuz hat einen Hilfskonvoi organisiert, der auch Territorien durchfuhr, die von bewaffneten Rebellen kontrolliert werden. Die myanmarische Armee wurde darüber

«Mit dem Hilferuf der Regierung an die Welt haben wir eine neue Offenheit erlebt. Zollabfertigungen und Visa werden gerade beschleunigt.»

informiert. Trotzdem wurde der Konvoi an einem Checkpoint von Armeeangehörigen angehalten, und es wurden Warnschüsse abgegeben. Der Checkpoint hatte die Information offenbar nicht erhalten. Das passiert, wenn die Kommunikation erschwert ist und allgemein eine chaotische Situation herrscht. Andere Hilfskräfte der Uno und von un-

abhängigen Organisationen, die eingeflogen sind, ohne sich mit der Regierung abzusprechen, sind nach unseren Informationen am Flughafen steckengeblieben. Die Regierung hat ihnen die Einreise bisher nicht erlaubt.

Es gibt Berichte, dass die Militärregierung mit vielen Kontrollen und Bürokratie die Hilfsleistungen erschwert. Stimmt das?

Etwa ein Drittel der vom Erdbeben betroffenen Gebiete wird nicht von der Regierung kontrolliert. Dort ist der Zugang und die Hilfeleistung sehr komplex. In den Regierungsgebieten braucht es zuerst grünes Licht für Güter und Rettungsteams vom Militär. Die Situation wird dadurch verkompliziert, dass das Erdbeben auch die Hauptstadt Naypyidaw verwüstet hat. Unsere Leute treffen Minister derzeit draussen unter Bäumen.

Sie haben es angesprochen: Gerade einmal die Hälfte des Landes befindet sich unter Kontrolle der Militärregierung. Andere Teile werden von bewaffneten Rebellen kontrolliert. Wie leistet man da Hilfe?

Als neutraler Vermittler hat das IKRK bereits zuvor mit allen Beteiligten in diesem Konflikt zusammengearbeitet, auch mit den bewaffneten Gruppen. Wir

haben ihnen die Genfer Konvention erklärt, und wir verfügen auch dort über Kontakte. Wir müssen nun alle Akteure davon überzeugen, dass Helfer direkten Zugang zur betroffenen Bevölkerung bekommen.

Hat das Rote Kreuz also keinen Zugang zum Rebellengebiet?

Wir haben zwar Informationen von dort erhalten. Aber der Zugang war immer herausfordernd – das hat sich nicht geändert.

Die Militärregierung hat eine unrühmliche Geschichte, Hilfsgüter nur an jene zu verteilen, die ihr wohlgesinnt sind. Sehen Sie dafür auch diesmal Anzeichen?

Bis jetzt haben wir eine neue Offenheit erlebt mit dem Hilferuf der Regierung an die Welt. Zollabfertigungen und Visa werden gerade beschleunigt. Wir hoffen, bald alle nötigen Ressourcen im Land zu haben. Bis anhin arbeiten wir mit rund 700 IKRK-Mitarbeitern in Myanmar und den Angestellten und Freiwilligen des myanmarischen Roten Kreuzes. Viele unserer Hilfsgüter sind bereits in Mandalay und Yangon angekommen.

Hilft die Militärregierung auch ihren Gegnern in dieser Krise?

Diese Diskussionen sind sehr heikel. Aber sie werden gerade geführt.

Die Regierung schätzt die Opferzahlen auf rund 3000 Tote und über 4500 Verletzte. Kann man diesen Zahlen trauen?

Niemand ausser der Regierung hat die Möglichkeit, diese Informationen zu sammeln. Also arbeiten wir damit. Es gibt keine unabhängige Organisation, die Opferzahlen prüft. Die Zahlen werden wohl noch steigen, wenn die Informationen von den entlegeneren Gebieten uns erreichen. Niemand konnte bisher in die entlegensten Erdbebengebiete reisen. Die Strassen sind schwer beschädigt. Von Yangon nach Mandalay gab es einen Highway, die Reise dauerte vor dem Erdbeben sechs Stunden, jetzt sind es fünfzehn.

Myanmar braucht finanzielle Unterstützung beim Wiederaufbau. Könnte es schwierig werden, die internationale Solidarität für einen Militärstaat aufrechtzuerhalten?

Die Finanzierung ist wichtig und kam bei der Nothilfe sofort. Aber wichtig wäre Unterstützung für mindestens die nächsten zwei Jahre. Wir müssen zuerst sicherstellen, dass alle Betroffenen zumindest temporär versorgt sind, dass sie Zugang zur Gesundheitsversorgung haben, ein Dach über dem Kopf, Essen und sauberes Wasser. Danach suchen wir nach langfristigen Lösungen.

Interview: Andreas Babst, Bangkok

Neue Enthüllungen zu Chats von Trumps Sicherheitsteam

Der Chef Mike Waltz und seine Mitarbeiter sollen die Plattform Signal für aussenpolitisch heikle Themen verwendet haben

CHRISTIAN WEISFLOG, WASHINGTON

Der Fall Mike Waltz sei geschlossen, erklärte die Pressesprecherin des Weissen Hauses, Karoline Leavitt, am Montag. Der Berater für nationale Sicherheit bleibe ein wichtiger Teil des Teams. «Wir schauen nach vorne.» Für die amerikanischen Medien und auch für einige Regierungsmitarbeiter scheint die Geschichte um «Signal-Gate» aber noch nicht zu Ende geschrieben zu sein. Fast täglich veröffentlichten Medien neue Einzelheiten und stützen sich dabei auf anonyme Quellen im Weissen Haus.

Der jüngste Bericht von «Politico» am Mittwoch liefert brisante Details: Waltz und seine Mitarbeiter sollen auf der privaten Nachrichten-App Signal mindestens zwanzig Chat-Gruppen kreiert haben, in denen über aussenpolitische Brennpunkte auf der ganzen Welt diskutiert wurde – von der Ukraine über China und Afrika bis in den Nahen Osten.

Der ursprüngliche Skandal drehte sich nur um einen Chat zu den amerikanischen Angriffen auf die Huthi-Miliz in Jemen. Waltz hatte vermutlich aus Versehen den Chefredaktor des «Atlantic», Jeffrey Goldberg, zu diesem Gruppen-Chat eingeladen. Dieser legte am 24. März in einem Artikel offen, dass Verteidigungsminister Pete Hegseth und auch CIA-Direktor John Ratcliffe womöglich geheime Informationen in dem Chat teilten. Zwei Stunden vor den Luftangriffen in Jemen gab Hegseth am 15. März den exakten Zeitpunkt und die Sequenzen der Angriffe bekannt. Waltz gab später Details zur erfolgreichen Tötung eines führenden Raketenbauers der Huthi-Miliz preis.

Auch Gmail verwendet

Von Beginn an schien es plausibel, dass Waltz und Trumps Minister auch in anderen Fragen über Signal kommu-

niziert hatten. Diese Annahme scheint sich nun zu erhärten. Waltz habe die ganze Kommunikation innerhalb des Rats für nationale Sicherheit (NSC) um Signal aufgebaut, erklärte ein Regierungsbeamter gegenüber «Politico». Es sei ganz normal gewesen, einen Signal-Chat über ein beliebiges Thema zur nationalen Sicherheit einzurichten, meinte ein anderer Funktionär.

Es ist jedoch unklar, ob in diesen Chats auch Dinge diskutiert wurden, die der Geheimhaltungspflicht unterstehen. Signal sei eine zulässige Kommunikationsplattform für Informationen, die nicht geheim seien, erklärte Brian Hughes, der Pressesprecher des NSC. Die App werde nicht für den Austausch von vertraulichen Informationen verwendet. Die von Signal verwendete Verschlüsselung gilt als relativ sicher. Aber verschiedene amerikanische Behörden haben ihre Mitarbeiter davor gewarnt, die Plattform zu verwenden.

Waltz und dessen Mitarbeiter sollen indes auch ihre privaten Gmail-Konten für berufliche Zwecke verwendet haben. Dies berichtete die «Washington Post» am Dienstag. Der E-Mail-Dienst von Google gilt als weniger sicher als Signal. Einer von Waltz' Mitarbeitern soll über Gmail technische Diskussionen über Waffensysteme und militärische Stützpunkte geführt haben. Doch es gibt keine Belege dafür, dass Waltz selbst geheime Informationen auf diesen privaten Kanälen geteilt hat.

Der linken Presse zum Trotz

Ob die neuen Enthüllungen zu den Signal-Chats den Sicherheitsberater nun doch noch die Stelle kosten könnten, scheint indes fraglich. Vergangene Woche fragte Trump angeblich viele seiner Berater, ob er Walt feuern solle. Vizepräsident J. D. Vance, seine Stabschefin Susie Wiles und sein Direktor für Personal-

wesen Sergio Gor sollen ihm bei einem Treffen nahegelegt haben, seinen Sicherheitsberater zu entlassen. Doch der Präsident entschied sich dagegen.

Ein wichtiger Grund für Trumps Nachsicht war offenbar der Enthüller des Skandals: Jeffrey Goldberg. Dessen kritische Berichterstattung ärgert den Präsidenten seit längerem. Im September 2020 schrieb Goldberg etwa darüber, wie Trump im Zweiten Weltkrieg gefallene Marinesoldaten angeblich als «Verlierer» und «Trottel» bezeichnete. Die Demokraten verwendeten diese Anekdote danach immer wieder gegen Trump. Nun will der Präsident dem Journalisten eines linken Mediums offenbar auf keinen Fall einen Erfolg gönnen, indem er Walt feuert.

Die undichten Stellen in der Regierung, die Reporter weiter mit belastenden Details füttern, sind für Waltz jedoch ein schlechtes Omen. Er hat offensichtlich Gegner im Weissen Haus, die an seinem Stuhl sägen,

Ungarn wendet sich vom Internationalen Strafgerichtshof ab

Ministerpräsident Orban empfängt seinen israelischen Amtskollegen Netanyahu mit allen Ehren – und verabschiedet sich vom Römer Statut

MERET BAUMANN, BUDAPEST

«Willkommen in Ungarn, dem sichersten Land Europas» – so hat Ministerpräsident Viktor Orban am Donnerstag seinen Amtskollegen Benjamin Netanyahu begrüsst. Er meinte das durchaus wörtlich und persönlich. Der israelische Regierungschef wurde nach seiner Ankunft in Budapest nicht festgenommen, obwohl der Internationale Strafgerichtshof (ICC) im November gegen ihn einen Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gaza-Krieg erlassen hat. Als ICC-Mitgliedstaat wäre es eigentlich Ungarns Pflicht, diesen zu vollstrecken.

Stattdessen wurde Netanyahu um vier Uhr morgens vom Verteidigungsminister am Flughafen abgeholt und später von Orban im Löwenhof der Budapester Burg mit militärischen Ehren empfangen. Auch die Gattinnen der beiden waren anwesend, als Soldaten und berittene Husaren die Ehrenformation bildeten. Netanyahu wird erstaunlich lange in Ungarn zu Gast sein. Die Rückreise ist erst für Sonntag geplant.

Kritik an der Politisierung

Die beiden Ministerpräsidenten sind nicht nur politische Verbündete, sie zelebrierten am Donnerstag auch ihre persönliche Freundschaft. Orban hatte den Haftbefehl nach seinem Erlass scharf kritisiert und nicht nur als inakzeptabel, sondern sogar als Verhöhnung des Völkerrechts bezeichnet.

Nun ging er noch einen Schritt weiter und erklärte, Ungarn werde sich aus dem Strafgerichtshof zurückziehen. Er habe die entsprechende Vorlage unterzeichnet und sie werde nun im Parlament eingebracht, präzisierte er beim gemeinsamen Auftritt mit Netanyahu vor den Medien. Der Rückzug werde gemäss der Verfassung und dem Völkerrecht erfolgen, stellte sein Kanzleramtsminister klar.



Viktor Orban und Benjamin Netanyahu schreiten im Löwenhof der Budapester Burg die Ehrenformation ab.

JANOS KUMMER / GETTY

Er halte den Strafgerichtshof an sich für wichtig, betonte Orban und erinnerte auch daran, dass er selbst 2001 während seiner ersten Amtszeit den Beitritt Ungarns unterschrieben habe. Der ICC sei jedoch zu einem politischen Gericht geworden, und nie habe sich das deutlicher gezeigt als im Vorgehen gegen Israels Führung. Diese nehme nach einem brutalen Angriff ihr legitimes Selbstverteidigungsrecht wahr. Auf seinem X-Kanal sprach er später sogar von einer Hexenjagd gegen Netanyahu. Dieser war sichtlich erfreut über die Ausführungen. «Danke, mein Freund Vik-

tor», sagte er und bezeichnete Ungarns Entscheidung als mutig und prinzipientreu. Sie sei nicht nur wichtig für Israel, sondern für alle Demokratien. Der ICC sei eine «korrupte Organisation», der man sich widersetzen müsse.

Orbans Ankündigung ändert allerdings unmittelbar nichts an der gegenwärtigen Rechtslage: Ein Rücktritt vom Römer Statut, der Gründungsakte des ICC, kann zwar durch eine Meldung an den Uno-Generalsekretär erfolgen. Er wird aber erst ein Jahr später wirksam. Die Pflicht zur Zusammenarbeit und damit im konkreten Fall diejenige zur

Festnahme Netanyahus bleibt ohnehin aufrecht, weil das Verfahren vor dem Rücktritt begonnen hat.

Keine Sanktionen zu befürchten

Das Statut ist in dieser Frage zwar klar, Konsequenzen wird der Empfang Netanyahus für Ungarn dennoch nicht haben. Der Gerichtshof kann den Vertragsbruch feststellen und der Versammlung der ICC-Mitgliedstaaten vorlegen, die aber nur allfällige politische Massnahmen beschliessen kann. Konkrete Sanktionen sind dagegen nicht

vorgesehen. Nachdem Südafrika 2015 den mit einem Haftbefehl belegten ehemaligen sudanesischen Machthaber Omar al-Bashir ungehindert hatte ein- und ausreisen lassen, belies es der Gerichtshof bei einer Rüge.

Einschneidender sind die Folgen für den ICC selbst. Schon Budapests Missachtung der Pflicht zur Zusammenarbeit untergräbt seine Glaubwürdigkeit, zumal auch andere europäische Mitgliedstaaten ankündigten, Netanyahu im Fall einer Einreise nicht festzunehmen. Dass Ungarn sich sogar ganz zurückzieht, ist ein weiterer Schlag. Alle anderen EU-Mitglieder sind Vertragsstaaten des ICC, und Europa ist seine wichtigste Stütze angesichts des Abseitsstehens der USA.

Ungarn ist zwar nicht das erste Land, das wieder aus dem Römer Statut austritt. Das hatten 2017 bereits Burundi und ein Jahr später die Philippinen getan. Aber in einer Zeit, in der die Geopolitik im Umbruch ist und internatio-

In einer Zeit, in der die Geopolitik im Umbruch ist, hat das Ausscheiden eines westlichen EU- und Nato-Landes ein ganz anderes Gewicht.

nale Organisationen wie der ICC unter Beschuss stehen, hat das Ausscheiden eines westlichen EU- und Nato-Landes ein ganz anderes Gewicht. Es könnte sogar die Zukunft der Institution infrage stellen. Diese Hoffnung äusserte Netanyahu in Budapest. Fälschlicherweise nannte er Ungarn das erste Land, das sich aus dem ICC zurückziehe. Aber es werde nicht das letzte sein.

Ausländer begehen deutlich mehr Straftaten als Deutsche

Das Kriminalamt und viele Medien liefern Erklärungen, die einer Überprüfung jedoch kaum standhalten

JONAS HERMANN, BERLIN

Dass Ausländer krimineller sind als Deutsche, galt lange als unverzeihliches Vorurteil. Wer darauf hinwies, musste sich auf harte Kritik gefasst machen. Schnell war die Rede von Rassismus oder Ausländerfeindlichkeit. Mittlerweile sind Menschen ohne deutschen Pass bei den Straftaten in Deutschland aber so deutlich überrepräsentiert, dass sich das Problem nicht mehr leugnen lässt. Obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung nur rund 17 Prozent beträgt, wurden Ausländer bei fast 42 Prozent der Straftaten in Deutschland als Tatverdächtige registriert. Das geht aus der polizeilichen Kriminalstatistik für 2024 hervor, die das Innenministerium am Mittwoch veröffentlicht hat.

Doch noch immer äussern sich manche Medien, mit Steuergeld unterstützte Organisationen und sogar das Bundeskriminalamt (BKA) auf merkwürdige Art und Weise über Ausländerkriminalität. Sie können das Phänomen nicht mehr ignorieren, aber sie scheinen einen Hang zur Relativierung an den Tag zu legen.

Beispiel BKA: Es hat eine recht triviale Begründung dafür, dass Ausländer den Sicherheitsbehörden in Deutschland stark zu schaffen machen. Nämlich, dass immer mehr nach Deutschland einwandern. Die Gleichung des BKA ist simpel: mehr Ausländer, also auch mehr Straftaten von Ausländern.

Doch so einfach ist nicht. Denn damit lässt sich der Anstieg kaum erklären. Im Jahr 2023 waren in Deutschland rund 13,9 Millionen Ausländer regis-

triert, 2024 waren es rund 14,1 Millionen. Das ist allenfalls ein leichtes Plus von 1,4 Prozent. Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen bei Gewaltverbrechen stieg im selben Zeitraum aber um 7,5 Prozent, also deutlich stärker.

Irreführende Begriffe

Besonders oft werden Asylmigranten straffällig. Ihr Anteil an den Tatverdächtigen lag im Jahr 2024 bei rund 18 Prozent, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur etwa 4 Prozent beträgt. Auch hier scheint das BKA Schwierigkeiten zu haben, das Problem klar beim Namen zu nennen. Es bezeichnet Menschen im Asylsystem nämlich als «Zuwanderer» oder «Schutzsuchende».

Doch wer von «Schutzsuchenden» spricht, beschreibt die Realität nur unzureichend. Asylmigranten kommen aus verschiedenen Gründen nach Deutschland und passieren dabei zunächst andere Staaten, in denen sie ebenfalls Schutz finden könnten. In Deutschland suchen sie letztlich keinen Schutz, sondern ein besseres Leben. Der Begriff impliziert eine gewisse moralische Verpflichtung, die oft nicht gegeben ist. Er ist also problematisch. Ganz besonders für eine Behörde, die weltanschaulich neutral sein sollte.

Auch der Begriff «Zuwanderer» in der Kriminalstatistik ist irreführend. Damit sind nämlich in der Statistik ausschliesslich Menschen im Asylsystem gemeint. Landläufig versteht man unter einem Zuwanderer aber zum Beispiel

auch einen IT-Spezialisten aus Indien, der legal eingereist ist. So entsteht der Eindruck, dass der Staat die Dinge nicht beim Namen nennen will.

Das ist nicht die einzige Merkwürdigkeit in der Kommunikation des BKA. Eine weitere ist etwa, wie es die steigende Ausländerkriminalität begründet. Es führt zum Beispiel die «Lebenssituation in Erstaufnahmeeinrichtungen» an sowie «wirtschaft-

Besonders oft werden Asylsuchende straffällig. Ihr Anteil an den Verdächtigen lag 2024 bei 18 Prozent, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur 4 Prozent beträgt.

liche Unsicherheit». Dieser Ton zieht sich seit Jahren durch die Publikationen des BKA zu dem Thema. Es klingt manchmal fast so, als ob die Aufnahmegesellschaft eine Mitverantwortung tragen würde, wenn Ausländer straffällig werden.

Doch gerade für Deutschland ist das reichlich übertrieben. In der Tat sind die Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbesserungswürdig. Doch

kaum ein Land zahlt Asylmigranten so hohe Sozialleistungen, kommt für die Unterkunft auf und stellt eine umfassende Gesundheitsversorgung sicher.

Nicht bloss das BKA scheint eine Neigung zu haben, die Kriminalität von Ausländern zu relativieren, sondern auch vom Staat finanziell unterstützte Organisationen. Ein drastisches Beispiel ist der Verein «Neue deutsche Medienmacher*innen», der 2020 der Redaktion von «Spiegel TV» einen Negativpreis verlieh. Die Kritik an der Redaktion? Sie hatte ausführlich über die Verbrechen arabischer Clans in deutschen Grossstädten berichtet. Der Verein bezeichnete die Arbeit der Journalisten als «stigmatisierend und rassistisch».

Der Mediendienst Integration hat sich ebenfalls dem Thema verschrieben und bietet dazu ein Dossier an. Darin heisst es, Ausländer seien auch deshalb häufiger in der Kriminalstatistik vertreten, weil sie häufiger angezeigt würden.

Ablenkungsmanöver

Die Annahme fusst darauf, dass die Kriminalstatistik lediglich Tatverdächtige ausweist und impliziert, dass Deutsche wegen Ausländern häufiger die Polizei rufen. Sie suggeriert also letztlich Rassismus. Natürlich kann ein Tatverdächtiger unschuldig sein oder vor Gericht freigesprochen werden. Ein Blick in die deutsche Statistik der gerichtlich Verurteilten zeigt jedoch, dass Ausländer dort ebenfalls überrepräsentiert sind.

Im Jahr 2023 hatten rund 39 Prozent der Verurteilten keinen deutschen Pass – ein neuer Höchststand. Eine Auswertung des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 2021 zeigte sogar, dass bei Mord oder Totschlag etwa 45 Prozent der verurteilten Täter Ausländer waren.

Medien neigen schon länger dazu, das Problem zu relativieren. Ein Moderator tat dies kürzlich besonders plump, und das zur besten Sendezeit. Es war in der WDR-Talkshow «Hart, aber fair». Die Rede kam auf das Thema Gruppenvergewaltigungen, da wagte sich der Gastgeber Louis Klamroth weit raus aufs Eis. Er sagte: «Das können Flüchtlinge sein, das können [sic] aber auch ein australischer Austauschstudent sein.»

Der WDR musste sich später öffentlich von dieser Aussage distanzieren. Die Gruppenvergewaltigungen werden in der Regel von Deutschen oder von Ausländern aus dem Nahen und Mittleren Osten begangen. Australische Austauschstudenten haben damit nichts zu tun.

In einem ruhigen Moment und mit etwas mehr Bedenkzeit hätte Klamroth diesen Satz wohl anders formuliert. Seine Worte zeigen aber, dass der Hang zur Relativierung auf diesem Feld kaum Grenzen kennt. Das Ablenkungsmanöver des Moderators steht exemplarisch für den Diskurs über kriminelle Ausländer in Deutschland. Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier bewusst verschleiert wird. Womöglich aber auch gelogen.



QUER ZU

Im Winter 1978 habe ich durch den Rhein bei Diepoldsau eine Spr
Die Fotografie täuscht, denn der Fluss ist 110 Meter breit. Es war eine
Wir haben zuerst eine gewöhnliche Schnur gespannt und daran da
Das hat dann eine Wasserwand quer zum Fluss von etwa vier bis fü
die sich etwa 100 Meter flussabwärts befand. Ich stand lin

Aufnahmeort: Rhein bei Diepoldsau, Kanton St

M FLUSS

...enschnur gespannt, die knapp unter der Wasseroberfläche verlief.
...sehr schwierige Arbeit, die Sprengschnur über den Fluss zu spannen.
...nn die Explosionsschnur herübergezogen und elektrisch gezündet.
...nf Metern Höhe aufgeworfen. Der Fotograf stand auf einer Brücke,
...ks auf dem Damm und löste von dort die Sprengung aus.

...Gallen, 1978, Schwarz-Weiss-Foto: Josef Hutter

Irans letzter Aussenposten bröckelt

Nach dem Umsturz in Syrien könnte Teheran auch seinen Einfluss im Irak einbüßen



Am 28. März, dem letzten Freitag im Fastenmonat Ramadan, versammelten sich in Bagdad die Unterstützer Irans, um den Al-Kuds-Tag zu begehen und den Kampf gegen Israel zu propagieren.

MURTAJA MURTAJA / AFP

DANIEL BÖHM, BAGDAD UND KERBALA

Mit wehenden Fahnen und lauten Gesängen marschieren entschlossen aussehende Männer durch die schiitischen Viertel von Bagdad, der irakischen Hauptstadt. «Tod Amerika, Tod Israel», skandiert die umstehende Menge immer wieder, aus Lautsprechern dröhnen Kampflieder.

Es ist der 28. März, der letzte Freitag im heiligen Fastenmonat Ramadan. Wie jedes Jahr findet an diesem Tag auch in Bagdad der sogenannte Al-Kuds-Tag statt – jene düstere Veranstaltung, die die iranischen Revolutionsführer einst ins Leben gerufen hatten, um ihren Kampf gegen Israel zu feiern. Auf der ganzen Welt ziehen jeweils Tausende Anhänger Teherans durch die Strassen und schwören, Jerusalem (al-Kuds) von den verhassten Zionisten zu befreien.

Doch die Machtdemonstration in Bagdad kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es um die Sache, der hier gehuldigt wird, derzeit nicht besonders gut steht. Denn die von Iran angeführte «Achse des Widerstands» – jene Koalition aus Staaten und Milizen, die sich dem Kampf gegen Israel und Amerika verschrieben hat – ist so schwach wie nie.

Erst mussten ihre Unterstützer mit ansehen, wie Israels Armee im vergangenen Herbst der libanesischen Hizbullah-Miliz, die als Kronjuwel Teherans galt, eine verheerende Niederlage beibrachte. Dann fiel kurz vor Weihnachten auch noch das mit Iran verbündete Regime von Bashar al-Asad in Syrien in sich zusammen.

Jetzt haben die Schockwellen Bagdad erreicht. Irak ist für das iranische Regime fast noch wichtiger als Syrien. Das Land war nicht nur eine wichtige Nachschublinie für Teherans Verbündete in Libanon. Als unmittelbarer Nachbar Irans ist es mit seiner schiitischen Bevölkerungsmehrheit für dessen Sicherheit überlebenswichtig.

Teheran hat viel investiert

In jahrzehntelanger Arbeit hat Irans Führung ihren Einfluss in Bagdad ausgebaut. Sie sponsert dort schiitische Politiker, Parteien und bewaffnete Milizen. Nun ist das alles mit einem Mal in Gefahr. Denn abgesehen von den Huthi im fernen Jemen, die allerdings ein politisches Eigenleben führen, ist Irak Teherans letzte Bastion im Nahen Osten. Könnte Bagdad der nächste Dominostein sein, der fällt?

«Natürlich haben wir verloren. Aber bei Gott, am Ende werden wir siegen»,

sagt Ali al-Hamdani, ein General der sogenannten Volksmobilisierungskräfte (PMF), in seinem Kommandostab in der Pilgerstadt Kerbala. Der 65-jährige Schiit verkörpert wie kein Zweiter die komplizierten Verhältnisse im Land. Als Militärkommandant untersteht er eigentlich dem Ministerpräsidenten in Bagdad. Die Freiwilligenverbände der PMF, die 2014 aus der Taufe gehoben worden waren, um den Islamischen Staat (IS) zu bekämpfen, gehören zu den Verteidigungskräften des Iraks.

Gleichzeitig wirkt Hamdani aber auch wie ein Parteigänger Irans. In sei-



Ali al-Hamdani
Kommandant
der irakischen
Volkskräfte (PMF)

Mohannad
al-Akabi
Medienchef
der PMF

nem fensterlosen Büro hängen Bilder des Teheraner Generals Kassem Soleimani, der 2020 von den Amerikanern getötet wurde. Kürzlich hat Hamdani seine Galerie um ein Porträt des ehemaligen Hizbullah-Chefs Hassan Nasrallah ergänzt, der im letzten September bei einem israelischen Luftangriff starb. «Diese Leute sind unsere Verbündeten. Sollen wir uns etwa für sie schämen?», sagt Hamdani, der einst Seite an Seite mit den Iranern gegen den IS gekämpft hatte.

Die zumeist schiitischen PMF sind eine heterogene Truppe. Unzählige Gruppen und Grüppchen gehören der Organisation an. Manche folgen dem irakischen Grossayatollah Ali al-Sistani, der als patriotisch gilt und die PMF mit einem religiösen Erlass ins Leben gerufen hatte. Andere wiederum schwören dem iranischen Revolutionsführer Ali Khamenei die Treue. Tausende Milizionäre hatten zudem im syrischen Bürgerkrieg auf der Seite von Bashar al-Asad gekämpft.

Nicht erst seit dem Sturz des syrischen Diktators stehen die PMF unter Druck. Vor allem den Amerikanern ist die rund 250 000 Mann starke, vom Staat besoldete Truppe ein Dorn im Auge. Washington, das selbst immer noch Soldaten im Irak stationiert hat, hält die Schiitenverbände für Handlanger Irans und drängt auf ihre Auflösung. Doch die PMF sind nicht nur

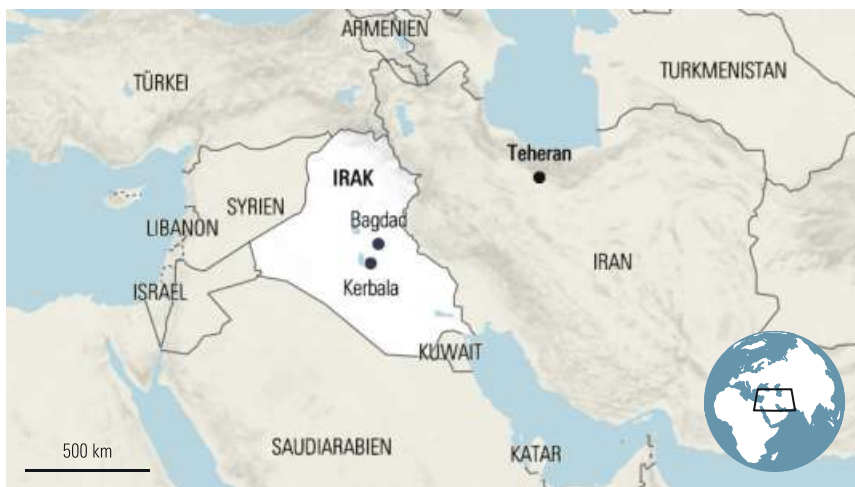
kampferprobt, sondern auch mächtig. Längst mischen sie in der irakischen Politik mit und verfügen über ein eigenes Wirtschaftsimperium.

Kein Interesse an Konfrontation

Man werde sich keineswegs auflösen, sagt Mohannad al-Akabi, der Medienchef der Organisation, in seinem Büro in Bagdad, wo lauter Plastikmodelle von Panzern und Truppentransportern auf einem Glasstisch stehen. Die PMF würden nach wie vor gebraucht – schliesslich gebe es im Land immer noch Schläferzellen des IS. Zudem würde eine Auflösung der Truppe verheerende Folgen haben: «Stellen Sie sich vor, was passiert, wenn wir 250 000 Männer einfach auf die Strasse werfen», sagt Akabi. «Da ist es besser, wenn wir sie unter Kontrolle haben.»

Die Bagdader Regierung um Mohammed Shia al-Sudani versucht deshalb, Zeit zu gewinnen. Der irakische Ministerpräsident war selbst nur mithilfe der proiranischen Fraktionen im Parlament ins Amt gekommen. Gleichzeitig setzt er auf gute Beziehungen mit Amerika und will Irak aus den Konflikten in der Region heraushalten. Um Provokationen zu vermeiden, hält er die verschiedenen Untergruppen der PMF zur Zurückhaltung an.

Doch nicht alle Gruppen halten sich daran. Radikale Kampfverbände wie die Miliz Harakat al-Nujaba haben im vergangenen Jahr immer wieder Raketen auf amerikanische Stützpunkte im Irak abgeschossen. Der Organisation wird vorgeworfen, direkt aus Teheran gesteuert zu sein, obwohl sie offiziell den PMF angehört. Haidar al-Lami, der Sprecher der Truppe, streitet das vehement ab: «Wir stimmen uns zwar mit unseren Partnern ab. Aber am Ende treffen wir unsere eigenen Entscheidungen.»



NZZ / jon.

Exekutionen auf höchstem Stand seit zehn Jahren

Enormer Anstieg insbesondere in drei Nahostländern

(dpa) · Die Zahl der weltweit erfassten Hinrichtungen ist laut einem Bericht von Amnesty International auf den höchsten Stand seit zehn Jahren gestiegen. 2024 wurden in 15 Ländern mehr als 1500 Exekutionen dokumentiert, wie die Menschenrechtsorganisation mitteilt. Die meisten der Todesurteile wurden in China, Iran, Saudiarabien, Jemen und im Irak vollstreckt. Amnesty verweist dabei auf dokumentierte Hinrichtungen – die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen.

In Iran, Saudiarabien und im Irak stieg die Zahl der Hinrichtungen 2024 auf insgesamt mindestens 1380. Im Irak vervierfachte sich die Zahl von mindestens 16 auf mindestens 63, während sie sich in Saudiarabien von 172 auf mindestens 345 verdoppelte. Iran richtete mindestens 972 Personen hin.

«Iran, der Irak und Saudiarabien tragen die Verantwortung für den drastischen Anstieg der Hinrichtungen im vergangenen Jahr», sagte Julia Duchrow, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, gemäss einer Mitteilung. «Allein diese drei Länder haben mehr als 90 Prozent der uns bekannten Todesurteile weltweit vollstreckt», sagte Duchrow. Insbesondere in Saudiarabien und Iran werde die Todesstrafe eingesetzt, «um all jene mundtot zu machen, die mutig genug sind, ihre Meinung zu sagen».

Kritik an Trumps Aussagen

Die Menschenrechtlerin kritisierte auch Äusserungen des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, der versprach, die Todesstrafe «energisch anzuwenden», um amerikanische Familien vor «Vergewaltigern, Mördern und Monstern» zu schützen. «Die entmenslichenden Äusserungen Trumps stricken weiter an dem Märchen, dass die Todesstrafe Menschen besonders nachhaltig davon abschreckt, Straftaten zu begehen», sagte Duchrow. Die Todesstrafe verhindere keine Verbrechen, sagte sie. «Das ist wissenschaftlich gut belegt.» In den USA wurden 2024 gemäss Amnesty 25 Menschen hingerichtet.

In der Volksrepublik China werden vollstreckte Todesurteile nur selten öffentlich bekannt. Das von der Kommunistischen Partei regierte Land richtet Menschen durch Erschiessen oder mit einer Giftspritze hin. Über die genaue Zahl der Exekutionen breitet Peking den Mantel des Schweigens.

Hinrichtungen werden in der Regel über Staatsmedien bekanntgemacht, meist bei Fällen, die grosses Aufsehen erregt hatten, oder wenn ein politisches Signal gesetzt werden soll. Im Januar 2024 verbreiteten staatliche Medien etwa die Exekution eines Pärchens, das zum Tode verurteilt wurde, weil es in Chongqing im Jahr 2020 zwei Kinder aus einem Hochhaus geworfen hatte.

Grosse Empörung in China

Zum Tode verurteilt wurden auch zwei Männer, die bei Amoktaten Ende vergangenen Jahres in Zhuhai im Süden Chinas und in Wuxi im Osten des Landes zahlreiche Menschen getötet hatten. Die Todesurteile wurden Anfang dieses Jahres vollstreckt, nur wenige Monate nach den Taten.

Mit der Veröffentlichung von Hinrichtungen besonders korrupter Beamter oder Regierungskritiker sendet Peking in der Regel gezielte politische Botschaften aus. Aufsehen erregte etwa das Urteil gegen den Schriftsteller Yang Hengjun, der zu einer Todesstrafe auf Bewährung verurteilt wurde. Das bedeutet, dass die Strafe nach zwei Jahren guter Führung in eine lebenslange Haft umgewandelt werden kann. Yang kommentierte regelmässig als Blogger die chinesische Politik und kritisierte mitunter die Kommunistische Partei.

Mandela-Enkel macht an Westschweizer Unis Stimmung gegen Israel

Zwivelile «Mandla» Mandela verbreitet Hamas-Propaganda und unterhält Verbindungen zu Autokraten in aller Welt

DANIEL RICKENBACHER

Ende März luden die Huthi-Milizen in Jemen regionale Bündnispartner und Sympathisanten zu einer viertägigen internationalen Konferenz zu Palästina in ihre Hauptstadt Sanaa ein. Die Huthi, deren Leitspruch «Gott ist der Grösste, Tod für Amerika, Tod für Israel, Fluch über die Juden, Sieg für den Islam» ist, wollten mit der Konferenz unterstreichen, dass der Kampf gegen Israel das zentrale Thema für Jemen sei. 2022 belegte das Land auf dem Entwicklungsindex HDI Rang 186 von 193 Staaten. Zwei Wochen nach dem 7. Oktober begannen die Huthi-Milizen, die Teile des bitterarmen Landes kontrollieren, Israel mit Raketen zu beschliessen.

Unter den wenigen prominenten Gästen der Konferenz war Zwivelile Mandela, der im Internet stets unter dem Namen «Mandla» erscheint, ein südafrikanischer Politiker und Enkel Nelson Mandelas, des ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas nach dem Ende der Apartheid. Am Schluss seiner feurigen Rede rief er ins Publikum: «From the river to the sea, Palestine will be free! Viva Hamas, viva! Viva Hezbollah, viva! Viva for Ansar Allah, viva!» Das Publikum, in dem auch Führer der Huthi sassen, skandierte begeistert mit.

Zum Islam konvertiert

Zwivelile Mandela sorgt schon länger für Kontroversen. Polygamie, Familienzwiste und mehr lieferten immer wieder Schlagzeilen. Seit dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023, für den der zum Islam konvertierte Südafrikaner noch am selben Tag in einem öffentlichen Statement seine «eindeutige» Unterstützung aussprach, agiert Mandela international als reisender Propagandist der Terrororganisation.

Mandela hat Zugang zu den höchsten Ebenen der Macht und führt ein Leben im Jetset des globalen Südens. Sein Instagram-Konto ist ein Who's who der antiwestlichen Welt: Er drückt Recep Tayyip Erdogan innig die Hand, empfängt ein Geschenk des venezolanischen Autokraten Nicolás Maduro oder blickt zusammen mit dem Hamas-Führer Khaled Mashal freundlich in die Kamera. Zu Mandelas Stationen gehörte Mitte letzten Jahres auch mehrmals die Schweiz.

Am 23. Mai 2024 lud die Palästina-Assoziation der Universität Lausanne den Hamas-Propagandisten zu einer Veranstaltung in der Nähe der Universität Lausanne ein. Nach Auskunft der Universität Lausanne hatte die Palästina-Assoziation die Veranstaltung ursprünglich auf dem Campus geplant. Weil sie jedoch zu spät war, musste der Anlass in einen privaten Saal verschoben werden. Einen Tag später sprach Mandela auch an der Universität Genf auf Einladung des muslimischen Studentenverbandes und anderer Gruppen.

Eineinhalb Monate nach dem 7. Oktober 2023 beschloss der Bundesrat das Verbot der Hamas. Auf die Anfrage, warum an der Universität Genf ein bekannter Unterstützer der Hamas habe auftreten können, antwortet die dortige Presseabteilung, die «Verherrlichung von Terrorismus, Aufrufe zu Gewalt» sowie «antisemitische oder islamophobe Handlungen oder Äusserungen» würden nicht toleriert. Tatsächlich war die Universität vorgewarnt: Kurz vor der Veranstaltung hatte sie eine Nachricht mit Informationen zum Redner erhalten, die der NZZ vorliegt.

Angehängt waren mehrere Fotos: Auf dem einen ist Mandela zusammen mit dem mittlerweile getöteten Hamas-Führer Ismail Haniya zu sehen, auf dem anderen posiert Mandela vor einem Porträt des ebenfalls getöteten Kommandanten Kassem Soleimani der iranischen Revolutionswächter. Der Kommentar von Mandela unter dem Bild: «Wir begrüßen die Helden des palästinensischen Kampfes.»

Trotz diesen Warnungen entschied sich die Universität Genf, die Veranstaltung



«Viva Hamas, viva!»: Zwivelile «Mandla» Mandela im April 2024 in Istanbul.

SU CASSIANO / IMAGO

zuzulassen. Als Massnahme nahm aber der Kommunikationschef persönlich an der Veranstaltung teil. Dort konnte dann eine «sehr deutliche Betonung der Ablehnung jeglicher Form von Antisemitismus und Islamophobie» festgestellt werden.

Die Veranstaltungen in Lausanne und Genf wurden nicht nur von den Studenten organisiert, sondern kamen dank dem sogenannten European Muslim Forum (EMF) zustande, «dessen Unterstützung fundamental war» – so die Moderatorin des Lausanner Abends. Ein Video in den sozialen Netzwerken zeigt die Ankunft des südafrikanischen Politikers am Flughafen Genf zwei Tage zuvor. Darunter steht geschrieben: Mandela ist in der Schweiz, um «an einer Demonstration und einer Konferenz teilzunehmen, die vom EMF und von seinen Partnern organisiert wurden». Das Ziel der Tournee: «Die Scheinheiligkeit des Internationalen Olympischen Komitees zu denunzieren.» Zur Schweizer Tournee gehörte deshalb auch ein Protest vor dem Olympischen Komitee in Lausanne.

Eng verbunden mit Russland

Doch wer steht hinter dem European Muslim Forum? Die Organisation wurde 2018 in Barcelona mit grossem Aufwand gegründet. Nach kurzer Zeit zählt man neben Barcelona auch Niederlassungen in Brüssel, London, Istanbul und Moskau. Ziel sei es, die «Islamophobie» zu bekämpfen und die Interessen der muslimischen Bevölkerung zu vertreten. Von diesen Ambitionen ist heute auf den ersten Blick nicht mehr viel zu sehen: Die Londoner Niederlassung wurde aufgelöst, die Website ist inaktiv, lediglich einige Social-Media-Accounts sind noch in Betrieb.

Was auffällt: Viele Beiträge auf der Instagram-Seite der Organisation sind auf Russisch verfasst. Tatsächlich gilt das Forum laut verschiedenen Recherchen als Russland-nah. Der Präsident des Forums, Abdul-Vakhed Niyazov, ist ein alter Freund des Kremlherrschers und gründete einst die Gruppe «Muslime für Putin». Auch zu Erdogan unterhält Niyazov seit vielen Jahren gute Beziehungen. Neuere Bilder zeigen ihn und andere EMF-Funktionäre bei Treffen und Konferenzen in Luxushotels in Istanbul, Katar und Moskau. Immer wieder mit dabei: Zwivelile Mandela.

Die russische Charmeoﬀensive im Westen bedient sich unterschiedlicher Botschaften, um an die Gefühle der jewei-

ligen Adressaten zu appellieren. Während man gegenüber Konservativen und Rechten das traditionelle Russland als vermeintlichen Verteidiger des Abendlandes und des Christentums betont, verkauft man sich gegenüber Muslimen als islamfreundliche Grossmacht und versucht Einfluss über sie zu gewinnen.

Laut dem kosovo-albanischen Politikwissenschaftler Kolë Krasniqi lieferte der Balkan die Vorlage dafür, wo das Forum seit vielen Jahren daran arbeitet, den tschetschenischen Alleinherrscher und Putin-Verbündeten Ramsan Kadyrow «als Beschützer des islamischen Glaubens» darzustellen und als islamische Leitfigur zu etablieren. Die österreichische Islamismusexpertin Nina Scholz, die sich schon länger mit dem EMF beschäftigt, sieht die Organisation als ein Tool in Putins hybrider Kriegsführung gegen Europa und Israel. Dem Kreml gehe es um die Stärkung von Organisationen, die antidemokratische, antiwestliche Ziele verfolgten.

Der Angriff vom 7. Oktober und die anschliessenden antiisraelischen Proteste lieferten die ideale Gelegenheit für die russische Subversion. Früh werden Vermutungen laut, dass Russland die antiisraelischen Proteste zumindest anfeuert. In den ersten Kriegswochen tauchen in Paris Hakenkreuze an Häuserwänden auf. Frankreich machte dafür den russischen Geheimdienst FSB verantwortlich und verhaftete ein moldaisches Pärchen.

Die britische Regierung beschuldigte im Sommer 2024 Russland und China, über Social Media die öffentliche Meinung zu «manipulieren». Die USA bezichtigten ihrerseits Iran, die antiisraelischen Proteste zu unterstützen. Auch in der Schweiz sieht man die Zeichen ausländischer Beeinflussung. Wie die NZZ kürzlich enthüllte, bildete der katarische Fernsehsender al-Jazeera Schweizer Studenten in der Türkei bei einem Erdogan-nahen Verband in Protesttechniken aus.

Seit dem 7. Oktober ist auch die in Deutschland verbotene Terrororganisation Samidoun/PFLP, die mit Iran verbündet ist, in der Schweiz sehr aktiv und tritt regelmässig in linken Kulturhäusern auf – auch in der Stadt Zürich. Auf Social Media teilen die Aktivisten haufenweise Material, das unschwer als – teilweise staatlich produzierte – Propaganda zu erkennen ist.

Gemäss verschiedenen Hinweisen, die der NZZ vorliegen, sind staatliche Sicherheitsbehörden über die Verbindungen der antiisraelischen Proteste ins Aus-

land informiert. Dabei ist das Handeln von ausländischen Behörden auf Schweizer Boden grundsätzlich untersagt, wie das Strafgesetzbuch festlegt. Die Frage, ob das Eidgenössische Auswärtige Departement seit dem 7. Oktober bei ausländischen Staaten interveniert hat, um Beeinflussungsmassnahmen zu stoppen, wollte man dort aber nicht beantworten.

«Marsch nach Paris»

Erst letztes Jahr veröffentlichte der Bundesrat einen Bericht über «Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation». Gemäss diesem würden «vor allem staatliche und staatlich beauftragte Akteure (...) Mittel und Methoden der Beeinflussung und Desinformation» anwenden. Sie «betreiben diese oftmals umfassend, koordiniert und mit erheblichen Ressourcen», heisst es weiter in dem Bericht. Als die primären Verdächtigen werden dabei Russland und China genannt. Staaten des Nahen Ostens fehlen in dem Bericht.

Tatsächlich ist der Nachrichtendienst bei der Beobachtung der Beeinflussungsaktivitäten eingeschränkt. Tätigkeiten, die zwar das Meinungsbild der Schweizer, zum Beispiel in Bezug auf den Nahostkonflikt, beeinflussen sollen, aber «keinen relevanten Bezug zu Terrorismus, gewalttätigem Extremismus, verbotenem Nachrichtendienst, Proliferation oder Angriffen auf kritische Infrastrukturen» aufweisen – so die Wortwahl der Pressestelle des NDB –, fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich des NDB.

Nach Mandelas Auftritten in der Westschweiz im Mai 2024 setzt das EMF seine Kampagne gegen die Teilnahme des israelischen Teams an den Olympischen Spielen fort. Unter Anwesenheit der Presse und der Prominenz türkisch-islamistischer Parteien wird im Juli in Istanbul ein «grosser Paris-Marsch» lanciert. Zwei Tage nach dem Start macht der Marsch halt in Lausanne, um gemeinsam mit den lokalen Partnern der Pro-Palästina-Szene vor dem Hauptsitz des Internationalen Olympischen Komitees zu protestieren. Immer mit dabei, wenn in der Westschweiz gegen Israel protestiert wird: Hamas-freundliche Medien, die über den Anlass berichten. Diesmal ist es ein Sender aus der Türkei.

In den folgenden Monaten bleibt Zwivelile Mandela aktiv als reisender Propagandist der Hamas. Er besucht die Trümmer des Untergrundbunkers, in dem der Hizbullah-Anführer Nasrallah ums Leben gekommen ist, und lässt sich mit dessen Sohn während der pompösen Beerdigung in Beirut fotografieren. Schliesslich landet er im März bei den Huthi. Vorläufiger Höhepunkt einer globalen Propaganda-Tour im Dienste der Hamas und ihrer Unterstützterstaaten.

ANZEIGE

«Mit finanzieller Selbstbestimmung hat man die Zukunft selbst in der Hand.»

Andrea Bacca
Head
Human Resources
Swiss Life
Asset Managers

Wir unterstützen Menschen dabei, ihr Leben finanziell selbstbestimmt zu gestalten.

SwissLife

Bundesanwalt fordert mehr Ermittler

Noch nie gab es im Bereich Terror so viele Verfahren wie 2024

DANIEL GERNY

Eine Aussage zieht sich beinahe wie ein roter Faden durch den Tätigkeitsbericht der Bundesanwaltschaft: Dem Bund fehlt es an Ermittlern, was dazu führt, dass Strafverfahren länger dauern, zurückgestellt werden, liegenbleiben – oder von den Kantonen übernommen werden. Dabei geht es keineswegs um Peanuts. So ist die Bundeskriminalpolizei (BKP) aufgrund des Personalmangels offenbar teilweise nicht in der Lage, polizeiliche Ermittlungen im Bereich von kriminellen Organisationen durchzuführen.

Während in den Kantonen auf einen Staatsanwalt oder eine Staatsanwältin rund sieben oder acht Polizisten kämen, betrage das Verhältnis im Bund nur gerade rund eins zu zwei, sagte Bundesanwalt Stefan Blättler am Donnerstag vor den Medien. Die mangelnden Ressourcen bei der BKP, die beim Bundesamt für Polizei (Fedpol) angesiedelt ist, sind schon seit langem ein Thema. Wegen der angespannten Finanzlage stehen die Zeichen im Bund derzeit allerdings nicht gerade auf Personalaufstockung. Doch laut Blättler wird sich die Lage weiter verschlechtern, wenn in den nächsten sieben bis acht Jahren nicht jeweils fünf bis zehn zusätzliche Ermittler eingestellt werden können.

Strafprozessuale Anpassungen

In vielen Bereichen nimmt der Druck zu: So führt die Bundesanwaltschaft derzeit 120 Verfahren im Bereich des Terrorismus, was laut Blättler ausserordentlich und auf die erhöhte Bedrohungslage zurückzuführen ist. Bei den Sprengungen von Bancomaten laufen derzeit Verfahren in rund 100 Fällen, wobei die Zahlen seit mehreren Jahren steigen. Weil hinter den Taten kriminelle Banden stehen, die grenzüberschreitend agieren, sind die Ermittlungen aufwendig. Ähnliches gilt für alle kriminellen Organisationen: Der Nachweis, dass es sich um strafbare Strukturen handelt, ist für die Bundesanwaltschaft schwer zu erbringen.

Bundesanwalt Blättler will deshalb nicht nur die Ressourcen erhöhen, er fordert auch strafprozessuale Anpassungen. Seit Jahren schon – wenn nicht gar seit Jahrzehnten – drängt die Bundesanwaltschaft auf eine Kronzeugenregelung. In Italien und anderen Ländern konnten damit hohe Mafiabosse



Bundesanwalt Stefan Blättler hofft auf eine Kronzeugenregelung. PETER KLAUNZER / KEYSTONE

zur Strecke gebracht werden. Bei der Regelung geht es um eine Vereinbarung zwischen dem Staat und Kriminellen, die sich auf eine einfache Formel herunterbrechen lässt: Aussage gegen Strafreduktion oder -freiheit. Der Bundesrat hat sich allerdings aus rechtsstaatlichen Überlegungen bereits mehrfach gegen eine Kronzeugenregelung ausgesprochen.

Blättler erhofft sich nun von einem neuen Anlauf mehr Erfolg. Tatsächlich muss der Bundesrat auf Verlangen des Ständerates erneut prüfen, ob sich eine solche Bestimmung aufgrund positiver Erfahrungen in anderen Ländern und vor dem Hintergrund von in der Schweiz stärker auftretenden Mafia-Organisationen nicht doch aufdrängt. Heute gibt es in der Schweiz nur eine sogenannte kleine Kronzeugenregelung, wonach die Strafe gemildert werden kann. Zuständig ist dafür aber das Gericht. Staatsanwälte bezweifeln deshalb deren Effizienz.

Die USA als Vorbild

Die zweite Forderung von Blättler geht in eine ähnliche Richtung: Auch hier sollen Beschuldigte einer Verurteilung entgehen können, falls sie kooperieren. Allerdings geht es dabei nicht um einzelne Personen, sondern um Unternehmen. Wenn diese mutmassliche Fälle selbst anzeigten oder mit den Strafver-

folgern zusammenarbeiteten, müssten die Strafverfolgungsbehörden künftig die Möglichkeit haben, eine Vergleichslösung zu finden. Die Bundesanwaltschaft schlägt vor, die Unternehmen im Rahmen des Vergleichs zur Zahlung eines Betrags in Höhe der Geldbusse und zur Rückzahlung der unrechtmässig erzielten Gewinne zu verpflichten. In den USA ist eine ähnliche Regelung unter dem Begriff «deferred prosecution agreement» (DPA) bekannt, in Frankreich heisst sie «convention judiciaire d'intérêt public» (CJIP).

Mit der Wirksamkeit des Instrumentes in diesen und anderen Ländern begründet Blättler die Forderung nach Einführung auch dieses Mittels. Verfahren nach diesen Regeln beanspruchten gemäss OECD-Untersuchungen nur halb so viel Zeit wie ein Strafverfahren, sagt er. Ausserdem ermögliche es, dass Unternehmen international weiter ohne den Makel einer Verurteilung tätig sein, aber dennoch zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Die Ständeratskommission hat im März ein Postulat gutgeheissen, das den Bundesrat zur Prüfung einer Schweizer DPA-Variante ermuntert. Der Bundesrat lehnte ähnliche Vorstösse früher allerdings ab, weil dadurch die Stellung der Staatsanwaltschaft ausgebaut und die Abschreckung durch das Strafrecht vermindert werde.

Kanton Luzern verliert in Strassburg

Eine Frau wurde nicht genügend vor ihrem Partner geschützt

ANDRI ROSTETTER

Die Schweiz hat laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte eine Frau ungenügend vor Gewalt geschützt. Die Frau wollte sich 2007 von ihrem damaligen Partner trennen. Daraufhin wurde sie von ihm entführt, vergewaltigt und schwer verletzt. Ein Polizist hatte ihr die Trennung empfohlen. Was er der Frau jedoch nicht sagte: Der Mann hatte eine kriminelle Vorgeschichte.

1995 war er wegen Vergewaltigung und Tötung verurteilt worden. Zudem war 2006 ein neues Strafverfahren gegen ihn eröffnet worden. Vorgeworfen wurden ihm unter anderem Drohung, Nötigung und Ehrverletzung gegenüber einer früheren Partnerin. Er kam in Untersuchungshaft, wurde aber nach einem Monat unter Auflagen entlassen. Er durfte seine Ex-Partnerin nicht mehr kontaktieren und musste eine Psychotherapie machen. Ein psychiatrisches Gutachten hielt fest, dass der Mann nur eingeschränkt mit schwierigen Situationen umgehen könne und deshalb mit schweren Gewalttaten insbesondere gegen Intimpartnerinnen zu rechnen sei. Das Gutachten sah ein solches Risiko unter anderem in «unmittelbaren Trennungssituationen». Noch im selben Jahr, im November 2006, lernte der Mann sein späteres Opfer kennen.

Trennung per E-Mail

Die neue Partnerin kannte die kriminelle und psychiatrische Vergangenheit des Mannes nicht. Weil sie jedoch durch dessen Verhalten – unter anderem extreme Eifersuchtsanfälle – zunehmend beunruhigt war, wandte sie sich im August 2007 an den Hausarzt des Mannes. Dieser kontaktierte die Polizei, worauf sich ein Beamter bei der Frau meldete. Der Polizist empfahl ihr, sich von dem Mann zu trennen. Über dessen kriminelle Vergangenheit informierte er sie jedoch nicht.

Im September 2007 teilte die Frau ihrem Partner per E-Mail mit, dass sie die Beziehung beenden werde. Noch am selben Abend stieg der Mann durch das Badezimmerfenster in die Wohnung der Frau ein, entführte sie, vergewaltigte sie und schoss ihr mit einer Armbrust dreimal in die Brust. Die Frau überlebte die Tat schwer verletzt. Erst am Folgetag gelang es ihr, Alarm zu schlagen. Eine Sondereinheit überwältigte den Täter. Zwei Tage nach seiner Verhaftung nahm er sich im Gefängnis das Leben.

In der Folge verklagte die Frau den Kanton Luzern auf 105 000 Franken Genugtuung. Die Behörden hätten sie nicht hinreichend über die Vorgeschichte des Mannes informiert, argumentierte sie. Der Kanton habe den Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte des Täters über den Opferschutz gestellt. Der Kanton bestritt die Vorwürfe: Die Beamten hätten sich an die Gesetze gehalten. 2016 wies das Bezirksgericht Luzern die Klage der Frau ab, wie auch ein Jahr später das Kantonsgericht im Berufungsprozess.

Das Bundesgericht schliesslich sah ebenso wenig eine Schuld bei den Luzerner Behörden. Zum Zeitpunkt der Tat habe keine unmittelbar erkennbare Gefahr bestanden, urteilten die Lausanner Richter. Deshalb sei die Polizei nicht verpflichtet gewesen, die Frau aktiv zu warnen. Der Schutz der Privatsphäre eines Straftäters habe zum Tatzeitpunkt höher gewogen als ein präventives Informationsrecht möglicher Opfer. Das Verhalten der Polizei sei allenfalls unglücklich gewesen, aber nicht widerrechtlich.

Gesetzesänderung erfolgt

Der Europäische Gerichtshof sieht das anders. Die Schweizer Behörden hätten die notwendigen Schritte unterlassen, um die Frau zu schützen. Das Gericht hebt zwar positiv hervor, dass ein Polizist auf eigene Initiative hin die Frau kontaktierte und ihr empfahl, den Mann zu verlassen. Laut dem Gericht hat der Polizist jedoch die Gefahr und das Risiko falsch bewertet, indem er die Frau nicht vehementer auf die gewalttätige Vergangenheit ihres Partners hinwies.

Das Gericht befand, die Frau habe zwar keine Anzeige erstattet, doch sei sie mangels Kenntnis der psychiatrischen Gutachten gar nicht in der Lage gewesen, die Gefahr realistisch einzuschätzen. Spätestens nachdem der Arzt die Polizei kontaktiert habe, habe eine gesteigerte Schutzpflicht gegenüber dem späteren Opfer bestanden.

Trotz der Initiative des Polizisten hätten eine systematische Risikoeinschätzung und Schutzmassnahmen gefehlt, die den weiteren Verlauf der Ereignisse hätten beeinflussen können. Zudem seien Kommunikation und Koordination zwischen den Behörden unzureichend gewesen. Damit sei Artikel 2 (Recht auf Leben) der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt worden.

Der Fall hatte auch politische Folgen. Der Kanton Luzern änderte 2018 das Polizeirecht, um Opfer besser vor potenziellen Gewalttätern zu schützen.

ANZEIGE

Ihr Tabakerlebnis.
Ihr Genuss.
Neugierig?

New IQOS
ILUMA i

Jetzt mit **Touch Screen**,
Pause Mode und mehr.

14 Tage testen
auf **IQOS.com**



SMARTCORE STICKS™ keinesfalls einnehmen oder auseinandernehmen. Dieses Produkt enthält ein scharfes Metallteil, das bei Verschlucken zu schweren Verletzungen führen kann. Von Kindern fernhalten. Weitere Informationen auf iqos.com

Kantonsspital Winterthur braucht keine Finanzhilfe

Der einstige Musterbetrieb unter den Spitälern war tief gefallen – jetzt bessert sich die Lage

JAN HUDEC, MATTHIAS BENZ

Das Kantonsspital Winterthur (KSW) galt lange Zeit als Vorzeigebetrieb. Während andere Spitäler über zu tiefe Tarife jammerten, schrieben die Winterthurer jahrelang schwarze Zahlen. Gleichzeitig ist das Spital stark gewachsen und realisierte erfolgreich ein Neubauprojekt. Man war in Winterthur stolz auf dieses Spital, das zu beweisen schien, dass man gleichzeitig medizinisch und ökonomisch zu den Besten gehören kann.

Doch dieses Bild geriet in der Pandemie ins Wanken. Plötzlich stürzte das Spital tief in die roten Zahlen. Der einstige Spitzenreiter fand sich am Ende von Spitalstatistiken wieder. Und das war nicht alles: Das Spital kämpfte auch mit Personalproblemen. In den Operationsälen stand teilweise die Arbeit still. In der Geschäftsleitung rumorte es ebenfalls. Mitten in der Krise verliessen der CEO und ein weiteres Spitalleitungsmitglied das Haus.

Und so machte sich plötzlich Sorge breit: «Braucht auch das Kantonsspital Winterthur Finanzhilfe?», fragte ein ehemaliger FDP-Kantonsrat kürzlich auf dem Finanz-Blog «Inside Paradeplatz». Es wäre nicht das erste Spital im Kanton, dem es so ergeht: Das Kinderspital und das Unispital haben Geld vom Kanton erhalten, das Spital Uster von den Gemeinden. Und das Spital Wetzikon, dem der Kanton die Unterstützung versagte, kämpft ums Überleben. Der Grund ist eine Anleihe, die das Spital nicht refinanzieren kann. Eine solche Anleihe läuft auch beim Kantonsspital Winterthur aus, und zwar Ende September.

Finanzielles Polster

Zwei Neuigkeiten machen nun aber Hoffnung, dass es in Winterthur aufwärtsgehen könnte. So hat das Spital gerade erfolgreich am Markt eine Anleihe über 150 Millionen Franken platziert – zu einem Zinssatz von 1,4 Prozent. Das Spital kann damit die auslaufende Anleihe über 100 Millionen Franken ablösen. Die übrigen Mittel sollen für Investitionen genutzt werden. Dass die Refinanzierung gelungen sei, zeige, dass das KSW auch Investoren zu überzeugen vermöge, sagt der CEO Guido Speck.

Überraschend kommt das nicht, die Voraussetzungen für die Winterthurer waren deutlich besser als für das Spital Wetzikon. Das KSW verfügt über ein stattliches finanzielles Polster – die Eigenkapitalquote beträgt 47,6 Prozent. Mit anderen Worten: Das Spital könnte noch das eine oder andere schwierige Jahr überstehen. Zwar schreibt der Betrieb immer noch rote Zahlen, der Trend zeigt aber aufwärts. Zudem hat das Spital den Kanton als Eigentümer im Rücken



Das Kantonsspital Winterthur hat drei Jahre hintereinander hohe Defizite geschrieben. Doch der neue CEO ist überzeugt davon, dass die Trendwende in Sicht ist.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

und ist gleichzeitig für die Zürcher Gesundheitsversorgung nur schon wegen seiner Grösse praktisch unentbehrlich. All diese Faktoren machten die Anleihe für Investoren offenbar attraktiv.

Klar ist damit nun auch, dass sich das Kantonsspital im Gegensatz zum Unispital nicht via Kanton finanzieren lässt. Für das Unispital nimmt der Kanton 690 Millionen Franken auf – der Kanton kann das aufgrund seines guten Ratings zu deutlich günstigeren Konditionen tun als das Spital. Er reicht das Geld dem Spital zwar mit einem Aufschlag weiter, trotzdem kommt dies für das Unispital deutlich günstiger: Über die nächsten fünfzehn Jahre spart das Spital laut Regierungsrat damit 51 Millionen Franken.

Auch das Kantonsspital Winterthur könnte auf diese Weise einige Millionen sparen, verzichtet nun aber. «Einerseits wollen wir damit zeigen, dass wir eigenständig sind und wir uns selbst finanzieren können», sagt Speck im Gespräch mit der NZZ. Genau das sei ja die Idee eines verselbstständigten Spitals.

Die zweite erfreuliche Neuigkeit für das Winterthurer Spital betrifft die Tarife. Trotz Teuerung und gestiegenen Personalkosten muss das Kantons-spital seit 2020 mit unveränderten stationären Tarifen auskommen – und dies, während andere Spitäler bereits höhere

Tarife zugesprochen bekommen haben. Das ist allerdings selbstverschuldet, denn die Winterthurer stehen in einem Rechtsstreit mit den Krankenkassen. Sie haben die Tarife der Jahre 2020 bis 2022 bis vor Bundesverwaltungsgericht angefochten. Die Verfahren zu den Tarifen 2023 und 2024 sind bei der Gesundheitsdirektion hängig. Die Spitalleitung argumentiert, dass das KSW als Zentrums-spital hohe Lasten tragen müsse, die mit den Tarifen nicht ausreichend abgegolten würden. So landeten viele komplexe Fälle anderer Spitäler in Winterthur. Zudem betreibe man eine grosse Kinderklinik. Beides seien Bereiche, die deutlich unterfinanziert seien.

Doch nun konnte sich das Spital mit sämtlichen Kassen aussergerichtlich einigen, wie der CEO Speck sagt. Alle Verträge seien unterschrieben. «Es hat sich gelohnt, dass wir Druck aufgebaut haben.» Zwar erhalte das Spital nicht so viel wie gefordert. Dennoch sei er zufrieden mit dem Ergebnis. Das Kantonsspital Winterthur werde schweizweit die höchsten Tarife unter den Zentrumsspitalern erhalten. «Das wird uns eine deutliche Entlastung bringen», sagt Speck. Da dies rückwirkend bis 2020 gilt, dürfte es in den Kassen des Spitals in diesem Jahr klingeln. Das ist zwar ein Einmaleffekt. Die höheren Tarife, die

noch vom Regierungsrat bewilligt werden müssen, werden dem Spital aber auch längerfristig helfen.

Neue Zurückhaltung

Der Fall des Kantonsspitals Winterthur ist symptomatisch für die jüngste Spitalkrise in der Schweiz. Einige Gründe für die finanziellen Probleme waren ähnlich wie bei anderen Spitalern. Die Teuerung trieb die Betriebskosten nach oben. Zudem kämpften die Krankenhäuser nach der Pandemie gegen einen Personal-mangel an. Sie erhöhten die Löhne und führten flexible Arbeitszeitmodelle ein. Gleichzeitig verharrten die Tarife vielerorts auf niedrigem Niveau. Kurz: Die Kosten stiegen, aber die Einnahmen hielten nicht mit.

Beim KSW kamen einige Besonderheiten dazu. Das Spital rechnete damit, dass die Behandlungszahlen nach dem Corona-Knick rasch wieder steigen würden, und baute beim Personal stark aus. Doch damit verkalkulierte sich die Spitalleitung. Das erhoffte Wachstum stellte sich nicht ein. Und so hatte man plötzlich zu viel Personal und damit zu hohe Ausgaben. Für zusätzlichen Aufwand sorgte der Bezug des Neubaus «Didymos» Anfang 2022. Auch die Führungswechsel ab 2022 halfen nicht. Bran-

cheninsider vermuten, dass deshalb das Steuer beim KSW zu wenig schnell herumgerissen worden sei.

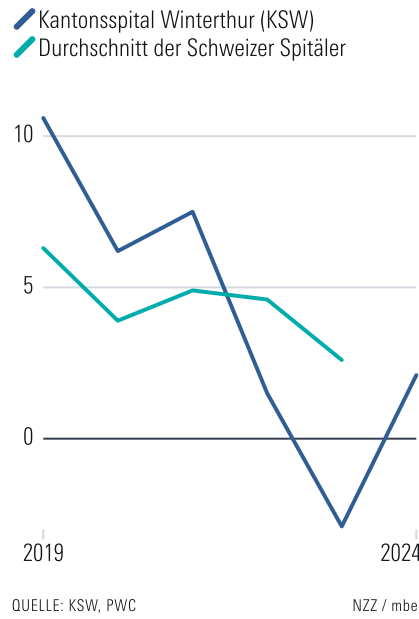
Der jetzige Spitaldirektor Speck, der seit Juni 2024 im Amt ist, sagt nun aber: «Die finanzielle Trendwende ist sichtbar.» Speck hat an verschiedenen Schrauben gedreht. Er setzt auf ein striktes Kostenmanagement: «Jede Stelle, die neu oder wieder besetzt wird, muss über meinen Tisch.» Planbare Eingriffe werden nun so gesteuert, dass die Kapazitäten der Operationssäle, Intensivstationen und Bettenrakte so gut wie möglich ausgelastet sind. Bei den Investitionen wurde geschaut, was wirklich nötig ist und was zurückgestellt werden kann.

Eine neue Zurückhaltung gibt es auch bei den Ausbauplänen des KSW für die nächsten zehn Jahre. Es habe allerdings «keinen politischen Druck» gegeben, sie zu redimensionieren, sagt Speck. Anders ist dies beim Universitätsspital Zürich, das auf Geheiss des Kantons seine ambitionierten Pläne für Neubauten überprüfen muss. Laut Speck ist die KSW-Leitung selbst über die Bücher gegangen. So werde man einen alten Bettenrakt, den man ursprünglich habe behalten wollen, künftig nicht mehr für Patienten nutzen. Gegenwärtig hat das KSW noch rund 510 Betten. Speck ist überzeugt davon, dass man mittelfristig auch mit 450 Betten auskommen werde.

Specks Ziel ist klar: Bis 2026 will er mit dem KSW wieder einen Reingewinn schreiben. Die Klärung bei der Refinanzierung der Anleihe sowie die Einigung auf neue Tarife dürften eine gute Voraussetzung dafür sein.

Tiefer Absturz des KSW

Betriebsgewinnmargen (Ebitda), in Prozent des Umsatzes



Lenker nach Unfall mit Todesfolge freigesprochen

Eine hochschwangere Frau und ihr ungeborenes Kind kommen bei einem Unglück ums Leben – den Fahrer eines Lieferwagens hatte die Sonne geblendet

TOM FELBER

Der Vorfall ist fast acht Jahre her: Am 30. Juni 2017 kamen bei einem Verkehrsunfall im Hardwald bei Bülach eine 38-jährige hochschwangere Frau und ihr ungeborenes Kind ums Leben. Ein heute 50-jähriger Lenker prallte mit seinem Mercedes-Sprinter-Lieferwagen mit 50 bis 60 Kilometern pro Stunde bei schönem Wetter und auf gerader Strecke von hinten in eine stehende Kolonne.

Der Ford Kuga vor ihm, in dem die Frau als Beifahrerin sass, wurde gegen einen weiteren Personenwagen und danach auf die Gefenfahrbahn katapultiert, direkt vor einen korrekt entgegenkommenden Sattelschlepper.

Der Lieferwagenlenker hatte vor Gericht ausgesagt, er habe kurz nach rechts geschaut, weil auf dem Radstreifen ein Polizeiauto mit Warnblinker und drei Personenwagen gestanden hätten. Als er zurück auf die Strasse geblickt habe, sei er

plötzlich stark geblendet worden: «Ich sah nur noch Weiss.» Das Bezirksgericht Bülach sprach den Sprinter-Lenker im Oktober 2020 vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung frei. Der Mann sei überraschend geblendet worden und habe sich keiner Sorgfaltspflichtverletzung schuldig gemacht, begründete der Einzelrichter.

Anklage mit Mängeln

Dieser Freispruch wurde vom Obergericht im November 2021 bestätigt: «mit einem ungunen Gefühl», wie der Vorsitzende Christoph Spiess damals zwar sagte. Die für einen gerichtlichen Schuldspruch erforderlichen Sorgfaltspflichtverletzungen stünden schlichtweg aber gar nicht in der Anklage. Das Bundesgericht hob das Obergerichtsurteil im November 2022 auf und wies den Fall zurück, so dass sich die zweite Instanz erneut damit befassen musste. Auch im neuen Urteil wird der 50-jährige Lieferwagenlenker freigespro-

chen. Der Ehemann und der Vater der verstorbenen Frau werden mit ihren Genugtuungsforderungen auf den Weg des Zivilprozesses verwiesen. Zwischen den beiden besteht eine Familienfehde: Der Vater machte den Witwer stets für den Tod seiner Tochter verantwortlich. Dies führte sowohl am Bezirksgericht Bülach als auch am Obergericht zu strengen Sicherheitskontrollen und einem Polizeiaufgebot in den Gerichtssälen.

Der Anwalt des Vaters des Todesopfers verlangte eine Genugtuung von mindestens 10 000 Franken, der Rechtsvertreter des Witwers 65 000 Franken. Der Staatsanwalt forderte einen Schuldspruch wegen fahrlässiger Tötung mit einer bedingten Geldstrafe von 120 Tagessätzen à 100 Franken (12 000 Franken) und 3000 Franken Busse.

Die Erwägungen des Obergerichts im neuen Urteil sind erwartungsgemäss technischer und juristischer Natur: Auch das Bundesgericht hatte klargestellt,

dass eine Änderung der Anklage nicht in Betracht komme. Der Vorwurf, dass der Lieferwagenlenker zu wenig Abstand zum Ford Kuga eingehalten habe, finde sich nicht in der Anklageschrift.

Kurze Reaktionsverzögerung

Deshalb musste das Obergericht auch in seinem zweiten Entscheid nur den Vorwurf des verzögerten Bremsens aufgrund abgelenkter Aufmerksamkeit auf das Geschehen rechts der Strasse und der Missachtung erhöhter Sorgfaltspflicht aufgrund voraussehbarer möglicher Blendung durch Sonnenstrahlreflektionen überprüfen.

Das Bundesgericht hatte die Rückweisung aber damit begründet, dass selbst wenn die Kausalität der Verzögerung beim Bremsen infolge des Blicks nach rechts und der darauffolgenden Blendung als solche verneint würde, trotzdem zu prüfen sei, ob der Verkehrs-

unfall nicht anders verlaufen wäre, wenn die Geschwindigkeit zum Zeitpunkt der Kollision aufgrund eines früheren Bremsbeginns geringer gewesen wäre.

In seinem zweiten Urteil kommt das Obergericht zu dem Schluss, es könne nicht mit rechtsgenügender Sicherheit angenommen werden, dass die Bremsverzögerung allein durch eine Blickabwendung nach rechts eingetreten sei. Sie könne vielmehr auch oder allein auf die Blendung zurückzuführen sein und würde folglich nicht auf einer Pflichtverletzung basieren.

Dass es kein längeres Hinüberschauen oder gar ein eigentliches Gaffen gewesen sei, ergebe sich zudem aus der von den Gutachtern errechneten Reaktionsverzögerung um 0,5 bis 0,7 Sekunden. Der Freispruch der Vorinstanz sei zu bestätigen.

Urteil SB220 635 vom 24. 2. 2025, noch nicht rechtskräftig.

«Er konnte gross denken und effizient bauen – das sollten wir von ihm lernen»

Der Dokumentarfilmer Thomas Haemmerli sieht im streitbaren Bruno Stefanini ein Vorbild für die Schweiz

In kürzester Zeit war Bruno Stefanini ein reicher Mann: Nach dem Zweiten Weltkrieg baute er unzählige Mehrfamilienhäuser und kaufte in der ganzen Schweiz Wohnungen zusammen. Er garantierte tiefe Mieten, dafür sanierte er seine Immobilien selten und verzichtete selbst auf einfache Unterhaltsarbeiten. Bei seinem Tod 2018 hinterliess Stefanini ein Immobilien-Imperium und eine der bedeutendsten Kunstsammlungen der Schweiz.

Aus dieser erstaunlichen Geschichte hat der Zürcher Regisseur Thomas Haemmerli nun einen ebenso unterhaltsamen wie informativen Film gemacht. «Die Hinterlassenschaft des Bruno Stefanini» ist das Porträt eines visionären Bauunternehmers, erratischen Sammlers und unverfrorenen Geschäftsmannes. Der Film ist derzeit in den Deutschschweizer Kinos zu sehen.

Thomas Haemmerli war Hausbesitzer, Journalist und Kaffeepflücker, bevor er sich schliesslich dem Film zuwandte. Er beschäftigte sich schon in früheren Filmen mit Wohnpolitik und zwanghaftem Sammeln.

Herr Haemmerli, über Bruno Stefanini gibt es schon ein Buch, einen Podcast und etliche Zeitungsberichte. Was hat Sie dazu veranlasst, nun noch einen Film über ihn zu drehen?

Stefanini war ein Messie, der am Ende seines Lebens rund 100 000 Gegenstände besass. Das faszinierte mich, denn meine Mutter war auch ein Messie. Ich konnte mich also gut in seine Lebenswelt hineinversetzen.

Stefanini sammelte am liebsten Immobilien. Auch repräsentative Schlösser gehörten zu seinem Portfolio.

In seiner Lebensgeschichte kommen meine beiden politischen Lieblings-



Bruno Stefanini
Unternehmer
und Sammler
1924–2018

themen zusammen: Wohnbau und die Personenfreizügigkeit.

Was hat Stefanini denn mit der EU zu tun? Sein Vater kam im Alter von 12 Jahren als «Zementbub» in die Schweiz. Beim Bau des Lötschbergtunnels hat er Zement geschleppt. Später hat er an der Unterführung beim Zürcher Hauptbahnhof mitgebaut. Ihm und Tausenden von italienischen Arbeitern verdankt die Schweiz viel von ihrer Infrastruktur – und damit einen guten Teil ihres Wohlstands.

Und daraus schliessen Sie, dass der Weg der Schweiz in die EU führen sollte?

Die Geschichte der Stefaninis ist eine Lehre für die heutige Schweiz: Wenn das Land Wohlstand will, braucht es Arbeitskräfte. Einfache wie Stefaninis Vater – aber auch spezialisierte. Das garantiert die Personenfreizügigkeit. Allerdings heisst das auch, dass wir mehr Wohnraum brauchen. Mein Mantra lautet deshalb: Bauen, bauen, bauen.

Arbeitskräfte und Wohnraum sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schweiz?

Das gehört zu den Säulen unseres Wohlstands. Leider ist die Linke seit den siebziger Jahren besonders beim Bauen wachstumsfeindlich geworden, vereinzelt gar ausländerfeindlich in ihrem Hass gegen angeblich böse Expats mit gutem Lohn.

Das Wachstum begann zu Stefaninis und Ernst Göhnners Zeiten auf sehr tie-



Der Regisseur Thomas Haemmerli vermochte sich gut in Bruno Stefanini hineinzusetzen, da seine Mutter ein Messie war. G. PASQUA

fem Niveau. Heute ist die Ausgangslage eine andere.

Richtig ist, dass man damals auf der grünen Wiese bauen konnte. Diese Zeiten sind vorbei. Aber man kann problemlos höher und dichter bauen. In einem Land, in dem die grösste Stadt keine halbe Million Einwohner zählt, können wir locker verdichten – statt 75 Prozent der Gebäude in ein irrsinniges Schutzinventar zu packen.

Wie stellen Sie sich das vor?

In der Stadt Zürich wohnen über 80 Prozent der Bevölkerung zwischen Parterre und drittem Stock. Max Frisch fand das schon in den fünfziger Jahren lächerlich. Wir könnten viel höher bauen. In Hamburg oder Madrid haben selbst Altbauten fünf, sechs oder sieben Stockwerke. In Zürich dagegen werden Häuser abgerissen und in der gleichen Kubatur neu gebaut. Das treibt die Mieten, weil das Bauen Geld kostet und weil das Angebot nicht erhöht wird.

Gegen höhere Ausnutzung wehren sich viele Anwohner.

Als Gesellschaft müssen wir aushandeln, ob weiterhin Einzelfiguren so grosse Projekte selbst gegen Volksentscheide auf Jahre verhindern können. Und partizipative Planung könnte einen Perspektivenwechsel bringen, indem man nicht nur Anwohner einbezieht, sondern auch weniger Privilegierte, die in einer künftigen Siedlung wohnen wollen. So bekäme die Forderung nach mehr Wohnungen ein höheres Gewicht.

Sie kritisieren die Bauvorschriften. Dabei haben die auch ihr Gutes: Sie garantieren eine einheitliche Qualität.

Bruno Stefanini und Ernst Göhner haben keine schönen Häuser gebaut. Einverstanden. Und niemand ist gegen vernünftige Bauvorschriften. Mein Punkt ist: Wir haben Wohnungsknappheit und reden von Ästhetik, Ökologie, Schattenwürfen und – im Fall der SP – von der Banalität, dass private Firmen gewinnorientiert sind und die Knappheit ausnutzen, die die SP massgeblich mitverursacht. Wer etwas gegen die Wohnungsnot machen will, muss produktionsorientiert denken und garantieren, dass Genossenschaften, Private und die Stadt rabiat verdichten.

Stefanini hat über 2000 Wohnungen gebaut und gekauft. Wie hat er das geschafft?

Er war besessen von effizientem Bauen und liess alles weg, was nicht nötig war.

Er war ein genialer Geschäftsmann. Und hatte als Unternehmer ein gutes Gespür für den Zeitgeist.

Was hat er besser verstanden als andere?

Während des Zweiten Weltkriegs waren die Männer im Militär. Die Frauen gewöhnten sich an ein ökonomisch selbstbestimmtes Leben, das sie nach dem Krieg bewahren wollten. Stefanini hat das kapiert und die gesuchten 1-Zimmer-Wohnungen gebaut. Später hat er im Aargau für junge Paare Hochhäuser erstellt, weil es dort kein Konkubinatsverbot gab.

Einerseits baute Stefanini Wohnungen für das Volk. Andererseits war er mit seinen Mietern geizig und hat manchen die Kaution nicht zurückerstattet. Viele seiner Liegenschaften liess er verkommen.

«Wir könnten viel höher bauen. In Hamburg oder Madrid haben selbst Altbauten fünf, sechs oder sieben Stockwerke.»

Es ist, als hätte Stefanini zwei Gesichter gehabt. Er gewährte tiefe Mieten und liess Hausbesitzer in seinen Liegenschaften wohnen, aber er war pathologisch sparsam und drehte jeden Franken um.

Er sparte auch bei sich selbst. Anscheinend trank er Wein für 1 Franken 95. Als Familienvater kaufte Stefanini eine alte Villa in Winterthur, die er aber nie sanierte. Die Waschmaschine im Keller liess er nie anschliessen. Seine Frau stellte ihm ein Ultimatum, dann ging sie. Er sammelte danach noch eifriger.

Am Ende wirkte er etwas verwahrlost. Aus seinem Tagebuch, aus dem Sie im Film zitieren, spricht auch Verzweiflung. Seine Pendenzen überforderten ihn. Er wollte Auktionskataloge durchackern und daneben seine Geschäfte führen, jede Rechnung kontrollieren. Er verlor den Überblick über seine Angelegenheiten und seine Materialberge, typisch für einen Messie. Trotzdem kaufte er immer weiter, auf Auktionen, dem Flohmarkt und im Caritas-Laden.

Was wollte er mit all dem Zeug?

Sein Traum war ein Museum fürs Volk. Zu diesem Zweck gründete er eine Stiftung. Auf Schloss Brestenberg im Aargau liess er einen Atom-Bunker mit gigantischen Ausstellungshallen bauen.

Und was hätte man in diesem Museum sehen können?

Stefanini sammelte alles Mögliche: von Napoleons Hut über die Unterhose der Kaiserin Sisi bis hin zu Panzern aus der Sowjetunion und Ölgemälden von Hodler oder Albert Anker. Die Pläne änderten sich aber, zeitweise schwebte ihm auch ein Antikriegsmuseum vor.

Warum wurde nichts aus dem Museum?

Die Behörden machten ihm kleinliche Auflagen, die das Projekt am Brestenberg verkomplizierten. Er, der 50 Millionen investiert hatte, schmiss am Ende den Bettel hin. Seine Ex-Frau sagt im Film: aus Trotz.

Das Schloss befindet sich aber bis heute im Besitz der Stiftung?

Ja, wie alle Immobilien. Darunter etwa ein Viertel der Winterthurer Altstadt. Weil er dort nicht saniert hat, gab es auch keine Gentrifizierung.

Was können wir von Stefanini lernen?

Gross denken. Effizient bauen. Die Linke könnte von ihm lernen, dass man viel und billig bauen muss, wenn man die Wohnprobleme der wenig Begüterten lösen will. Die Bauwirtschaft könnte lernen: kreativer sein, wenn es um tatsächliche Wohnbedürfnisse geht.

Was braucht es denn heute?

Wohnungen, die flexibler auf sich ändernde Lebenssituationen und Patchwork-Konstellationen zugeschnitten sind. Man kann etwa vom städtischen Projekt Kalkbreite lernen, «Joker»-Zimmer zu erstellen, die man dazumieten kann, wenn man mal Gäste hat. Man könnte über bewegliche Wände nachdenken. Freunde von mir wohnen in Oerlikon in einer vielköpfigen Cluster-WG. Sie teilen sich das Wohnzimmer und eine grosse Küche, aber jeder hat einen grosszügigen Raum mit Bad und Teeküche. In diese Richtung müsste es auch beim Alterswohnen gehen.

Was würde Bruno Stefanini sagen?

Architekt! Daher! Das bauen wir sofort. Interview: Oliver Camenzind

Verbot von Laubbläsern kommt vors Volk

Betrieb soll nur noch zwischen Oktober und Januar erlaubt sein

ISABEL HEUSSER

Es gibt ein Gerät auf dieser Welt, das für die Zürcher Grünen symbolisch ist für die Schädigung der Umwelt. Es läuft mit Benzin, macht Lärm, tötet Kleinlebewesen und wirbelt Bakterien durch die Luft: der Laubbläser.

Die Grünen sehen den besten Freund eines jeden Hausabwärts als Apparat non gratus. Deshalb sagten sie ihm schon vor über zehn Jahren mit einer Petition und Vorstössen den Kampf an. Doch erst jetzt haben sie einen Erfolg erzielt: Die linke Mehrheit des Stadtparlaments hat die Nutzung von Laubbläsern stark eingeschränkt. Künftig dürfen sie nur noch von Oktober bis Dezember verwendet werden. Eigens dafür wird die Polizeiverordnung angepasst. Das Verbot gilt sowohl für Privatpersonen als auch für Angestellte etwa von Grün Stadt Zürich.

Immerhin, Ausnahmen soll es geben dürfen. Wenn «grössere Mengen an Laub oder Unrat innert kurzer Zeit zu entfernen sind» oder «eine wesentliche Arbeitserleichterung bei schwierigen Reinigungssituationen erzielt werden kann», sind Laubbläser auch zwischen Januar und September genehm. Das gilt etwa nach der Street Parade, dem Sechseläuten oder einem Sturm beispielsweise, der viel Laub auf die Strassen weht. Für eine Verwendung ausserhalb der Laubsauger-Saison braucht es allerdings eine Bewilligung des Sicherheitsdepartements. Und es sind ausschliesslich elektrische Geräte erlaubt. Wenn schon Laub oder Abfall durch die Gegend gepustet wird, dann bitte nachhaltig.

Die Zürcher Grünen jubilierten ob diesem «längst fälligen Schritt», wie sie am Mittwochabend mitteilten. Man freue sich «auf die Rückkehr zu einem vernünftigen und sorgsamem Umgang mit diesen Geräten».

Das letzte Wort ist allerdings noch nicht gesprochen. Denn die Fraktionen von FDP, SVP und Mitte/EVP werden das Parlamentsreferendum ergreifen. Das haben sie am Mittwochabend mitgeteilt, kurz nachdem das Stadtparlament den Laubbläsern endgültig den Garaus gemacht hat. Die neu gegründete Laubbläser-Lobby ärgert sich über das Verbot. Es sei nicht nur gewerbe-feindlich, sondern führe auch zu mehr Bürokratie und einem deutlich höheren Arbeitsaufwand, teilen die Parteien am Donnerstag mit. Zudem sei es unsinnig, weil Strassenreinigungsmaschinen weiterhin erlaubt seien, aber die viel kleineren Laubbläser nicht.

Die Bürgerlichen finden, die Bevölkerung solle sich zur «absurden Verbotskultur» äussern können. Dem sehen die Grünen nach eigenen Angaben gelassen entgegen – sie glauben, dass das «sehr lange Kapitel» zum Laubbläser-Drama damit seinen Abschluss finden wird.

Zweiter Tatverdächtiger verhaftet

Tödlicher Streit in Dietikon

bai. · Bei einem gewalttätigen Streit in einer Wohnung in Dietikon ist in der Nacht auf Sonntag ein 44-jähriger Mann tödlich verletzt worden. Ein 30-jähriger tatverdächtiger Schweizer wurde noch gleichentags am Tatort verhaftet. Umfangreiche Ermittlungen der Kantonspolizei Zürich haben am Dienstagmittag zur Identifizierung und Verhaftung eines weiteren Tatverdächtigen geführt, wie es in einem gleichentags versendeten Communiqué heisst. Demnach hat die Staatsanwaltschaft I für schwere Gewaltkriminalität für den tatverdächtigen 20-jährigen Mann aus Sri Lanka beim Zwangsmassnahmengericht Untersuchungshaft beantragt.



WASSERTURM

Das ist eine Arbeit, die ich im öffentlichen Raum realisiert habe. Ich hatte den Wettbewerb für die Gestaltung eines kleinen Parks in St. Gallen gewonnen und diese Skulptur installiert: Ein rotes Fass steht auf einem sechs Meter hohen Stahlurm. Aus einem Loch fliesst das Wasser in einem Bogen aus dem Fass heraus auf den Asphaltplatz. Es ist wichtig zu wissen, dass das Wasser nicht einfach aus einem Schlauch herausspritzt, der im Fass befestigt ist. Ich betone das deshalb, weil der Druck des Wasserstrahls der Füllhöhe des Wassers im Fass entspricht. Damit der Druck immer gleich bleibt, muss das Fass immer vollständig mit Wasser gefüllt sein. Das Wasser wird durch das Rohr in der Mitte hochgeführt, damit das Fass immer voll ist. Das hat natürlich die Konsequenz, dass die Installation im Winter nicht betrieben werden kann, weil dann das stehende Wasser im Fass gefrieren würde. Es gibt keine Umwälzpumpe, sondern es wird immer frisches Wasser, Trinkwasser, zugeführt. Es ist vielleicht wichtig zu erwähnen, dass diese Skulptur einen ziemlich grossen Skandal hervorgerufen hat in St. Gallen. Die Zeitungen waren voll von entrüsteten Leserbriefen, in denen geschrieben wurde, die Skulptur sei eine Zumutung. Und es wurden Unterschriften gesammelt, damit sie abgerissen werde. Dann hat sich aber der Stadtrat hinter das Projekt gestellt und sich für die Skulptur eingesetzt. Die Stadt wollte dieses Objekt behalten. Heute hat man sich in St. Gallen an die Arbeit gewöhnt.

«Dressur ist wie Yoga, Springreiten wie Streetdance»

Sie sind ein Paar und Weltklasse: der Springreiter Martin Fuchs und die Dressurreiterin Simone Pearce. Im Gespräch mit Eva Breitenstein erklären sie, wie unterschiedlich Pferde und Reiter in den beiden Disziplinen ticken

Simone Pearce, Sie nahmen als Dressurreiterin zwei Mal an Olympischen Spielen teil, nun starteten Sie auch an Springturnieren. Sind Reiter ab einem gewissen Level fähig, alle Disziplinen zu reiten?

Simone Pearce: Nein, das Wechseln zwischen den Disziplinen ist schon schwierig. Gewisse Dinge sind ähnlich, andere sehr, sehr verschieden. Für mich ist es einfach eine Herausforderung, etwas Neues zu lernen, und das macht Spass.

Gibt es ein Level, das alle Reiter in sämtlichen Disziplinen beherrschen müssen?

Pearce: Das Fundament ist die Dressur. Hier entstehen die Basis einer guten Sitzposition, die Balance, das Verstehen des Pferdes und die Verbindung zu ihm.

Martin Fuchs: Bevor man aufsitzt, ist alles gleich: wie man mit dem Pferd umgeht, es pflegt, transportiert. Beim Reiten werden die Unterschiede dann aber rasch gross. Bevor ich Simone kannte, dachte ich, dass das Reiten in den beiden Disziplinen nicht so verschieden sei. Seit ich viel mehr über Dressur weiss, sehe ich die grossen Unterschiede.

Können Sie ein Beispiel geben?

Fuchs: Das Auge fürs Detail muss bei der Dressur viel ausgeprägter sein. Die Disziplin ist komplexer, braucht sehr viel mehr Fokus. Beim Springreiten wird im Parcours vieles improvisiert, bei der Dressur gibt es mehr Wiederholungen, mehr Gewohnheiten. Die Dressurreiter streben nach Perfektion.

Sie, Simone Pearce, trainieren auch die Springpferde von Martin Fuchs. Die können also beides?

Pearce: Nein, das nicht. Ich wende die gleichen Prinzipien an, aber ich mache mit seinen Pferden kein Dressurtraining, etwa mit Pirouetten, wie mit meinen Pferden. Ich glaube, dass es für jedes Pferd ein Programm gibt, das ihm am besten liegt, und ich versuche bei allen Pferden, das Training auf sie zuzuschneiden. Ich schaue also, womit Martin Probleme hat bei seinen Springpferden, und versuche herauszufinden, wie diese Probleme gelöst werden können.

Welche Disziplin ist anstrengender für Pferd und Reiter?

Pearce: Schwierig zu sagen. Für mich ähnelt die Dressur eher Yoga oder Pilates. Ich bin schwach, wenn es ums Halten und Ziehen geht, kann aber sehr gut stabil bleiben. Beim Springreiten brauchst du wohl mehr Kraft und Ausdauer, es ist ein Stop-and-go-Sport. Und für die Pferde? Wir machen in der Dressur viel Intervalltraining, bauen Intensität auf und nehmen sie wieder zurück. Beim Springen ist ein Parcours für die Pferde eher kurz und intensiv.

Fuchs: Rennpferde etwa müssen zu 100 Prozent fit sein, um ein Rennen gewinnen zu können. Ein Springpferd kann ein Turnier auch gewinnen, wenn es körperlich nur bei 95 Prozent ist, aber glücklich und stark im Kopf. Es ist nach einer Runde nie erschöpft, von seiner Ausdauer her nie am Limit, könnte immer nochmals eine Runde springen. Am Weltcup-Final in Basel werden wir 15 Sprünge in 60, 65 Sekunden machen. So viele Hindernisse in kurzer Zeit zu bewältigen, ist zwar schwierig, aber physisch nicht so anstrengend.

Wie früh weiss man, für welche Disziplin ein Pferd geeignet ist?

Fuchs: Sie werden entsprechend gezüchtet. Man paart also Springpferde mit Springpferden und Dressurpferde mit Dressurpferden. Es gibt aber Ausnahmen: Die Schweizer Springreiterin Barbara Schieper reitet ein Pferd, das ungefähr 1,45 oder 1,50 Meter hoch springt und dessen Vater das berühmte Dressurpferd Totilas ist. Oder Cosmo, der als Springpferd gezüchtet wurde und an Olympischen Spielen in der Dressur am Start war.



Martin Fuchs und Simone Pearce sind Lebens- und Geschäftspartner.

HUBERT FISCHER

«Auch einem nicht so talentierten Pferd können wir mit viel Zeit und einer guten Beziehung so viel beibringen, dass es erfolgreich ist.»

Simone Pearce
Dressurreiterin

«Ein Springpferd kann ein Turnier auch gewinnen, wenn es körperlich nur bei 95 Prozent ist, aber glücklich und stark im Kopf.»

Martin Fuchs
Springreiter

Was sind denn die wichtigsten Eigenschaften, die ein Pferd haben muss?

Fuchs: Im Springen muss es mutig sein, furchtlos, ein grosses Herz haben, um wirklich drauflos zu gehen. Dann braucht es möglichst viel Sprungkraft, muss aber auch vorsichtig sein, um die Hindernisse nicht zu berühren. Was für beide Disziplinen gilt: Wenn die Pferde im Kopf stark sind und wirklich wollen, können sie es auch.

Pearce: In der Dressur ist es einfacher, weil wir den Pferden viel beibringen. Wir starten früh und bauen sie über die Jahre auf. Auch einem nicht so talentierten Pferd können wir mit viel Zeit und einer guten Beziehung so viel beibringen, dass es erfolgreich ist. Das geht im Springreiten weniger. Aber für die Weltspitze braucht das Pferd natürliche Qualitäten und einen grossen Charakter.

Welche Charaktere sind in den beiden Disziplinen gefragt?

Pearce: Es gibt in beiden Disziplinen ganz unterschiedliche Pferde: hitzige, entspannte, faule, schreckhafte – und alle können gut sein, wenn man auf die richtige Weise mit ihnen arbeitet.

Fuchs: Ich würde sagen, dass eher die Reiter eine Präferenz haben. Ich etwa mag Pferde, die sehr viel Energie haben und heissblütig sind, aber es gibt auch gute Pferde, die langsamer oder fauler sind.

Und wie unterscheiden sich Springreiter und Dressurreiter im Charakter?

Pearce: Oh, da besteht ein grosser Unterschied!

Fuchs: Inwiefern denn?

Pearce: Ich finde, Springreiter sind viel entspannter als Dressurreiter. Das geht

Hand in Hand mit der Disziplin. Wir in der Dressur sind Perfektionisten, nehmen es sehr ernst: Jeder Moment zählt, jede Show zählt, da geht es wieder in die strukturierte Richtung wie beim Yoga. Die Springreiter sind wie Streetdancer, die ihr Ding durchziehen.

Wie sieht ein normaler Trainingstag Ihrer Pferde aus?

Pearce: Ich reite jedes Pferd sechs Mal pro Woche, drei Mal davon sind Trainingseinheiten. Die Jüngeren machen ein bisschen weniger. Die Pferde selber gehen zweimal pro Tag raus, werden spazieren geführt oder gehen auf die Weide.

Fuchs: Bei uns werden sie auch sechsmal die Woche bewegt, wir springen aber nur einmal pro Woche.

Welche Disziplin hat die höhere Leistungsdichte weltweit?

Fuchs: Das Springreiten. Wir haben viel mehr Wettkämpfe, es gibt fast jedes Wochenende mehrere Fünfstern-Prüfungen. In der Dressur findet in der gleichen Zeit nur eine statt.

Pearce: Unsere Pferde absolvieren viel weniger Wettkämpfe. Wir gehen nur an einen Wettkampf, wenn wir auf einem bestimmten Level sind und finden, es sei der richtige Zeitpunkt für das Pferd. Für Springreiter sind Turniere auch ein Training, sie nutzen sie zur Weiterentwicklung.

Fuchs: Bis ein Springpferd neun oder zehn Jahre alt ist, sind Turniere hauptsächlich dazu da, dass das Pferd besser wird.

Pearce: Und bei mir kann es sein, dass ein Pferd mit neun Jahren seinen ersten Wettkampf überhaupt hat.

Welche Pferde sind teurer?

Fuchs: Sie sind ähnlich teuer und oft unverkäuflich. Wenn ein Besitzer Freude an den Leistungen hat, möchte er das Pferd nicht verkaufen. Heute sind aber mehr Leute in mehreren Regionen bereit, viel zu zahlen, etwa in den Emiraten oder in Asien. Das spürt man auch an den Turnieren. Die Teilnehmer kommen aus mehr Ländern als früher, und das Niveau der Reiter ist gestiegen. Mein Vater sagt, früher hätten von 40 Teilnehmern an einem Grand Prix 10 gewinnen können. Heute sind es 35, die eine Siechance haben.

Sie handeln schon seit ein paar Jahren gemeinsam mit einem Geschäftspartner in den USA mit Springpferden. Mit Simone Pearce an Ihrer Seite neu auch mit Dressurpferden.

Fuchs: Genau. Ich kann mich glücklich schätzen, Simone als Business-Partnerin zu haben, denn sie hat viel Erfahrung in der Dressur-Branche. Sie ist vermutlich eine der Reiterinnen, die am meisten Grand-Prix-Pferde hervorgebracht haben in den vergangenen zehn Jahren. Sie kennt den Markt bestens, sie kennt die Pferde und kann das Beste aus ihnen herausholen. Und sie ist eine harte Arbeiterin.

Was sind Ihre Ziele in diesem Geschäft?

Fuchs: Dass wir immer ungefähr drei Grand-Prix-Pferde haben. Wir haben im letzten Jahr ein paar tolle Pferde gekauft, die Simone nun über die vergangenen fünfzehn Monate aufgebaut hat. Ein neun- und ein zehnjähriges sind bald bereit, auf der Stufe Grand Prix anzutreten, daneben haben wir ein paar junge Pferde mit extrem viel Potenzial. Simone soll auf höchstem Level performen können, damit wir sie in die Top 10 der Welt bringen. Von dort aus können wir dann ein Pferd verkaufen, um wieder ein neues, jüngeres zu kaufen. Wir wollen also alles immer in Bewegung halten, damit es bezahlbar bleibt.

Die meisten Reiter sind auf Mäzene angewiesen, um Toppferde reiten zu können. Haben Sie das Geld, Pferde für das Grand-Prix-Level zu kaufen?

Fuchs: Nein, deswegen hatte Simone im vergangenen Jahr eben kein Pferd für das höchste Level, als ihr Pferd Destano nach den Olympischen Spielen pensioniert wurde. Deshalb trainiert sie nun eben die kommenden Pferde. Das braucht Geduld und Zeit.

Simone Pearce, Sie leben in Deutschland nahe der Schweizer Grenze, und Sie, Martin Fuchs, in Wängi im Thurgau. Wes halb haben Sie nicht den gleichen Stall?

Fuchs: Wir haben einen Springstall mit so vielen Pferden, da gibt es keinen Platz für Dressurpferde. Wir könnten zum Beispiel den Indoor-Platz nicht teilen. Den benötigen wir für das Springtraining mit zwanzig Pferden pro Tag, während sie täglich acht bis neun Dressurpferde reitet. Wir mieten für sie also einen ehemaligen Springstall. Das Witzige ist, dass dieser einst die Basis für das bulgarische Springreiter-Team war, das von meinem Vater trainiert wurde. Er brachte das Team bis an die Olympischen Spiele von Sydney im Jahr 2000, das passt also ganz gut.

Simone Pearce, Sie leben in Europa, seit Sie Australien als 17-Jährige verlassen haben. Wird der Pferdesport dort anders wahrgenommen?

Pearce: Mit der Turnierszene in Australien bin ich nicht so vertraut. Ich bin im ländlichen Australien aufgewachsen und habe mit zwei Jahren angefangen zu reiten, allerdings auch auf Kühen auf der Farm. Ins Dressurreiten verliebte ich mich, als ich mit neun Jahren die Olympischen Spiele in Sydney besuchte und vom Dressur-Wettkampf fasziniert war. Aber Pferde sind in Australien Teil der Kultur, wir brauchen sie immer noch, um Kühe einzutreiben. Als ich nach Europa kam, sah ich aus wie ein Cowboy, nicht wie eine Dressurreiterin. Aber ich hatte ein gutes Gefühl für die Pferde. Ich habe als Pflegerin begonnen und hatte eine Mentorin, die mir von Beginn an sagte, dass ich gut sei und es an die Olympischen Spiele schaffen könne.

Was beeindruckt Sie am Reitstil des jeweils anderen?

Fuchs: Für mich ist es Simones Fähigkeit, die Pferde zu verstehen. Es ist faszinierend, wie sie jedes Pferd anders reitet und mir dann erklärt, weshalb sie das tut und wie sie dorthin gelangt ist – darüber hatte ich vorher noch nie nachgedacht. Ich versuche auch, das Beste aus meinen Pferden herauszuholen, aber sie passt sich dafür mehr dem Pferd an, als ich es tat, bevor ich sie kennengelernt habe.

Pearce: Ich finde, er ist mutig und kühn und vertraut sich und den Pferden sehr stark. Er hat ein Gespür dafür, was im jeweiligen Moment möglich ist und wie er das Beste aus jedem Pferd und in jeder Situation herausholt.

Das Reiterpaar

eva. · Der 32-jährige Martin Fuchs ist seit Jahren einer der besten Schweizer Springreiter; sein Vater Thomas und sein Onkel Markus waren ebenfalls Springreiter. Martin Fuchs war bereits Europameister und hat WM-Silber errungen – beides mit seinem ehemaligen Spitzenpferd Clooney. In Basel möchte er zum zweiten Mal den Weltcup-Final gewinnen; sein derzeit bestes Pferd ist Leone Jei. Die Springprüfungen finden von Donnerstag bis Sonntag in der St.-Jakobs-Halle statt. Die 33-jährige Simone Pearce ist in Australien geboren. Sie ritt schon für verschiedene Ställe und nahm mit dem Spitzenpferd Destano an den Olympischen Spielen in Tokio 2020 und in Paris 2024 teil.



AKTION DOCUMENTA 8 AKTION VOR DER ORANGERIE

Vor der Orangerie hatte ich 350 Stapel Papier zu je 1000 Blatt in einer Linie angeordnet. Diese 350 000 Papierblätter wurden gleichzeitig durch Sprengladungen in die Luft geschossen und bildeten während kurzer Zeit eine flatternde Papierwand von 15 Metern Höhe und 300 Metern Länge. Es war die Abschlussaktion an der Documenta 8 im September 1987. Die Grösse dieser Aktion erforderte einen Sprengmeister.

Aufnahmeort: Documenta 8 in Kassel (D), 1987, Sprengtechnik: Günther Schwarz, Foto: © Documenta-Archiv / Gerhard Vaupel

So viele Zuschauer wie in den Spitzenligen

Die zweite Bundesliga lockt die Fussballfans in Massen an – das liegt an den Traditionsclubs und der Schwäche der ersten Liga

STEFAN OSTERHAUS, BERLIN

Kann es Euphorie in der Zweitklassigkeit geben? Auf diese Frage kann man kommen, wenn man sich die zweite Fussballbundesliga in Deutschland anschaut. Woche für Woche strömen Hunderttausende in die Stadien, die Spielklasse ist attraktiver denn je. Im Berliner Olympiastadion beispielsweise sind bei Spielen des Hertha BSC regelmässig mehr als 50 000 Zuschauer zugegen. Ähnlich sieht es in Kaiserslautern aus, der legendäre Betzenberg verzeichnet in dieser Saison einen Zuschauerdurchschnitt von 45 000 – bei einer Kapazität von 49 000.

Die Liste lässt sich verlängern mit dem prächtigen Zuspruch, den der Hamburger SV, Fortuna Düsseldorf und auch der 1. FC Köln erhalten, erst recht aber mit Schalke 04. Der in der Tabelle abgeschlagene Ruhrgebietsklub begrüsst im Zweiwochenrhythmus mehr als 60 000 Fans bei seinen Heimspielen.

Grosse Vereine spielen mit

Die zweite Bundesliga hat für die Anhänger Kultcharakter. Mehr als 30 000 Zuschauer kommen im Schnitt jede Woche in die Stadien – das sind nur 8000 weniger als in der ersten Liga. Aber mehr als in der Ligue 1 in Frankreich und ziemlich genau so viele wie in La Liga mit den Grossklubs Real Madrid und FC Barcelona und in der italienischen Serie A samt legendären Vereinen wie Milan, Inter, Napoli und Juve. Schon in der vergangenen Saison fragte das ZDF: «Läuft das Fussball-Unterhaus der Bundesliga den Rang ab?»

Noch ist es nicht so weit. Aber der Abstand ist erstaunlich klein. Dass die erste und die zweite Bundesliga in der Gunst des Publikums so nah beieinanderliegen, mag auf den ersten Blick erstaunen. Schliesslich geht es nicht um Titel, um den Einzug in die Champions oder die Europa League. Hier stehen sich keine Nationalspieler mit ihren Klubs gegenüber. Es geht gegen den Abstieg – und um den Aufstieg.

Doch es gibt Derbys mit langer Tradition. Fortuna Düsseldorf gegen den 1. FC Köln im Westen, der Karlsruher SC gegen den 1. FC Kaiserslautern im



Spiele des 1. FC Kaiserslautern auf dem Betzenberg sehen in dieser Saison durchschnittlich 45 000 Zuschauer.

WERNER SCHMITT / IMAGO

Südwesten, Braunschweig und Hannover in Niedersachsen, Greuther Fürth und Nürnberg in Franken. An solchen Anlässen zeigt sich: Nichts ist attraktiver als eine lang gepflegte Rivalität.

Schlecht gewirtschaftet

Wer sich auf die Suche nach den Gründen für den Erfolg der zweiten Spielklasse macht, der wird an einem Schlagwort nicht vorbeikommen: an der Tradition. Nie zuvor hatte die zweite Bundesliga mehr klingende Namen zu bieten als in dieser Saison. Nahezu die Hälfte der Klubs waren schon einmal deutscher Meister. Nürnberg, Köln, Schalke, Hamburg und auch Kaiserslautern stehen für einen deutschen Fussball, der seinerzeit noch nicht von der Monokultur

des Branchenkrösus Bayern München dominiert wurde. Ohne den Rekordchampion aus München mit seinen 33 Titeln stünde die erste Bundesliga in der Kategorie der gewonnenen Meisterschaften hinten an.

Die Begeisterung für die zweite Spielklasse mit ihren geschichtsträchtigen Klubs verweist auf einen wichtigen Punkt: Tradition ist eben durch nichts zu ersetzen – schon gar nicht, wenn man versucht, sie mit Taschenspielertricks vorzugaukeln, etwa indem ein Klub wie Hoffenheim, der gewissermassen am Reißbrett entworfen wurde, die Jahreszahl 1899 im Vereinswappen führt. Die Stärke der zweiten Liga ist also zugleich die Schwäche der ersten, in der Klubs wie eben Hoffenheim oder Leipzig ein übersehbares Mass an Faszination bieten.

Andererseits verdeutlicht die starke Präsenz traditionsreicher Klubs eben auch, dass diese sportlich wie finanziell unsolide gewirtschaftet haben. Ein Abstieg wie der des Hamburger SV, der sich während Jahren angekündigt hatte, wäre niemals nötig gewesen, ebenso wenig der rasante Verfall des FC Schalke 04. Den Schalkern droht ein ähnliches Schicksal wie dem HSV, der viel länger als geplant in der Zweitklassigkeit verweilt. Schlimmstenfalls droht ihnen das Schicksal des 1. FC Kaiserslautern, der noch in den 1990er Jahren zweimal deutscher Meister war, dann aber sogar bis in die dritte Liga abrutschte – und nun wieder um den Aufstieg kämpft.

Die Sehnsucht nach Tradition – und vielleicht auch ein Schuss Nostalgie – dürfte allerdings nicht allein für den Er-

folg der Spielklasse verantwortlich sein. Man braucht sich nur anzuschauen, wie eng die Klubs des Spitzentrios beieinander sind: Hamburg und Köln liefern sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen, Kaiserslautern aber ist aus dem Titelkampf längst noch nicht ausgeschieden. Zu beobachten ist hier viel mehr als das, was viele Fans als Simulation eines Titelkampfes empfunden haben, viel mehr als die erdrückende Dominanz des FC Bayern während mehr als einer Dekade in der ersten Bundesliga.

Ähnlich grosse Budgets

In der zweiten Liga herrscht ein Wettbewerb, der seinem Namen seit Jahren voll und ganz gerecht wird. An blosser Freiwilligkeit liegt dies allerdings nicht. Es hat schlicht und ergreifend auch damit zu tun, dass die Zweitligaklubs über deutlich geringere finanzielle Mittel verfügen als jene in der Eliteklasse. Die Klubetats

Tradition ist durch nichts zu ersetzen – schon gar nicht, wenn man versucht, sie mit Taschenspielertricks vorzugaukeln.

liegen enger beieinander; kaum ein Team hat mehr als 25 Millionen Euro zur Verfügung. Der Hamburger SV ist mit mehr als 40 Millionen die Ausnahme.

Allerdings ist nicht auszuschliessen, dass es ein ganz besonderes Jahr für die zweite Bundesliga bleiben wird. Denn sollte sich mit Köln, dem HSV und dem 1. FC Kaiserslautern reine Tradition in die erste Bundesliga verabschieden, würden künftig ein paar attraktive Klubs fehlen. Gegenwärtig sieht es so aus, dass kein Klub mit ähnlich schillernder Tradition aus der ersten Bundesliga absteigen wird. Das Zuschauerinteresse dürfte aber nur bedingt darunter leiden: Die einstigen Erstliga-Giganten Hertha BSC und Schalke 04 mit ihrem riesigen Publikum können von der ersten Liga gegenwärtig nur träumen.

Neben Max Verstappen ist noch niemand glücklich geworden

Das Formel-1-Team Red Bull tauscht nach zwei Saisonrennen den zweiten Fahrer aus – nun bekommt der Japaner Yuki Tsunoda seine Chance

ELMAR BRÜMMER, SUZUKA

Der Glaube der Rennfahrer ist ein einfacher: Hinter jeder Kurve liegt nicht etwa das Risiko, sondern immer die nächste Chance. Für niemanden gilt das beim Grossen Preis von Japan an diesem Wochenende so sehr wie für Yuki Tsunoda.

Innerhalb einer Wochenfrist wurde er vom Talentschuppen Racing Bulls zu Red Bull befördert, an die Seite des Formel-1-Weltmeisters Max Verstappen. Das ist Tsunodas Chance. Doch genau darin liegt auch das Risiko für den 24-Jährigen, dessen bereits seit 2021 andauernde Ausbildungszeit damit beendet ist. Jetzt oder nie. Der Druck auf den kleinsten Piloten von allen könnte grösser kaum sein: Wenn er sich an der Seite des Champions nicht deutlich besser schlägt als jüngst seine Vorgänger, dürfte er zum Jahresende aus der Königsklasse des Motorsports fliegen.

Der Neue muss punkten

Denn dann wird Honda, der eigentliche Förderer Tsunodas, seine Motoren von Red Bull zu Aston Martin transferieren. Und wenn das grösste japanische Talent nicht regelmässig Punkte eingefahren haben und Verstappens Rundenzeiten nahegekommen sein sollte, wird für ihn wohl kein Platz mehr sein im Fahrerfeld.

Der Druck ist daher keinen Deut geringer als bei Liam Lawson, Tsunodas direktem Vorgänger. Zwischen dessen erstem und seinem letzten Rennen für Red Bull Racing lagen bloss 173 Stunden. Im Dezember war Lawson im Ausscheidungsfahren um den frei gewordenen Red-Bull-Sitz von Sergio Pérez gegen Tsunoda noch siegreich gewesen; nun musste der Neuseeländer sein Cockpit schon nach den ersten zwei Saisonrennen wieder räumen. Der 23-jährige Lawson wurde im Tausch mit Tsunoda gleich wieder degradiert, was diesen an Schicksal glauben lässt: «Ich habe damals die ganze Brutalität des Systems bei Red Bull gespürt. Auch Liam weiss jetzt, wie schnell sich die Dinge in der Formel 1 ändern können.»

Für die Abschiedsvorstellung mit Honda auf der firmeneigenen Piste von Suzuka hat Red Bull seine Fahrer in weisse Rennanzüge gesteckt. Eine Farbe, die in Japan für Männlichkeit steht und oft von den Samurai unter der Rüstung getragen wurde. Sie steht für die Bereitschaft, bis zum Äussersten zu gehen. Was wunderbar zum vierfachen Weltmeister Max Verstappen passt.

Der Niederländer schimpft zu Recht darüber, dass sein Rennwagen im Vergleich zu jenen der Konkurrenten zu langsam sei; trotzdem ist der Titelverteidiger derzeit Zweiter in der WM-Wertung. Der wohl begabteste Fahrer des Jahrzehnts fährt aktiv gegen die Wid-

rigkeiten seines Autos an – mit einer Mischung aus Talent, Wille und Verzweiflung. Im Samurai-Zeitalter wäre er ein Daimyo gewesen, eine Art Feudalherr. Lawson fehlten noch die Routine und das Können dazu.

Es ist nicht das erste Mal, dass Verstappen einen Teamkollegen verschleisst. Vielmehr ist das fast schon eine Regel, seit er vor neun Jahren als 18-Jähriger selbst



Max Verstappen
Niederländischer
Formel-1-Pilot



Yuki Tsunoda
Japanischer
Formel-1-Pilot

über Nacht vom damaligen Toro-Rosso-Team zu Red Bull befördert wurde – und gleich im ersten Rennen triumphierte. Niemand scheint auf Dauer neben ihm glücklich zu werden. Die Liste der Unzufriedenen ist lang und voller prominenter Namen: Carlos Sainz junior, Daniel Ricciardo, Pierre Gasly, Alex Albon, Sergio Pérez – allesamt gestandene Formel-1-Fahrer, alle hatten sie das Nachsehen. Vergleichbare Demütigungen erfuhren in

der jüngeren Formel-1-Geschichte nur die Partner von Michael Schumacher.

Die meisten der Opfer von Verstappens Überlegenheit bekamen nicht einmal den Fuss auf den Boden, wie der Franzose Gasly, der 2019 nach zwölf Rennen ausgetauscht wurde. Und auch die anderen gingen nicht freiwillig, waren eher desillusioniert. Meist klagten sie darüber, dass der Red-Bull-Rennwagen auf den Niederländer zugeschnitten sei. Richtiger erscheint, dass Verstappen sich das Auto zum Untertan macht und jeder Rennstall in der Fahrzeugkonstruktion seiner Nummer eins entgegenkommen will.

Ähnlicher Fahrstil

Bei Red Bull Racing sind sich die Teamverantwortlichen ohnehin das Extrem gewöhnt, aber die Konzentration auf nur einen Fahrer ist unvoreteilhaft. Denn wegen der Schwierigkeiten, die Sergio Pérez zuletzt neben Verstappen bekundete, ging der lukrative Konstrukteurs-Titel an McLaren verloren – und damit gut 20 Millionen Dollar Preisgeld. Die Zeiten, als das Auto so überlegen war, dass Verstappens Punkte allein für den Triumph in der Rennstall-Wertung gereicht hatten, sind vorbei. Deswegen muss Red Bull nun sein ganzes System in eine neue Balance bringen.

Tsunoda, der Verstappen mit seinem radikalen Fahrstil seit Jahren durchaus ähnlich ist, fährt in der Form seines

Lebens. Was auch daran liegen mag, dass sich die Racing-Bulls-Wagen bezüglich Fahrbarkeit mindestens auf dem Niveau der Red-Bull-Autos bewegen.

Vor dem Wechsel ist Tsunoda, der im vergangenen Jahr mit einem Psychologen zusammengearbeitet hat, um seine Ungeduld in den Griff zu bekommen, offenbar überhaupt nicht bange. Der Japaner weiss, dass er nicht viel Zeit bekommt, sich zu akklimatisieren: «Ich muss es ruhig angehen, das Auto fühlen. Dann werden die Ergebnisse von selbst kommen. Aber es ist eindeutig eine Herausforderung. Verrückter geht es wohl nicht. Es gibt nicht viele solcher Gelegenheiten im Leben. Am besten ist wohl, ich bleibe einfach ich selbst.» Was unter den gegebenen Umständen bei Red Bull gar nicht so einfach werden dürfte. Trotzdem spricht Tsunoda davon, Punkte zu erringen, ein Podestplatz sei sein Traum. Der Glaube an sich selbst ist intakt – noch.

Mit Max Verstappen hat er bis anhin immer einen auf Kumpel gemacht, was gut funktioniert hat. Nun will er sich vom Niederländer abgrenzen, wie er möglichst viel aus dem Auto herausholen kann. Nach einem gemeinsamen Showrennen auf den Strassen Tokios flachste Tsunoda: «Du wärest auch ein guter Überfahrer. Ich würde dir fünf Sterne geben.» Den Fahrlehrer für den neuen Kollegen wird Verstappen allerdings nicht geben: «Er muss den richtigen Dreh schon selbst herausbekommen.»

«Es braucht eine europäische Online-Wache»

Der Cyberkriminologe Thomas-Gabriel Rüdiger konstatiert eine schleichende Normalisierung von Sexualdelikten im Netz

Herr Rüdiger, diese Woche ist das Pädophilen-Netzwerk «Kidflix» ausgehoben worden. Was ist aus Ihrer Sicht das Besondere an diesem Fall im Vergleich zu anderen Plattformen im Darknet?

Was bei «Kidflix» auffällt, ist die starke Monetarisierung: Der Zugang soll nur 180 Euro gekostet haben, und es soll sich um rund 1,8 Millionen Nutzerinnen und Nutzer handeln. Zwar ist Geld als Motiv bei Sexualdelikten im Netz nicht neu, aber in dieser Grössenordnung ist es meines Erachtens doch eine andere Dimension. Anders als etwa bei «Boys Town», einer Plattform mit rund 400 000 Nutzern, die 2022 abgeschaltet wurde, ging es hier nicht in erster Linie um den Austausch von Missbrauchsdarstellungen, sondern um Profit. Offensichtlich handelt es sich um ein Geschäftsmodell, das bei den Betreibern über pädokriminelle Motive hinausgeht. Nicht umsonst ist der Name an Netflix angelehnt. Das wird sicher noch zu Diskussionen führen.

Wie gelingt es, an diese Täter heranzukommen?

Der Schlag gegen «Kidflix» war zweifellos ein Erfolg. Aber man erwischt immer nur einen winzigen Bruchteil der Täter, selbst wenn eine Plattform abgeschaltet wird. Bei «Kidflix» zum Beispiel konnten bisher offenbar rund 1500 Personen identifiziert werden – von insgesamt 1,8 Millionen. Die Szene bleibt also gross, das zeigt sich immer wieder.

Was macht es so schwierig, die Nutzer zu ermitteln?

Die schiere Masse ist mit den Ressourcen der nationalen Sicherheitsbehörden kaum zu bewältigen. Zwar ist davon auszugehen, dass viele Nutzer im Gegensatz zu den Betreibern der Plattformen keine IT-Profis sind, was Ermittlungsansätze unterstützen kann. Aber nicht in dieser Grössenordnung – wie soll gegen Millionen ermittelt werden? Die Strafverfolgung konzentriert sich daher häufig auf die Betreiber. Dabei sind es die Nutzerinnen und Nutzer, die die Plattform tragen. Wenn wir sie strafrechtlich nicht erreichen, entsteht das Gefühl, dass man mit so etwas einfach durchkommt.

Warum sinkt die Hemmschwelle bei Nutzern?

Man kann seit Jahren eine besorgniserregende Normalisierung digitaler Sexualdelikte beobachten. Viele Minderjährige wachsen und sind bereits mit der Erfahrung aufgewachsen, von sogenannten «creepy Typen» – also im Kontext von Cybergrooming – kontaktiert



Wenn sich alle auf einer Plattform bewegen, die sich wie ein abgeschlossener Raum anfühlt, kann auch das Bewusstsein dafür verschwinden, dass es sich um schwere Straftaten handelt.

ANNICK RAMP / NZZ



Thomas-Gabriel Rüdiger
Professor für
Cyberkriminologie an
der Polizeihochschule
Brandenburg

zu werden. Die Hemmschwelle sinkt dabei spürbar. Da immer mehr junge Menschen in digitalen Räumen sozialisiert werden, begegnen sie hier auch sexualisierten Inhalten schon früh. Oft werden solche Inhalte gar nicht mehr als problematisch wahrgenommen. Hier finde ich die Ansätze der Lawless-Space-Theorie passend. Sie geht davon aus, dass gerade bei digitalen Sexualdelikten die schiere Masse an Nutzern solcher Plattformen dazu führt, dass viele kaum Angst vor Strafverfolgung haben. Zum einen, weil dadurch das Gefühl entsteht: Das ist doch nicht so unnormal, das machen doch viele. Zum anderen, weil sie die Erfahrung machen, dass rechtliche Konsequenzen

die Masse tatsächlich selten treffen, sonst wären nicht so viele auf diesen Plattformen aktiv. Dadurch kann ein gefährlicher Gewöhnungseffekt entstehen – eine gefühlte Normalität dieser schweren Missbräuche. Wenn sich alle auf einer Plattform bewegen, die sich wie ein abgeschlossener, eigener «Raum» anfühlt, kann auch das Bewusstsein dafür verschwinden, dass es sich um schwere Straftaten handelt.

Wie kann man dieser Normalisierung entgegenwirken?

Es braucht vor allem mehr digitale Strafverfolgung und Prävention – und zwar vor allem sichtbare und spürbare. Deshalb halte ich auch polizeiliche Beschlagnahmeseiten, also Hinweisseiten anstelle der illegalen Seite, wie es auch in diesem Fall erfolgt ist, für einen richtigen Ansatz. Denn im analogen Raum ist es selbstverständlich, dass wir Polizeistreifen, Geschwindigkeitskontrollen oder Präsenz bei Veranstaltungen sehen. Diese Sichtbarkeit entfaltet eine generalpräventive Wirkung. Im Netz dagegen fehlt diese Präsenz oft nahezu vollständ-

ig. Ein Täter, der in einem Chatroom ein Kind belästigt, wird vielleicht überführt. Aber andere potenzielle Täter bekommen davon meist nichts mit. Im besten Fall wundern sie sich nur, warum diese Person plötzlich verschwunden ist. Das reicht meiner Einschätzung nach nicht. Wir müssen die digitale Generalprävention bei Sexualdelikten auch strategisch denken. Sexualstraftäter und -täterinnen müssen spüren, dass sie, egal, was sie tun, auch im Internet auf Sicherheitsbehörden treffen können. Ein ergänzender Ansatz wären digitale Polizeistreifen – auch in den sozialen Netzwerken. Und ich plädiere für eine gemeinsame europäische Online-Wache mit einer einfachen, mehrsprachigen Meldemöglichkeit – ohne dass diejenigen, die unbeabsichtigt auf illegale Inhalte stossen und diese melden wollen, in bestimmten Konstellationen mit Strafverfolgung rechnen müssen.

Welche Rolle spielt die künstliche Intelligenz bei der Strafverfolgung?

Die Sicherheitsbehörden werden wohl auch in Zukunft nicht massiv personell

aufgestockt werden, daher halte ich KI für die einzige realistische Möglichkeit, dieser Masse an Sexualdelikten in Zukunft noch etwas entgegensetzen zu können. KI wird dabei helfen können, digitale Spuren automatisiert zu analysieren, darin Muster zu erkennen und Verdächtige zu identifizieren – und das in einer Geschwindigkeit, die für menschliche Ermittler allein in dieser Form einfach nicht mehr machbar ist. Schliesslich verbringen wir mittlerweile einen grossen Teil unseres Lebens im Netz – und je mehr wir uns digital bewegen, desto mehr Spuren hinterlassen wir. Genau darin liegt auch eine Chance für die Strafverfolgung. Entscheidend wird in Zukunft sein,

«Sexualstraftäter müssen spüren, dass sie, egal, was sie tun, auch im Internet auf Sicherheitsbehörden treffen können.»

wie effektiv KI eingesetzt werden kann. Schon in diesem Fall sollen die Ermittler aus Bayern über Europol die Strafverfolgungsbehörden anderer Staaten konkret mit einem Programm unterstützt haben, das automatisierte Ermittlungsakten aus den Daten erstellt hat.

Was ist mit den Tätern? Diese nutzen ja bereits selbst KI, etwa zur Erstellung von Missbrauchsdarstellungen.

Auch wenn im Fall «Kidflix» betont wurde, dass die Missbrauchsbilder echt waren. Es gibt bereits Fälle, in denen mit Hilfe von KI täuschend echt aussehende Missbrauchsbilder erzeugt wurden. Wenn wir irgendwann nicht mehr unterscheiden können, was echt ist, führt das zu einer weiteren Belastung der Ermittlungskapazitäten. Und das geht zu Lasten der realen Opfer. Diese Entwicklung verschärft also das Problem.

Gibt es strukturelle Schwächen in der Strafverfolgung?

Letztlich haben wir ein strukturelles Problem. Die Menschen verbringen einen grossen Teil ihrer Zeit im digitalen Raum, der keine Grenzen mehr kennt – auch keine Sprachgrenzen. Die Täter nutzen diese Möglichkeiten längst, die Strafverfolgung ist aber immer noch national strukturiert.

Interview: Elena Pangiotidis

Hagel, Tornados und Sturzregen

Die USA müssen sich auf tagelange Unwetter und Überschwemmungen einstellen

SVEN TITZ

Einer grossen Region im Zentrum der USA stehen schwere Unwetter bevor – sie könnten in den kommenden Tagen mancherorts historische Ausmasse annehmen. Es muss mit Hagel und Tornados gerechnet werden, vor allem aber mit heftigem Regen und schweren Überflutungen. Darauf wies am Donnerstag während der National Weather Service hin, der staatliche Wetterdienst in den USA.

Enorme Regenmengen

Am stärksten werden die Regenfälle voraussichtlich in einem breiten Streifen von Texas bis Indiana sein. Aber auch benachbarte Gliedstaaten sind betroffen. Genau genommen haben die Unwetter in den USA bereits begonnen. Mindestens 19 Tornados zogen bis zum Abschluss dieser Ausgabe schon über die Region hinweg. Es gab in Arkansas, Indiana und Tennessee mehrere Verletzte, über 400 000 Menschen waren anschliessend ohne Strom. In Brownsburg in Indiana stürzte eine Lagerhalle ein.

Diese Tornados waren allerdings nur der Auftakt zu einem grossflächigen Unwetter, das laut dem National Weather Service mehrere Tage andauern wird.

Das Kritische an der Wetterlage ist, dass eine Kaltfront, die sich langsam ostwärts bewegt, im Zentrum der USA zum Stillstand kommt. Dadurch verteilen sich die Niederschläge an dieser Wetterfront nicht über eine grössere Fläche, sondern sie konzentrieren sich auf ein Gebiet. Feuchtwarme Luft, die vom Golf von Mexiko nach Norden strömt, liefert tagelang Wassernachschub für die heftigen Regenfälle. Immer neue Gewitter und Schauer entstehen.

Gefahr von Hochwasser

Laut dem National Weather Service ist an manchen Orten bis zum Wochenende mit Regenmengen zwischen 250 und 380 Millimetern zu rechnen. Die prognostizierten Regenfälle sind vergleichbar mit denjenigen, die im vergangenen Sommer während eines katastrophalen Unwetters über Österreich, Tschechien und Polen niedergingen.

Verschärft wird die Gefahr von Hochwasser dadurch, dass es in vielen US-Gliedstaaten in den vergangenen Wochen bereits sehr viel geregnet hat. Die gesättigten Böden können kein Wasser mehr aufnehmen. Dadurch kann es zu plötzlichen lokalen Überschwemmungen («flash floods») und im weiteren Verlauf zu grossflächigem Hochwasser in tief gelegenen Gebieten kommen.

Zunächst strömen die Wassermassen in den Tennessee River, den Ohio River und andere Flüsse – anschliessend in den Mississippi. Diese Flüsse könnten über die Ufer treten. Aus dem Kentucky Lake am Tennessee River, einem Nebenfluss des Ohio River, hat die zuständige Behörde bereits vorsorglich Wasser abgelassen. Das soll die Überflutungsgefahr flussabwärts verringern. Ein Ende der Unwetter ist laut dem National Weather Service erst am Sonntag zu erwarten. Dann werden die Regenfälle nach Osten abziehen. Mit den Überschwemmungen werden sich aber die Menschen an den Ufern der grossen Flüsse vermutlich auch noch in der kommenden Woche auseinandersetzen müssen.

Notstand auf griechischen Inseln

Sintflutartige Regenfälle auf den Kykladen

ela. · Heftige Unwetter haben mehrere Kykladeninseln unter Wasser gesetzt. Besonders auf Paros und Mykonos haben die starken sintflutartigen Regenfälle für Verwüstung gesorgt: Strassen wurden überflutet und Autos mitgerissen. Die griechischen Behörden riefen den Notstand aus. Auch auf Kreta gab es starke Überschwemmungen.

Die Einwohner von Mykonos erhielten die Warnmeldung: «Beschränken Sie Ihre Reisen auf das absolut Notwendige und befolgen Sie die Anweisungen der Behörden.» Auf Paros, Mykonos und weiteren Inseln blieben die Schulen und Kindergärten in den vergangenen Tagen geschlossen. Im Hafenort Naoussa auf Paros verschmolzen Meer und Land zu einer Einheit, der pittoreske Hafen wurde zu einer einzigen Schlammmasse.

Auf den Inseln sind die Aufräumarbeiten im Gange – auch, um rechtzeitig für den Ostertourismus bereit zu sein. Anwohner berichten im griechischen Fernsehen, dass der Niederschlag

auf der Insel Mykonos beispiellos gewesen sei. Die 30 schweren Maschinen im Besitz der Behörden auf der Insel genügten nicht. «Die Strassen sind beschädigt, und wir brauchen Hilfe mit mehr Maschinen, um die Strassen zu räumen», sagte der Bürgermeister von Paros, Costas Bizas, gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Sender ERT. Diese ganze Katastrophe sei innerhalb von zwei Stunden passiert.

Griechenland ist in den vergangenen Jahren häufig von Überschwemmungen heimgesucht worden. Wissenschaftler führen die extremen Wetterverhältnisse auf die Erwärmung des Wassers im Mittelmeer zurück – aufgrund der steigenden globalen Temperaturen.

Im Jahr 2023 wurde der Regen für Mittelgriechenland zur Katastrophe, er verwandelte das thessalische Flachland in einen riesigen See. 17 Personen kamen damals ums Leben, Tausende von Tieren ertranken, Dörfer waren tagelang von der Aussenwelt abgeschnitten.

Ab jetzt gilt das Gesetz des Dschungels

Die USA verspielen ihr Vertrauen. Die Gefahr eines Börsencrashes ist real. Das globale Finanzsystem ist ohnehin angeschlagen – vor allem wegen der explodierenden Schulden.
Von Albert Steck



Die Strahlkraft der USA verblasst. Auch der Dollar könnte bald abstürzen. Das gefährdet die Stabilität des globalen Finanzsystems.

MINA KIM / REUTERS

Die alte Weltordnung zerfällt. Ausgerechnet Amerika, der Hort der freien Marktwirtschaft, bricht einen Handelskrieg vom Zaun. Plötzlich ist Europa für die USA kein Verbündeter mehr, sondern ein Schmarotzer. Was bedeutet diese abrupte Wende für die Finanzmärkte, kommt es zu einem Crash?

«Ab jetzt herrscht das Gesetz des Dschungels», mahnt Ray Dalio zu Recht. Der Gründer des weltgrössten Hedge-Fund Bridgewater zeichnet für die Zukunft ein düsteres Bild: Er prognostiziert geopolitische Umwälzungen, wie sie die meisten Menschen heute als unvorstellbar einstufen.

Gravierend sei dieser Handelskrieg vor allem deshalb, weil gleichzeitig die weltweiten Schulden explodieren. Selbst die USA könnten innerhalb von drei Jahren einen Schuldenkollaps erleiden, davon ist Dalio überzeugt. «Wir stehen vor einer gewaltigen Herausforderung», erklärte der schwerreiche Investor gegenüber dem TV-Sender CNBC. «Wir müssen uns auf überraschende Entwicklungen einstellen, die uns ebenso schockierend erscheinen wie manche Ereignisse aus der Vergangenheit.»

Animalische Instinkte

Wie soll man sich als Anleger in diesem Börsendschungel zurechtfinden? Letztlich geht es an den Finanzmärkten stets um dasselbe: um Vertrauen. Es braucht viel Zeit, um dieses wertvolle Kapital aufzubauen. Doch zerstört ist das Vertrauen im Nu. Gerade in unsicheren Zeiten erwachen die «Animal Spirits», die animalischen Instinkte, der Anleger. Ihr Verhalten folgt nicht mehr rationalem Kalkül. Stattdessen nehmen unreflektierte Impulse wie Herdentrieb oder gar Panik überhand.

Deshalb ist der von US-Präsident Donald Trump entfachte Handelskrieg so gefährlich. Die Zuversicht an den Märkten ist jäh umgeschlagen in Nervosität und Skepsis. Seit Februar hat der US-Index S&P 500 über 10 Prozent an Wert verloren. Dabei hat keine andere Börse mehr vom Vertrauensbonus der An-

Um sich gegen eine Krise abzusichern, sollten sich Investoren wieder vermehrt dem Heimmarkt zuwenden. So können sie wenigstens dem Währungsrisiko ausweichen.

leger profitiert als die amerikanische. Das zeigt sich exemplarisch an ihrer rekordhohen Bewertung. Ein geeigneter Massstab ist der sogenannte Buffett-Indikator. Der legendäre Investor Warren Buffett setzt die Börsenkapitalisierung eines Landes in Relation zu seiner Wirtschaftsleistung. Derzeit kostet der amerikanische Aktienmarkt unerreichte 200 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Der frühere Höchstwert von 140 Prozent stammt aus dem Jahr 2000, bevor die New-Economy-Blase platzte. Auch Buffett selbst traut der Lage nicht mehr. Er hat massenhaft Aktien verkauft und hortet inzwischen über 300 Milliarden Dollar an Cash.

Pikanterweise verdankt die US-Börse ihren Erfolg auch jenen Ländern, mit denen Trump nun einen Handelskrieg anzettelt. Aktien im riesigen Wert von 17 000 Milliarden Dollar befinden sich in ausländischen Händen. Die Schweiz steht mit 800 Milliarden Dollar auf Rang sieben, Deutschland mit 500 Milliarden auf Platz elf. Ähnlich gross ist der ausländische Besitzanteil bei den amerikanischen Bonds. Seit diesem Jahr allerdings hat eine bemerkenswerte Umkehr der globalen Geldflüsse eingesetzt. Plötzlich wenden sich die Investoren von den erfolgsverwöhnten Amerikanern ab. Die US-Börse liegt im Minus, während die europäischen oder chinesischen Märkte deutlich zugelegt haben. Trotzdem bleiben die Grössenunterschiede gewaltig: Obwohl nur 4 Prozent der Weltbevölkerung in den USA leben, erreicht der Anteil an der globalen Börsenkapitalisierung 65 Prozent. Das zweitplatzierte Japan kommt im MSCI-Weltaktienindex derweil auf mickrige 5 Prozent.

Die erdrückende Dominanz der US-Börse lebt vom Glauben an den «Amerikanischen Exzeptionalismus». Doch Trump hat dessen Strahlkraft bereits erheblich ruiniert. Wohl kann der US-Präsident mit seinen Dekreten das politische Geschehen lenken. Die internationalen Geldflüsse jedoch entziehen sich seiner Macht. Die Börse ist ein unbestechlicher Wächter von Trumps Staatsführung – und eine der wenigen verbleibenden Kontrollinstanzen.

Die merkantilistische Handelspolitik offenbart die Abneigung von Donald Trump gegenüber den Marktkräften. Erst recht gilt diese Haltung für seinen Vizepräsidenten J. D. Vance. «Wir sind fertig damit, die Wall Street zu bedienen. Stattdessen setzen wir uns für die Arbeiter ein», versprach er anlässlich seiner Nominierung. Die Partei der Arbeiter, das sind heute die Republikaner. Am meisten Stimmen haben sie bei den jüngsten Wahlen im unteren und mittleren Einkommenssegment geholt.

Dieser Sinneswandel in den USA bedroht vor allem auch die globale Währungsordnung. Das universale Vertrauen in den Dollar bildet den wichtigsten Garanten für ein stabiles Finanzsystem. Doch nun propagieren namhafte Kräfte in der Regierung Trump eine Abwertung der US-Währung. Der starke Dollar zerstöre die Arbeitsplätze in der Industrie und damit den Wohlstand der Arbeiterklasse, lautet deren Begründung.

Manche Ökonomen, etwa vom renommierten Institut BCA Research, halten eine Dollar-Abwertung von 20 bis 30 Prozent in den nächsten drei Jahren für realistisch. Ausländische Anleger in den USA sehen sich damit einem doppelten Risiko ausgesetzt: Nicht nur drohen am hoch bewerteten Aktienmarkt Kursverluste. Banken wie JP Morgan beziffern das Rezessionsrisiko inzwischen auf 40 Prozent. Hinzu kommt die Gefahr eines Dollar-Einbruchs – bewusst provoziert durch die Regierung Trump. «Die Investoren wagen es, sich eine Welt jenseits des Dollars vorzustellen», titelte die «Financial Times» kürzlich und berichtete darüber, dass wohlhabende Amerikaner ihre Gelder vermehrt in die Schweiz transferieren.

Im Börsendschungel lauern derzeit viele Fallstricke. Und trotzdem wäre es falsch, nun pauschal die Aktienbestände auf den Markt zu werfen. Denn die meisten Börsenplätze ausserhalb der USA, namentlich in Europa, weisen keine Überbewertung auf. Die Fallhöhe bei einer allfälligen Baisse ist damit deutlich geringer. Um sich gegen eine Krise abzusichern, sollten sich Investoren aber wieder vermehrt dem Heimmarkt zuwenden. So können sie wenigstens dem Währungsrisiko ausweichen.

Die entscheidende Frage für jeden Anleger lautet ohnehin: Gibt es auf lange Frist eine bessere Alternative als Aktien? Die Antwort lautet Nein. Hier kommt das von Ray Dalio erwähnte Szenario einer möglichen Schuldenkrise ins Spiel. Schon jetzt sitzen die USA auf einem gigantischen Schuldenberg von 36 000 Milliarden Dollar. Dieses Jahr wird der Staat ein Defizit von 6,2 Prozent des BIP einfahren – solch riesige Fehlbeträge entstanden früher nur in einer wirtschaftlichen Depression.

Anlass zur Sorge gibt vor allem der rasante Anstieg der Ausgaben für den Schuldendienst. Bereits zahlt der amerikanische Staat pro Jahr 1000 Milliarden Dollar an seine Gläubiger. Das entspricht 18 Prozent der staatlichen Einnahmen – und übertrifft sogar den Budgetposten für das Militär. Laut offizieller Schätzung werden sich die Kosten für die Zinszahlungen in den nächsten zehn Jahren auf 14 000 Milliarden Dollar summieren – das sind 40 000 Dollar pro Kopf. Viele andere Länder stehen kaum besser da.

Schleichender Sparverlust

Die ausufernden Staatsschulden fordern von der Bevölkerung einen hohen Tribut. Umso grösser wird der Druck der Regierungen auf die Zentralbanken, die Zinsen möglichst tief zu halten – und den Schuldendienst des Staates zu entlasten. Donald Trump hat die US-Notenbank Fed bereits eindringlich ermahnt, «das Richtige zu tun».

Für Sparer sind dies unheilvolle Aussichten: Die Staaten wollen ihr Schuldenproblem mittels Teuerung «weginflationieren». Und die Gefahr einer globalen Teuerungswelle ist mit dem Handelskrieg nochmals deutlich gestiegen. In den USA sind die Inflationserwartungen der Konsumenten auf den höchsten Stand seit drei Jahrzehnten geklettert. Die Ökonomen bezeichnen diesen schleichenden Sparverlust auch als «finanzielle Repression». Das Perfidie daran ist, dass risikoaverse Anleger, welche ihr Kapital in festverzinslichen Obligationen halten, am stärksten darunter leiden.

In der neuen Weltordnung bietet das Sparbuch somit nur eine vermeintliche Sicherheit. Die Zeit des risikolosen Investierens ist endgültig vorbei. Für Sparer heisst dies, dass sie ihre Aktienphobie, welche gerade im deutschsprachigen Raum weit verbreitet ist, überwinden müssen. Wer sich gegen die Geldentwertung schützen will, kommt nicht um Realwerte wie Aktien, Immobilien oder Gold herum.

Vermeiden lässt sich die Ungewissheit nicht. Niemand weiss, welchen Schaden die disruptive Politik von Donald Trump an den Märkten noch anrichten wird. Doch die Unternehmen haben in der Vergangenheit schon Dutzende Male bewiesen, wie erfindungsreich sie auf schwierige Umstände reagieren können.

Das Leben im Börsendschungel ist gefährlich – gerade in diesen Zeiten. Wer sich aber auf das Wagnis einlässt, kann mit Ausdauer und Disziplin respektable Renditen erzielen. Oder wie es der Altmeister André Kostolany einst treffend formulierte: «An der Börse gibt es nur Schmerzensgeld. Zuerst kommen die Schmerzen, dann das Geld.»



WASSERSTIEFEL

Ich habe zwei schwarze Gummistiefel mit Wasser gefüllt und eine sehr kleine Menge explosiver Ladung hineingegeben. Diese habe ich dann elektrisch entzündet, wodurch diese Wassererscheinung entstanden ist. Zu Marek, meinem Schwager, der dabei war, habe ich vorher gesagt: «Stell dich davor hin, und wenn es explodiert, dann mach ein Foto.» Er hatte weder Stativ noch eine Motorkamera. Er hat sich einfach hingestellt, abgedrückt, und es wurde eine Meisterfotografie.

Aufnahmeort: Weissbad, Kanton Appenzell Innerrhoden, 1986, Farbfoto: Marek Rogowiec

Roman Signer

Neue Zürcher Zeitung



KAMOR

Der Kamor ist ein Berg im Kanton Appenzell Innerrhoden. Immer wenn ich diesen Berg sah, erinnerte er mich an eine Vulkanspitze. Eines Tages bin ich dann auf die Spitze des Berges gewandert und habe dort einen Haufen Schwarzpulver aufgeschüttet. Das Schwarzpulver habe ich mit einer elektrischen Zündung versehen, die mittels einer Batterie aus sicherer Distanz ausgelöst werden konnte, zu einem im Voraus genau festgelegten Zeitpunkt. Dies war notwendig, weil Peter Liechti einige Kilometer weiter weg mit einer Filmkamera auf der Lauer war.

Zum vereinbarten Zeitpunkt hat er seine Kamera in Betrieb gesetzt und diese Aufnahmen gemacht.

Aufnahmeort: Kamor, Alpstein, Kanton Appenzell Innerrhoden, 1986, Super-8-Filmstills: Peter Liechti

KARIKATUR DER WOCHE



Der Kampf der Ungarn gegen die Zentralgewalt

Mit seiner Polemik gegen die EU wandelt Viktor Orban auf alten Pfaden – die Feindschaft gegen Österreich sicherte schon den ungarischen Grundherren die Macht über das eigene Volk. Gastkommentar von Peter Techet

Am 15. März erinnerte sich Ungarn, wie jedes Jahr, an die gescheiterte antihabsburgische Revolution von 1848/49. Die «Freiheitskämpfe» sind wichtige Teile der ungarischen Politfolklore. Auch der jetzige Ministerpräsident, Viktor Orban, stellt seinen «Freiheitskampf» gegen die Europäische Union als Fortsetzung einer jahrhundertealten Tradition der ungarischen Geschichte dar: Wie damals sei auch heute «das Imperium» der Feind der ungarischen Nation.

In seinen Reden bezeichnet Viktor Orban die Europäische Union als ein «Imperium», gegen das eine «Handvoll ungarischer Rebellen» – natürlich unter seiner persönlichen Führung – seit fünfzehn Jahren kämpften. Früher konnte er auch die Erinnerung an die antisowjetische Revolution von 1956 in diesem Sinne umdeuten.

Seit aber sein politischer Direktor, Balazs Orban (mit dem er nicht verwandt ist), der Ukraine vorgeworfen hat, aus 1956 nicht die «richtige» Lehre – praktisch die Kapitulation vor den Russen – gezogen zu haben, vergleicht Viktor Orban die EU in seinen «antiimperialistischen» Tiraden nicht mehr mit Moskau, sondern immer öfter mit Wien, gegen das sich Ungarn seine Unabhängigkeit habe erkämpfen müssen.

Sakrosankte Souveränität

Ungarn war fast 500 Jahre lang Teil der Habsburgermonarchie, mal mit weniger, mal mit mehr Unabhängigkeit. Auch wenn die habsburgische Geschichte in Ungarn heute überwiegend positiv bewertet wird, bedient sich Orban – trotz seinen guten Kontakten zur Habsburgerfamilie – eines Nationalismus, der die habsburgische Periode als Fremdherrschaft ablehnt.

Orbans Rhetorik ist keinesfalls neu in der ungarischen Politikgeschichte. Auch die Eliten der ungarischen Reichshälfte in der Donaumonarchie ver-

teidigten lautstark Ungarns Unabhängigkeit gegen Wien, um ihren eigenen Machterhalt gegen eine innere Demokratisierung abzusichern.

So wie heute in der EU ständig um die Grenzen der Souveränität gerungen wird, berief sich auch die ungarische Elite in der Habsburgermonarchie immer wieder auf eine vollkommene Souveränität – eine Vorstellung, die jedoch in der dualistischen Struktur der Donaumonarchie staats- und völkerrechtlich eine Illusion war. Die sakrosankte ungarische Souveränität war aber nur gegenüber Wien ein wichtiges Argument, in der Innenpolitik wurden die Nationalitäten wie auch grosse Teile der magyarischen Bevölkerung von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen.

Wien war damals aus demselben Grund ein Feindbild, aus dem es heute Brüssel ist: Jede Demokratisierung und föderale Entwicklung hätte die oligarchische Machtstruktur in Ungarn bedroht. Während Österreich bereits 1907 das allgemeine Wahlrecht einführte – freilich nur für Männer, gemäss den damaligen Gepflogenheiten – und im Wiener Parlament demokratische Debatten in mehreren Sprachen geführt wurden, lehnte Budapest eine Demokratisierung Ungarns und die Föderalisierung des dualistischen Staatssystems mit Verweis auf die ungarische Souveränität ab.

Der österreichische Schriftsteller Hermann Bahr erkannte diese Strategie sehr genau, als er 1911 schrieb: «Die Klasse der feudalen Grundherren in Ungarn fühlt sich vor der anwachsenden ungarischen Demokratie nur solange sicher, als es ihr gelingt, die Furcht für die nationale Freiheit, die Furcht vor der österreichischen Gefahr wachzuhalten. (...) Eine Oligarchie sucht sich vor dem eigenen Volk durch einen Krieg mit dem Nachbarn zu retten. Solange das ungarische Volk noch an die Feindschaft der Österreicher glaubt, können sich die ungarischen Grundherren in der Macht über ihr eigenes Volk behaupten.»

Deswegen meinte Bahr, dass Wien die ungarische Bevölkerung direkt ansprechen müsse, da diese ein Interesse an demokratischen Reformen habe, während nur die ungarische Grossgrundbesitzerklasse jede Einigung blockiere: «Unser österreichisches Interesse will genau dasselbe, was das ungarische Volk will: ein demokratisches Ungarn. (...) Mit einem demokratischen Ungarn wären wir am ersten Tag einig. Wir müssten also alles tun, um der Demokratie in Ungarn zu helfen.»

Ersetzt man in Bahrs Gedanken Wien mit der Europäischen Union, wird deutlich, warum die oligarchische Macht in Ungarn bis heute nationalistisch ist: Nicht das eigene Volk, nicht dessen Wohlstand und dessen Rechte werden verteidigt, sondern es geht um die eigene Macht. Die ungarische Gesellschaftsentwicklung leidet bis heute darunter, dass

«Heimat und Fortschritt» – einst das Motto des ungarischen Vormärz – auseinandergerissen wurden. Der Nationalismus wurde ethnisch und antipluralistisch ausgerichtet, während Demokratie als «fremde Ideologie» diffamiert wurde, die vom «Ausland» und von «seinen heimischen Agenten» aufgezwungen werde.

Innenpolitischer Schutzschild

Auch heute beschwört Viktor Orban «die nationale Souveränität» als Schutzschild gegen seine innenpolitischen Gegner. Seit 2024 existiert ein Amt für den Souveränitätsschutz, das kritische Medien und NGO unter Druck setzt. Jüngst schlug Orbans Fidesz-Partei sogar eine Verfassungsänderung vor, nach welcher Doppelstaatsbürger aus Ungarn ausgewiesen werden könnten, sollten sie eine «Gefahr» für nationale Interessen darstellen.

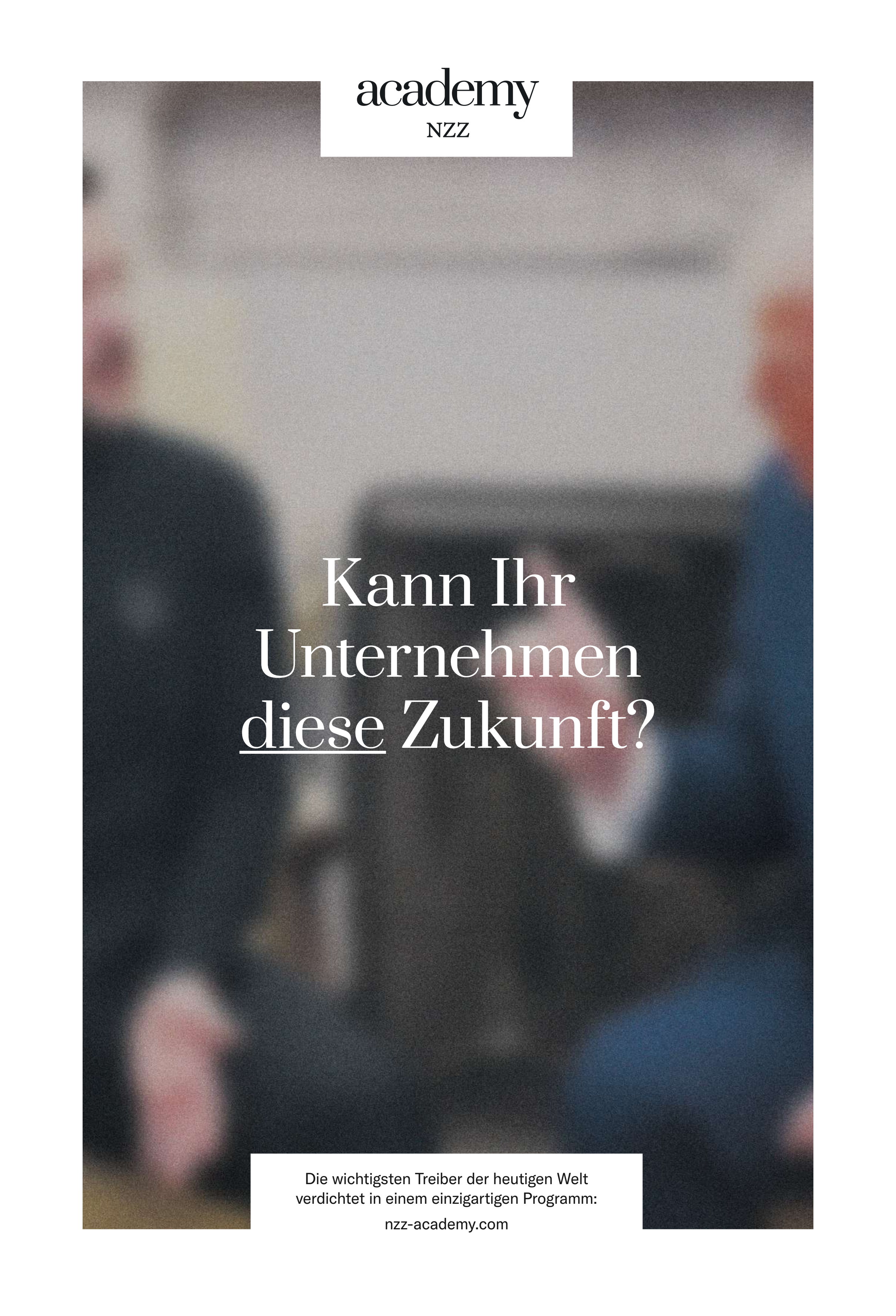
Wer zur Nation gehört, entscheidet die Regierungsmehrheit. Im gut Carl-Schmittschen Sinne wird hier zwischen «Feinden» und «Freunden» souverän unterschieden. Orban meinte bereits 2002, nachdem er die Parlamentswahlen verloren hatte, dass «die Heimat nicht in der Opposition sein kann» – eine Haltung, die dann nach 2010 in einem System verwirklicht wurde, das die Abwahl der Fidesz-Partei wahltechnisch nahezu unmöglich macht.

Wenn Orban in seinen Reden gegen «das Imperium» kämpft – natürlich nur gegen Brüssel, nie gegen Moskau –, dann schützt er die Interessen der heutigen ungarischen Oligarchie. Ähnlich handelten einst seine Vorgänger in der Donaumonarchie, wenn sie sich in Streitigkeiten mit Wien behaupten mussten.

Wie der österreichische Rechtswissenschaftler Hans Kelsen vor gut hundert Jahren betonte, berufen sich stets diejenigen auf das Staatsinteresse oder die Souveränität, die an der Macht sind – und sie nutzen diese Begriffe, um anderen die politische Teilhabe zu verweigern. Wird die Souveränität nicht bloss als die völkerrechtliche Eigenschaft des Staates verstanden, bedeutet sie einen antidemokratischen Machtanspruch der gerade Regierenden. Die souveränistische Rhetorik ist demnach nicht antiimperialistisch, sondern richtet sich gegen den innenpolitischen Pluralismus.

Das ungarische Volk muss seine Souveränität und Freiheit auch heute nicht gegen «das Imperium», sondern gegen die Strukturen eines Mafiastaates verteidigen. Gelingt es der heutigen ungarischen Opposition (unter der Führung des neuen Orban-Herausforderers Peter Magyar), den Nationalismus in diesem Sinne umzudeuten, kann sie Viktor Orbans Anspruch, die «Nation» allein zu vertreten, erfolgreich infrage stellen.

Peter Techet ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (Wien) und Habilitand an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich.



academy
NZZ

Kann Ihr Unternehmen diese Zukunft?

Die wichtigsten Treiber der heutigen Welt
verdichtet in einem einzigartigen Programm:

nzz-academy.com

Absurde US-Zollpolitik

Jetzt muss der Rest der Welt Trump widerstehen

PETER A. FISCHER

Nun ist er also vorbei, der «Liberation Day». Wie so häufig bei Donald Trump bestanden seine Ausführungen zu dem, was er den Tag der Befreiung Amerikas nennt, aus einer wilden Abfolge von schwer verständlichen Zahlen, die sich mit unbändigem Eigenlob mischten. Vieles blieb unklar, und einiges dürfte in den nächsten Tagen noch verhandelbar sein. Doch etwas kam offensichtlich von Herzen: «Ihr könnt es nachlesen, ich spreche seit vierzig Jahren darüber», verkündete der Präsident im Rosengarten des Weissen Hauses. «Es ist mir eine solche Ehre, dies nun endlich tun zu können.»

Was er meinte, daran kann es nun keine Zweifel mehr geben. Es geht ihm um die Verhängung von erschreckend hohen Importzöllen.

Der New Yorker Immobilien-Tycoon ist tatsächlich ein Merkantilist, der glaubt, Importe seien etwas, was Ausländer ihm wegschnappten. Handelsbilanzdefizite sieht er als Beweis dafür, ausgenommen und über den Tisch gezogen zu werden. Dass das ökonomisch überhaupt nicht stimmt, lässt er nicht gelten. Wieso die beneidenswert starke amerikanische Wirtschaft seiner Ansicht nach vor seiner Wahl kurz vor dem Kollaps stand, wie er auch am Mittwoch wieder beteuerte, bleibt sein Geheimnis.

Trump erblickt in hohen Zöllen das Allheilmittel, um die USA zu reindustrialisieren. Er träumt von einem Amerika, das wirtschaftlich völlig unabhängig wird – allen Stahl selber giesst, alle Möbel, Autos und Schiffe selber baut. Paradoerweise verspricht er sich von seiner Zollpolitik gleichzeitig so hohe Einnahmen, dass er glaubt, damit nicht nur das Staatsdefizit, sondern auch die Einkommens- und Unternehmenssteuern deutlich senken zu können.

Trump hat offensichtlich aus der Zeit vor der Grossen Depression der 1930er Jahre nichts gelernt und will dorthin zurückkehren. Damals unterzeichnete Präsident Hoover gegen den Widerstand von Ökonomen und der Exportwirtschaft das Smoot-Hawley-Gesetz, das mit hohen Zollsätzen die heimische Industrie schützen wollte. Hoovers Protektionismus und die Gegenreaktionen der Handelspartner trugen wesentlich zu den weltwirtschaftlichen Verwerfungen bei, welche zur Grossen Depression führten und schliesslich in den Zweiten Weltkrieg mündeten.

Anders als jetzt Trump zogen die USA damals daraus die richtigen Schlüsse. Sie wurden in der Nachkriegszeit zu einer treibenden Kraft hinter dem Freihandelssystem, das in der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) gipfelte. Es

führte zu einer globalen Arbeitsteilung, die einen grossen Teil des wirtschaftlichen Aufschwungs in den USA und dem Rest der Welt erklärt. Laut der WTO erhoben die Vereinigten Staaten 2024 noch einen ungewichteten Zollsatz von im Durchschnitt 3,4 Prozent, die EU einen solchen von 5,1 und die Schweiz wegen ihres hohen Agrarschutzes einen von 3 Prozent; handelsgewichtet wäre es bloss ein 1 Prozent.

Nun also vollziehen die USA unter Trump eine radikale Kehrtwende zurück zum Merkantilismus und hin zu einer reinen Binnenorientierung. Autos werden mit 25 Prozent besteuert; gleich stark wie nicht zollbefreite Importe aus Mexiko und Kanada. Für Einfuhren aus 60 Ländern sollen ab dem 9. April zweistellige länderspezifische Zollsätze zusätzlich zu den bereits geltenden erhoben werden. Trump nennt diese irreführenderweise «freundlich reziprok». Bereits ab dem 5. April gilt auf allen Importen ein zusätzlicher Zollsatz von mindestens 10 Prozent.

Für Einfuhren aus der Schweiz soll der zusätzliche «reziproke» Zollsatz hohe 31, für solche aus der EU 20 Prozent betragen. Die Schweiz wird damit ähnlich behandelt wie China (34 Prozent) und Taiwan (32 Prozent). «Freundlich» sollen die Zollsätze sein, weil sie angeblich nur die Hälfte des von den betroffenen Ländern selber angewandten Schutzes ausmachen. Tatsächlich werden die hohen Zollsätze aber nur vom Handelsbilanzdefizit abgeleitet. Mit Zöllen der Gegenpartei oder nichttarifären Handelshemmnissen haben sie effektiv überhaupt nichts zu tun.

Ein solch absurder Protektionismus wird die USA nicht in ein neues goldenes Zeitalter führen, sondern er wird ihre Konsumenten und Produzenten teuer zu stehen kommen. Zwar spielt der Aussenhandel in den USA wegen des grossen Binnenmarkts eine viel kleinere Rolle als in Deutschland und der Schweiz. Aber die Zölle werden den Inflationsdruck in den USA erhöhen und das Wachstum bremsen. Völlig unklar ist, woher all die Arbeitskräfte für die Reindustrialisierung, welche Trump offenbar vorschwebt, kommen sollen. Zudem wird die neue Industrie ohne Zollschutz international kaum wettbewerbsfähig sein und weniger produktiv bleiben als die heutige US-Wirtschaft.

Die ausländischen Exporteure werden unter den zusätzlichen Zöllen leiden, was wiederum die Weltwirtschaft bremsen wird. Ein stärkerer Dollar könnte den Effekt allenfalls etwas dämpfen. Für die Schweizer Wirtschaft ist zwar die EU der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt. Doch danach kommen gleich die USA. Diese sind bis jetzt auch der bedeutendste Abnehmer deutscher Exporte.

Trump hat offensichtlich aus der Zeit vor der Grossen Depression der 1930er Jahre nichts gelernt und will dorthin zurückkehren.

So hohe Zölle werden vor allem die Hersteller von Autos, Uhren, Maschinen und Anlagen, aber auch von Nahrungsmitteln wie Käse empfindlich treffen, die ihre Produkte in die USA ausführen wollen. Pharmaprodukte scheinen zwar von den «reziproken» Tarifen vorerst ausgenommen zu sein, doch Trump hat in Aussicht gestellt, auch die Pharmaindustrie mit einheitlich höheren Zöllen zur Produktion in den USA zwingen zu wollen.

Dem Egomanen Trump wird gefallen, wenn ihn Staatschefs in den nächsten Tagen bis zur Einführung der «reziproken» Zölle anrufen und zu Verhandlungen über bessere Bedingungen und Ausnahmen bewegen wollen. Das sollten die betroffenen Länder inklusive der Schweiz natürlich versuchen. Doch die Hoffnung, dass Trumps Zölle nur ein Instrument zum Verhandeln eines besseren Marktzugangs sind und bald wieder ganz abgeschafft werden, gilt es wohl fallenzulassen. Trump hat nicht nur einmal gesagt, das schönste Wort im Lexikon sei für ihn «Zoll», er glaubt wider alle ökonomische Logik daran.

Wichtig wird nun sein, wie die betroffenen Staaten auf Trumps Kehrtwende reagieren. Lassen sie sich provozieren und üben Vergeltung nach dem Prinzip «Auge um Auge, Zahn um Zahn», droht ein globaler Rückfall in den Merkantilismus. Ein solcher könnte leicht eine ernsthafte Weltwirtschaftskrise auslösen.

Um dies zu verhindern, sollte Europa jetzt möglichst auf Gegenzölle verzichten, die nur die eigenen Konsumenten und Firmen belasten. Stattdessen gilt es das von den USA mit Füssen getretene Welthandelssystem zu achten und zu retten. Die EU und die Schweiz sollten hier eine Vorreiterrolle einnehmen und den Freihandel mit Gleichgesinnten ausbauen. Sie können ihre Wirtschaftsbeziehungen zu anderen vom amerikanischen Protektionismus getroffenen Ländern in Asien (inklusive China) und Lateinamerika stärken. Ein besonderes Augenmerk sollte auch Kanada gelten, das vielleicht gleichgerichtete Interessen hat. Und die Schweiz tut jedenfalls gut daran, wie vom Bundesrat am Donnerstag in Aussicht gestellt ganz auf gegen die USA gerichtete Strafzölle zu verzichten.

Der Versuchung zu widerstehen, sich von Trump mit einer Verhandlungslogik in eine Abwärtsspirale von Zöllen und Gegenzöllen hineinziehen zu lassen, wird politisch nicht einfach. Aber es ist von grossem wirtschaftlichem und politischem Interesse, dass dies gelingt. Vielleicht hilft dabei die Erinnerung an das Schicksal von Reed Smoot und Willis Hawley: Die beiden amerikanischen Abgeordneten wurden deutlich abgewählt.

Getrübtes Verhältnis der «sister republics»

Der US-Präsident behandelt die Schweiz wie Lesotho

CHRISTINA NEUHAUS

Im Jahr 1985 drehte der schwedische Regisseur Lasse Hallström einen Film mit dem Titel «Mein Leben als Hund». Er handelt von einem kleinen Jungen, dessen Mutter im Sterben liegt. Sein einziger Trost ist der geliebte Hund – bis der ins Tierheim muss. Das Elend des Buben könnte kaum grösser sein; doch er tröstet sich damit, dass es anderen noch viel schlimmer ergangen ist. Zum Beispiel der Hündin Laika, die von den Russen in der Kapsel Sputnik 2 in den Weltraum geschossen wurde und dort einsam und verlassen starb. Oder dem Mann, der einen Sportplatz entlang joggte und von einem Speer getroffen wurde.

Die von Trumps Zollhammer schmerzhaft getroffene Schweiz tröstet sich offenbar mit dem Gedanken an Lesotho. Denn dem kleinen afrikanischen Königreich ist es noch viel schlimmer ergangen als uns. Während Schweizer Güter von den USA mit Zollgebühren von über 30 Prozent belegt werden, muss die lesothoische Exportwirtschaft 50 Prozent zur Kenntnis nehmen. Das Vergehen des kleinen Landes? «Währungsmanipulationen» und Handelsbarrieren. Während die USA nur Güter im Wert von 2,8 Millionen in den Süden Afrikas ausführen konnten, exportierte Lesotho Waren im Wert von 237,3 Millionen Dollar. How dare they!

Auch die Schweiz hat mehr Güter in die USA exportiert, als dass sie Güter aus Amerika importiert hat. Bereits das rückt sie in den Augen von Donald Trump und dessen Handelsbeauftragten in die Nähe eines Schurkenstaats. Dazu kommen – wie in Lesotho – «Währungstricks». Die USA haben die Schweiz im März auf eine schwarze Liste von Staaten mit «unfairen Handelsmethoden» gesetzt. Be-

gründung: die für die USA negative Handelsbilanz und die helvetische Wechselkurspolitik.

Für die Schweiz ist das natürlich bitter. Noch vor kurzem bezeichnete sie Trump liebevoll als «sister republic», nun spielt die kleine Schwester plötzlich in derselben Liga wie Lesotho. Ein Land, «von dem niemand je gehört hat», wie Trump im März im Zusammenhang mit amerikanischen Entwicklungshilfegeldern sagte.

Den Vertretern des Bundesrats, die am Donnerstagnachmittag vor die Medien getreten sind – Finanzministerin Karin Keller-Sutter und Wirtschaftsminister Guy Parmelin –, stand der Schock über die rüde Behandlung ins Gesicht geschrieben. Denn die Schweiz war sich ziemlich sicher gewesen, besser wegzukommen als die EU.

In einer Art Bittbrief hatte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) dem amerikanischen Handelsbeauftragten vor zwei Wochen lauter Vorteile aufgezählt, die die Schweiz von der EU unterscheiden. So kenne sie im Gegensatz zur Europäischen Union keine «belastende» Regulierung der künstlichen Intelligenz (KI). Die EU hat letzten Sommer die weltweit ersten verbindlichen KI-Regelungen beschlossen.

Genützt hat es nichts. Trumps Zollhammer sauste gnadenlos auf die Schweiz nieder. «Nicht tarifäre Handelshemmnisse» wie Überregulierung, Bürokratie oder ungerechtfertigte Subventionen spielten keine Rolle. Trump wandte auch gegenüber der Schweiz, dem sechstwichtigsten ausländischen Investor in den USA, dieselbe «rudimentäre Berechnungsmethode» (Karin Keller-Sutter) an wie gegenüber Lesotho.

Aus wirtschaftspolitischem Blickwinkel macht der Bundesrat nun das einzig Richtige: Er nimmt zur Kenntnis, verzichtet auf Gegenmassnahmen

Sein Zollentscheid hat der Schweiz gerade vor Augen geführt, wie abhängig sie von regelbasierten Märkten ist. Dank Trump sind die Chancen auf eine Einigung mit der EU soeben gestiegen.

und sucht das Gespräch mit den USA. Offen bleiben die aussenpolitischen Konsequenzen.

An seiner Klausur von Mittwoch hat sich der Bundesrat offenbar noch keine Gedanken darüber gemacht, was es für die Schweiz bedeutet, dass sich die USA soeben aus der regelbasierten Handelspolitik verabschiedet haben.

Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter hatte das sprunghafte Verhalten der Administration Trump noch im März mit den Worten kommentiert, die Schweiz habe ihre Aussenpolitik nicht verändert. Das internationale Recht, die Menschenrechte, die Demokratie und der Freihandel seien ihre zentralen Werte. Diese Werte teilt die Schweiz mit der Europäischen Union. Die EU mag zu Überregulierung und Bürokratie neigen, und sie hat sich gegenüber der Schweiz auch schon zu Übergriffen in Form von «Nadelstichen» hinreissen lassen, aber sie bleibt ein stabiler und verlässlicher Handelspartner.

Die amerikafreundlichen Kritiker des geplanten Vertragswerks mit der EU, die in den vergangenen Wochen öffentlich von einem möglichen Freihandelsvertrag mit den USA träumten, sind unsanft geweckt worden. Die USA wollen nicht den Freihandel stärken, sie wollen Macht und Merkantilismus.

Kaum ein Land ist so international ausgerichtet wie die Schweiz. Daran ändert die operettenhafte Wirtschaftspolitik von Donald Trump nichts. Im Gegenteil. Sein Zollentscheid hat der Schweiz gerade vor Augen geführt, wie abhängig sie von regelbasierten Märkten ist. Dank Trump sind die Chancen auf eine Einigung mit der EU soeben gestiegen.

Diese Aussicht hat Lesotho nicht. Es kann sich höchstens damit trösten, dass Trump auch das Eiland Heard und die McDonald-Inseln im südlichen Indischen Ozean mit Strafzöllen belegt hat. Sie sind – bis auf ein paar Pinguine – unbewohnt.



SPAZIERSTOCK

Diese Arbeit realisierte ich anlässlich der Skulptur-Projekte in Münster. Ein Spazierstock aus Aluminiumrohr hing über einem Teich.

Durch einen Schlauch, der an einem gespannten Drahtseil befestigt war, wurde Wasser in den Griff des Spazierstocks geführt. Unten im Spazierstock konnte das Wasser dann durch eine Düse wieder ausfliessen. Durch den Rückstoss des Wassers begann dieser Stock zu tanzen und zeichnete Figuren ins Wasser.

Aufnahmeort: Skulptur Münster, 1997, Münster (D), Videostills: Aleksandra Signer

Christa Rigozzi – die ewige Miss Schweiz

Die Tessinerin ist eine der erfolgreichsten Businessfrauen im Land geworden

RENATO SCHATZ

Die Miss-Schweiz-Wahl im Jahr 2006 war ein Fernsehabend, wie es ihn heute nicht mehr gibt. Zur besten Sendezeit, Samstag um 20 Uhr 10, übertrug das Schweizer Fernsehen, wie die fünfzehn Kandidatinnen in Abendkleidern und im Bikini über den Laufsteg stolzierten. Danach riefen 170 000 Zuschauer an, um ihrer Favoritin eine Stimme zu geben.

Kurz vor dem Finale waren noch zwei Frauen übrig: Christa Rigozzi, «die Treue», wie der «Blick» sie nannte, weil sie seit sechs Jahren mit ihrem Freund zusammen war, und Xenia Tchoumitcheva, «die Wilde», die «Angelina-Jolie-Lippen» hatte und Sätze sagte wie: «Vielleicht bin ich zu sexy fürs Krönchen.» Um 22 Uhr 12 sagten die Moderatoren: «Miss Schweiz 2006 ist: Christa Rigozzi!»

Man erinnert sich heute nur noch an wenige Gewinnerinnen. Melanie Winiiger etwa, die Schauspielerin, oder Linda Fäh, die jetzt Schlagermusik macht. Aber erinnern Sie sich an Bianca Sissing, Whitney Toyloy, Lauriane Sallin? Eine aber kennen alle noch: Christa Rigozzi. Sie ist die mit Abstand erfolgreichste Miss des Landes, weil sie bis heute mehr Projektionsfläche als Persönlichkeit ist. Rigozzi hat daraus ein Geschäftsmodell entwickelt, noch bevor das Wort «Influencerin» die Schweiz erreichte.

Werben für alles Mögliche

Rigozzi schreibt auf ihrer Website, sie sei Markenbotschafterin für die Bank Cembra, die Automarke Genesis oder den Schuhladen Ochsner Shoes. Auf dem Instagram-Profil geht es weiter. Dort wirbt Rigozzi für den Bettenhersteller Hasena, den Staubsauger von Dreame, das Kollagen-Getränk von Mypureskin. Dazu gab es in der Vergangenheit schon Werbe-Posts für den Detailhändler Lidl, den Uhrenhersteller Omega oder die Fast-Food-Kette Burger King.

Die Liste liesse sich problemlos erweitern. Rigozzis Social-Media-Auftritt wirkt wie ein nicht enden wollender Werbespot. Sie sagt: «Wenn mir ein Produkt nicht gefällt, werbe ich nicht dafür. Alles, was ich mache, ist authentisch, zu jedem Produkt gibt es eine Geschichte.» Im Falle der Bank Cembra klingt das so: «Christa ist eine Unternehmerin, sie ist viel unterwegs, im Inland und Ausland, sie braucht eine Kreditkarte.»

Wenn sie in der dritten Person von sich spricht, ist es, als gebe es zwei Rigozzis: einmal den Menschen, einmal die Unternehmerin. Die Unternehmerin Christa Rigozzi ist erfolgreich und längst Millionärin. Neben den Werbeeinnahmen, die dann und wann auch mit Sachleistungen wie Reisen oder Fahrzeugen vergütet werden, sind vor allem die Moderationen lukrativ. Pro Anlass verdient Rigozzi bis zu 8000 Franken. Im Monat macht sie im Durchschnitt zehn Events.

Das Sprachtalent

An einem Februarmorgen moderiert Christa Rigozzi einen Event für den italienischen Luxusgüterhersteller Bulgari. Schauplatz: die Bar des Fünfsternehotels Hyatt Park in Zürich. Fünfzig, sechzig Leute sind eingeladen. Mitarbeiter von Modemagazinen, Fotografen, Gäste. Viele tragen Jupe und Bluse, Rollkragengpullover und Einstecktuch. Das Servicepersonal schenkt Champagner aus. Zwei Models betreten den Raum, Abendkleider am Vormittag. Rigozzi begrüsst ein paar Leute, die Organisatoren. Hier ein Küsschen, da eine Umarmung. Rigozzi antwortet und fragt, lacht und nickt. Es ist die grosse Kunst des Smalltalks.

Zehn Minuten später steht Rigozzi auf einer kleinen Bühne und heisst das Publikum willkommen. Bulgari hat seine Markenbotschafter eingeladen, die Rigozzi nun erzählen, welche Werte sie mit dem Unternehmen teilen. Das Video des Skirennfahrers («Geschwin-



Christa Rigozzi hat darauf bestanden, dass das Shooting im Restaurant «Molino» am Stauffacher in Zürich stattfindet. Sie ist Markenbotschafterin der Restaurantkette.

MAURICE HAAS FÜR NZZ

«So, wie ich auf der Bühne bin, bin ich auch privat. Ich musste nie in die Rolle einer öffentlichen Person schlüpfen.»

Christa Rigozzi

digkeit, Technik, Präzision») übersetzt Rigozzi direkt vom Französischen ins Deutsche und Italienische. Mit der Balletttänzerin («Perfektion, Schönheit, Präzision») spricht sie Französisch, mit der Schauspielerin («Inspiration») Deutsch, mit dem Koch («Mischung aus Tradition und Moderne») Französisch. Rigozzi kann switchen, hin und her zwischen den Welten und zwischen den fünf Sprachen, die sie fließend spricht.

Sie lernt die Schweiz kennen

Das hat mit ihrer Kindheit zu tun. Die Sommerferien verbringen die Rigozzis zwar in Italien und im Tessiner Rustico des Grossvaters. Im Herbst aber reisen sie durch die Schweiz. Christa ist vier Jahre alt, als sie zum ersten Mal den Bärengarten und den Zytglogge-Turm in Bern sieht. Sie hat früh gelernt, dass es nicht nur la Svizzera gibt, sondern auch la Svizra, la Suisse und die Schweiz.

Rigozzis Eltern sind streng, stellen viele Regeln auf, fordern ihre Tochter. Aber sie fördern sie auch. Der Vater bringt ihr das Schwimmen, das Schlittschuhlaufen und das Skifahren bei. Rigozzi probiert alles aus, singt im Kirchenchor und geht ins Ballett. Im Gymnasium wählt Rigozzi Latein als Schwerpunkt – und wird allmählich erwachsen: Sie entdeckt den Alkohol und den Ausgang, raucht den ersten und zugleich letzten Joint. Im Alter von 16 Jahren lernt Rigozzi vor dem McDonald's in Bellinzona ihren heutigen Ehemann Giovanni kennen.

Rigozzi hat unzählige Male über ihre Kindheit gesprochen, die dann bisweilen wie ein Gemischtwarenladen wirkt. Es ist für jeden etwas dabei. Ein Joint? Ja, aber nur einmal. Alkohol, Ausgang, Dolce Vita? Natürlich, aber auch Disziplin. Nach dem Gymnasium geht Rigozzi in die Deutschschweiz. Sie zieht nach Bern, um ihr Deutsch zu verbes-

sern, und studiert in Freiburg, um ihr Französisch zu verbessern. Rigozzi wählt Medien- und Kommunikationswissenschaften im Hauptfach, Strafrecht und Kriminologie sowie Politikwissenschaften im Nebenfach. Und legt unbewusst den Grundstein für ihre Karriere. Im Frühling 2006 sieht Rigozzi eine Werbung der Miss-Schweiz-Wahl. Sie ist 23 Jahre alt, das höchstmögliche Alter, um mitzumachen. Ihre Freundinnen überreden sie, der Vater springt als Fotograf ein und schiesst die nötigen Bilder.

Die Schweiz lernt sie kennen

In ihrem Missen-Jahr tourt Rigozzi durch die Schweiz. Sie gibt Interviews, setzt sich für Wohltätiges ein, tritt bei Sponsoren und im Fernsehen auf. Fast 600 000 Franken verdient sie in jenem Jahr, das ist Rekord. Gleichzeitig schliesst Rigozzi ihr Studium ab. Sie will auf Nummer sicher gehen, weil sie nicht weiss, ob sie im Showbusiness bleiben will.

Doch das Leben im Rampenlicht gefällt Rigozzi. Während die meisten Missen irgendwann einen anderen Weg einschlagen, sich früher oder später zurückziehen oder nicht mehr gefragt sind, macht Rigozzi nach dem Missen-Jahr einfach weiter: Interviews, Sponsorentermine, Wohltätigkeitsveranstaltungen, Fernsehauftritte. Die hiesigen Influencerinnen mögen heute deutlich mehr Follower haben als Rigozzi, aber sie bewegen sich in ihrer Social-Media-Bubble. Rigozzi dagegen kennen alle, die in den vergangenen zwanzig Jahren ab und zu ferngesehen haben.

Rigozzi hat «Bauer, ledig, sucht . . .» moderiert, den «Swiss Award» oder als Sidekick des damaligen SRF-Journalisten Jonas Projer das Format «Arena/Reporter». In «Die grössten Schweizer Talente» sass Rigozzi in der Jury und gab die gutgelaunte und gutaussehende Südländerin, die ab und zu einen Schenkelklopfer herausgehauen hat, den Herr und Frau Schweizer nicht zwischen den Zeilen suchen mussten.

Viele «Ja, aber»-Sätze

Bis vergangenen September hatte Rigozzi einen Manager. Seither organisiert sie sich selbst. Sie beschäftigt einen Make-up-Artisten und zwei Teilzeitsekretärinnen, die Rechnungen schreiben und Bürokratie erledigen. Rigozzi selbst handelt Verträge aus, bespricht sich mit Sponsoren und Event-Managern, schreibt Moderationen, beantwortet E-Mails und Anrufe, betreut ihre Social-Media-Profil.

Christa Rigozzi ist ein One-Woman-Business, das mit sorgsam kalkuliertem Charme arbeitet. Sie ist sehr gewinnend, solange ihre Sendungen und Werbepartner erwähnt werden. So besteht Rigozzi zum Beispiel darauf, dass die Bilder dieses Artikels im Restaurant «Molino» gemacht werden, einem ihrer Sponsoren. Mails an Journalisten beendet sie auch einmal mit «Kiss».

Spricht die Unternehmerin oder die Privatperson? Rigozzi sagt: «So, wie ich auf der Bühne bin, bin ich auch privat. Ich musste nie in die Rolle einer öffentlichen Person schlüpfen.» Vielleicht ist sie in ihrem Jahr als Miss Schweiz mit dieser Rolle verschmolzen – oder die Rolle mit ihr. Ob Rigozzi deshalb oft so vage bleibt? Manchmal scheint es, als wolle sie möglichst wenig Angriffsfläche bieten, möglichst keinen Werbepartner verärgern. Sie sagt Sätze wie: «Ich kämpfe für die Frauen, aber ich bin keine Feministin.»

Es sind «Ja, aber»-Sätze, wie sie in der Schweiz, wo der Kompromiss König ist, gut ankommen. Es gehörte früher schon zum Wesen der Missen, mehr Projektionsfläche als Persönlichkeit zu sein. Rigozzi hat nie damit aufgehört. Womöglich braucht es auch deshalb keine Miss-Schweiz-Wahlen mehr. Das Land hat schon Christa Rigozzi, die ewige Miss.

*Herr bleibe bei uns,
denn es will Abend werden,
und der Tag hat sich geneiget.*
Lukas 24,29

In grosser Liebe und tiefer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem Ehemann, unserem Bruder, Vater, Onkel, Götti und Freund

Dr. Dr. h.c. Beat Rudolf Jenny
30. November 1926 – 1. April 2025

Nach einem langen und erfüllten Leben ist er im 99. Lebensjahr im Altersheim Frenkenbündten Liestal friedlich eingeschlafen.

Wir werden ihn in liebevoller Erinnerung behalten:
Ines Jenny-von Richthofen
Harald und Heidi Jenny-Zihlmann mit Familie
Emanuel und Jeannette Jenny-Potisek mit Familie
Sibylla Knapfer-Jenny
Regina und Georg Schmid-Jenny
Therese und Josias Burger-Jenny
sowie alle Patenkinder, Nichten, Neffen, Cousinsen, Cousins und Freunde

Die Trauerfeier mit anschliessender Beisetzung findet statt am Mittwoch, 9. April 2025, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof Fiechten, Birsigalstrasse 17, 4153 Reinach

Traueradresse: Ines Jenny-von Richthofen, Schauenburgerstrasse 57, 4410 Liestal

Heidy Dierauer-Dové
9. Juni 1926 – 29. März 2025

*Madeleine Perll
Eveline Walser*

Im Sinne von Heidy freut sich die Tanne – Schweizerische Stiftung für Taubblinde über eine Spende auf IBAN CH68 0900 0000 8000 9944 5, mit Vermerk «Heidy Dierauer».

Im Alter

Wie wird nun alles so stille wieder!
So war mir's oft in der Kinderzeit,
Die Bäche gehen rauschend nieder
Durch die dämmernde Einsamkeit,
Kaum noch hört man einen Hirten singen,
Aus allen Dörfern, Schluchten, weit
Die Abendglocken herüberklingen,
Versunken nun mit Lust und Leid
Die Täler, die noch einmal blitzen,
Nur hinter dem stillen Walde weit
Noch Abendröte an den Bergesspitzen,
Wie Morgenrot der Ewigkeit.

Josef von Eichendorff

Rüschlikon, 1. April 2025

In Liebe, Dankbarkeit und tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserer unvergesslichen Mama, Bomi, Schwiegermutter und Schwester

Marie-Paule Perlia-Prost
15. März 1930 – 1. April 2025

Für ihre Liebe, Fürsorge und Grosszügigkeit sind wir ihr unendlich dankbar. Wir werden sie zutiefst vermissen und in liebevoller Erinnerung behalten.

Anne Perlia
Françoise und Andreas Schmid-Perlia
Georgette und Lorenz Schmid
mit Arthur und Carlotta
Sophie und Thomas Dörig-Schmid
mit Max-Philippe und Edouard
Floriane Schmid und Raphael Burger
Nicole Fenner-Prost

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Anstelle von Blumen gedenke man der Stiftung Abegg Huus Rüschlikon:
Raiffeisenbank Thalwil, IBAN CH45 8080 8005 9723 8833 1,
Vermerk: in Gedenken an Marie-Paule Perlia-Prost.

Traueradresse: Anne Perlia, Bahnhofstrasse 85, 8803 Rüschlikon
Françoise Schmid-Perlia, Rainweg 1, 8700 Küsnacht

«So lass uns Abschied nehmen wie zwei Sterne durch jenes Übermass von Nacht getrennt,
dass eine Nähe ist, die sich an Ferne erprobt und an dem Fernsten sich erkennt.»
Rainer Maria Rilke

Traurig nehmen wir Abschied von meinem lieben Ehemann, herzensguten Vater, Schwiegervater und Gropa. Dein Herz hat zu schlagen aufgehört.

Arthur Rebsamen, dipl. Ing. ETH
21. Januar 1942 – 28. März 2025

Nach einem ereignisreichen und erfüllten Leben, voller Neugier und unermüdlicher Schaffenskraft kommt der Abschied völlig unerwartet. Gemeinsam wollten wir noch so viel erleben. Ein Mensch mit grossem Herzen, klarem Geist und offenem Blick hat uns verlassen. Wir werden dich nie vergessen und als Inspiration in uns weitertragen.

Trudi Rebsamen
Peter und Amisha Rebsamen mit Viviane und Eva
Beatrice Rebsamen und Peter Manhart
Angehörige und Freunde

Die Urnenbeisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Die Abdankungsfeier, zu der alle herzlich eingeladen sind, findet am Montag, 14. April 2025, um 14.00 Uhr in der Kirche Stallikon, Dorfstrasse 5, 8143 Stallikon statt.

Anstelle von Blumen bedanken wir uns für eine Spende an Médecins Sans Frontières (IBAN CH18 0024 0240 3760 6600 Q) oder an Verein Naturnetz Unteramt (IBAN CH31 0900 0000 8006 8599 1). Vermerk: Im Andenken an Arthur Rebsamen.

Traueradresse: Trudi Rebsamen, Räbacher 8, 8143 Stallikon

BESTATTUNGEN UND BEISETZUNGEN

 **Stadt Zürich**
Bevölkerungsamt

Stadthaus, Stadthausquai 17, 8001 Zürich
Telefon 044 412 40 00
www.stadt-zuerich.ch/bestattungsamt

Bestattungen und Beisetzungen vom Freitag, den 4. April 2025

Brusadin, Mario, Jg. 1933, von Italien, 8055 Zürich, Sieberstrasse 10. – 10.30 Uhr Erdbestattung im Friedhof Sihlfeld E.

Carlen geb. Sieber, Ilse, Jg. 1930, von Zürich und Goms VS, verwitwet von Carlen-Sieber, Walter, 8037 Zürich, Hönggerstrasse 119. – 14.00 Uhr Trauerfeier in der Friedhofkapelle Hönggerberg.

Gajic geb. Anic, Dragana, Jg. 1960, von Zürich, Gattin des Gajic, Vlastimir, 8051 Zürich,

Grosswiesenstrasse 166. – 12.15 Uhr Trauerfeier in der serbisch-orthodoxen Kirchgemeinde Zürich, Pfarramt Maria Entschlafen, anschliessend Erdbestattung im Friedhof Schwamendingen.

Inglin geb. Frenner, Gertrud Aloisia, Jg. 1926, von Zürich und Sattel SZ, verwitwet von Inglin-Frenner, Arthur, 8050 Zürich, Dorf Lindenstrasse 4. – 10.30 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Oerlikon.

Jäggi geb. Raimann, Julie Lina Mina, Jg. 1923, von Zürich und Langrickenbach TG, verwitwet von Jäggi-Raimann, Hugo Fritz Eugen, 8038 Zürich, Mööslistrasse 12. – 10.30 Uhr Erdbestattung im Friedhof Manegg.

Keller geb. Vogelbacher, Lotti, Jg. 1936, von Zürich und Schleitheim SH, 8008 Zürich, Südstrasse 24. – 15.00 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Enzenbühl.

Schaffner, Helmut Werner, Jg. 1933, von Mettauertal AG, 8038 Zürich, Morgentalstrasse 90. – 13.30 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Sihlfeld D, Platz der Gemeinschaft.

Steger, Dieter, Jg. 1961, von Bellikon AG, Gatte des Karle, Jürgen Josef, 8037 Zürich, Tièchestrasse 75. – 15.00 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Nordheim.

Willi, Johann Rudolf, Jg. 1940, von Mels SG, 8032 Zürich, Asylstrasse 130. – 15.00 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Üetliberg.

Bestattungen und Beisetzungen vom Montag, den 7. April 2025

Müller, Elisabeth Helene, Jg. 1931, von Wetzikon ZH und St. Gallen, 8032 Zürich, Asylstrasse 130. – 14.00 Uhr Trauerfeier in der Kapelle Klus Park.



1043 Mal von vorne angefangen.
3 Mal Ferien abgesagt.
1 neues Verfahren zur Krebsdiagnose erarbeitet.

Mit Ihrer Spende fördern wir engagierte Forscherinnen und Forscher, um die Behandlungsmethoden gegen Krebs immer weiter zu verbessern. IBAN CH67 0900 0000 3000 3090 1, www.krebsforschung.ch

krebsforschung schweiz
Damit Heilung zur Regel wird.



Trumps Zollpläne treffen die Börsen mit Wucht

Die Aktienkurse fallen weltweit auf breiter Front

MARTIN KÖLLING, TOKIO,
EFLAMM MORDELLÉ

Die vom amerikanischen Präsidenten Donald Trump verhängten Importzölle haben die Finanzmärkte in einen Schockzustand versetzt. Die Aktienkurse in Europa, Asien und den Vereinigten Staaten sind stark gefallen. Hart traf es zunächst Japan, aber auch die europäischen und amerikanischen Börsen wurden danach stark nach unten gezogen. Gleichzeitig gaben der Dollar und die Anleiherenditen aus Furcht vor einer Wachstumsverlangsamung in den USA nach.

Der Zollschock erfasste die Schweizer Börse in besonderem Masse. Der Blue-Chip-Index SMI verlor mehr als zwei Prozent, bei kleineren Titeln waren die Verluste noch grösser. Am Vortag hatte Trump einen vergleichsweise hohen Zoll von 31 Prozent gegen Importe aus der Schweiz verhängt. Besonders davon betroffen ist der Luxusgütersektor mit Aktien wie Richemont oder Swatch Group mit Einbussen von mehr als 6 Prozent. Für die Schweizer Uhrenindustrie sind die USA der wichtigste Exportmarkt.

Apple und On brechen ein

Aber auch Finanzwerte wie UBS oder Partners Group, die Aktien des Logistikkonzerns Kühne + Nagel und jene von Logitech sahen herbe Verluste. Die Titel des Westschweizer IT-Zubehör-Herstellers büsst zeitweise sogar 16 Prozent ihres Werts ein. Der Grund: Logitech stellt ihre Waren unter anderem in China, Taiwan und Vietnam her – allesamt Länder, die Trump mit den höchsten Importzöllen belegen will.

Produkte aus dem EU-Raum belastet Trump zwar mit verhältnismässig geringeren Zöllen von 20 Prozent. Doch das tat wenig für die Stimmung der Anleger, auch die europäischen Börsen verzeichnete starke Verluste: Der deutsche Leitindex DAX verlor zeitweise 3 Prozent, der französische CAC 40 mehr als 3 Prozent. Auch der breit gefasste europäische Index Stoxx-Europe 600 verlor an Boden.

Trumps erklärtes Ziel ist es zwar, den Produktionsstandort USA zu stärken. Doch seine Zollpläne kommen auch an der Wall Street schlecht an: Der S&P 500 verlor am Donnerstag zum Handelsstart in New York mehr als 4 Prozent, der technologyelastige Nasdaq 100 mehr als 5 Pro-



An der Schweizer Börse erlitten die Valoren von Logitech herbe Verluste.

STEFFEN SCHMIDT / KEYSTONE

zent. Insbesondere die Tech-Aktien der «Magnificent Seven» wie Apple, Meta oder Nvidia standen unter Druck und zogen wegen ihrer hohen Gewichtung den gesamten Index nach unten.

Apple lässt einen Grossteil der iPhones in China produzieren und ist von entsprechend hohen Einfuhrzöllen betroffen. Nvidia ist bei der Chip-Herstellung stark von Taiwan abhängig. Aber auch die Aktien von Sportartikelherstellern wie Adidas, Nike oder auch der Schweizer On – die zeitweise 15 Prozent ihres Werts einbüsst – leiden. Insbesondere die Bekleidungs- und Sportindustrie wird unter dem neuen Zoll-Regime ein Problem haben, denn beide Industrien haben ihre Produktion weitgehend nach Fernost ausgelagert und importieren viel in die USA.

Derweil flüchten die Anleger in als sicher geltende Obligationen. Die Anleihen-Renditen auf zehnjährige amerikanische Staatsanleihen gingen stark zurück und fielen zum ersten Mal seit Oktober unter 4 Prozent. An der Wall

Street befürchtet man, dass die amerikanische Wirtschaft durch den Handelskrieg schlechter dastehen werde und die Unternehmensgewinne entsprechend rückläufig sein würden. Auch in Europa und Grossbritannien gingen die Anleihen-Renditen zurück. Der Dollar, Kryptowährungen wie der Bitcoin und der Ölpreis gaben ebenfalls nach.

Für den weiteren Börsenverlauf wird entscheidend sein, wie die Regierungen in Europa und Asien reagieren. Die EU bereitet sich offenbar auf Gegenmassnahmen vor, wohingegen die Schweiz auf Gegenzölle verzichten will, um weiteren Schaden abzuwenden, wie Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter am Donnerstag erklärte.

Japanische Banken abgestraft

Auslöser für den breiten Kursrutsch an den asiatischen Aktienmärkten war das Ausmass der Abgaben. Tatsächlich hat Trump selbst seinen engsten Ver-

bündeten höhere Zölle auferlegt als der von ihm oft kritisierten EU. Sein Vorwurf: Die Länder hätten die USA durch unfaire Handelspraktiken besonders «abgezockt».

Die grössten Ausschläge gab es an der grössten asiatischen Börse in Japan. Der Nikkei-225-Index fiel zeitweise um mehr als 4 Prozent und durchbrach erstmals seit August 2024 die Marke von 35 000 Punkten. Besonders hart waren die japanischen Banken betroffen. Bei den Autoherstellern war das Bild gemischt: Toyotas Aktienkurs sank überdurchschnittlich, derjenige von Nissan und Honda ungefähr so stark wie der Gesamtmarkt. Der Dollar fiel gegenüber dem Yen, während die Renditen zehnjähriger japanischer Staatsanleihen nur leicht nachgaben.

Auch in anderen Ländern trübte sich die Stimmung nach dem Ausverkauf der Vorwoche weiter ein. In Südkorea gab der Kospi nach, während die jüngst bereits gesunkenen Renditen für zehnjährige Anleihen weiter fielen. Der aus-

tralische S&P/ASX 200 verlor ebenso wie der Hongkonger Hang-Seng-Index. Selbst Singapurs Straits-Times-Index war im Minus, obwohl Trump für Produkte aus dem Stadtstaat nur einen Einfuhrzoll von zehn Prozent verhängt hatte. Eine Ausnahme bildete die chinesische Börse in Schanghai, die nur leicht im Minus war.

Anhaltende Volatilität erwartet

In den Regierungen herrscht deshalb Alarmstimmung. Denn die Ausschläge an den Finanzmärkten könnten erst der Anfang sein. Südkoreas Finanzminister Choi Sang Mok wies am Donnerstagmorgen warnend darauf hin, dass «die hohe Volatilität an den globalen Finanzmärkten aufgrund der von der Regierung der USA verhängten Gegenzölle vorerst anhalten wird». Er versprach daher Stützungsmaßnahmen für den Fall hoher Ausschläge.

Ihre Stärke hängt von der Exportabhängigkeit der einzelnen Länder und ihrer jeweiligen Unternehmen ab. Eines der Länder mit der grössten Abhängigkeit von den USA ist Japan. Das Land ist seit Jahrzehnten der grösste Investor in den USA. Allein durch die Zölle könnten die Gewinne Japans im Schnitt um 8 bis 10 Prozent sinken. Hinzu kommen negative Rückkopplungen wie eine mögliche Rezession.

Besonders gross wird der Schaden auch in den Ländern sein, die vom Handelskrieg gegen China in Trumps erster Amtszeit profitiert haben. Viele Unternehmen haben Fabriken und Warenströme in andere Länder Süd- und vor allem Südostasiens verlagert.

Die Frage ist nun, wie die asiatischen Länder auf Trumps Zölle reagieren werden. Kurzfristig werden die stärksten Reaktionen von der EU und von China erwartet, da sie die grössten Märkte sind. Aus den anderen asiatischen Ländern ist kaum offener Widerstand zu erwarten. Zum einen sind die Volkswirtschaften jeweils zu klein. Zum anderen sind führende Länder wie Japan und Südkorea auf den militärischen Schutz der USA angewiesen.

Eine konzertierte Gegenreaktion mit anderen Ländern ist wegen der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA unwahrscheinlich. Marktbeobachter erwarten, dass die japanische Regierung die Reaktionen der EU und Chinas abwarten und dann über eigene Schritte entscheiden wird.

Schweizer Immobilien sind immer weniger erschwinglich

Auch bei einem Haushaltseinkommen von 200 000 Franken ist nur noch knapp die Hälfte der ausgeschriebenen Objekte finanziell tragbar

MICHAEL FERBER

Die Nachfrage nach Eigenheimen in der Schweiz bleibt sehr hoch. Gleichzeitig wird es für viele Haushalte schwieriger, sich Wohneigentum zu leisten. Die finanzielle Tragbarkeit entwickle sich zu einer immer grösseren Hürde beim Kauf von Häusern und Wohnungen, teilten Ökonomen der Grossbank UBS am Mittwoch bei einem Anlass mit. Selbst bei einem überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen von 200 000 Franken ist laut einer Analyse der Bank lediglich noch knapp die Hälfte der ausgeschriebenen Objekte tragbar. Die Ökonomen gehen dabei von einem durchschnittlichen Objekt mit 110 Quadratmetern Wohnfläche und einer anfänglichen Belehnung von 80 Prozent aus.

Im Durchschnitt koste eine Eigentumswohnung in dieser Grösse gegenwärtig knapp 1 Million Franken, heisst es weiter. Laut den Tragbarkeitsvorschriften seien für den Kauf eines solchen Objekts bei einer Fremdfinanzierung mit 80 Prozent ein Bruttoeinkommen von 175 000 Franken sowie Eigenmittel in Höhe von 200 000 Franken nötig.

«Die Preise für Wohneigentum sind in vielen Gebieten deutlich stärker ge-

stiegen als die Einkommen», sagt Robert Weinert, Partner beim Beratungsunternehmen Wüest Partner. Die restriktiven Tragbarkeitsregeln erschwerten zudem die Finanzierung.

Die Analyse der UBS hat derweil ergeben, dass es rund um die Stadt Zürich erst ab einer Fahrzeit von 20 Minuten Gemeinden gibt, in denen Immobilien für Haushalte mit einem Einkommen von 200 000 Franken finanzierbar sind. Die attraktivsten unter diesen seien Aarau und Baden. Rund um die Stadt Genf gibt es indessen innerhalb von 30 Minuten Fahrtzeit nur zwei Gemeinden: Dardagny und Avully. In Basel sieht die Lage etwas besser aus. In kurzer Fahrdistanz werden Gemeinden wie Allschwil, Pratteln, Liestal oder Sissach erreicht, die das obengenannte Kriterium erfüllen. In Bern ist die Finanzierung von Immobilien abgesehen von der Stadt Bern im gesamten direkten Einzugsgebiet der Bundeshauptstadt tragbar.

Trotzdem bleibt gerade jüngeren Menschen mit weniger Vermögen angesichts dieser Situation oft nichts anderes übrig, als den Kauf von Wohneigentum aufzuschieben oder darauf zu verzichten. Der Anteil der Wohneigentümer bei den unter 65-Jährigen in der Schweiz ist

denn laut der Studie im Zeitraum 2011 bis 2022 auch deutlich gesunken – bei den 35- bis 39-Jährigen von einem Drittel auf ein Viertel. Bei den 45- bis 49-Jährigen war im Jahr 2011 noch jeder Zweite Hauseigentümer, 2022 waren es noch rund 40 Prozent.

In naher Zukunft dürfte sich an dieser Situation wenig ändern. Dafür sprechen mehrere Gründe:

■ **Zuwanderung stützt die Nachfrage nach Eigenheimen.** Die Einwohnerzahl der Schweiz ist in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Innerhalb von 12 Jahren ist die Bevölkerung der Eidgenossenschaft aufgrund der Zuwanderung von 8 auf 9 Millionen gewachsen. Der Trend ist dabei ungebrochen. Dies Sorge für «eine überbordende Wohnungsnachfrage, der das Angebot wenig entgegenzusetzen vermag», heisst es in der Studie.

■ **Weiterhin knappes Angebot.** Das Angebot an erschwinglichen Eigenheimen bleibt in der Schweiz weiterhin knapp. Im vierten Quartal 2024 seien nur 3,8 Prozent aller Eigentumswohnungen und 2,8 Prozent aller Einfamilienhäuser inseriert gewesen, heisst es weiter. In der alternden Ge-

sellschaft komme es erst später im Leben der Wohneigentümer zu Verkäufen oder solche würden gar nicht erwogen, weil geeignete Eigentumswohnungen rar und vergleichbare Mietwohnungen finanziell unattraktiv sind. «Die Babyboomer bleiben vorerst in ihren Wohnungen sitzen», sagt der UBS-Ökonom Matthias Holzhey. «Viele Wohnimmobilien werden auch vererbt und kommen gar nicht auf den Markt.» Ein weiterer Grund für die starken Preisanstiege sei in der zu tiefen Neubautätigkeit im Vergleich zur Nachfrage zu finden, sagt Weinert. «Dies hängt auch mit fehlenden Baulandreserven zusammen.»

■ **Gestiegene Nachfrage aufgrund der niedrigen Zinsen.** Zudem ist die Nachfrage nach Wohneigentum in der Schweiz aufgrund der niedrigeren Zinsen in letzter Zeit gestiegen. Seit den Höchstständen von 2023 sind die Zinssätze von Geldmarkthypotheken bis März dieses Jahres um 1,5 Prozentpunkte und für zehnjährige Festhypotheken um 1,35 Prozentpunkte gefallen. Das durchschnittliche Niveau der Hypothekarzinsen liege nur noch 0,25 beziehungsweise 0,7 Prozentpunkte oberhalb des Rekordtiefs von 2021, heisst es in der Analyse.

■ **Höhere Mieten machen Kauf von Wohneigentum attraktiv.** Auch die Aussichten auf steigende Mieterträge macht den Kauf von Immobilien aussichtsreich – was wiederum für eine starke Nachfrage spricht. Laut einer Ende März dieses Jahres publizierten Studie des Beratungsunternehmens Iazi haben die Mieten für Wohnimmobilien in der Schweiz 2024 so stark zugelegt wie nie in den letzten zwanzig Jahren. Sie legten im Median um 4,5 Prozent zu. Als einer der Gründe hierfür gilt die zweimalige Anhebung des hypothekarischen Referenzzinssatzes, die im Jahr 2024 mit Verzögerung spürbar wurde.

■ **Preisdynamik könnte sich verstärken.** Die UBS-Ökonomen rechnen damit, dass sich Eigentumswohnungen 2025 aufgrund der genannten Faktoren um rund 3 Prozent verteuern dürften. Auch Weinert rechnet damit, dass die Preise für Wohneigentum vorerst weiter steigen. «Die jüngst wieder gesunkenen Zinsen reduzieren die Finanzierungskosten, weshalb sich die Nachfrage wieder dynamischer entwickelt.» Zudem hätten sich für viele Haushalte die Vermögen im letzten Jahr sehr positiv entwickelt. «Gleichzeitig ist das Angebot weiter sehr dünn.»

Veranstaltungen

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch

Fr 04. Apr., 19.00, Opernhaus

Das grosse Feuer

Oper von Beat Furrer

Sa 05. Apr., 19.00, Opernhaus

Autographs

Choreografien von Crystal Pite, Wayne McGregor und Wiliam Forsythe

So 06. Apr., 14.00, Opernhaus

Autographs

Choreografien von Crystal Pite, Wayne McGregor und Wiliam Forsythe

20.00, Opernhaus

Das grosse Feuer

Oper von Beat Furrer

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 268 77 77, schauspielhaus.ch

Fr 04. Apr., 19.00, Schiffbau-Box. Unboxing

20.00, Pfauen. Romeo & Julia

Sa 05. Apr., 20.00, Schiffbau-Matchbox

Halluzinationen. 20.00, Pfauen. Die Vögel

So 06. Apr., 13.00, Pfauen-Foyer. #Byebitch

Matinée. 16.00, Schiffbau-Matchbox

Halluzinationen. 16.00, Pfauen. Die kleine Meerjungfrau. 17.00, Pfauen-Kammer

#Byebitch

THEATER AM HECHTPLATZ

044 416 16 16, theaterhechtplatz.ch

Mi 09.- So 13. Apr., Mi-Sa 19.30 & So 18.00

Riklin & Schaub

THEATER RIGIBLICK

044 361 80 51, theater-rigiblick.ch

Fr 04. Apr., 20.00. Fahrtheit 451 - Ray Bradbury meets Radiohead mit Alexandre Pelichet, Sarah Kappeler, Daniel Rohr, u.a.

So 06. Apr., 18.00. Tribute to Monty Python mit Sebastian Krähenbühl, Alexandre Pelichet, Adrian Furrer, Rolf Sommer, Peter Hottinger, u.a.

Mo 07. Apr., 20.00. Adolf Muschg „Nicht mein Leben“ Lesung: Adolf Muschg;

Musikalische Umrahmung: Eriko Kagawa am Klavier

KONZERT

DER GEMISCHTE CHOR ZÜRICH

gemischter-chor.ch

Do 17. Apr., 19.30 / Fr 18. Apr., 16.00, Tonhalle Zürich. J. S. Bach: Matthäus-Passion

Sophie Klussmann, Marie-Claude Chappuis, Manuel Günther, Benjamin Glaubitz, Tobias Schabel, Simon Robinson; Junge Stimmen Konservatorium Winterthur; Tonhalle-Orchester, Leitung: Joachim Krause, Tel. 044 206 34 34

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

Do 03. / Fr 04. Apr., 19.30, TZ

Eva Ollikainen Leitung

Hakan Hardenberger Trompete

Wagner, Widmann, Thorvaldsdottir, Sibelius

So 06. Apr., 11.15, TZ

Literatur und Musik

Anna Schudt, Lesung; Musiker*innen des TOZ; Ulrike-Verena Habel, Cembalo; Anna Thorvaldsdottir, Einführung

Thorvaldsdottir, Isländische Sagas

So 06. Apr., 17.00, TZ

Kosmos Kammermusik Igudesman & Joo

«CODA – The Final Nightmare Music»

ENSEMBLE RIPIENO

marcoamherd.com

Sa 12. Apr., 18.00, Martinskirche Basel

So 13. Apr., 17.00, Neumünster Zürich

J. S. Bach: Matthäus-Passion

historisch und aktuell | Kulturticket.ch

LUZERNER SINFONIEORCHESTER

041 226 05 15 / sinfonieorchester.ch

Mi 09. & Do 10. Apr., 19.30 KKL Luzern

Rudolf Buchbinder spielt Brahms

Sa 26. Apr., 19.30, KKL Luzern

Rezital Khatia Buniatishvili: Chopin, Schubert u.a.

ORCHESTERVEREIN ZÜRICH OVZ

www.ovz.ch

So 06. Apr., 17.00, Konservatorium Zürich

Mo 07. Apr., 20.00, Ref. Kirche Erlenbach

JUGEND MEETS TRADITION

Der OVZ spielt unter der Leitung von David Bruchez-Lalli, Werke von R. Strauss, Bläserserenade Op. 7

Lv.Beethoven, Sinfonie Nr. 6 Pastorale

A. Glasunow, Konzert für Altsaxophon mit dem Solisten Flaviano Alder (1. Preisträger des schweiz. Jugendmusikwettbewerbs)

MUSIKPODIUM

044 412 34 23, stadt-zuerich.ch/kultur

Sa 05. Apr., 19.30, Kunstraum Walcheturm

La grande bouffe Performance-Essen mit

Nouvel Ensemble Contemporain

ZÜRCHER KAMMERORCHESTER

+41 44 562 58 00, zko.ch

Sa 05. Apr., 19.30, Kirche Neumünster

Hallyu Goes Classic

Werke von Dvořák, Yun, Schumann, Tschaikowsky und Hertenstein;

VA: Swiss-Korean-Cultural Association in Kooperation mit Museum Rietberg

Do 10. Apr., 19.30, ZKO-Haus

Feder und Bogen: Khalil Gibran

Literatur & Musik mit Thomas Douglas;

Werke u.a. von Khoury, El-Masri u. Hakim

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung: kulturmagnet.live

Sinne schärfen
– hellhörig

Die gedämmten Glocken der Altstadtkirchen laden zum Innehalten ein

- Ab Sa., 5.4. bis Karsamstag, 19.4.
- Grossmünster | Fraumünster | St. Peter | Predigerkirche | Augustinerkirche

Konzert und Glockenspaziergang

- Sa., 5.4. | 19 Uhr
- Fraumünster

Nach dem Percussionskonzert: Spaziergang durch die Altstadt zu den «summanden» Glocken | Kollekte

Gottesdienste, Vespern und Feiern zu Palmsonntag, Karfreitag und Ostern

Passionsandachten in der Karwoche

- jeweils um 19 Uhr
- Mo., 14.4. Grossmünster
- Di., 15.4. Fraumünster
- Mi., 16.4. St. Peter zu Gast im Fraumünster
- Do., 17.4. Predigerkirche

Sa., 5.4. bis Mo., 21.4.25

Sternschnuppe über Mittag

- Do., 17.4. | 12.15 Uhr
- Augustinerkirche

Peter Conradin Zumthor spielt das «Zumthor Solo» mit schweisstreibenden Rotationsbeats und abgründigen Gong-Balladen | Kollekte

Ökumenischer Kreuzweg

- Fr., 18.4. | 12 Uhr
- Start in der Augustinerkirche am Münzplatz

Musik am Karfreitag

- Fr., 18.4. | 15 Uhr
- Fraumünster
- Musica dolorosa zur Sterbestunde

Freier Eintritt (Reservation erforderlich): musikimfraumuenster.ch

- Grossmünster
- J.S. Bach «Johannes-Passion» BWV 245

Vorverkauf und Information: kantorat.ch

Türöffnung / Konzertkasse ab 14 Uhr

Ostersonntag: Volles Glockengeläut aller Altstadtkirchen

- So., 20.4. | 9.45 Uhr

reformierte kirche zürich

CHRISTKATHOLISCHE KIRCHGEMEINDE ZÜRICH

ALTSTADT KIRCHEN

zürcher
anwaltsverband

Einladung zum öffentlichen Podium

Mieten und Vermieten – ohne Streit

Was sollten Mietende und Vermietende über das Mietrecht wissen?
Wer muss Reparaturen an Mietsachen bezahlen?
Wie muss ich bei einem Mangel an der Mietsache vorgehen?
Wie setzt sich der Mietzins zusammen?
Was kann ich tun, wenn sich der Mietzins ändert?
Wie kündige ich einen Mietvertrag korrekt?
Was muss ich bei einem vorzeitigen Auszug beachten?

Teilnahme gratis, Anmeldung nicht erforderlich.

Dienstag, 15. April 2025, 18 Uhr

Casinotheater Winterthur, Festsaal im 2. Stock

Stadthausstrasse 119, Winterthur

Mittwoch, 16. April 2025, 18 Uhr

Careum Auditorium

Pestalozzistrasse 11, 8032 Zürich (Tramhaltestelle «Platte»)

Zürcher Anwaltsverband

T 044 211 51 81, sekretariat@zav.ch, www.zav.ch

www.advonaut.ch

Der Online-Vermittlungsservice des Zürcher Anwaltsverbands

SWISS CHAMBER CONCERTS

Dienstag, 8. April 2025

19.30 Uhr

Helferei Grossmünster, Zürich

ECHO HOLLIGER

MOZART, MARTIN, HOLLIGER UA, HUBER EA

SWISS CHAMBER SOLOISTS:

Juliane Banse Sopran / Conrad Steinmann Blockflöte

Felix Renggli Flöte / Heinz Holliger Oboe

Irene Abrigo Violine / Jürg Dähler Violine und Viola

Daniel Haefliger Violoncello / Anton Kernjak Klavier

INFO: www.swisschamberconcerts.ch

KARTEN: zurich@swisschamberconcerts.ch

KASSE: ab 18.30 Uhr

LUCERNE FESTIVAL

FRÜHLINGS-FEST

11. – 13.04.2025

Lucerne Festival Orchestra

Rafael Payare

Franz Welser-Möst

Mao Fujita

Alexander Malofeev

lucernefestival.ch

BEETHOVEN IM KKL LUZERN

Hauptsponsor

Jörg G. Bucherer-Stiftung

Obi will das Feld nicht der Konkurrenz überlassen

Der Firmenchef Sebastian Gundel sagt, was sich mit der Übernahme der Baumärkte von der Migros ändert

RENATO SCHATZ, DIETER BACHMANN

Eine App hat Sebastian Gundel immer offen: jene mit dem 16-Tage-Wetter-Trend. Gundel ist Chef der deutschen Obi-Gruppe mit über 600 Baumärkten in zehn europäischen Ländern. Er weiss: Seine Firma macht in den Monaten März, April und Mai 35 bis 40 Prozent ihres Umsatzes. Schlechtes Wetter heisst tieferer Umsatz. «Ich bin froh, dass es von Zürich über Berlin bis nach Warschau 17 Grad sind.»

Gundel ist gerade in der Schweiz, weil Obi diese Woche von der Migros die Kontrolle über die Baumärkte übernommen hat. Bisher führte der Schweizer Detailhändler diese als Franchise. Von jetzt an verantwortet die Zentrale die zehn Märkte und eine Filiale, die noch im Bau ist, direkt. Zudem hat sich Gundel noch die zwei grössten Geschäfte der Migros-Tochter Do it + Garden gesichert. Wirklich eine Wahl hatte Gundel nicht: «Die Alternative wäre gewesen, dass ein Konkurrent die Märkte übernommen hätte. Aber es war keine Option für uns, das Land zu verlieren.»

Schweizer basteln gerne

Ändern wird sich zunächst einmal wenig. Sämtliche 650 Mitarbeitenden haben dem neuen Arbeitsvertrag bei der Obi-Gruppe zugestimmt. Der Lohn bleibt vorderhand gleich. Gundel will aber nach und nach das Sortiment anpassen. Er sagt: «Die Schweizer basteln lieber als die Deutschen.» Entsprechend wird Obi die Kreativ- und Deko-Abteilung ausbauen, wie sie bei anderen Anbietern bereits besteht – aber auch das Bauzubehör und das Handwerker-Geschäft.

Ein weiterer Unterschied zu Deutschland: «Schweizer lassen auch gerne mal den Handwerker kommen.» Im Branchen-Slang spricht man von Do-it-forme – im Gegensatz zu Do-it-yourself. Im Heimwerkerland Deutschland ist der Anteil der Arbeiten, welche sich die Leute selber zutrauen, deutlich höher. In der Schweiz greifen die Konsumenten weniger zum Werkzeug, engagieren also öfters einen Fachmann. Obi möchte deshalb vermehrt mit Partnerfirmen zusammenarbeiten. Diese verbauen dann der Kundschaft zum Beispiel den gekauften Pool.



Sebastian Gundel ist seit 2022 CEO der Obi-Gruppe.

PD

Klar ist, dass sich die Betreiber von Baumärkten etwas einfallen lassen müssen. Denn auch Heimwerker kaufen heute im Internet ein. Der Migros-eigene Online-Händler Galaxus krönte sich vor zwei Jahren selbst zum grössten Baumarkt in der Schweiz und pries ein Sortiment von 500 000 Produkten an. Zum Vergleich: Ein durchschnitt-

licher Obi-Markt verfügt über 40 000 bis 60 000 Artikel.

Mit chinesischen Online-Plattformen wie Temu ist weitere Konkurrenz erwachsen, wo Akku-Schrauber für unter 10 Franken bestellt werden können. Gundel sagt, die «Tiefpreis-Produktschwemme aus Asien» sei tatsächlich ein Problem. Gerade solche Geräte kauften viele im

Netz, denn sie seien überall vergleich- und verfügbar. «Aber die «Dreckig-schmutzig-schwer-Produkte» kauft niemand im Online-Handel, die holt man noch immer im Baumarkt ab.» Will heissen: Pflanzen, Zement, Spanplatten oder Steine.

Aber das alleine reicht noch nicht, um den Betrieb eines ganzen Markts zu rechtfertigen. Das Coronavirus hatte dafür gesorgt, dass die Leute statt in Ferien in den Hausumbau oder in die Verschö-

«Die Stärke des Baumarktes bedeutet für die meisten Leute immer noch: Ich fahre hin, und ich finde alles.»

Sebastian Gundel
Obi-CEO

nerung des Gartens investiert haben. Doch diese «Sonderkonjunktur», wie Gundel sie nennt, ist schon länger vorbei. Der Manager sieht einen Verdrängungswettbewerb in der Branche, weil die Umsätze nicht steigen, die Fixkosten aber schon. Er rechnet deshalb mit einer Marktvereinigung.

Die Umsätze sinken

2024 hat der Schweizer Do-it-yourself-Handel ein Umsatzvolumen von über drei Milliarden Franken erreicht. Die Marktentwicklung war aber das dritte Jahr in Folge negativ. Ins Bild passt, dass die Migros ausser für die beiden grössten «Do it + Garden»-Filialen keinen Käufer gefunden hat. Mit der Schliessung der restlichen 31 Läden fällt jetzt zwar ein Mitspieler weg. Inwieweit Obi dadurch Kunden gewinnt, ist allerdings fraglich.

Denn die Migros hatte ihre Do-it-Geschäfte in der Regel nicht in die Nähe der – bis im März von ihr selber betriebenen – Obi-Märkte gestellt, um diese nicht zu kannibalisieren. Gut möglich, dass Konkurrenten wie die Coop-

Tochter Jumbo, Landi oder andere Baumärkte stärker profitieren.

Auch nach dem Verschwinden der Do-it-Filialen stellt sich die Frage, ob es in der Schweiz zu viele Baumärkte gibt. Zwar hat Landi mit deutlich kleineren Läden diese seit 2015 von über 300 auf 270 reduziert. Die Akteure mit den grossflächigen Märkten haben hingegen die Anzahl Läden erhöht. Obi wird bald drei Filialen mehr haben als vor zehn Jahren. Hornbach hat seit 2015 zwei, Bauhaus einen Laden dazu gebaut.

Beratung von zu Hause aus

Ein Obi-Markt hat durchschnittlich 10 000 Quadratmeter. An der Grösse der Filialen soll sich vorerst nichts ändern, sagt Gundel. Er kann sich aber vorstellen, den Platz künftig anders zu nutzen. «Statt 20 Parkettböden anzubieten und von jedem 50 an Lager zu haben, könnten wir auch 50 Parkettböden zeigen, die wir vielleicht nicht in grossen Mengen an Lager haben, aber bestellbar sind.»

Aber Gundel sagt auch: «Die Stärke des Baumarktes bedeutet für die meisten Leute immer noch: Ich fahre hin, und ich finde alles.» Alles ausser das Personal, denkt sich wohl manch ein Kunde. «Da ist etwas Wahres dran», sagt Gundel. Entschärfen will Obi das Problem mit einer App, welche die Kundschaft mit den Angestellten in der Filiale verbindet. Damit wären zu Hause eine Fortsetzung des Ladengesprächs oder Videoberatungen möglich. Welche Bedeutung solche Lösungen dereinst haben werden, ist unklar. Bei anderen Fachhändlern hielt sich der Erfolg bisher in Grenzen.

Gundels Ziel jedenfalls ist klar: Die Obi-Gruppe will weiter wachsen. Noch sind die Deutschen hierzulande grössenmässig weit von Jumbo entfernt, die nach einem Rückgang im Jahr 2024 noch eine Milliarde umgesetzt hat. Die zehn Schweizer Obi-Märkte kamen derweil auf 213 Millionen Franken, also rund 20 Millionen Franken pro Filiale. Mit den drei neuen Läden dürfte der Umsatz bei etwa 260 Millionen Franken landen. Das Ziel: 300 Millionen. Was stets hilft: gutes Wetter. Gundel weiss es mit 16 Tagen Vorlauf.

Revolut hat eine Million Schweizer Kunden

Die Digitalbank ist im Hoch, sorgt aber mit ihrem offensiven Marketing auch für Ärger

BEATRICE BÖSIGER

Mit der Digitalisierung tun sich die etablierten Banken in der Schweiz schwer. Jüngstes Beispiel ist Raiffeisen Schweiz. Die Bank hat am Donnerstag bekanntgegeben, dass die Entwicklung der eigenen App nun definitiv abgebrochen wird. Ein teurer Entscheid: Auf 47 Millionen Franken beziffert die Bank die dadurch entstandenen Kosten.

Dabei besteht hierzulande ein Bedarf nach digitalen Bankdienstleistungen. «Sämtliche Neobanken in der Schweiz sind im vergangenen Jahr gewachsen», sagt Julius Kirscheneder, Mitgründer der Digitalbank Neon. Unangefochtener Spitzenreiter ist Revolut. Das Fintech aus Grossbritannien hat diese Woche bekanntgegeben, dass es die Marke von einer Million Privatkunden in der Schweiz überschritten habe. Damit liegt Revolut deutlich vor Schweizer Anbietern wie Yuh mit 300 000 und Neon mit 240 000 Kunden.

Hauptbank für Kunden werden

Der Vorsprung verwundert wenig: Revolut startete bereits Ende 2017 in der Schweiz und war damals als erste App einer Digitalbank hierzulande auf dem Markt. Weltweit zählt Revolut gemäss eigenen Angaben mittlerweile mehr als 50 Millionen Kunden. Doch es gibt auch Skepsis gegenüber den von Revolut

kommunizierten Kundenzahlen. Laut Kirscheneder ist hier ein genauer Blick sinnvoll. Doch falls es sich um vergleichbare, vollwertige Bankkontobeziehungen handle, sei das Wachstum des letzten Jahres bemerkenswert.

Bei Revolut gilt als Privatkunde, wer die App heruntergeladen, sich registriert und den Verifizierungsprozess durchlaufen hat. Deutlich mehr als die Hälfte der Kunden seien tatsächlich mindestens einmal pro Monat aktiv, sagt Julian Biegmann, General Manager von Revolut Schweiz. Neon verweist auf 75 Prozent ihrer Kunden, die einmal pro Monat die Dienstleistungen aktiv nutzen.

Für Revolut ist die Schweiz ein wichtiger Markt. Einen Teil der Erträge erwirtschaftet sie auch mit kostenpflichtigen Abos. Wie hoch dieser Anteil hierzulande ist, gibt Revolut nicht bekannt. Die Schweiz gehöre jedoch zu den fünf Märkten mit der höchsten Anzahl an kostenpflichtigen Abos. Die Neobank will kräftig weiterwachsen. Ziel ist es, in der Schweiz 250 000 neue Kunden pro Jahr zu gewinnen. «Für Kunden in der Schweiz wollen wir die Hauptbank werden», sagt Biegmann. Dazu will die Bank neue Produkte anbieten, etwa Rechnungen mit QR-Code, Gemeinschaftskonten oder E-Bill. Noch in der Testphase befindet sich die Einführung von ETF-Sparplänen.

Dazu hat sich die Digitalbank im vergangenen Jahr in der Schweiz neu auf-

gestellt. Im Handelsregister wurde die Revolut Schweiz AG eingetragen. Zudem eröffnete die Revolut Bank UAB aus Litauen in der Schweiz eine Vertretung, mit Bewilligung der Finanzmarktaufsicht (Finma). Um die neuen Angebote nutzen zu können, werden bestehende Kunden aufgefordert, zur litauischen Bank zu wechseln. Bislang diene ein Konto bei der Credit Suisse als Sammelkonto für die Revolut-Kunden in der Schweiz.

Falsche Tatsachen vorgegaukelt

Doch der Weg dahin ist noch weit. Die Nutzung von Revolut als digitale Bank ist durch die neue Organisation nicht einfacher geworden. Mit ihrem offensiven Marketing hat sie zudem viele Kunden verärgert. Revolut habe ihnen offenbar falsche Tatsachen vorgegaukelt, lauten Nutzerkommentare auf dem Online-Portal Reddit. So hatte die Digitalbank ursprünglich in Aussicht gestellt, dass Kunden bei ihrem Wechsel zur litauischen Bank eine eigene, persönliche Schweizer IBAN-Nummer erhalten würden.

Diese erwiesen sich dann als sogenannte virtuelle IBAN-Nummern. Diese werden zwar jedem Kunden einzeln zugeordnet. Dahinter liegt jedoch ein übergeordnetes Konto, das von der Revolut Bank UAB in Litauen gehalten wird. Wer eine Überweisung tätigen will, muss beim Überweisungszweck

nach wie vor seinen Namen angeben. Als Begünstigter erscheint die Revolut Bank UAB in Litauen. Abgewickelt werden die Zahlungen in der Schweiz über die Postfinance. Diese will sich auf Anfrage der NZZ nicht zu Kundenbeziehungen äussern.

Revolut sagt, dass es mit Blick auf die virtuellen Schweizer IBAN in der Kommunikation mit den Kunden einzeln zu Missverständnissen gekommen sei. Diese sei in der Zwischenzeit angepasst worden. Biegmann räumt jedoch ein, dass die Nutzerfreundlichkeit noch verbessert werden könne. Doch um ihren Kunden eigene IBAN-Nummern vergeben zu können, braucht Revolut Zugang zum Schweizer Clearingsystem. Das ist ohne Banklizenz nicht möglich. Es gibt Gerüchte, dass Revolut eine beantragt hat. Biegmann will diese nicht kommentieren.

Um einen Wechsel werden Revolut-Kunden jedoch nicht herumkommen. Ende Juni läuft die Zusammenarbeit zwischen Revolut und der UBS ab, auf die das CS-Konto der Digitalbank bisher lief. Ab dann können Kunden der Digitalbank, die den Wechsel nicht vollzogen haben, keine inländischen Banküberweisungen mehr auf ihr Revolut-Konto tätigen. Andere Überweisungsoptionen sind gemäss Angaben von Revolut jedoch nicht betroffen. Bis Ende Jahr sollte das bestehende Konto wie gewohnt funktionieren.

IN KÜRZE

Überraschender Wechsel an der Spitze von Puma

lbs./ (Reuters) · Der Sportartikelhersteller Puma tauscht überraschend seinen Vorstandschef aus. Arne Freundt tritt nach nur zweieinhalb Jahren ab, als sein Nachfolger wurde Arthur Hoeld ernannt, ehemals globaler Vertriebschef bei Adidas. Der Führungswechsel soll zum 1. Juli erfolgen. Grund seien laut Puma «unterschiedliche Auffassungen über die Umsetzung der Strategie», wie es in einer Mitteilung des Unternehmens heisst. Die Ankündigung des Führungswechsels kam zeitgleich mit einem Kursrutsch der Puma-Aktie um 10 Prozent. Zusätzlich unter Druck geraten Puma und andere Sportmarken durch neue US-Zölle auf Importe aus Asien.

VW investiert in Argentinien

lbs./ (dpa) · Der deutsche VW-Konzern investiert 580 Millionen US-Dollar in sein Werk im argentinischen Pacheco bei Buenos Aires, um dort ab 2027 eine neue Generation des Pick-ups «Amarok» zu bauen. Das Modell soll exklusiv für den südamerikanischen Markt entwickelt, gestaltet und produziert werden. Die Investition stärke die Präsenz von VW in einer «strategisch wichtigen Region», wird der Markenchef Thomas Schäfer in einer Mitteilung des Konzerns zitiert.

NZZ

Reisen

Japan – Ästhetik als Bestandteil des Lebens

Buchung und Information:
+41 61 308 33 05
cotravel@cotravel.ch, reisen.nzz.ch

Reisepartner:
cotravel



Datum:
19. November bis 3. Dezember 2025

Teilnehmer/innen: mind. 15, max. 25 Personen

Preis: Fr. 15 950.– (EZ-Zuschlag Fr. 3650.–)

Ihre Begleitung:
Thomas Stalder



Nach dem Publizistik-Studium in Zürich arbeitete Thomas Stalder beim Privatrado. Bei SRF war er unter anderem für «10vor10» und die «Tageschau» tätig, bevor er 2011 nach Tokio zog und seitdem dort als freier SRF-Korrespondent und Journalist arbeitet.

Ein Land, wo der Sinn für Ästhetik tief verwurzelt und Teil des Alltagsverständnisses ist. Wo Traditionen und Philosophien das hochmodernisierte Leben auch heute noch durchwachsen und wo jedes Element mit einer sinnvollen Bedeutung versehen ist.

Tokio und Kanazawa
In der Millionen-Hauptstadt entdecken Sie alte Bonsai-Kunst, den historischen Meiji-Schrein und das traditionelle Asakusa-Viertel. Ebenso Jugend-Trends in Harajuku. Die Shinkansen-Fahrt nach Kanazawa lässt Sie auch in der Zeit zurückreisen: Es erwarten Sie die Gartenanlage Kenrokuen, ein Meister der Blattgold-Verarbeitung und ein entrücktes Dorf mit typischen Strohdächern.

Eine Burg, zwei Inseln und über 100 Tempel
Im heiligen Tempelbezirk Koyasan finden Sie sich im bergigen Zentrum des Shingon-Buddhismus wieder und übernachten in einem Tempel. Nach einer Zen-Meditation entdecken Sie im weltgrössten Holzgebäude, dem Todaiji-Tempel, Naras 14 Meter hohen Bronze-Buddha. Neben der weissen Himeji-Burg – eine der landesschönsten und Unesco-Welterbe – besuchen Sie die «Schrein-Insel» Miyajima, berühmt für ihre handzahmen Rehe und das im Wasser stehende, flammend rote Torii. In Hiroshima beschäftigen Sie sich im Peace Memorial Museum mit den historischen Ereignissen von 1945. Eine besondere Übernachtung folgt auf der Naoshima-Museuminsel – diese zeigt sich als Hotspot zeitgenössischer Kunst und Architektur.

Alte Machtzentren und Blick in die Zukunft
In der alten Kaiserstadt Kyoto besichtigen Sie weltberühmte Bauten wie den Goldenen Pavillon, führen Gespräche mit einem Architekten und einem Sake-Meister und spazieren durch den endlosen Arashiyama-Bambushain.



NZZ

Live

Montag,
7. April 2025
19.30 – 21.00 Uhr

Bernhard Theater,
Zürich

Tickets und
Informationen:
nzz.ch/live
+41 44 258 13 81



Zwischen Welten: Negah Amiri über Comedy, Klischees und Kultur

Negah Amiri, die deutsche Comedienne mit iranischen Wurzeln, bringt ihre Geschichte zwischen kultureller Entwurzelung und Integration mit viel Humor auf die Bühne. Wie gelingt es ihr diese Themen mit federleichtem Humor zu vermitteln? Dieser und weiteren Fragen geht NZZ-Redaktorin Leonie Charlotte Wagner im Gespräch mit Negah Amiri nach. Doch es soll nicht nur geredet werden, sondern auch eine Kostprobe geben – eine künstlerische Darbietung ganz im Stil eines Unplugged.

Teilnehmende:
Negah Amiri,
Stand-up-Comedienne

Moderation:
Leonie Charlotte Wagner,
NZZ-Redaktorin



© Peter Emig

«Tüğ i dì, con amoranza, smètiga
e basgiòléga, tand da destrégass
quant da imbasgiaa insèma cat’coss
et novento, cor vall, per er vall.»

Kauderwelsch? Nur wenn
man nicht richtig hinhört.
Wir engagieren uns für eine
belebte Bergwelt.

berghilfe.ch



Schweizer
Berghilfe





KAJAK

Diese Kajakfahrt, bei der ich von einem Auto gezogen wurde, fand dem Binnenkanal entlang statt. Sie war eigentlich als Probe gedacht für die Fahrt, die ich später in Island gemacht habe. Während der Fahrt kam es dann zu dieser überraschenden Begegnung mit der Kuhherde, die den Kajak wie wild verfolgte. Die Kühe beobachteten die Vorbeifahrt des Kajaks mit einer Mischung aus grosser Neugierde und Entsetzen.

Aufnahmeort: Rheintal, Kanton St. Gallen, 2000, Videostills: Tomasz Rogowiec



Nachhaltigkeit ist zu kompliziert? Nicht mit uns.

Sustainable Switzerland ist die Plattform für Nachhaltigkeit in der Schweiz – eine Initiative des Unternehmens NZZ mit starken Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft. Wir vernetzen Akteure, geben Lösungen eine Plattform und ordnen Fragen ein. Werden Sie jetzt Teil.

Neugierig? Sprechen Sie mit uns.
→ info@sustainableswitzerland.ch

So wirken Sie mit

Entrepreneurs Club

Werden Sie Mitglied unserer einzigartigen Austauschplattform für Unternehmen.



**25% Rabatt
auf Mitgliedschaft**

Code «SEC25»
bei Kontakt angeben.
Gültig bis 30.06.25

Know-how

Informiert bleiben, eigene Best Practices veröffentlichen oder Unternehmenslösungen finden.



NZZ

Shop

shop@nzz.ch
+41 44 258 13 83



**Zeitlose Eleganz
trifft Exklusivität
- limitierte NZZ-
Edition mit Gravur.**

Die Artelier S ist eine elegante Uhr mit einem raffinierten schwarzen Zifferblatt, untergebracht in einem 38-mm-Gehäuse. Sie verkörpert die Oris-Philosophie eines zurückhaltenden Designs und ist mit dem Automatikwerk Kaliber 733 ausgestattet: die zeitlose Artelier von ihrer besten Seite. Zum ersten Mal jedoch hat die Uhr eine metallische Unterseite mit NZZ-Logo und Nummerierung.

Mehrteiliges Edelstahlgehäuse Ø 38 mm, Saphirglas mit schwarzem Zifferblatt, beidseitig gewölbt, Innenseite entspiegelt, metallische Unterseite mit NZZ-Logo und Nummerierung, Lederarmband, limitiert auf 20 Stück, nummeriert, *Oris SA*.

Preis: CHF 2100.-* / CHF 2400.-

*Sonderpreise für Abonnentinnen und Abonnenten



limitiert auf
20 Stück



Am Wochenende in der «NZZ am Sonntag»

Der Wert der Freundschaft

Gehen Sie gemeinsam auf Reisen! Muten Sie Ihren Freunden Ihre Schwächen zu: 13 Experten geben Tipps, wie Sie Ihre wahren Freundschaften erhalten können.

Trainingslager für den guten Schlaf

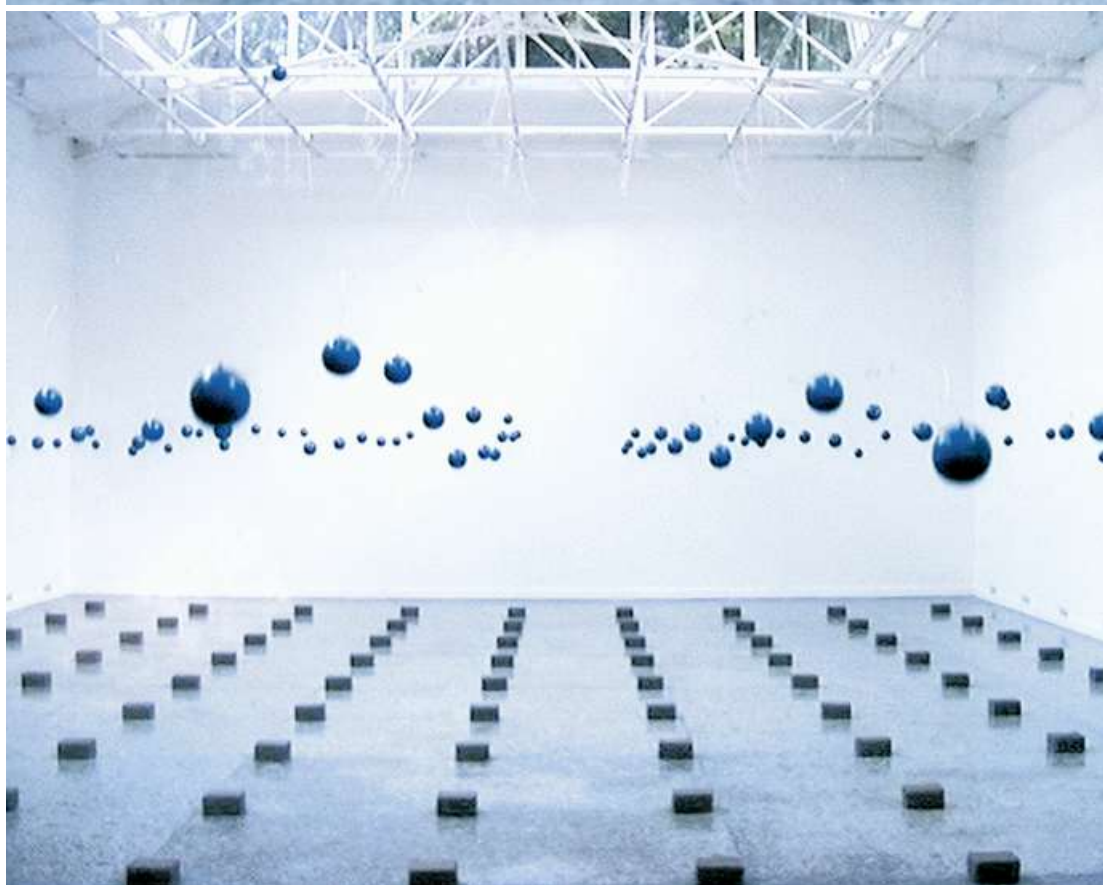
Schlafstörungen sind längst eine Volkskrankheit und ähnlich verbreitet wie Bluthochdruck. Forschung zeigt: Wir können beeinflussen, ob wir lange wach liegen oder schnell ins Land der Träume abtauchen.



3 Monate
lesen
1 Monat
bezahlen

Für mehr Lesegenuss entdecken Sie jetzt unsere Probeabos unter go.nzz.ch/wochenende1
Einfach scannen und Abo auswählen





GLEICHZEITIG

117 schwere Eisenkugeln von je drei Kilogramm Gewicht waren an dünnen Schnüren an der Decke des Raumes aufgehängt. Jede Halteschnur war mit einem elektrischen Zünder versehen. Ein Zündfunke reichte aus, um die dünnen Nylonschnüre durchzubrennen. Die Kugeln fielen gleichzeitig herunter in die genau darunter liegenden, feuchten Tonklötze.

Aufnahmeort: Schweizer Pavillon, Biennale Venedig, 1999, Venedig (I), Videostills: Aufdi Aufdermauer, Aleksandra Signer

Der Homo sapiens irrt

César Keiser hat die Kabarettkultur mit scharfsinnigem Witz beeinflusst. Heute wäre er hundert geworden

UELI BERNAYS

César Keiser: was für ein Name! Man denkt gleich an einen Kaiser und an Cäsar. Und das Majestätische passt. Er war eine imposante Figur, dieser Kabarettist. Schlank, hochgewachsen und stets tipptopp gekleidet mit Hemd, Gilet und Krawatte, schmückte er sein Haupt mit buschigem Haar, Bart und wuchernden Koteletten. Seine Erscheinung zeugte von Selbstbewusstsein, wenn nicht gar von Eitelkeit. Und er erinnerte etwas an einen ehrwürdigen Kaufmann oder einen politischen Amtsträger, wenn er sich mit sonorer Stimme und kräftiger Basler Artikulation an sein Publikum wandte.

Freilich hatte er einen ganz anderen Hintergrund und eine künstlerische Berufung. Am 4. April 1925 geboren und eigentlich Hanspeter getauft, wurde er nach der Matura zuerst Zeichnungslehrer. Überdies spielte er damals als Schlagzeuger in diversen Jazzformationen. Als Gelegenheitskomiker gründete er 1946 das Cabaret Kikeriki. 1951 trat er dem Cabaret Fédéral bei, wo er seine spätere Frau und Bühnenpartnerin Margrit Läubli kennenlernte. Mit ihr sollte er fortan in zahlreichen Programmen im Zürcher Hechtplatztheater auftreten.

Scheitern und Scherzen

Cesar «Cés» Keiser war eigentlich ein Bohémien. Sein Humor jedoch hatte eine bürgerliche Komponente. Seine Witze waren Entladungen im Spannungsfeld gutschweizerischer Contenance und der Ansprüche der modernen Welt, mit der sich die Psyche alltäglich konfrontiert sieht. Je souveräner er wirkte, der Mann im Anzug, desto lustiger sein Scheitern, das sich im Stottern und Seufzen ausdrückte.

Man verstand, dass sich dieser Kabarettist nicht einfach nur über andere lustig machen wollte, sondern zunächst über sich selbst – zumindest jedenfalls über seine Bühnenfiguren. Aber natürlich konnte sich das Publikum mit ihm identifizieren, wenn seine Psyche den Tücken des Lebens nicht mehr gewachsen war.

Das Verhältnis zwischen Wirklichkeit und Wörtern erfordert höchste Konzentration, manchmal spannen Kopf und Sprache nicht immer zusammen. Zum Beispiel, wenn einer in Bünzen bei Boswil bei der Familie Klaus zu Besuch ist und per Telefon beim örtlichen Postamt eine separate Telefonrechnung erbittet. Nie-



Die Tücken des Telefons haben César Keiser immer wieder inspiriert (hier 1993 im Zürcher Schauspielhaus).

KEYSTONE

mand scheint zuständig, von einem «Frölein» wird der Antragsteller stets an weitere Beamte weitergereicht. Und wenn er so Mal für Mal sein Anliegen formulieren sollte, geraten die Worte im Hallraum des Gehirns durcheinander. Und plötzlich wohnt der Bittsteller in Klausen im Haus von Bünzens und verlangt ein Knopfloch und eine Ferienabrechnung.

Das Telefongespräch in Bünzen bei Boswil ist wie keine andere Nummer von Cés Keiser ins kollektive Gedächtnis der Schweiz eingegangen. Das hat wohl damit zu tun, dass viele Zeitgenossen ähnliche Erfahrungen gemacht hatten. Tatsächlich geht der Sketch auf authentische Erlebnisse zurück. Denn um neue Kabarettnummern zu schreiben, hatte sich Keiser jeweils bei Freunden einquartiert, um von der Familie in Ruhe gelassen zu werden. Weil er dann aber doch täglich lange mit seiner Frau Margrit Läubli telefonierte, liess er sich eine separate Telefonrechnung ausstellen. Auf seine persönlichen Lebens-

umstände geht wohl auch Keisers berühmte Aufklärungslektion zurück: «Mi Sohn, nimm Platz!», sagt mit einladender Geste ein Vater. «Du wirsch jetzt langsam a Ma, da git's gwüssi Problem.» Es handelt sich nur um einen Probediskurs, der Vater versucht sich vorzustellen, wie er seinem Filius Sexualität und die Geburt von Kindern erklären sollte. Weil es ihm peinlich ist und er durch ein Telefongespräch abgelenkt wird, verliert er auch hier die Kontrolle über die Sprache und die Welt, so dass zuletzt Hühner die Blumen bestäuben und er abends mit Freunden keinen Jass macht, sondern ein Kind.

Lyrische Experimente mit KI

César Keisers Kabarett war weitgehend unpolitisch. Er versuchte bloss, den gesunden Menschenverstand, der noch nicht als Mainstream verschrien war, in Stellung zu bringen gegen Ideologien und Dogmen. Seine Komik liegt so gleichsam zwischen dem antifaschistischen Kaba-

rett, das in der Schweiz durch das Cabaret Cornichon vertreten war, und der zeitgenössischen Comedy-Kultur. Letztere hat er gewiss beeinflusst, auch wenn ihm Zoten und Zynismus heutiger Comedians fremd waren. Seine Pointen mögen unterdessen aber auch etwas brav wirken; nicht all seine Witze sind gleich gut gealtert. Aber es gibt Nummern, die höchst aktuell geblieben sind. In «iMerick» etwa erklärt Cés Keiser ein Programm, das er am iMac entwickelt habe – eine Software zur Formulierung von Limericks. Das Programm ist so gut, dass es dem Künstler ständig ins Wort fällt, um selbst witzige Verse zu generieren.

Und sofort denkt man heute an die Tragweite von künstlicher Intelligenz. Wird die KI die Weisheit der Menschen erweitern? Cés Keiser hätte kaum daran geglaubt, wie ein hochdeutscher Aphorismus zeigt, den er mit Läubli zusammen interpretierte: «Wer glaubt, dass der Homo einmal sapiens wird, soll es glauben. Wir glauben, er irrt.»

Denken ist keine exklusiv westliche Angelegenheit

Der Bestsellerautor Julian Baggini legt eine globale Geschichte der Philosophie vor. Und verklärt mehr, als er erklärt

GUIDO KALBERER

Es gibt verschiedene Erklärungen für die Zunahme von Populismus und Nationalismus in den westlichen Gesellschaften. Der englische Autor Julian Baggini sieht darin eine Gegenreaktion auf die «allmähliche Erosion von Zugehörigkeit» zu traditionellen Gruppen und Verbänden. Der ausgeprägte Individualismus, der die westliche Welt stark gemacht habe, untergrabe das Gemeinschaftsgefühl heute so sehr, dass er sie schwäche. Die Kultur des Westens sei aus dem Gleichgewicht geraten, ja zu westlich geworden.

In seinem neuen Buch, «Wie die Welt denkt», richtet Baggini den Blick nach Osten – in der Hoffnung, dass chinesische, japanische und indische Vorstellungen von Individuum und Gesellschaft Wege aus der Krise aufzeigen. Als ob dies nicht genug wäre, bezieht der «philosophische Journalist» bei seiner kulturkritischen Mission auch noch islamische, afrikanische und australische Modelle sozialer Interaktion mit ein. Der Untertitel seines weltumspannenden Unterfangens lautet denn auch: «Eine globale Geschichte der Philosophie».

Wer das grosse Ganze auf 400 Seiten darstellen will, muss zusammenfassen und verdichten. Auf allzu feine Unter-

schiede und Differenzierungen kann eine Gesamtschau nicht eingehen. Dass es dennoch Grenzen der Komplexitätsreduktion gibt, die nicht überschritten werden dürfen, scheint Julian Baggini nicht zu kümmern.

Er übergeht nicht nur Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West, sondern nivelliert auch Unterschiede innerhalb der östlichen Denkweisen. Seine Vogelschau, die weniger erklärt als verklärt, reiht sich ein in die lange Tradition der Bücher, die im Osten die dringend notwendige Ergänzung zum Westen sehen.

Im Dschungel der Zitate

Exemplarisch für die unzulässigen Verallgemeinerungen stehen drei pauschale Thesen, die Julian Baggini in der Mitte des Buches auf gerade einmal zehn Seiten aneinanderreihet: Das chinesische Denken differenziere nicht zwischen dem «Natürlichen und Übernatürlichen»; im afrikanischen Denken spiele die Unterscheidung zwischen dem «Materiellen und Geistigen» keine Rolle; das islamische Denken unterscheide nicht zwischen dem «Sakralen und Säkularen». Und in Indien herrsche «Einigkeit allen Seins».

Diese Ein- und Allheit des Seins finde Ausdruck in einer Philosophie

des Sowohl-als-auch, die Widersprüche nicht aus-, sondern einschliesse. Diese vermeintliche Geschlossenheit und Harmonie des Lebens und Denkens stellt Baggini dem abendländischen Individualismus und Rationalismus gegenüber, der auf einem Entweder-oder-Denken beruhe. Im Unterschied zum Weltbild des Fernen Ostens, das Religion und Philosophie nicht scharf voneinander trenne, gehörten Gegensätze zum unabdingbaren Besteck westlicher Wahrheitssuche.

Trotz den schlichten Thesen, die sich auch in Einführungen in die Weltreligionen finden, ist die Lektüre anstrengend: Denn das Buch wimmelt nur so von Zitaten. Als ob er sich seiner Sache nicht sicher wäre, lässt Julian Baggini dauernd andere Autoren und Interviewpartner zu Wort kommen. Seine schematisch-vereinheitlichende Darstellung der östlichen Denkweisen findet ihre Entsprechung in der einseitigen Charakterisierung der europäischen Philosophie: Erwähnt wird Descartes' «Cogito» und nicht etwa Heideggers Konzept des Daseins als «Mit-Sein».

Der «Siegeszug des Westens», der im einleitenden historischen Überblick erwähnt wird, ist in den Augen Julian Bagginis ins Stocken geraten. Die westliche

Kultur sei zwar nicht unterlegen, bedürfe aber des Ausgleichs durch andere mündliche und schriftliche Denktraditionen. Auf seinen Reisen in den Fernen Osten, aber auch nach Afrika und Australien scheint der Journalist fündig geworden zu sein.

Binäre Argumentation

Zu überzeugen vermag seine «Globale Geschichte der Philosophie» dennoch nicht. Der Autor populärer Sachbücher, der das binäre Denken des Westens wiederholt kritisiert hat, argumentiert selbst binär: Hier Verstand, Wissenschaft und lineare Zeit; dort Meditation, Weisheit und zyklische Zeit. So einfach ist die Sache dann doch nicht. Weder im westlichen noch im östlichen oder im afrikanischen Denken. Und dass der Westen wirklich zu westlich ist, darf mit gutem Grund bezweifelt werden. Gerade in Zeiten wie den heutigen, in denen es zentrale Werte der Aufklärung zu verteidigen gilt.

Julian Baggini: Wie die Welt denkt. Eine globale Geschichte der Philosophie. Aus dem Englischen von Frank Lachmann, Karin Schüller und Thomas Stauder. C.-H.-Beck-Verlag, München 2025. 437 S., Fr. 49.90.

Ein Bauernopfer

Der Generaldirektor von Bayerns Museen wurde entlassen

PAUL JANDL

Wenn das Wort «Unschuldsvermutung» fällt, geht es gewöhnlich um ernste Dinge. Bei einer Pressekonferenz am Mittwoch hat Markus Blume, der bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, diesen Begriff verwendet. Man prüfe, ob in den ihm unterstellten Bayerischen Staatsgemäldesammlungen (BStGS) strafrechtlich Relevantes vorgefallen sei. Es gebe Vermutungen, Hinweise und «starke Hinweise». Man prüfe das. Eine sofortige Entscheidung ist bezüglich der Leitung des grossen Museumstankers gefallen. Bernhard Maaz, seit zehn Jahren Generaldirektor, «macht den Weg frei», wie Blume sagt. Maaz ist über eine Affäre gestolpert, die vor anderthalb Monaten zuerst die «Süddeutsche Zeitung» öffentlich machte und die sich dann nach und nach vergrösserte.

Interne Dokumente wurden aus den BSStGS nach aussen gespielt, die einen äusserst bedenklichen Umgang mit Raubkunst zeigten. Bedeutende Kunstwerke, die im Verdacht stehen, den meist jüdischen Besitzern von den Nationalsozialisten abgepresst worden zu sein, wurden nur schleppend auf ihre Provenienz hin untersucht. Wenn es um die Herausgabe von Raubkunst an die Nachfahren der Opfer ging, arbeitete man mit einer Mischung aus Schlampelei und Verzögerungstaktik.

Man geht vom Schlimmsten aus

Markus Blume sagte in München, man müsse den internationalen Ruf «einer der besten und grössten Sammlungen der Welt» wiederherstellen, und er hat auch die Massnahmen dazu präsentiert. Man geht offenbar vom Schlimmsten aus. Eine ehemalige Staatsanwältin soll als vom Ministerium beauftragte «Untersuchungsführerin» die Häuser durchleuchten und prüfen, ob tatsächlich gegen Gesetze verstossen wurde.

Eine weitere Kommission, die von der renommierten Provenienzforscherin Meike Hopp geleitet werden soll, wird sich der Frage widmen, ob die Staatsgemäldesammlungen gegen die «Washingtoner Prinzipien» verstossen haben, die die Standards der Raubkunstrückgabe regeln. Auch ein deutsches Pendant, die vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste festgelegten Richtlinien, könnten möglicherweise umgangen worden sein.

Mit dieser Durchleuchtung der Museen allein ist es aber noch nicht getan. An einem runden Tisch werden sich Museumsleute und Betroffenenverbände zusammensetzen. Neuer Interimsdirektor wird Anton Biebl, bisher Münchner Kulturreferent.

Rat aus Zürich

Der Kunstminister Blume hat sich aktuelle Zahlen aus den Häusern geben lassen. Waren es laut einer vor Wochen an die Medien weitergeleiteten internen Liste im Jahr 2020 noch 200 Kunstwerke, die im Raubkunstverdacht standen und nicht final geprüft oder zurückgegeben waren, sollen es jetzt nur noch 97 sein. 116 verdächtige Werke hat man neu in die «Lost Art»-Liste eingetragen. In ihr sind Kulturgüter dokumentiert, die den Verfolgten der NS-Diktatur zwischen 1933 und 1945 entzogen wurden. Das Budget für die hausinterne Provenienzforschung soll um eine Million Euro aufgestockt werden. Dieser Betrag ist allerdings noch nicht mit dem Landtag abgesprochen.

In einer der peinlichsten Affären bayrischer Kunstbetriebe drückt man jetzt aufs Tempo. Man weiss aber auch, dass es nicht immer nur der Schnellschuss ist, der zum Ziel führt. Beim Grosseinmachen in München am Mittwoch wird die Arbeit der Bührle-Kommission in Zürich als Vorbild genannt. Die mit Raubkunst bestückte Sammlung Bührle, die auch als Leihgeber für das Kunsthaus Zürich fungiert, ist ein Problemfall erster Güte. Dafür hat man sich als Kommissionsleiter einen der Besten geholt: Raphael Gross. Er telefoniere gelegentlich spätnachts mit dem Schweizer, der gegenwärtig Präsident des Deutschen Historischen Museums in Berlin ist, sagt Markus Blume. Bayern kann guten Rat gebrauchen.

«Ich bin ein Querschläger in der Kunst, ich stehe quer zum Fluss»

Der Künstler Roman Signer ist ein poetischer Feuerwerker, dem die Polizei immer wieder auf den Fersen war. Warum sich seine Mutter für ihn geschämt hatte und wie stolz sie heute auf ihn wäre, erzählt er im Gespräch mit Roman Bucheli

Wo die Kunst aufhört und das Leben anfängt, sieht man hier kaum. Zum Gespräch empfängt Roman Signer bei sich zu Hause in St. Gallen, sein grosses Wohnhaus ist zugleich Atelier. Wir sitzen am langen Esstisch im Wohnraum, der auch Küche ist, von der wiederum eine kleine Treppe in ein Bibliothekszimmer führt, das von unten bis oben mit Büchern ausgekleidet ist. Der Esstisch ist die Fortsetzung des Ateliers im Erdgeschoss, wo Roman Signer mit Kajaks, Drohnen und Sand experimentiert. Überall liegen Papierstapel und Bücher herum. Roman Signers Frau Aleksandra beteiligt sich ganz selbstverständlich am Gespräch. Sie erweist sich auch als Zeremonienmeisterin des kreativen Chaos. Allein sie weiss, wo sich was verborgen hält. Und man merkt rasch: Im Leben des Ehepaars gibt es keine Grenze zwischen Kunst und Leben, die Kunst ist das Leben.

Herr Signer, 1978 zogen Sie bei Diepoldsau eine Sprengschnur durch den Rhein und brachten sie zur Explosion. Für wenige Augenblicke entstand eine Wasserwand. Sie nannten diese Skulptur «Quer zum Fluss». Sie ist in unserer Kunst-Ausgabe abgebildet. Kann man die Skulptur auch als ein Selbstporträt dessen betrachten, der sich gegen den Strom stellt?

Das weiss ich nicht. Fest steht nur, dass mich ein paar Jahre später jemand von der Polizei angerufen hat. Ich solle bitte auf den Polizeiposten kommen. Sie hätten da ein Buch von mir gesehen. Auf dem Posten zeigte mir der Polizist das Bild von der Sprengung und sagte: «Herr Signer, würden Sie heute so etwas machen, müsste ich Sie sofort verhaften.» Ich entgegnete dann etwas frech, dass ich die Aktion also gerade noch rechtzeitig gemacht hätte. Die Vorladung hat mir bewusstgemacht, dass die Polizei alle Bücher von mir kannte. Man wusste Bescheid.

Hatten Sie oft Scherereien mit der Polizei?

Ich hatte nie ein Problem mit der Polizei.

Aber die Polizei mit Ihnen?

Sie haben mich manchmal falsch verstanden. Es gibt aber auch andere Polizisten, das war für mich fast noch ein grösserer Schock. Am Flughafen in Zürich stand ich einmal bei der Sicherheitskontrolle einem Kantonspolizisten gegenüber. Er fragte mich streng, ob ich Roman Signer sei. «Ja», gestand ich. Dann gab er mir die Hand und sagte zu mir: «Grossartig. Ich bewundere Ihre Arbeiten. Ich habe grosse Freude an allem, was Sie tun.»

Gelegentlich erhielten Sie aber auch ganz andere Reaktionen, weniger freundliche, teilweise fast böartige.

Die Polizisten waren nicht die Schlimmsten. Die Polizei stand eigentlich immer zu mir. Einmal fuhr vor meinem Atelier ein Lastwagen vorbei, der Fahrer bremste, kurbelte das Fenster herunter und rief: «Verdammter Kommunist.»

Als Sie 1989 aus Appenzell weggingen, legten Sie eine Zündschnur bis nach St. Gallen und folgten ihr zu Fuss. Das verlief nicht ohne Zwischenfälle.

Zwei Jugendliche verübten einen kleinen Anschlag gegen die Aktion. Sie haben die Zündschnur an einer Stelle in den Bach geworfen. Sie dachten sich, dass sie verlöschen würde. Aber sie wussten nicht, dass sie auch im Wasser brennt. Ich konnte sie also einfach wieder aus dem Bach holen und weiterbrennen lassen.

Aber auch die Polizei war zur Stelle.

Ich musste zwei Kantonsgrenzen überschreiten: von Appenzell Innerrhoden nach Ausserrhoden und St. Gallen. In Innerrhoden hatte ich keine Probleme. Aber an der Kantonsgrenze zu Ausserrhoden stand breitbeinig ein Polizist. Als ich mich näherte, rief er: «Halt! Grenze. Stopp!» Das gehe hier nicht, sagte er. Ich sagte ihm, dass der Bund sowie alle betroffenen Kantone die Aktion bewilligt hätten. Sie müssten das trotzdem näher untersuchen, meinte er. Die Zündschnur aber lief weiter und weiter.

Erzählen Sie uns von Ihren Anfängen. Wie kamen Sie zur Kunst?

Ich hatte eine Lehre als Bauzeichner gemacht, aber ich wollte künstlerisch tätig sein. Also meldete ich mich für den Vorkurs an der Zürcher Kunstgewerbeschule an. Ich musste lediglich eine Aufnahmeprüfung bestehen. Nach einem Jahr bewarb ich mich mit einer Auswahl von Arbeiten an der Kunstgewerbeschule in Luzern.

Was haben Sie da eingereicht?

Ich wollte damals in die Bildhauerklassen. Ich reichte Zeichnungen von Gegenständen ein und Entwürfe für Skulpturen. Der Direktor fand das interessant, Anton Egloff, der die Bildhauerklassen leitete, meinte, es sei etwas dünn.

Harald Szeemanns Ausstellung «When Attitudes Become Form» von 1969 in Bern war für Sie ein Erweckungserlebnis. Was hatte Sie daran fasziniert?

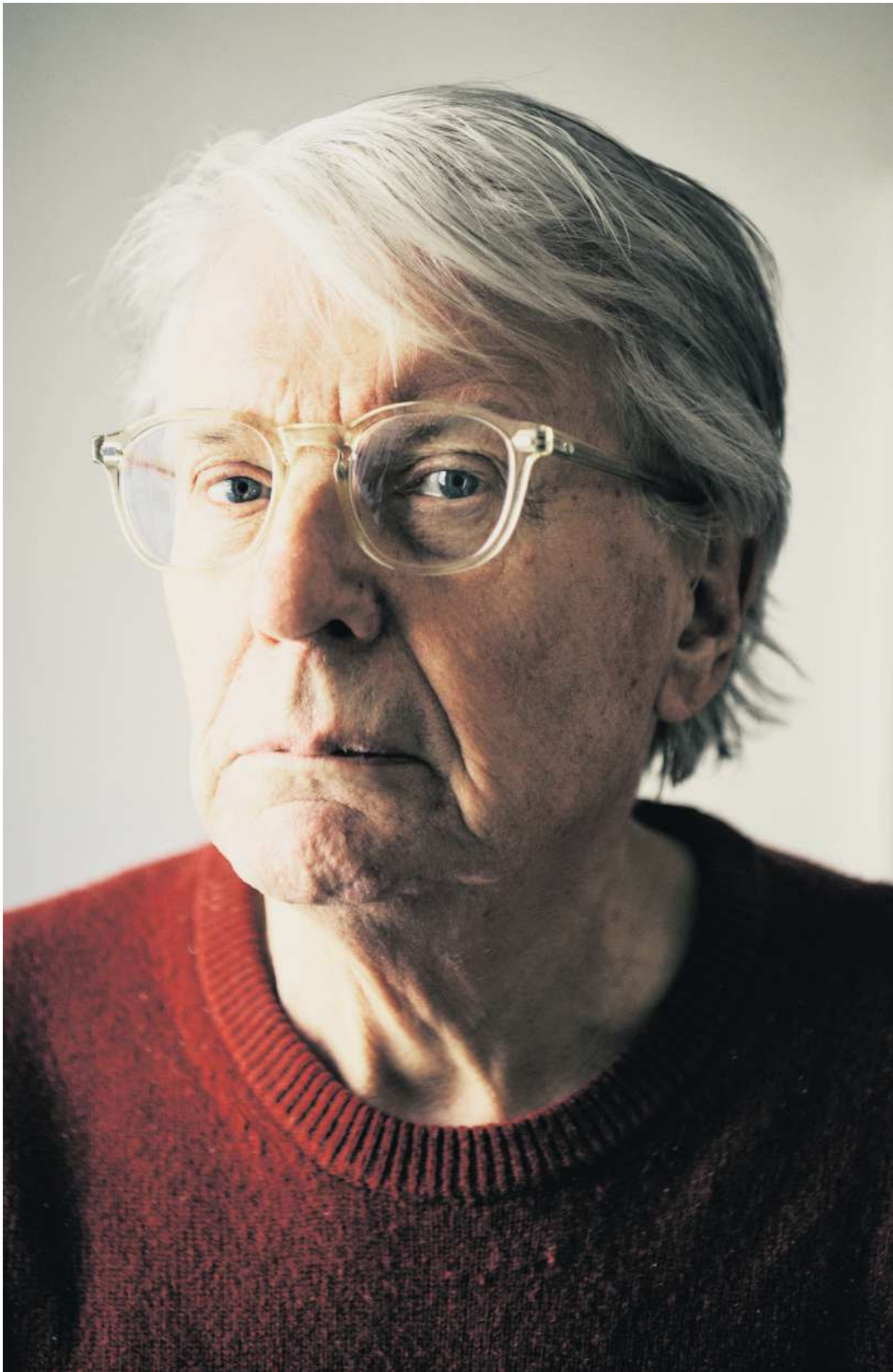
Es waren die Objekte, die als Kunst ausgestellt wurden. Das war damals ein regelrechter Putsch gegen das Kunstverständnis. Es ermutigte mich auf meinem Weg.

Heisst das, Sie wussten schon damals, wie unkonventionell Ihre Kunst war?

Im Grunde war ich vollkommen ahnungslos, was die Kunst betraf. Aber ich wusste, dass ich in der Kunst ein Querschläger war, ich stand quer zum Fluss. Auch heute noch.

Also ist das Bild «Quer zum Fluss» doch ein Selbstporträt?

Sicher. Ich habe meinen Weg gesucht, indem ich gegen den Strom unterwegs war. Schon als Kind hatte ich mich immer gegen die Lehrer gestellt. Erst in der Kunstschule fand ich eine Umgebung, die mich inspirierte. Es gab allerdings ein finanzielles Problem. Ich konnte bloss eineinhalb Jahre in die Kunstschule gehen. Ich wäre gerne länger



«In Appenzell sagten sie regelmässig: «Du Spinner, du gingest besser arbeiten.»» Roman Signer, 2025.

BILDER ANNICK RAMP / NZZ

ger in Luzern geblieben oder an eine Akademie gegangen.

Sie waren nicht nur unkonventionell, Sie machten auch sehr seltsame Dinge. Ihre Mutter habe sich bisweilen geschämt, erzählten Sie einmal.

Sie war in Appenzell oft gefragt worden, was denn ihr Sohn eigentlich mache. Ob sie es erklären könne. Sie verstehe es auch nicht, antwortete sie jeweils. Zu mir sagte sie: «Was soll denn das? Kannst du nicht einmal etwas machen, das du verkaufen kannst?» Aber wenn über mich in den Zeitungen geschrieben wurde, schnitten meine Eltern die Berichte aus.

Sie waren also auch stolz auf ihren Sohn?

Natürlich. Einmal hat Ludmila Vachтова in der NZZ einen sehr schönen Artikel über mich veröffentlicht. Mein Vater ging sofort an den Kiosk, um die NZZ zu kaufen. Er hat gerade noch die letzte erwischt. Sie waren sehr stolz darauf, dass in der NZZ etwas über ihren Sohn erschienen ist.

Ihre Mutter schämte sich für ihren Sohn. Wie ist das bei Ihnen? Schämen Sie sich auch, wenn Sie Ihre Aktionen durchführen?

Zu Beginn ja, und besonders bei Aktionen mit zufällig anwesendem Publikum. Das war mir immer etwas peinlich. Es

kostete mich Überwindung, darum haute ich danach rasch ab.

Warum war es Ihnen unangenehm?

Ich weiss es nicht. Ich habe gemerkt, dass die Leute seltsam reagierten. Befremdet, argwöhnisch. Später gewöhnte ich mich daran. In Island habe ich mich von einem Jeep in einem Kajak über eine Strasse ziehen lassen, bis der Boden vom vulkanischen Gestein ganz abgeschliffen war. Bei der Aktion begegneten mir vier britische Vogelkundler. Sie hielten mich für verrückt. Es machte auch einen höllischen Lärm, sie schüttelten nur den Kopf.

Suchen Sie diese Konfrontation?

Nein, aber es wird dann ein Teil der Skulptur.

Im Film «Signers Koffer» sieht man, wie Sie Ihren Koffer über ein Brückengeländer in die Tiefe sausen lassen. Als er im hohen Bogen über das Geländer fliegt und verschwindet, schauen Sie halb verschmüht, halb verschämt in die Kamera. Was ging da in Ihnen vor?

Der Koffer war mit einem Seil an einem mit Wasser gefüllten Kanister befestigt, den ich über die Brücke warf. Als das Seil gestreckt war, machte der Koffer einen wuchtigen Sprung und verschwand ebenfalls in der Tiefe. Da war ich selbst etwas überrascht.

Wenn Sie eine solche Aktion durchführen, werden Sie dann auch Teil dieser Skulptur?

Ich bin jedenfalls körperlich sehr involviert. Auch geistig. Es ist nichts Mechanisches. Ich bin ganz dabei. Ich habe auch gefährliche Sachen gemacht.

Aleksandra Signer: Ja, und wie!

Roman Signer: Bei einer Aktion auf einem gefrorenen See bin ich im Eis eingebrochen. Ich konnte mich nur mit Not ans Ufer retten. Das war sehr gefährlich.

Welchen Gefahren haben Sie sich auch noch ausgesetzt?

Mit Sprengstoff und Feuer kam es immer wieder zu brenzigen Szenen. Ich habe mehrmals Verbrennungen davongetragen, sei es mit Feuerwerkskörpern oder einmal bei einem Geysir in Island. Ich war aber eher besorgt, den Zuschauern könnte etwas zustossen. Es ist zum Glück nie etwas Schlimmes passiert, bloss einmal habe ich einem Zuschauer mit einer Rakete den halben Schnauz weggebrannt.

Sie seien weder Handwerker noch Intellektueller, aber Spieler, sagten Sie einmal. Was meinen Sie damit?

Es hat mit dem Versuch und mit dem Experiment zu tun. Das sieht spielerisch aus und ist doch sehr ernst, so ernst, dass manchmal sogar das Leben auf dem Spiel steht. Das Spielerische hat vor allem etwas Befreiendes. Gerade bei explosiven Sachen. Da gibt es zunächst die Angst vor der Aktion, und wenn es dann geschehen ist, dann könnte ich fliegen, so leicht fühle ich mich.

Heisst befreiend auch, dass Ihre Skulpturen zweckbefreit sind? Ein Hocker ist dann nicht mehr nur ein Hocker, sondern ein Flugobjekt. Und zugleich sind Ihre Aktionen ganz frei von einer ökonomischen Verwertbarkeit, sie zünden und vergehen.

Damit hängt zusammen, was meine Mutter immer aufgeregt hat, dass alles, was ich mache, gar keinen kommerziellen Wert hat. Dann sagte sie jeweils: «Wovon willst du denn einmal leben?» Das war ihre Sorge. Meine Antwort war: «Ich mache das jetzt einfach.»

Es hat tatsächlich sehr lange gedauert, bis Sie davon leben konnten.

Sehr lang sogar. Meine Mutter würde Augen machen, wenn sie sehen könnte, wie es mir geht. Das hätte sie auch nie gedacht, würde sie sagen.

Doch die Sorge um den Sohn war berechtigt.

Sie hatte recht, aber ich habe nicht zu sehr daran denken können, sonst wäre ich nicht mehr weitergekommen.

Hat es ebenfalls mit dem Spielerischen zu tun, dass Leute manchmal erbost reagieren und Ihre Kunst als Provokation empfinden?

In Appenzell sagten sie regelmässig: «Du Spinner, du gingest besser arbeiten.»

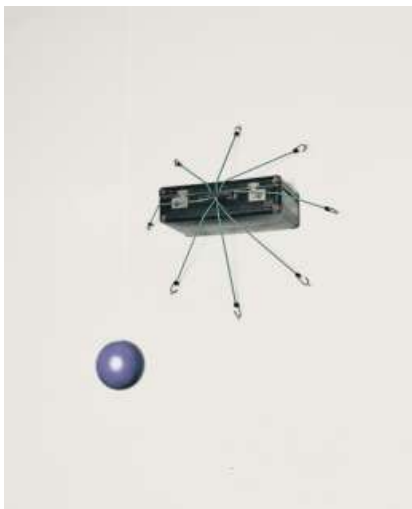
Und trotzdem sind Sie noch immer sehr stark mit dem Appenzell verbunden. Das alte Kurhaus Weissbad war ein Refugium, wo Sie Ihre Versuche durchführen konnten. Dort haben Sie einmal Hocker aus den Fenstern hinausgeschossen. Diese Installation gehört zu Ihren emblematischen Skulpturen, weil hier Witz und Poesie aufs Schönste zusammenkommen. Wie sind Sie auf die Idee gekommen?

Ich hatte ein paar Jahre zuvor einen Test gemacht mit einem Hocker, den ich aus einer alten Fabrik in St. Gallen aus dem Fenster katapultierte. Lange suchte ich ein Haus, um mehrere Hocker gleichzeitig aus den Fenstern schiessen zu können. Dann stiess ich auf das stillgelegte Kurhaus. Es hatte sieben Fenster auf jeder Etage. Da wusste ich: Das ist es. Der Besitzer des Hotels empfahl allerdings, dass ich bis nach der Landsgemeinde warte, weil der Kanton Geld dafür gegeben hatte. Wenn die Appenzeller erführen, dass sie einen solchen Schmarren finanziert haben, würde es Probleme geben. Das ist Innerrhoden.

Der Versuch ist für Sie sehr wichtig. Welches Verhältnis haben Sie zum Scheitern? Das Wort habe ich nie benutzt. Es hat nicht funktioniert, sage ich. Dann muss ich es anders probieren. Misserfolge haben mich auf andere Ideen gebracht. Sie waren ganz wichtig. Indem ich über das Misslingen nachdenke, entsteht etwas ganz anderes. Man muss beim Ver-



«Es ist zum Glück nie etwas Schlimmes passiert, bloss einmal habe ich einem Zuschauer den halben Schnauz weggebrannt.»



such die Augen offen haben. Ich war nie zerknirscht, wenn etwas nicht gelang. Ich verfolge nie ganz stur ein Drehbuch. **Aleksandra Signer:** Du bist immer sehr intuitiv und arbeitest mit dem ganzen Körper. Mit deinen Träumen, du träumst manchmal von deinen Skulpturen. **Roman Signer:** Und auch wenn einmal etwas nicht gelingt, so ist es doch immer interessant. Weil es dann auch etwas mit mir selber anstellt.

Auf der Frontseite der Zeitung zeigen wir das explosive Werk «Beim Chef». Was hat es damit auf sich?

Ich habe mir eine bestimmte Person vorgestellt, die auf dem Stuhl sitzt und in die Luft fliegt. Ich sage natürlich nicht, an wen ich dabei gedacht habe.

Bitte nicht! Ist das ein schamanistischer Abwehrzauber? Nur eine kleine Verzauberung.

Sie haben aber selber nie einen Chef gehabt, bis auf die kurze Zeit vor Ihrer Kunstausbildung.

Als ich die Zündschnur von Appenzell nach St. Gallen legte, kam mein ehemaliger Chef, bei dem ich meine Lehre als Hochbauzeichner gemacht hatte. Er sagte zu mir: «Roman, du bist der berühmteste Lehrling, den ich je hatte.» Er ist ganz stolz gewesen. Das hätte er nie erwartet, fügte er hinzu. Man weiss eben nie, wie einer herauskommt.

Zu den besonders verspielten und poetischen Aktionen gehört die Skulptur, die Sie 1987 an der Documenta in Kassel realisiert haben.

Man hatte mich gebeten, zum Abschluss der Documenta bei der Orangerie eine Aktion durchzuführen. Das war sehr aufwendig, und ich brauchte einen Sprengmeister, der mir half. Ich wollte 350 Stapel Papier gleichzeitig in die Luft sprengen.

Wie viel Papier haben Sie in die Luft geschossen?

Insgesamt waren es 350 000 Blätter. Ich bin dafür auch angegriffen worden. Jemand schrieb, es sei eine fürchterliche Verschwendung von Papier und Geld. Aber viele Leute waren sehr begeistert davon. Es war natürlich ein kolossaler Luxus. Das Papier kam dann in die Fabrik und wurde wieder rezykliert.

Für einen kurzen Augenblick lang wirbelten Tausende Blätter in die Luft und fielen wieder zu Boden. Man sah hier, was Ihnen besonders wichtig ist: die Vergänglichkeit Ihrer Kunst.

Meine Skulpturen sind vergänglich, aber sie setzen zugleich sehr viel Arbeit voraus. Viele Menschen arbeiten daran. In Kassel dauerte allein der Aufbau zwölf Stunden. Kurz vor dem Beginn zog ein Gewitter auf, und es kam die Polizei.

Schon wieder die Polizei!

Man sagte mir, Sprengungen seien bei drohendem Blitzschlag verboten. Ein Blitz könnte zu einer unkontrollierten Selbstauslösung führen. Wir mussten darum warten, sicher eine Stunde, bis wir die Freigabe erhielten. Fast wäre es dunkel geworden.

Empfinden Sie es als Verlust, dass von Ihren Skulpturen meist nichts bleibt als Videos und Bilder?

Nein, überhaupt nicht. Manchmal bin ich sogar froh, wenn sie weg sind. Dann kann ich etwas Neues machen. Ein Philosoph sagte einmal über mich: «Signer macht nur Zerstörung.» Aber das ist ein Missverständnis. Ich arbeite an der Transformation. Aus der Zerstörung entsteht etwas anderes. Diese Form der Zerstörung ist eine Verwandlung.

Für die NZZ haben Sie in einen Appenzellerkäse gebissen. Davon wurden Messing-Abgüsse hergestellt. Das könnte man als Widerspruch zu dem Prinzip der Vergänglichkeit auffassen. Hier treffen das Ephemere des Augenblicks und die Beständigkeit der Materie aufeinander. Stört es Sie, wenn Ihre vergänglichen Skulpturen plötzlich beständig werden? Eine Skulptur kann sich materialisieren, oder die Materie löst sich auf. Bei der Sprengung kommt es zur Explosion, und dann ist meist nichts Materielles mehr da. Die Materie verwandelt sich in Energie. Diese Metamorphose in Energie ist etwas Staunenswertes. Auch der Biss ist eine Form von Energie, die nun am Objekt sichtbar wird. Energie ist ganz zentral in meinen Arbeiten.

Wenn man Ihr Werk im Überblick anschaut, dann konzentriert es sich auf die vier Elemente, Feuer, Wasser, Luft und Erde. Wie wichtig ist die Natur in Ihrem Werk?

Ich gehe gerne aus dem Atelier hinaus. Ich bin kein klassischer Atelier-Künstler. Die Natur und damit auch der Zufall ist Teil meiner Aktionskunst.

Ein Vulkan ist eine Urszene des Feuers. Zieht es Sie deshalb immer wieder zu den Vulkanen Islands oder Italiens?

Der Stromboli interessiert mich ganz besonders. Ich bin fünf Mal am Krater gewesen und habe dort verschiedene Aktionen durchgeführt. Einmal schoss ich mit einer Nebelrakete ein rotes Seidenband über den Krater. Ich wollte sehen, wie das Band von der heissen Luft in die Höhe getragen wird. Heute wäre das nicht mehr möglich, weil nun die Carabinieri die Gegend kontrollieren.

Die Polizei ist Ihnen immer auf den Fersen!

Es sind viel zu viele Leute, die zum Krater hinaus wollen. Es ist mittlerweile verboten, nachts am Krater zu bleiben. Das war früher alles ohne weiteres möglich.

Wie fühlt es sich an, wenn man am Krater eines aktiven Vulkans steht und eine Rakete abschiess? Es ist doch eine grotesk komische Handlung.



«Ich arbeite an der Transformation. Aus der Zerstörung entsteht etwas anderes.»



Es ist vielleicht eine ironische Verdoppelung. Aber auch so etwas wie ein Gruss unter Pyromanen.

War das Feuer schon immer ein wichtiger Teil Ihrer Arbeit? Es gehörte immer dazu.

Ist es das Kind im Mann, das hier tätig wird?

Sicher, vielleicht bin ich nie ganz erwachsen geworden. Aber es hat auch mit meiner Verwandtschaft zu tun. Mein Onkel hiess nicht umsonst Brander, er war Feuerwehrkommandant. Auch der Grossvater und der Urgrossvater waren Feuerwehrkommandanten. Als einmal im Dorf ein Feuer ausbrach und die Feuerwehr mit Sirenen durchs Dorf fuhr, sagte meine Mutter zu mir: «Roman, ich muss dir etwas sagen, obwohl ich mich dafür schäme: Ich schaue gerne zu, wenn es brennt.» – «Ich auch», antwortete ich. «Aber das bleibt unter uns», fügte sie hinzu. Sie war auch eine Brander. Die Liebe zum Feuer war vererbt.

Die Leidenschaft für das Feuer kam von der Mutter, Ihr Vater war Musiker. Erben Sie von ihm die Neigung zur Kunst? Mein Vater hatte in Paris und Mailand studiert. In Paris begleitete er im Kino Stummfilme auf dem Klavier. Das war beneidenswert, damals, in den 1920er Jahren. In Italien kam er dann mit dem

Faschismus in Kontakt. Er erzählte häufig die Geschichte, wie er und einige Schweizer Freunde von einer Kneipentour nach Hause zurückkehrten und an einer Hauswand ein Plakat mit einem faschistischen Slogan entdeckten: Jeder Italiener sei tausend Mal mehr wert als ein Ausländer, stand da. Sie haben das Plakat heruntergerissen, wurden erwischt und verhaftet. Er sass eine Woche im Gefängnis.

Der Ärger mit der Polizei scheint Ihnen in die Wiege gelegt worden zu sein. Aber wie was das mit der Kunst?

Meine Mutter sagte immer, keiner ihrer Söhne werde Musiker, das sei ein Hungerberuf.

Bei Ihnen ist es allerdings noch schlimmer geworden mit dem Hungerberuf. Schlimmer jedenfalls, als wenn ich Musiker geworden wäre.

1971 konnten Sie überraschend für ein Austauschjahr an die Kunstakademie nach Warschau gehen. Dort haben Sie Ihre Frau kennengelernt.

Roman Signer: Aleksandra hat dort studiert. Sie ist diplomierte Bildhauerin, ich nicht.

Aleksandra Signer: Eigentlich sind wir uns draussen in der Natur begegnet, nicht in der Akademie.

Roman Signer: Wir waren an der Oder, wo wir an einem Bildhauer-Seminar teilgenommen haben.

Aleksandra Signer: Heute arbeite ich nicht mehr als Bildhauerin. Ich mache Videokunst, auch für Roman. Aber für ihn bin ich eigentlich nur die Technik. Nachdem wir uns kennengelernt hatten, sahen wir uns fünf Jahre lang nur bei Besuchen. 1977 haben wir geheiratet.

Roman Signer: Ich bin dreimal im Jahr nach Polen gefahren. In Appenzell haben sie gesagt, ich sei ein Landesverräter. Denn einer, der dreimal im Jahr in ein kommunistisches Land geht, fünf Jahre lang, der muss ein Landesverräter sein.

Sind Sie denn damals und später von der Polizei observiert worden?

Es gab eine sehr umfangreiche Staatsschutzakte zu meiner Person. Ich bin über Jahre bespitzelt worden.

Sind Sie erschrocken, als Sie Ihre Biografie darin nachlesen konnten?

Ich fand es blöd. Was ich erlebt hatte, war in der Wirklichkeit sehr viel interessanter. Sie haben sehr wenig von mir gewusst. Ich hätte auch das ganze Dossier verlangen können. Aber das hat mich nicht interessiert. Wir hatten keine Zeit dafür.

Was haben Sie damit gemacht?

Roman Signer: Ich wollte die Akte nicht behalten. Es war auch sehr viel geschwärzt.

Aleksandra Signer: Irgendwo haben wir das. Ich weiss auch nicht, wo.

Wie sind Sie eigentlich als Künstler entdeckt worden?

Roman Signer: Wie war das, Aleksandra? **Aleksandra Signer:** Du warst von Kasper König eingeladen worden, an der Ausstellung «Skulptur Projekte» in Münster teilzunehmen.

Roman Signer: Das war 1987.

Aleksandra Signer: Nein, es war die Ausstellung von 1997. 1987 war die Documenta, wo kaum einer etwas über deine Arbeit gesagt hatte.

Roman Signer: In Münster gelang der Durchbruch, nach mehr als zwanzig Jahren Arbeit. Dann nahm mich die Galerie Hauser & Wirth unter Vertrag. Während dieser Zeit habe ich auch mit Peter Zimmermann und Walther König vom Verlag der Buchhandlung Walther König ein mehrbändiges Werkverzeichnis veröffentlicht.

Staunen Sie, wenn Sie auf Ihre Karriere zurückblicken?

Roman Signer: Ja und nein. Es hat so kommen müssen. Das hat auch eine Logik. Ich hatte natürlich auch Glück, dass ich gesund geblieben bin und nie einen schweren Unfall hatte.

Aleksandra Signer: Aber an Erfolg hat Roman nie gedacht. Er hat einfach seine Kunst gemacht, es kümmerte ihn nicht, ob er damit etwas verdient hat oder nicht. Die Kunst ist sein Leben. Er musste es einfach tun.

Roman Signer: Man könnte sagen, ich sei ein sturer Kopf gewesen. Aber es war mehr als stur, es war Liebe.

Die Poesie des Augenblicks

Die Skulpturen des Künstlers Roman Signer haben ein Ablaufdatum. Häufig gehen sie in die Luft und verschwinden. Von Philipp Meier

Alles kann sehr schnell vorbei sein in der Kunst von Roman Signer. Das zeigt sinnbildlich ein Kurzfilm, der jetzt in der grossen Retrospektive des Schweizer Aktionskünstlers im Kunsthhaus Zürich zu sehen ist. Darin kommt eine Fusspumpe vor, wie man sie etwa zum Aufpumpen eines Schlauchboots verwendet.

Die Pumpe liegt auf einer Brücke. Der Schlauch führt über das Geländer hinaus an einen Berghang, wo eine Vorrichtung montiert ist, bei der das Ende des Schlauchs auf den brennenden Docht einer Kerze gerichtet ist. Nun kommt Roman Signer in seinem Auto daher gefahren und überrollt die Pumpe. Worauf Sekunden später der Luftstrom am Schlauchende die Kerze ausbläst.

Freude am Schock

So rasch geht das, und alles ist zu Ende. Und schon freut man sich auf eine neue Aktion von Roman Signer. Es ist eine Freude am Schock, an der Überraschung, am Unerwarteten, auch wenn man oft bereits ahnt, worauf seine Einfälle hinauslaufen. Signer verführt zum Staunen. Warum das so ist? Weil in jedem von uns ein kleiner Roman Signer steckt, begraben meistens unter der Angepasstheit, die das Erwachsensein gebietet.

Was aber als Zwischenfall dazwischenfunkt im runden Alltag, das ist dann eben Kunst in Signerschem Sinn. Roman Signer versteht den Unfall aus scheinbar reinem Zufall meisterhaft zu provozieren. Da gibt es dieses pure Vergnügen am Untergang, mit dem der Appenzeller Aktionskünstler auch schon einmal einen Modellhelikopter in einem Teich versenkte. Der dramatische Verlust war da aufgehoben durch die schiere Schaulust.

Vollendete Harmonie

Der Künstler als Tüftler, Poet und Provokateur – all das in vollendeter Harmonie: Das ist die Signatur von Roman Signer. Wundert es, dass er auf der «Bilanz»-Rangliste der besten Schweizer Künstler stets ganz oben aufgeführt ist? Signer ist zugänglich für das oft etwas Kunst-skeptische Schweizer Publikum. Dies wohl, weil seine Freiheit zum Spiel diese be rauschend-einnehmenden Kunsterfahrungen generiert.

Das ist und war bei anderen Schweizer Künstlern nicht immer der Fall. Zwar mag Jean Tinguely, der Bastler von absurden Maschinen, über einen ähnlichen Kunst-Spieltrieb verfügt haben. Gleichwohl musste er erst die Schweiz Richtung Paris verlassen und sich im Ausland Anerkennung suchen, bis man ihn hierzulande für voll nahm. Das war auch bei Alberto Giacometti nicht anders, der auch schon nach Paris emigriert war. Oder heute bei Urs Fischer, der aus der Distanz von New York aus operiert. Sie alle mögen eine Spur zu existenzialistisch sein für das nicht immer durchschaubare Schweizer Kunstverständnis.

Signer hingegen wurde in der eigenen Heimat schon bald ziemlich ernst genommen. Auch wenn dies zuerst vor allem bei der Obrigkeit der Fall war – die Polizei hielt es für angebracht, diesen Künstler etwas zu beobachten. Auch das hat seinen Grund. Mit Signer können alle etwas anfangen. Seine Kunst wird auf Anhieb verstanden. Sein Werk ist nie intellektuell überhöht.

Nehmen wir die Aktion, bei der er sich von einem abgefeuerten Knallkörper die Mütze vom Kopf und ab in den Himmel reissen lässt. Oder auch das Filmchen, in dem Signer, geschüttelt von den Vibrationen eines alten Massageapparats, versucht, mit der Pistole eine Büchse zu treffen. Das ist anschaulich. Und doch völlig überraschend.

So verwundert es auch nicht, dass dieser explosive Sprengmeister selbst ganz zarte Saiten anschlagen kann. Das beweist die Aktion mit einer Geige. Unter dem Geriesel von Sand erzeugen die Saiten des Instruments die geheimnisvollsten Klänge.



Roman Signer: «Schweben», Versuch im Atelier, 1995.

STEFAN ROHNER

In jedem von uns steckt ein kleiner Roman Signer, begraben meistens unter der Angepasstheit, die das Erwachsensein gebietet.

Seit den siebziger Jahren hat Roman Signer die Skulptur im Sinn von Bewegung in Zeit und Raum neu definiert. Ausschlaggebend war Harald Szeemanns epochale Ausstellung «When Attitudes Become Form» von 1969 in der Kunsthalle Bern. Da wurden banale Objekte in einer anarchischen Materialschlacht zur Kunst erklärt. Das war revolutionär. Signer, der sich selber als Bildhauer verstand, nahm es als Ansporn, den Kunstbegriff vollends zu entgrenzen.

Literweise blaue Farbe

So sprengte er die üblichen räumlichen und zeitlichen Dimensionen eines Kunstwerks erstmals radikal mit einer zündenden Idee: In seiner berühmten «Aktion mit einer Zündschnur» von 1989 legte er von seinem Geburtsort Appenzell bis an seinen Wohnort in St. Gallen eine Zündschnur und überwachte sie während 35 Tagen rund um die Uhr.

Der Künstler als Tüftler, Poet und Provokateur – all das in vollendeter Harmonie: Das ist die Signatur von Roman Signer.

Auch sein Verständnis von Malerei übertraf alles bisher Vorstellbare: Von Yves Kleins spektakulärem Einfall in den fünfziger Jahren, den blauen Himmel als sein eigenes Werk zu signieren und schliesslich blaue Monochrome zu malen, war es bis zum Jahr 2012 nochmals ein Riesenschritt: Damals liess Signer an der Biennale in Schanghai eine riesige Holzkugel von einem 30 Meter hohen Kamin hinunterfallen. Am Boden zerbarst das Objekt und verspritzte 800 Liter blaue Farbe in alle Richtungen.

In den sechziger Jahren besuchte Signer die Kunstgewerbeschulen in Zürich und Luzern, dann die Kunstakademie in Warschau. Zuvor hatte er eine Lehre als Hochbauzeichner absolviert. Bereits ab 1973 hatte er zahlreiche Ausstellungen in Galerien und Museen in der Schweiz. Später auch in London, New York und Tokio. Er feierte Erfolge an der Documenta in Kassel oder der Biennale in Venedig, an der er 1999 die Schweiz vertrat.

Signer war ein guter Zeichner, schon bevor er zum Bauzeichner ausgebildet wurde. Seine Aktionen plant er akribisch mit dem Zeichenstift. Ein Atelierkünstler ist Signer aber nicht. Er arbeitet draussen in der Landschaft. Und er arbeitet mit den Elementen: Sand, Wasser, Wind und natürlich immer wieder Feuer. Und immer wieder auch mit ganz banalen Gegenständen wie Stühlen, Eimern, Tischen oder Stiefeln und Staubsaugern. Sein Schaffen umfasst Aktionen, Installationen, Filme, Videos, Skulpturen und Fotografien. Mit vielen seiner Arbeiten ist er weltweit in bedeutenden Museen vertreten.

Fliegendes Haus

Roman Signer versteht sich als Bildhauer. Dazu bekennt er sich auch in seiner Ausstellung im Kunsthhaus. Dort hat er den ganzen Bührrlesaal in eine weite Skulpturen-Landschaft verwandelt. Man begegnet hier etwa seinem kleinen, angebrannten Haus, das er einmal durch die Lüfte fliegen liess. Nur weil die Raketen etwas zu schwach waren, mit deren Antrieb das Häuschen fliegen lernte, ist es beim Absturz nicht zerschellt. In der Regel sind seine Skulpturen nämlich temporäre Erscheinungen – Zeitskulpturen sozusagen, die während der Aktion zerstört werden.

Deshalb auch hat er seine ephemeren Aktionen stets aufgezeichnet. Und so stellt sich die Frage, was in seiner Absicht eigentlich zuerst da war. Denkt er sich eine Aktion aus, die dann meistens ohne Publikum und ganz im Stillen durchgeführt wird, um damit einen Film zu machen? Oder macht er den Film, um die Aktion festzuhalten? Roman Signer ist eben nicht nur Bildhauer, er ist auch Filmemacher und Fotograf. Ohne diese beiden Medien wäre sein Werk nicht zu denken.

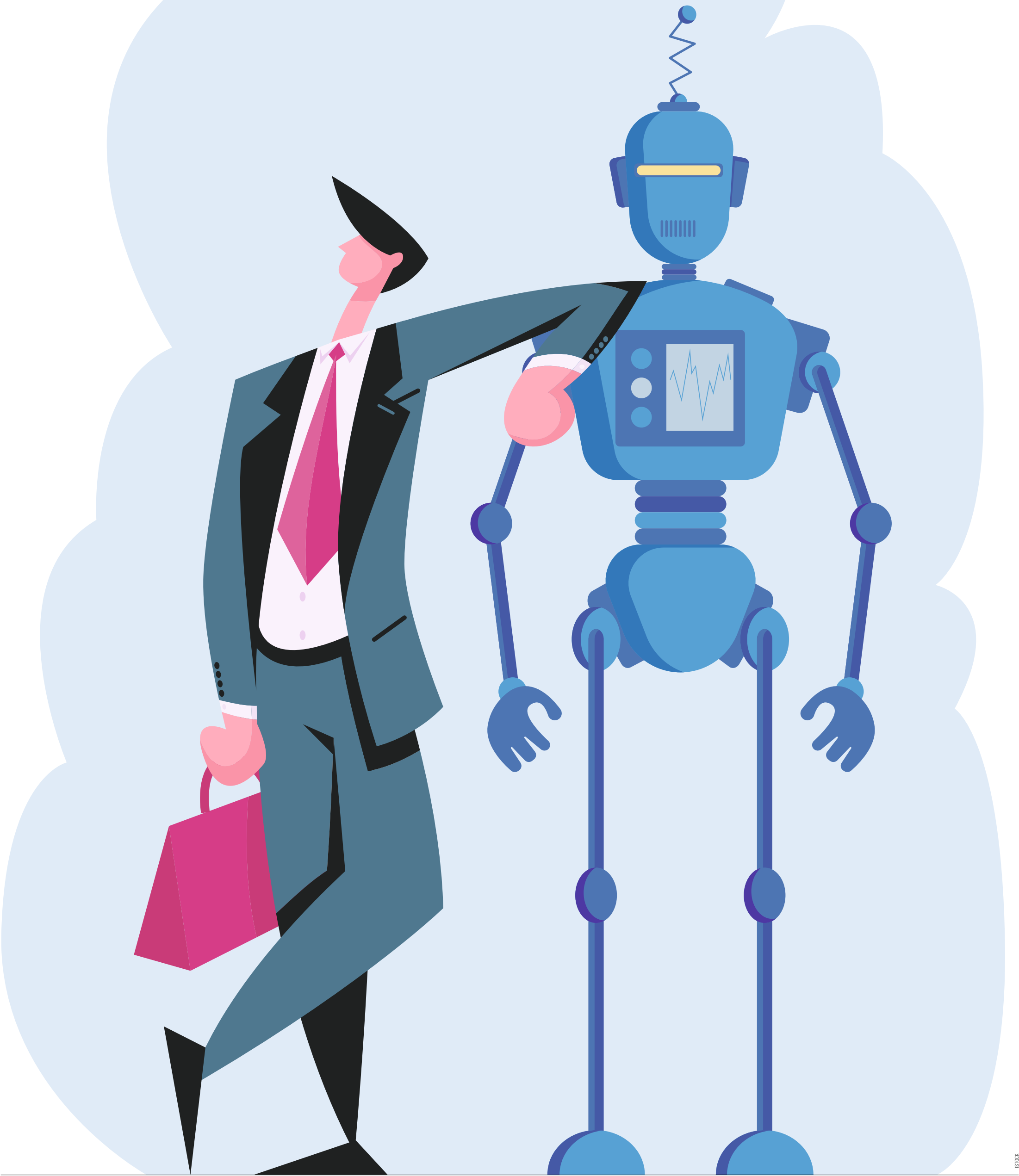
Sinnbild der Vergänglichkeit

Ohne Film jedenfalls hätte niemand mitbekommen, dass sich Signer einmal in Island in der einsamen Natur in einem Zelt schlafen legte, um sein eigenes Schnarchen mit einem Mikrofon, das über seiner Nase baumelte, aufzunehmen und über zwei Lautsprecher in die Nacht hinaus ertönen zu lassen. Nur lustig ist aber Roman Signers Kunst bei weitem nicht. «Lachen ist erlaubt, muss aber nicht sein», sagt er selber. Das Lachen ergibt sich vielleicht aus einer Art Erleichterung darüber, dass die zerstörerischen Kräfte bei Signer in überaus kreative Resultate münden.

In einem Kurzfilm im Kunsthhaus führt Signer die Aussichtslosigkeit vor Augen, den Wettlauf mit einer Rakete zu gewinnen: ein ermunterndes Sinnbild der Vergänglichkeit von so vielen sinnlosen Bemühungen im Leben.

«Roman Signer. Landschaft», Kunsthhaus, Zürich, bis 17. August. Katalog: Fr. 34.–. In Zusammenarbeit mit den Arthouse-Kinos gibt es ein Filmprogramm: Infos und Tickets auf www.arthouse.ch.

Verlagsbeilage KMU today



Krisen, Kriege, Konjunkturflaute – doch die KMU beweisen Widerstandskraft

Während geopolitische Spannungen, die Flaute in der Automobilbranche und drohende Zölle die Wirtschaft belasten, bleibt die Stimmung bei kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz gespalten.

FREDY GILGEN

Ein unberechenbarer US-Präsident, Kriege an allen Ecken der Welt, Krise in der Schlüsselbranche Auto. Doch mag die wirtschaftliche und politische Lage noch so herausfordernd sein, die Schweizer KMU halten stand. «Allerdings ist die Stimmung bei den KMU höchst unterschiedlich», hat Jonas Deplazes, Ökonom bei Raiffeisen Economic Research, festgestellt. Dies gelte vor allem für die Industrie: «Die binnenorientierten KMU berichten von einer besseren Geschäftsentwicklung, während bei den exportorientierten Unternehmen fast nur noch die Pharmaindustrie positive Umsatzzuwächse verzeichnet.»

Zahlreiche exportorientierte Branchen, wie die Automobilzulieferer und der Maschinenbau, hätten mit der schwachen Auslandsnachfrage zu kämpfen. Der Lichtblick: Im Februar hat sich die Stimmung bei den Unternehmen nicht weiter verschlechtert (siehe Grafik). Die Unsicherheit bleibe wegen möglicher Zölle aber weiter gross.

Eine Sonderbefragung von Raiffeisen zeige, dass viele KMU, die im US-Geschäft tätig sind, bei einer Einführung von Zöllen mit spürbaren Umsatzeinbussen rechnen. Selbst wenn die Schweiz vorderhand verschont bliebe, wären die indirekten Folgen eines globalen Handelskrieges erheblich.

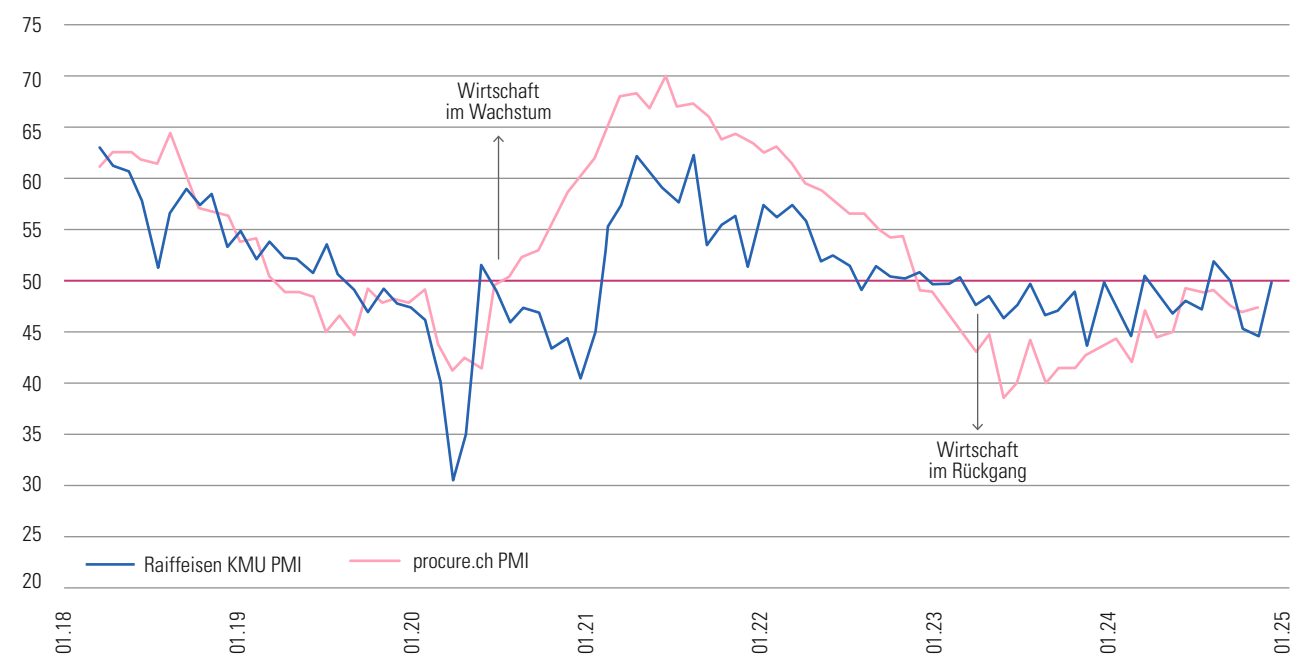
Dienstleister im Hoch

Im Dienstleistungssektor ist die Stimmung nach Deplazes deutlich besser: Niedrige Inflationszahlen und eine gesunde Binnennachfrage stützen hier das Wachstum und dürften dies auch weiterhin tun. Die Hotellerie verzeichnete 2024 mit insgesamt 43 Millionen Übernachtungen sogar ein Rekordjahr.

Alexander Fust, Dozent an der Uni St. Gallen, und Stefan Kühn, Geschäftsleitungsmitglied des Beratungsunternehmens BDO, machen ähnliche Feststellungen: «Im Grossen und Ganzen geht es den Schweizer KMU gut und sie

Entwicklung der Wirtschaft in der Industrie und bei KMU

Der Raiffeisen KMU Purchasing Managers' Index (PMI) misst die wirtschaftliche Aktivität von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Schweiz, der procure.ch PMI bezieht sich auf die gesamte Schweizer Industrie.



Die Stimmung bei den Schweizer Industrie-KMU hat sich zuletzt nicht weiter eingetrübt. So stieg der Raiffeisen KMU PMI im Februar von 44,6 auf 49,9 Punkte und liegt damit nur noch knapp unterhalb der Wachstumsschwelle (rote Linie).

QUELLE: RAIFFEISEN

sind mehrheitlich optimistisch über ihre wirtschaftliche Lage.»

Weniger zuversichtlich seien ein Teil der exportorientierten KMU, so Fust. Diese kämpften mit verschiedenen Schwierigkeiten. Automobilzulieferer merken die Herausforderungen der Automobilhersteller, die MEM-Branche kämpft mit konjunkturellen Schwierigkeiten. Daneben gebe es Unsicherheiten rund um potenzielle zukünftige Zölle der US-Regierung. «Solche Unsicherheiten reduzieren den Willen zu Investitionen, da unklar ist, welcher Entscheid der richtige ist, und Dinge sich schnell verändern können.»

Als Branche, der es aktuell gut geht, hebt der St.Galler KMU-Dozent den Umbau- und Renovationssektor hervor,

wobei dies regional unterschiedlich ausgeprägt ist. Da profitieren Firmen, die gut positioniert sind. Im Handel hat Fust einen weiteren Strukturwandel festgestellt. Bäckereien zum Beispiel würden tendenziell grösser und bestimmte Produktgruppen verlagerten sich weiter Richtung E-Commerce.

Danke, Franken

Für Stefan Kühn ist die von den Schweizer KMU oft beklagte Frankenstärke eigentlich sogar ein Vorteil. Sie zwingt die Unternehmen zur kontinuierlichen Optimierung. «In den letzten Jahren haben sich die Wechselkurse der Währungen der wichtigsten Schweizer Handelspartner, nämlich Euro, US-Dollar und

Japanischer Yen, ähnlich negativ entwickelt und der Schweizer Franken hat zunehmend an Stabilität gewonnen.»

Ähnlich sieht es Raiffeisen-Experte Jonas Deplazes: «Es ist ein Vorteil für die Schweizer KMU, dass sie wegen des starken Frankens und der teilweise schon vorher unsicheren aussenpolitischen Lage gelernt haben, mit Risiken umzugehen. Viele Unternehmen besetzen mittlerweile profitable Nischen und können flexibel auf globale Veränderungen reagieren.»

Zudem dürfte das angekündigte deutsche Fiskalpaket helfen, die Konjunktur im nördlichen Nachbarland aus der Stagnation zu befreien. Bis sich dieses auch für die Schweizer KMU positiv auswirke, dürfte es aber noch eine Weile dauern.

Die für KMU aktuell grössten Sorgen sind nach Erkenntnissen der jüngsten Raiffeisen-Mittelstandsstudie die aussenpolitische Entwicklung und die Auswirkungen eines möglichen Handelskrieges.

BDO-Experte Kühn nennt sodann die Rohstoff- und Energiepreise als grosse Herausforderungen. «Die Betriebe müssen ihre Lieferketten robuster gestalten, indem sie mit mehreren Zulieferern aus verschiedenen globalen Machtblöcken arbeiten und ihre Lagerhaltung erhöhen, um der unvorhersehbaren Entwicklung der Zölle nicht ausgeliefert zu sein.»

Diese strategischen Massnahmen würden aber die Kosten der Lieferketten erhöhen. Als weitere Unsicherheitsfaktoren für exportorientierte Unternehmen nennt Kühn die Beziehungen zur EU und den USA. Weit vorn im Sorgenbarometer sind generell auch die Cybersecurity, der Fachkräftemangel und die Unternehmensnachfolge.

Für KMU wichtige Megatrends

Unsere Gesellschaft wird in den nächsten Jahren von drei Megatrends geprägt werden, ist KMU-Experte Alexander Kühn überzeugt: von der Digitalisierung der Prozesse, der Alterung der Gesellschaft und der globalen Entkoppelung. «KMU müssen sich auf diesen Wandel einstellen und sich in diesen drei Dimensionen anpassen, um langfristig erfolgreich zu sein.»

Dementsprechend zählten die digitale Transformation und der Einsatz innovativer Technologien zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren für KMU in den kommenden Jahren. Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Stärkung der Cybersecurity würden ebenfalls zunehmend wichtiger.

«Kundenzufriedenheit und Kundenbindung einer alternden Gesellschaft werden sich von den aktuellen Normen unterscheiden und KMU vor neue Herausforderungen stellen. Auch eine frühzeitige und sorgfältige Nachfolgeplanung erweisen sich als entscheidend für den langfristigen Erfolg.»

helvetia.ch/superkraefte

Sie brauchen keine Superkräfte, um Ihr Personal zu schützen.

Gemeinsam begleiten wir Ihre Mitarbeitenden mit Personalversicherungen von Helvetia.

einfach. klar. helvetia 
Ihre Schweizer Versicherung

Jetzt Beratung anfragen!



Automatisch besser? Wie Schweizer Unternehmen KI für sich nutzen

Künstliche Intelligenz hält Einzug in Schweizer KMU. Drei Schweizer Unternehmen erzählen, wie sie die Technologie konkret nutzen – und was andere daraus lernen können.

RETO VOGT

Auf der einen Seite verspricht künstliche Intelligenz Effizienz, Automatisierung und neues Business-Potenzial – auf der anderen Seite ist sie für viele KMU noch ein ungreifbares, abstraktes Konzept, das mehr Fragen aufwirft als beantwortet. Zum Beispiel: Lohnt sich das auch für uns? Wie gehen wir das an, was kostet es und wie profitieren wir davon – wenn überhaupt?

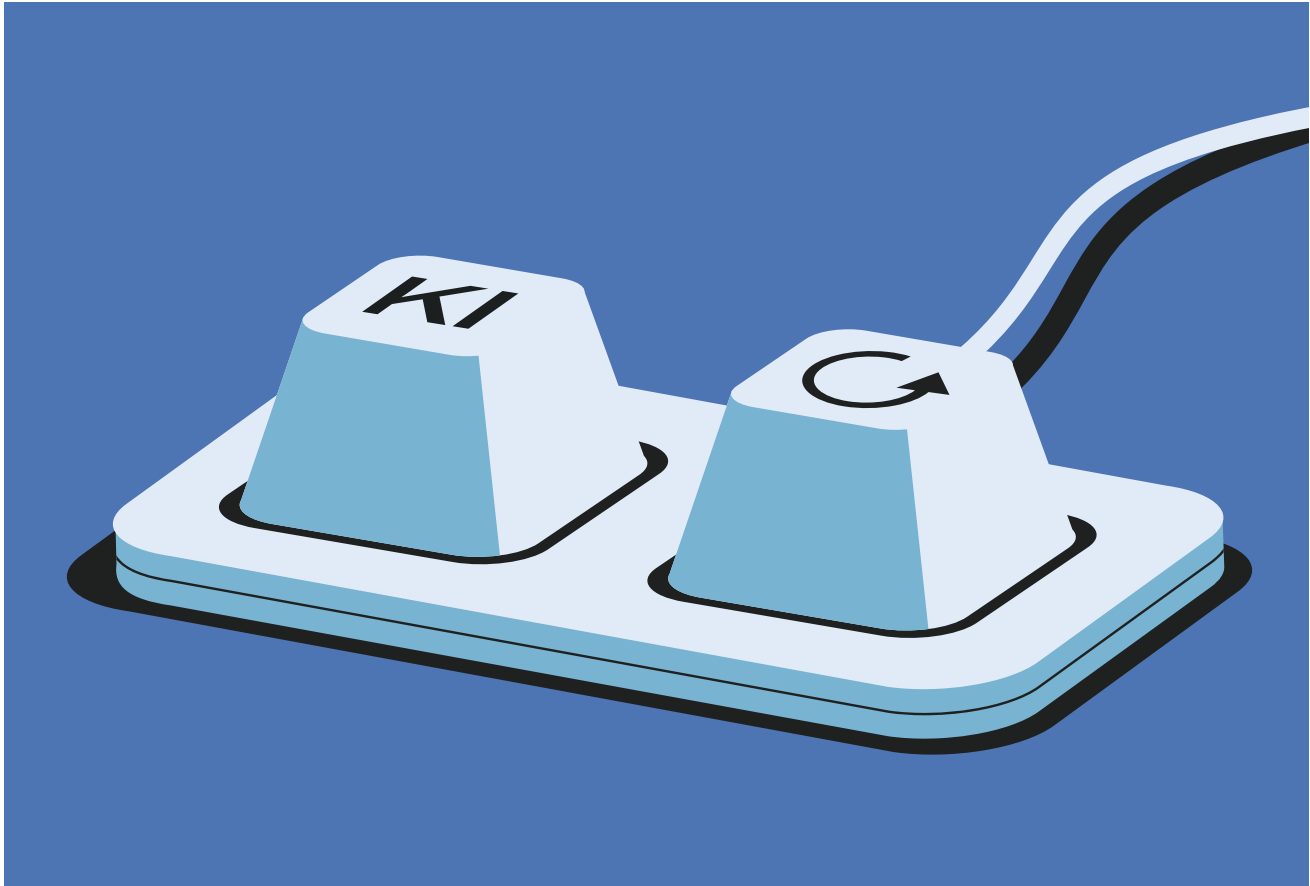
Die Antworten darauf sind nicht immer einfach und auch nicht allgemeingültig. Denn KI erfordert nicht nur Investitionen, sondern auch Know-how und eine klare Strategie. Sicher ist jedoch: Sich damit auseinanderzusetzen, lohnt sich nicht nur, sondern ist für alle Unternehmen Pflicht. In manchen Fällen mag die Antwort auf die Frage, ob sich der Einsatz von KI lohnt, zwar «Nein» lauten. Doch wer sich gar nicht erst damit beschäftigt, läuft Gefahr, von der Konkurrenz überholt zu werden.

Einige Schweizer KMU haben den Schritt bereits gewagt – und profitieren eigenen Aussagen zufolge davon. Dazu zählen das Basler Bethesda-Spital, das Reisebüro Globetrotter und der Berner Energieversorger BKW.

Automatische Transkribierung spart Zeit und Geld

Weniger Zeit für repetitive Aufgaben, mehr Raum für medizinische und pflegerische Qualität: Mit diesem klaren Ziel setzt das Basler Bethesda-Spital künstliche Intelligenz ein. KI soll «Abläufe beschleunigen, Kosten senken und vor allem die Mitarbeitenden entlasten», erklärt Marketingleiter Daniel Kloetzli, der den KI-Einsatz im Spital mitverantwortet. Durch Automatisierung von Routineaufgaben bleibe dem Personal mehr Zeit für das Wesentliche: die optimale Versorgung von Patientinnen und Patienten, so Kloetzli.

Der Startschuss für den KI-Einsatz im Bethesda-Spital fiel vor rund einem



Automatisierung durch KI: Maschinen können jetzt schon viele Routineaufgaben übernehmen.

MOOR STUDIO/ISTOCK/ARMIN APADANA

Jahr. Zunächst galt es, Potenziale zu identifizieren und die Spitalleitung für das Thema zu sensibilisieren. «Wir haben uns gefragt: Wo bringt KI echten Mehrwert? Wo können wir Prozesse beschleunigen und die Qualität dadurch sogar erhöhen?», erzählt Kloetzli. Parallel dazu startete das Spital interne Schulungen und Sensibilisierungsprogramme, um die Mitarbeitenden stufenweise an das Thema heranzuführen.

«Unser Ziel ist, KI als Werkzeug zu positionieren und zu verhindern, dass sie als Bedrohung wahrgenommen wird.» Seit sechs Monaten werden nun fort-

laufend Anwendungen evaluiert, getestet und optimiert.

Besonders spürbar sind die Verbesserungen dank KI bei der Erstellung von Arztberichten: Früher nahmen Ärztinnen und Ärzte ihre Berichte als Audio-dateien auf, die dann von den Sekretariaten abgetippt, überarbeitet und aufgrund zahlreicher Korrekturläufen mehrmals hin und her geschickt wurden. Heute übernimmt ein KI-gestütztes Tool diesen Schritt. Früher habe eine Transkription durchschnittlich 20 Minuten gedauert. Dank KI sei man pro Bericht «rund dreimal schneller und bedeutend

günstiger», sagt Kloetzli. Und die Erleichterung für das Personal gehe über die reine Zeitersparnis hinaus: Wenn Ärztinnen und Ärzte mit einer anderen Muttersprache als Deutsch ihre Berichte lieber in ihrer Muttersprache diktieren wollen, «liefert die KI eine nahezu fehlerfreie Übersetzung ins Deutsche».

KI als Assistent, nicht als Ersatz

Der Weg zur künstlichen Intelligenz war für das in Bern beheimatete Energie- und Infrastrukturunternehmen BKW

Energie nicht ohne Hürden. «Ich wollte KI schon früh in meinen Arbeitsalltag integrieren, doch der interne Datenschützer machte mir einen Strich durch die Rechnung», erzählt Tobias Habegger, Mediensprecher des Unternehmens und einer der Treiber des Projekts. Geschützte Unternehmensdaten durften nicht ohne Weiteres mit KI-Modellen verarbeitet werden – ein Hindernis, das viele Unternehmen kennen.

Doch statt sich entmutigen zu lassen, suchte Tobias Habegger nach einer Lösung. Deshalb wandte er sich im Frühjahr 2023 an die Konzern-Initiative «AI für die BKW», welche gezielt Anwendungsfälle für KI im Unternehmen identifizierte.

Der erste grosse Test fand in der Kommunikationsabteilung, in der Habegger arbeitet, statt – einem Bereich, in dem viele Prozesse auf schriftlichen Inhalten basieren und eine strukturierte Datenablage vorhanden ist. Die Idee: Ein KI-Agent sollte interne Dokumente nutzen, um Medienanfragen effizienter zu beantworten.

150 Personentage investierten die BKW, um einen KI-gestützten Agenten zu entwickeln – mit einer steilen Lernkurve: Die Entwicklung jedes neuen Agenten dauert nur noch einen Zehntel der Zeit, also 15 Tage. Und so kann die Medienstelle des Konzerns mittlerweile auf Textassistenten zurückgreifen, die beim Erstellen von Blogposts oder Medienmitteilungen oder dem Beantworten von Medienfragen helfen. Letzteres ist laut Tobias Habegger der wichtigste Anwendungsfall. Der erste Entwurf für eine Antwort auf die Frage von Journalistinnen und Journalisten stehe nach zehn Minuten – statt nach einer Stunde, wie früher.

Beim Reisebüro Globetrotter Travel Service war es die Geschäftsleitung, die 2023 den Anstoss gab zur Arbeitsgruppe KI, bestehend aus Mitarbeitenden verschiedener Abteilungen und

Fortsetzung auf Seite 4



Sven Ziörjen (Globetrotter) nutzt KI als Inspirationstool für Reisende.



Mit KI zu effizienteren Prozessen und besserer Patientenversorgung: Daniel Kloetzli (Bethesda-Spital).



Tobias Habegger (BKW): Treiber für KI-Anwendungen trotz Datenschutzhürden.

IMPRESSUM

KMU today ist eine Verlagsbeilage von NZZone in Kooperation mit kmutoday.ch. Beilagen werden nicht von der Redaktion produziert, sondern von unserem Dienstleister für journalistisches Storytelling: NZZ Content Creation.
Hinweis: Verlagsbeilagen sind komplett von einem Kunden finanziert; Redaktionsmitglieder des Unternehmens NZZ arbeiten freiwillig mit. **Konzept und Realisation:** Alexander Vitolić. **Layout:** Bahar Büyükkavir. **Verkauf:** Katharina Kälin.
Kontakt: NZZone, c/o Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, +41 44 258 16 98, sales@nzzone.ch, nzzone.ch.



Fortsetzung von Seite 3

Filialen, die entweder eine Affinität zum Thema oder bereits vertieftes Wissen mitbrachten. Die Gruppe entwickelte einen Leitfaden und eine mehrteilige Schulungsserie.

Anschliessend erfolgte eine umfassende Umfrage zur Nutzung von KI, deren Potenzial sowie zu Weiterentwicklungsmöglichkeiten in Bezug auf Schulungen und Tools.

KI-Nutzung und erste Projekte bei Globetrotter

Rund ein Fünftel gab an, KI bereits täglich zu nutzen. Ein Drittel «mehrmals pro Woche» und etwas mehr als jede und jede Zehnte einmal pro Woche. Laut den Antworten lag der Fokus Textarbeit, zum Beispiel für Übersetzungen oder Zusammenfassungen, führt Sven Ziörjen, Marketingchef bei Globetrotter aus. Eine Arbeitsgruppe erarbeitete auf Basis dieser Ergebnisse einen Leitfaden und leitete erste Anwendungsfälle ab, die über Textarbeiten hinausgehen.

Das erste KI-Projekt beim Reisebüro: ein Chatbot, der Reiseinspiration liefern soll. Dabei soll dieser nicht in erster Linie die persönliche Beratung ersetzen, sondern als erste Orientierungshilfe dienen. Kundinnen und Kunden erhalten automatisierte Antworten auf grundlegende Fragen und werden bei Bedarf an eine Beraterin oder einen Berater weitergeleitet.

Weil dabei ein Standard-Chatbot den eigenen Qualitätsansprüchen nicht gerecht wurde, wurde das System gezielt trainiert, um die Markensprache und Tonalität des Unternehmens zu übernehmen. «Unser Chatbot sollte nicht einfach generische Antworten liefern, sondern so kommunizieren, wie wir es tun», erklärt Sven Ziörjen.

Was KMU lernen können

Die drei Unternehmen zeigen, dass der erfolgreiche Einsatz von KI in KMU kein Zufall ist, sondern auf klaren Prinzipien beruht. Dabei lassen sich fünf zentrale Learnings ableiten:

1 Klein anfangen, gross denken

Alle drei Unternehmen haben mit kleinen, pragmatischen Anwendungen gestartet – sei es eine KI-gestützte Transkription, ein interner Assistent für Medienanfragen oder ein Chatbot für die Kundeninteraktion. Anstatt eine grosse, teure KI-Strategie zu entwerfen, wurde

gezielt dort angesetzt, wo die schnellsten Effizienzgewinne möglich waren.

2 KI ist kein Selbstläufer – Know-how ist entscheidend
Ein gemeinsamer Erfolgsfaktor war die aktive Schulung der Mitarbeitenden. Deshalb haben sowohl Globetrotter als auch das Bethesda-Spital interne Schulungen und Workshops durchgeführt, um Hemmschwellen abzubauen und Kompetenzen aufzubauen.

3 Datenschutz und Datenschutzfragen frühzeitig klären
Gerade im Gesundheits- und Energiebereich spielen Datenschutz und IT-

Sicherheit eine zentrale Rolle. Die BKW hat ihre KI-Lösung bewusst auf einer geschützten Cloud-Umgebung gehostet, während das Bethesda-Spital eng mit der IT und dem Datenschutzbeauftragten zusammengearbeitet hat. Wer KI einsetzen will, sollte frühzeitig mit den relevanten internen Stellen sprechen.

4 Fehlertoleranz als Teil des Prozesses verstehen
Globetrotter bringt es auf den Punkt: «Wer als KMU nicht ausprobiert und bereit ist, Fehler in Kauf zu nehmen, wird nicht vorankommen.» Alle drei Unternehmen haben ihre KI-Projekte iterativ entwickelt – mit der Bereitschaft, zu ler-

nen und nachzubessern. Perfektion von Anfang an war nie das Ziel.

5 KI als Unterstützung, nicht als Ersatz
Keines der Unternehmen nutzt KI, um Mitarbeitende zu ersetzen – sondern um sie zu entlasten und effizienter zu machen. Das Bethesda-Spital spart mit KI-Transkriptionen wertvolle Zeit, die in die Patientenversorgung fliesst. Die BKW nutzt KI, um Medienanfragen schneller zu beantworten, ohne die inhaltliche Kontrolle abzugeben. Und Globetrotter setzt KI ein, um Reiseinspirationen zu liefern – nicht, um die persönliche Beratung zu ersetzen.



Ohne Mensch geht es nicht: Nur gemeinsam führt der Weg zu mehr Effizienz und Innovation.

MOOR STUDIO/ISTOCK/ARMIN APADANA

KI spart keine Kosten, sondern verlagert sie

Der Verband KImpact hat die Resultate diverser aktueller Studien zusammengetragen. Demzufolge zählte ChatGPT Ende 2024 weltweit 350 Millionen Nutzer, darunter 16 Millionen Bezahlkunden. In Schweizer KMU wird KI insbesondere für die Texterstellung genutzt – laut Bericht entsteht bereits jeder zweite Text mit KI-Unterstützung. Aber auch: 80% fehlt es aktuell noch an KI-Kenntnissen.

20 Prozent der Unternehmen sind von KI überzeugt, 50 Prozent zufrieden, 30 Prozent unzufrieden. Mit der Vorstellung, dass KI Kosten spart, räumt der Verband auf: KI senkt keine Ausgaben, sondern verlagert sie – etwa in Infrastruktur, Lizenzen, Schulungen und Datenschutz.



Ein eigenes Unternehmen zu gründen, braucht Mut und Durchhaltevermögen. Letzteres ist in gewisser Weise auch für die Batterie Ihres Laptops wichtig. Gut, dass es Nickel gibt. Das ist ein Rohstoff, welcher hilft, die Laufzeit von wiederaufladbaren Batterien zu verlängern – und diese leistungsfähiger zu machen. Damit Ihrem Laptop nicht mitten in einer wichtigen Sitzung der Strom ausgeht. Erfahren Sie mehr über Rohstoffe im Alltag auf [glencore.ch](https://www.glencore.ch)

GLENCORE

Inklusive Arbeitskultur als Geheimrezept gegen Fachkräftemangel

Inklusion wird heute hauptsächlich im Zusammenhang mit Diversität oder Diskriminierung thematisiert. Diese Sicht greift zu kurz. Gerade für KMU bietet sie grosse Vorteile, nicht zuletzt bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels.

JÉRÔME OGUEY

Um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, können Unternehmen auf bewährte Massnahmen wie attraktive Löhne, umfassende Sozialleistungen, flexible Arbeitszeiten und Weiterbildung setzen. Problematisch für viele KMU ist jedoch, dass sie sich diese Massnahmen aufgrund begrenzter Ressourcen oft nicht leisten können.

KMU sind häufig durch eine Rollenüberlastung gekennzeichnet, was zu einem Mangel an spezialisiertem Wissen für nicht zum Kerngeschäft gehörende Aufgaben führt. Im Vergleich zu Grossunternehmen und Weltkonzernen, die umfassende Weiterbildungsprogramme, attraktive Zusatzleistungen und Karrieremöglichkeiten bieten, sind KMU oft im Nachteil.

Inklusive Arbeitskulturen basieren auf Offenheit, Respekt, Vertrauen, Transparenz und psychologischer Sicherheit. Hier fühlen sich Führungskräfte und Mitarbeitende wertgeschätzt und sicher, ihre Meinung zu äussern und einen konstruktiven Beitrag zum grossen Ganzen zu leisten. Studien zeigen, dass Produktivität und Engagement in solchen Kulturen höher sind als in weniger inklusiven.

Warum Inklusion wichtig ist

Tragödien wie die Challenger-Explosion und die Deepwater-Horizon-Katastrophe sind zum Teil auf Arbeitskulturen zurückzuführen, die von Hierarchie, Angst und Unterdrückung geprägt sind. Solche Kulturen sind nicht inklusiv – sie können als toxisch bezeichnet werden – und führen dazu, dass Mitarbeitende Meinungen und Bedenken nicht äussern, was zu schwerwiegenden Fehlern und Katastrophen führen kann.

In inklusiven Kulturen werden disruptive und abweichende Meinungen

nicht nur akzeptiert, sondern gefördert, da sie Innovation und Exzellenz vorantreiben.

Was bedeutet Inklusion?

Inklusion ist etwas anders als Integration. Während Integration bedeutet, dass sich neue Teammitglieder an das bestehende System anpassen, erfordert Inklusion, dass das bestehende Team offen für den Einfluss der neuen Mitglieder ist. Dies ermöglicht es, von ihren Erfahrungen und Ideen zu profitieren, und fördert Kreativität und Innovation.

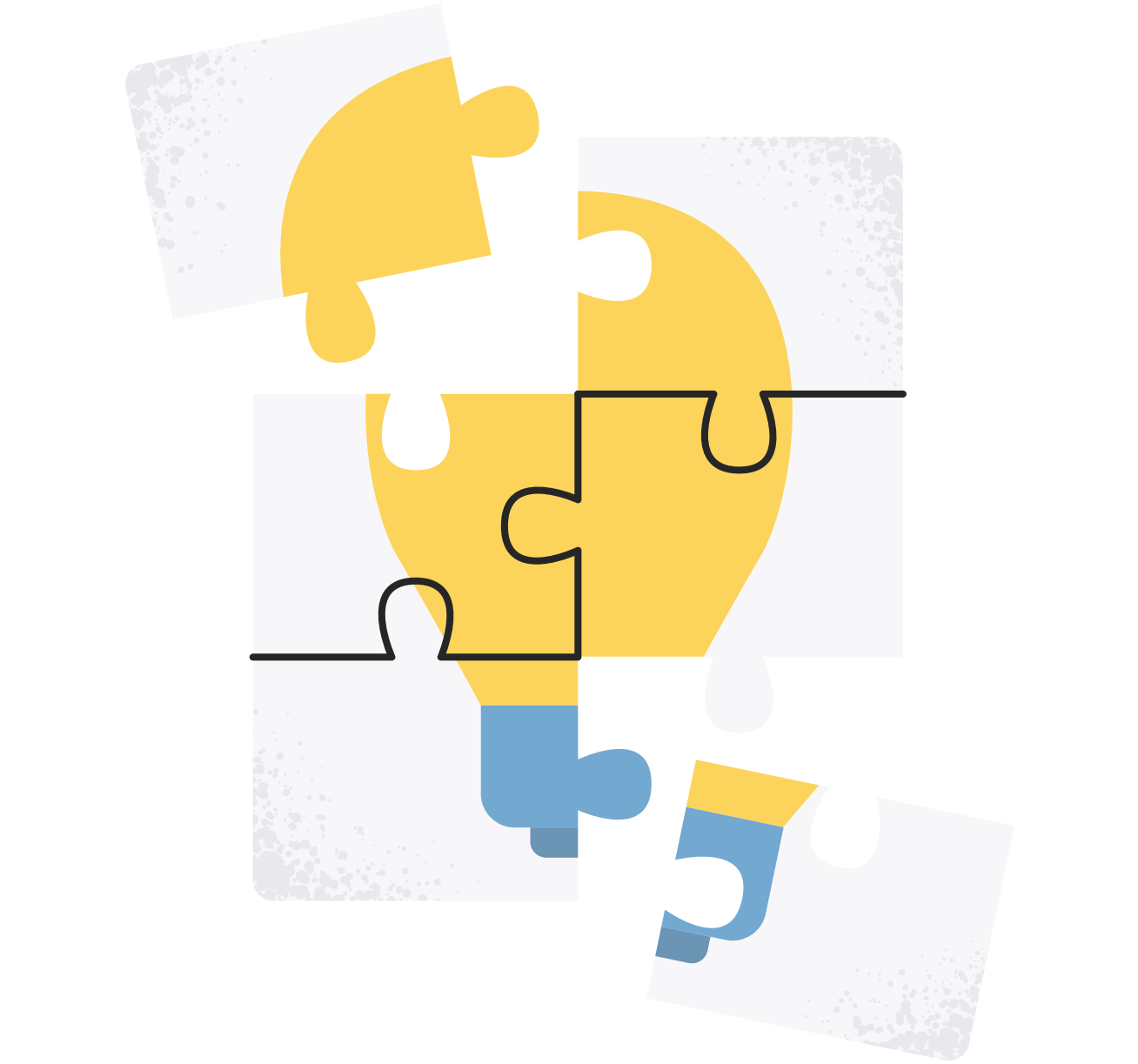
Inklusion hat zwei Dimensionen: Erstens, sich selbst bzw. sein «wahres Selbst» ausdrücken zu können (Einzigartigkeit), ohne negative Konsequenzen befürchten zu müssen. Zweitens, als wertvolles Mitglied des Teams/der Organisation akzeptiert zu werden (Zugehörigkeit). Eine inklusive Arbeitskultur zeigt sich darin, dass sich jede Person unabhängig von Alter, Geschlechtszugehörigkeit, Sprache, Kultur, Herkunft et cetera sowie Arbeits- und Kommunikationsstil sicher und wertgeschätzt fühlt.

Der Nutzen von Inklusion

Inklusion wird häufig im Zusammenhang mit Vielfalt, Diversität oder auch Heterogenität genannt und in Bezug auf unterrepräsentierte Gruppen und Diskriminierung diskutiert. Dies ist zwar richtig, greift aber zu kurz. Studien zeigen, dass Inklusion auch unabhängig vom Diversitätsmanagement Vorteile bietet.

Einige der wichtigsten Vorteile inklusiver Arbeitskulturen sind:

- Hohes Engagement: Mitarbeitende, die sich einbezogen fühlen, setzen sich stärker für ihre Arbeit ein.
- Hohe Produktivität: Höheres Engagement führt zu höherer Produktivität.



Inklusive Arbeitskulturen verbinden Vielfalt und stärken Unternehmen nachhaltig.

ADOBESTOCK

■ Hohe Loyalität: Inklusive Arbeitskulturen fördern die Loyalität der Mitarbeitenden und senken die Rekrutierungs- und Weiterbildungskosten.

■ Stärkung der Arbeitgebermarke: Eine inklusive Kultur zieht Talente an und wirkt wie ein Magnet.

■ Höhere Zufriedenheit: Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden ist in einem inklusiven Umfeld höher, was auch das Arbeitsklima verbessert.

■ Bessere psychische Gesundheit: Inklusion verbessert die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Mitarbeitenden.

■ Geringere rechtliche Risiken: Eine inklusive Kultur verringert das Risiko von Rechtsstreitigkeiten aufgrund von Diskriminierung und Nichtkonformität.

Inklusion ist ein Konzept, von dem alle profitieren. Dies belegt eine Umfrage von Deloitte aus dem Jahr 2013. Darin gaben 61 Prozent der Befragten zu, dass

sie sich gezwungen fühlten, Aspekte ihrer Identität, Meinungen oder Überzeugungen am Arbeitsplatz aktiv zu verbergen. Diese auch als «Covering» bekannte Praxis gilt als Strategie zur Anpassung an gesellschaftliche Normen, um das Risiko von Ausgrenzung und Benachteiligung zu verringern.

45 Prozent der weissen heterosexuellen Männer gaben ebenfalls zu, sich auf die eine oder andere Weise im Berufsalltag zu verstecken. Von mehr Inklusion profitieren also wirklich alle. Es liegt auf der Hand, dass Mitarbeitende, die sich inkludiert fühlen und sich nicht verstecken müssen, keine wertvolle Zeit und Energie darauf verschwenden, Aspekte ihrer Identität, Meinungen oder Überzeugungen zu verbergen. Stattdessen können sie ihr volles Potenzial entfalten und produktiv zum Unternehmenserfolg beitragen.

Inklusion schrittweise fördern

Inklusion nicht aktiv zu fördern, ist ein strategischer Fehler. Ohne Inklusion bleibt das Innovations- und Leistungs-

potenzial von Vielfalt ungenutzt. Noch kritischer: Talente könnten das Unternehmen schneller verlassen, was den Fachkräftemangel weiter verschärft.

Auch KMU können Inklusion schrittweise und mit geringen Mitteln fördern. Kurzprojekte wie die Beratung der Geschäftsführung und der Personalabteilung, interaktive Workshops und Coachings für Führungskräfte und der Einsatz von KI-Tools können dazu beitragen, eine inklusive Kultur zu fördern.

Die Vorteile einer inklusiven Arbeitskultur überwiegen bei weitem die anfänglichen Investitionen. Davon sollten sich Unternehmensleitungen und Führungskräfte überzeugen lassen. Letztlich geht es um die langfristige Zukunftsfähigkeit Ihres Unternehmens.

Jérôme Oguey, Betriebsökonom FH und Coach, ist Gründer und Geschäftsführer von INLEAD®. Er begleitet und befähigt Führungskräfte in Leadership-, Team- und Inklusionsfragen. inlead.ch

Dieser Beitrag ist zuerst erschienen bei Topsoft, der Schweizer Plattform für digitales Business. topsoft.ch



Das wahre Leben ist eine Vorsorge, die Vertrauen schafft

Gute Pläne für ihre Vorsorge

Als bevorzugte Ansprechpartnerin für Gesundheit und Vorsorge bietet die Groupe Mutuel individuelle und leistungsstarke Vorsorgelösungen an. Schützen Sie Ihre Mitarbeitenden und bauen Sie gleichzeitig eine solide Altersvorsorge auf – durch die ideale Kombination aus Sicherheit, Leistung und Nachhaltigkeit. Die Zukunft gestalten? Jetzt und ein Leben lang.

Sammelstiftung Groupe Mutuel – Freizügigkeitsstiftung Opsion – Pension Services

groupe **mutuel**
Gesundheit und Vorsorge

Vier Beispiele, wie KMU dauerhaft erfolgreich sein können

Trotz erfolgreicher Tätigkeit stehen die meisten KMU meist nicht im Rampenlicht. Vier «Hidden Champions» aus verschiedenen Branchen.

FREDY GILGEN

Nein, man muss kein Koloss sein, um als Unternehmen erfolgreich zu sein – und dies auf Dauer. Viele Schweizer KMU haben dies eindrücklich gezeigt. Wichtig ist aber, dass man in der selbst gewählten Nische spitze oder sogar Weltspitze ist. Die Nische kann auch geografischer Art sein, so die Nähe zur imposanten alpinen Bergwelt.

Eiger, Mönch und Jungfrau sind die unverkennbaren Trümpfe der erfolgreichen Jungfrau- und Schilthornbahnen, das Matterhorn verhilft den Zermatter Bergbahnen zu unbezahlbarer Aufmerksamkeit. Als «Königin der Berge» hat sich aber nicht einer dieser Drei- und Viertausender etabliert, sondern die Rigi.



Frédéric Füsseni,
CEO Rigi-Bahnen.

Rigi-Bahnen, die erste Bergbahn Europas

«Die Rigi ist ein unglaublich attraktiver Berg», sagt denn auch Frédéric Füsseni, CEO der Rigi-Bahnen. «Mit einer einzigartigen Aussichtskombination auf Wasser und Berge. Aber klar, ein attraktiver Standort allein reicht bei Weitem nicht aus, um unternehmerisch erfolgreich zu sein.»

Wichtig sei rechtzeitiges Agieren oder Reagieren: «Wir haben die Pandemie als Chance gesehen, uns zu verbessern. Es war nicht eine einzelne Massnahme, die den Erfolg gebracht hat, sondern viele kleine und grosse Entscheidungen, die uns Schritt für Schritt weitergebracht haben.»

Zentral sind für die Rigi-Bahnen Werte wie Teamgeist, Kundenorientierung und gelebte Gastfreundschaft: «Diese Werte werden sich auch in Zukunft positiv auf den Unternehmenserfolg auswirken», ist Füsseni überzeugt – so wie sie es in der Vergangenheit getan haben. In den letzten zehn Jahren hat sich der Aktienkurs mehr als verfünffacht.



Thomas P. Meier,
CEO Ricola Group.

Ricola: Erfolg dank 13 Kräutern

Der Hauptsitz von Ricola liegt zwar in Laufen an der Birs, das für seine Kräuterbonbons bekannte Unternehmen ist aber den Bergen eng verbunden: «Unser wichtigstes Unterscheidungsmerkmal ist die Glaubwürdigkeit der Marke Ricola und wofür sie steht: für Produkte, die die traditionellen 13 Schweizer Kräuter enthalten, die von 80 verschiedenen Schweizer Bauern aus natürlichem Anbau bezogen werden, sowie für einen kompromisslosen Qualitätsanspruch», erklärt Firmenchef Thomas Meier.

Unterscheiden will sich Ricola auch mit dem Markenauftritt, der auf den Werten eines Familienunternehmens aufbaut: «Wir sind kein Grosskonzern, sondern eine stolze, kleine Schweizer Unternehmung, die es international mit den Grossen aufnehmen kann.»

Seit mehr als 90 Jahren befindet sich Ricola auf Wachstumskurs, in den letzten Jahren folgte ein Rekordjahr dem anderen. Hinzu kommen Digitalisierungsprojekte, um das Familienunternehmen weltweit noch besser zu vernetzen.



Rolf Schlagenhauf,
CEO Schlagenhauf.

Schlagenhauf: Mitarbeitende als Haupttrumpf

Ohne Unterstützung einer so attraktiven Umgebung ist der vor 70 Jahren gegründeten Meilener Schlagenhauf der Weg auf den Erfolgspfad gelungen. Das klassische KMU hat sich auf Handwerksdienstleistungen spezialisiert.

Geboten wird eine breite Palette an Leistungen wie Maler- und Maurerarbeiten, Fassadenbau, Renovationen und Sanierungen. «Auf die Gefahr hin, dass es abgedroschen klingt: Unser Erfolg liegt an den langjährigen und tollen Mitarbeitenden», sagt Rolf Schlagenhauf, Inhaber des Unternehmens.

«Als Arbeitgeber legen wir Wert darauf, unseren Mitarbeitenden sichere und faire Arbeitsplätze zu bieten.» Dementsprechend investiert das Unternehmen viel in die Aus- und Weiterbildung.

Firmenchef Rolf Schlagenhauf hat sich das Ziel gesetzt, bis 2032 bester Arbeitgeber der Schweiz zu werden. Der Sieg beim «Swiss Arbeitgeber Award» in der Kategorie 250 bis 999 Mitarbeitende ist dem Meilener Unternehmen bereits 2024 gelungen.



Johannes Eisenhut,
CEO Senn Development.

Senn Development: Dank der Urbanisierung im Aufwind

Die St.Galler Senn Development hat sich auf die Entwicklung, Realisierung und Vermarktung von Immobilienprojekten spezialisiert. Das mit rund 60 Mitarbeitenden überschaubare Unternehmen bietet Dienstleistungen wie den Kauf, die Überbauung, Verwaltung und den Verkauf von Immobilien an. Der Fokus liegt auf nachhaltigem Bauen und hoher architektonischer Qualität. «Zukunftsängste haben wir nicht», sagt Geschäftsführer Johannes Eisenhut.

Die Basis des Erfolgsmodells ist die Urbanisierung: «Immer mehr Städte investieren in verbesserte Lebens- und Arbeitsplatzqualität. Für die Denkweise unseres Unternehmens ist dieser Makrotrend zur qualitätsvollen Urbanisierung der perfekte Nährboden.»

Das KMU hat bereits bewiesen, dass es grosse Projekte stemmen kann. Es hat in den Allschwiler Main Campus mehr als eine halbe Milliarde investiert. Namhafte Firmen wie SKAN, Basilea und Johnson & Johnson sind inzwischen auf dem Campus eingezogen.



Andrea Artho
Artho Bodenideen AG



Andrea Bischofberger
Bischofberger AG

Weil das Gleiche nicht dasselbe ist: Ihre persönliche Pensionskassenberatung und Betreuung von Swiss Life.

Bei uns werden Sie persönlich beraten. Wir gehen auf die individuellen Bedürfnisse Ihres Unternehmens ein und betreuen alle Ihre Pensionskassenanliegen sicher und erfahren.



Scannen
und informieren.

SwissLife 
Selbstbestimmt leben.

Prix SVC Espace Mittelland geht 2025 an Gasser Ceramic

Die familiengeführte Tonherstellerin Gasser Ceramic – Ziegelei Rapperswil Louis Gasser AG aus Rapperswil BE ist die Gewinnerin des fünfzehnten Prix SVC Espace Mittelland, einer renommierten Anerkennung für Klein- und Mittelbetriebe in der Region.

ALAIN HAUERT

Zum schon fünfzehnten Mal war der Prix SVC Espace Mittelland Anlass für ein grosses Treffen der regionalen Wirtschaft im Kursaal Bern. Über 1300 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Medien kamen zusammen, um nicht nur die Preisträger zu feiern, sondern auch wertvolle Verbindungen zu knüpfen und bestehende Kontakte zu pflegen.

In seiner Ansprache hob Reto Portmann, OK-Präsident des Prix SVC Espace Mittelland und Leiter Corporate & Real Estate Bern beim SVC Presenting Partner UBS, die Bedeutung des Preises hervor: «Der Prix SVC ist weit mehr als eine Auszeichnung. Es ist eine Anerkennung für Unternehmergeist, Innovationskraft und den Mut, den es braucht, um in unserer dynamischen und wettbewerbsorientierten Welt erfolgreich zu sein.» Dabei betonte Portmann auch die Rolle der Unternehmen als Arbeitgeber

in der Region und ihre Verantwortung für die Gesellschaft.

Tradition trifft Innovation

Die Ehre gebührte dieses Jahr Gasser Ceramic, einem Familienunternehmen, das sich erfolgreich auf die Herstellung von qualitativ hochwertigen Tonprodukten spezialisiert hat und die Verbindung von alter Handwerkskunst mit modernster Technologie meisterlich beherrscht. Mit rund 200 Mitarbeitern, zehn Produktionslinien und sechs Brennöfen an vier Standorten gehört Gasser Ceramic zu den führenden Herstellern von Tonwaren in der Schweiz.

Jürg Schwarzenbach, Präsident der Jury und bekannt aus der TV-Sendung «Die Höhle der Löwen», zeichnete das Unternehmen in seiner Laudatio aus: «An Gassers kommt man nicht vorbei. Bereits am Tag des Jurybesuchs haben wir die Begeisterung und den Stolz der

Der Prix SVC feiert Unternehmergeist und Innovationskraft.

Mitarbeitenden, für dieses traditionelle Unternehmen zu arbeiten, gespürt.»

Weitere Auszeichnungen

Auch andere Unternehmen wurden mit einem Prix SVC Espace Mittelland ausgezeichnet, darunter der Beschichtungsspezialist Plait aus Selzach SO, die Leinenweberei Schwob aus Burgdorf BE, die Solartechnik-Firma Megasol Energie aus Deitingen SO und der Holzverarbeiter OLWO aus Worb BE.



Presenting Partner: UBS-Schweiz-Chefin Sabine Keller-Busse hielt eine Keynote.

SVC – Swiss Venture Club

«Wir inspirieren KMU.» Getreu diesem Motto stellt der SVC (Swiss Venture Club) seit über 20 Jahren erfolgreiche Unternehmen ins Licht der Öffentlichkeit. Mit dem SVC-Podcast «KMUSTories» und rund 20 regionalen Events pro Jahr bietet der unabhängige, non-profit-orientierte Verein Inspiration, Netzwerk und Dialog für die über 3600 Mitglieder aus allen Branchen und Regionen.

An den Prix SVC Veranstaltungen in allen Schweizer Wirtschaftsregionen be-

wiesen bereits mehr als 400 Preisträgerfirmen die Vielfalt, Qualität und Exzellenz der Schweizer KMU.

Die nächste Preisverleihung findet am 22. Mai 2025 im KKL in Luzern statt (Prix SVC Zentralschweiz).



QR-Code scannen für mehr Bilder und Informationen



Der Prix SVC Espace Mittelland rückt das regionale Unternehmertum ins Scheinwerferlicht.

FOTOS: ROBERTO CONCIATORI

Schweizer Unternehmen beweisen Anpassungsfähigkeit und Flexibilität

Gastbeitrag Die geopolitische Lage stellt kleine und mittlere Unternehmen in der Schweiz vor grosse Herausforderungen. Gleichzeitig beweisen sie eindrucksvoll ihr hohes Mass an Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit.

ALAIN CONTE, UBS HEAD CORPORATE & REAL ESTATE BANKING SWITZERLAND

Unternehmen sind weiterhin konfrontiert mit Herausforderungen wie der Gewinnung gut ausgebildeter Fachkräfte, dem Einhalten komplexer Regulierungsanforderungen oder dem richtigen Umgang mit Marktschwankungen, etwa im Zuge der geopolitischen Spannungen und protektionistischer Tendenzen.

Beim Fachkräftemangel sahen wir zwar jüngst eine leichte Entschärfung, diese sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Thema in der Schweiz weiterhin deutlich spürbar ist. Das Rekrutieren und Halten gesuchter Spezialistinnen und Spezialisten bleibt eine bedeutende Herausforderung.

Wie KMU überzeugen

Viele kleine und mittlere Unternehmen setzen deshalb auf die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden, Investitionen in Digitalisierung und Automatisierung und setzen Anreize wie flexible Arbeitsmodelle, zum Beispiel Homeoffice-Möglichkeiten. KMU überzeugen zudem oft mit flachen Hierarchien, kurzen Kommunikationswegen und der Möglichkeit, den Mitarbeitenden mehr Verantwortung zu übertragen.

Die sogenannten ESG als Teil der Nachhaltigkeitsstrategie sind für KMU in der Schweiz ebenfalls ein Fokus.



Mit Weitblick im Einsatz für die Schweizer KMU-Landschaft: Alain Conte.

UBS

ESG steht für Environment, Social, Governance und bewertet die Nachhaltigkeit einer Firma anhand von Umwelt-, gesellschaftlichen und Unternehmensführungskriterien. Die Bedeutung dieser Themen erstreckt sich auch auf Lieferketten und Produkte.

Nicht auf Erfolgen ausruhen

Innovation ist das Herzstück vieler erfolgreicher Unternehmen und hat in den letzten Jahren entscheidend dazu beigetragen, dass Schweizer Unternehmen ihre Position auf dem Markt stärken konnten. Durch Neuentwicklungen, Verbesserungen und Optimierung von Prozessen und Produkten konnte eine solide Basis für Wachstum und Erfolg geschaffen werden.

Doch auf diesen Erfolgen sollte man sich nicht ausruhen. Der intensive Austausch mit Kundinnen und Kunden aus dem KMU-Bereich zeigt immer wieder, wie wichtig diese strategischen Themen für Unternehmen sind. Wohin entwickelt sich die Firma langfristig? Wie positioniert man sich auf dem Markt? Welche Trends und Gesetze beeinflussen die Branche? Und wie geht man mit künstlicher Intelligenz um?

Die ganzheitliche Beantwortung solcher Fragen und deren Umsetzung in die Unternehmensstrategie sind entscheidend. KMU müssen heute in verschiedenen Szenarien und Alternativen den-

ken. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Finanzierungsstrategie: Hat die Firma Wachstumspläne? Wie sieht die Investitionsplanung aus?

Zu Liquidität kommen

UBS unterstützt KMU aktiv dabei, ihre Ziele zu erreichen und ihr Wachstum zu finanzieren. Wir stehen Unternehmerinnen und Unternehmern mit unserer Expertise zur Seite und bringen Impulse ein. In einem dynamischen und wettbewerbsintensiven Marktumfeld ist Innovation entscheidend. Sie ermöglicht es KMU, sich von der Konkurrenz abzuheben, neue Märkte zu erschliessen und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Durch gezielte Unterstützung können sie ihre Position stärken und sich an veränderte Marktbedingungen anpassen. UBS stellt ausserdem rund 350 Milliarden Franken für die Schweizer Wirtschaft in Form von Krediten zur Verfügung – damit könnte man rund 28 Mal den Bau des Gotthard-Basistunnels finanzieren.

Unserer Erfahrung nach ist das ein weiterer wichtiger Punkt: KMU benötigen unkomplizierten Zugang zu zusätzlicher Liquidität. UBS bietet dafür den innovativen Instant Business Credit, ein digitales Tool, das in unser E-Banking integriert ist und unseren Kunden schnellen Zugang zu einer Vielzahl von Kreditprodukten ermöglicht.

Generalversammlungen per Whatsapp?

Die jährlichen General- oder Gesellschafterversammlungen bei AGs und GmbHs stehen an. Was müssen Verwaltungsräte und Geschäftsführer zwingend beachten? Welche Rechte stehen Aktionären und Gesellschaftern zu?

ANDRÉ BRUNSCHWEILER

Die General- oder Gesellschafterversammlungen (GV) ist innert sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres durchzuführen. Dieses endet für die meisten Gesellschaften mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, ist der Stichtag Ende Juni. Kommt es zu Verspätungen, droht mangels Wiederwahl des Verwaltungsrates (VR) der Verlust der Handlungsfähigkeit. Das Recht der GmbH verweist im Wesentlichen auf das Recht der AG, weshalb dieser Artikel grundsätzlich nicht zwischen diesen Gesellschaftsformen unterscheidet.

Einladung und Durchführung durch den VR

Von Gesetzes wegen muss der VR mindestens 20 Tage vor der GV einladen. Bei GmbHs kann die Frist statutarisch auf 10 Tage verkürzt werden. Mit der Einladung sind die Traktanden und Beschlussanträge anzukündigen; die Jahresrechnung – also Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang – ist ebenfalls zur Verfügung zu stellen sowie der Revisionsbericht, falls ein Revisor besteht. Bei einem Verstoß können Beschlüsse der GV angefochten werden.

Sofern die Statuten dies vorsehen, können GVs virtuell stattfinden, als Teams-Meeting oder per Telefonkonferenz. Auch hybride GVs sind möglich. Zudem können GV-Beschlüsse schriftlich gefasst werden, zum Beispiel auf dem Zirkularweg, aber auch «in elektronischer Form». Dies ermöglicht eine Beschlussfassung auch per Whatsapp. Jedoch kann jeder Aktionär eine münd-

liche Beratung verlangen und damit eine schriftliche oder elektronische Beschlussfassung verhindern.

Auch bei einer virtuellen GV muss jeder Teilnehmer Anträge und Fragen stellen und an der Diskussion teilnehmen können. Bei einer Beschlussfassung per Whatsapp wird der VR die Whatsapp-Konten den jeweiligen Aktionären zuordnen und auch vermerken



Virtuelle GVs per Whatsapp sind erlaubt, sofern die Statuten es vorsehen.

ADOBE STOCK

müssen, wie viele Aktienstimmen jeweils vertreten sind.

Infrastruktur, Dokumentation und rechtliche Folgen

Der VR ist für die Infrastruktur verantwortlich, die er zur Verfügung stellt. Bei technischen Problemen wie Übertragungsfehlern und Manipulationen muss der VR den Mangel beheben; ist dies nicht möglich, muss er die GV abbrechen und wiederholen. Eine Verletzung dieser Pflichten führt zur Anfechtbarkeit der Beschlüsse.

Oft geht vergessen, dass auch elektronisch gefasste Beschlüsse, etwa per Whatsapp, während zehn Jahren aufzubewahren sind. Zu Dokumentationszwecken empfiehlt es sich, elektronisch gefasste Beschlüsse in einem sogenannten Erwahrungsprotokoll festzuhalten. Darin fasst der VR kurz das Prozedere zusammen und hält die gefassten Beschlüsse fest. Ein Erwahrungsprotokoll ist für Beschlüsse unumgänglich, die ins Handelsregister einzutragen sind.

Die wesentlichsten Aktionärsrechte an der GV

Aktionäre können an der GV persönlich teilnehmen oder sich – vorbehaltlich anderslautender Statuten – vertreten lassen. Neben dem Auskunftsrecht haben Aktionäre mit mindestens fünf Prozent Aktienstimmen das Recht, Einsicht in die Geschäftsbücher zu nehmen.

Das Auskunfts- und Einsichtsrecht bezieht sich grundsätzlich auf alle Angelegenheiten der Gesellschaft, soweit diese für die Ausübung der Aktionärsrechte erforderlich sind. In einem Konzern kann dies sogar die Angelegenheiten von Tochtergesellschaften umfassen. Der VR darf die Auskunft nur aufgrund von Geschäftsgeheimnissen oder «anderer schutzwürdiger Interessen der Ge-

sellschaft» verweigern. In der Praxis nutzen VR diese Gummibegriffe oft, um unliebsame Fragen gar nicht oder nur nichtssagend zu beantworten. Immerhin muss der VR eine Verweigerung schriftlich begründen, und dem Aktionär steht der Klageweg offen.

Bei GmbHs sind Informationsrechte umfassender. Dort können Gesellschafter von der Geschäftsführung jederzeit Auskunft zu sämtlichen Angelegenheiten verlangen und Einsicht in Geschäftsbücher nehmen.

Entlastung des Verwaltungsrats als besonderer Fall

Zum typischen Traktandum einer ordentlichen GV gehören neben der Abnahme der Jahresrechnung, der Beschlussfassung über den Bilanzgewinn und der Wiederwahl der Organe auch die Entlastung des Verwaltungsrats und der Geschäftsführung. Dies ist im Interesse des VR, da dies das Risiko von Verantwortlichkeitsklagen durch Aktionäre reduziert – zumindest für dann bekannte Tatsachen. Für die Entlastung haben Personen, die in irgendeiner Weise an der Geschäftsführung teilgenommen haben, kein Stimmrecht.

Wer vom Stimmrecht ausgeschlossen ist, darf weder als Vertreter eines anderen Aktionärs mitwirken noch einen Vertreter für seine Aktien bestimmen.



QR-Code scannen für mehr Kolumnen zum Thema KMU

André Brunschweiler, Partner der Anwaltskanzlei Lalive in Zürich, gibt auf KMUtoday.ch Antworten auf juristische Fragen, die Schweizer KMU beschäftigen können beziehungsweise beschäftigen sollten.

Wer lebt, sorgt vor.

Egal ob Eichhörnchen oder Privatperson: Wir schlafen alle besser, wenn die Vorratskammer voll ist. Vorsorge liegt eben in unserer Natur. Bei Pax seit 1876. Diese 149 Jahre haben wir dazu genutzt, um zur besten Schweizer Anbieterin für private Vorsorge zu werden. Heisst, dass wir kein Auge zumachen, bevor Sie nicht ganz entspannt in die Zukunft blicken können: pax.ch/private-vorsorge



Mehr erfahren. Punkt.

Punkt.

VORSORGE AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Pax